

**DIE FINANZIERUNG DER
WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG
TANZANIAS**

Gregory Massota

1971



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553801_0005

DIE FINANZIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG TANZANIAS

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät

der Ludwig-Maximilians-Universität

zu München



vorgelegt von

Dipl. -Volkswirt Gregory Massota

aus Sumve/Tanzania

1971

Referent: Univ. -Dozent Dr. Anton Konrad

Korreferent: Prof. Dr. Hermann Gross

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Juli 1971



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Erklärung zu den im Text und in den Tabellen benutzten Zeichen	VIII
II. Abkürzungsverzeichnis	IX
III. Verzeichnis von Karten und graphischen Darstellungen	X
IV. Tabellenverzeichnis	XI

ERSTER TEIL

EINFÜHRUNG

A. Der Kapitalmangel als das wesentliche Charakteristikum der Entwicklungsländer - Feststellung des Mangels an Finanzierungsmitteln (Inlandersparnis und Devisen) in Tanzania	1
B. Erklärungsversuche für den Mangel an Kapital in Entwicklungsländern	3
1. Ökonomische Erklärungsversuche	5
2. Außerökonomische Erklärungsversuche	8
a. Der Einfluß kultureller und sozialer Normen, Institutionen und Wertungen	8
b. Der Einfluß der natürlichen Gegebenheiten natur-geographische Erklärungen	13
C. Probleme der Investitionsfinanzierung in wirtschaftstheoretischer Sicht	14
1. Die Konzeption des "Gap Approach" in der Finanzierungsplanung von Investitionsprogrammen. Die Begriffe: Spar- und Investitionslücke (savings gap) und Export-Importlücke (trade gap oder foreign exchange gap)	14
2. Methoden zur Berechnung von Kapital- und Zahlungsbilanzlücken	16
3. Angleichung zwischen Kapitallücke und Zahlungsbilanzlücke	17
a. Angleichung der Kapitallücke durch Erhöhung der Inlandersparnis	19
aa. Erhöhung der Inlandersparnis durch Exportausdehnung	19
ab. Erhöhung der Inlandersparnis durch Importsubstitution	21

	Seite
ac. Erhöhung und Ergänzung der Inlandsersparnis durch privaten Kapitalimport und öffentliche Auslandshilfe	29
b. Angleichung der Zahlungsbilanzlücke durch Erhöhung des Devisenangebotes	24
ba. Erhöhung des Devisenangebotes durch Exportausdehnung	24
bb. Erhöhung des Devisenangebotes durch Importsubstitution	27
bc. Erhöhung des Devisenangebotes durch privaten Kapitalimport und öffentliche Auslandshilfe	29
4. Der Widerspruch zwischen internem und externem ökonomischen Gleichgewicht bezüglich Inlandsersparnis und Devisenangebot	30
 ZWEITER TEIL	 34
ORGANISATION DES FINANZ- UND KREDITWESENS UND BISHERIGE FINANZIERUNG DER INVESTITIONEN IN TANZANIA	34
A. Die Organisation des Finanz- und Kreditwesens	
1. Die Organisation des Finanz- und Kreditwesens bis zur Unabhängigkeit	34
2. Die Reorganisation des Finanz- und Kreditwesens nach der Verstaatlichung des Bank- und Versicherungswesens	36
B. Die Finanzierung der Investitionen in Tanzania in historischer Perspektive	37
1. Externe und interne Finanzierung der Investitionen	39
2. Die öffentliche Verschuldung als Instrument der Mobilisierung privater Ersparnisse für den staatlichen Sektor	41
3. Bisherige Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung durch In- und Auslandsanleihen	43
4. Bisherige Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung durch Auslands- und Inlandszuschüsse	48
5. Bisherige Finanzierung der laufenden Ausgaben der Zentralregierung	49
6. Bisherige Finanzierung der Investitions- und laufenden Ausgaben der Lokalregierung	52
C. Die wirtschaftliche Ordnung Tanzanias und die Kapitalbildung	56

DRITTER TEIL

DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

A.	Tanzanias natürliche Gegebenheiten als Produktionsgrundlagen und Voraussetzungen für Kapitalbildung	61
1.	Land, Bodenschätze, Klima und Bodennutzung	61
2.	Die Bevölkerung, ihr Aufbau und die Charakteristika	67
a.	Bevölkerungsbewegung	68
aa.	Binnenwanderung der Bevölkerung	68
ab.	Ein- und Auswanderung der Bevölkerung über die Landesgrenzen	72
b.	Distribution der Bevölkerung	75
c.	Altersaufbau	80
d.	Gesundheitszustand	83
e.	Bildungs- und Ausbildungsstand	84
f.	Berufsstruktur und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften	85
C.	Die Produktion: Entwicklung und Wachstumsperspektiven	89
a.	Der Agrarsektor - "peasant sector" und "plantation sector"	92
b.	Der Bergbausektor	104
c.	Der Industriesektor	106
d.	Betriebsgrößenstruktur	115
e.	Intersektorale Analyse der Produktion	120
D.	Struktur der Erwerbstätigkeit, Einkommensstruktur, ethnische und regionale Unterschiede	124
1.	Beschäftigungsstruktur	125
2.	Lohn- und Gehaltsstruktur	131
3.	Einkommens- und Vermögensstruktur	140
a.	Vermögens- und Einkommensverteilung und Ersparnisbildung	140
b.	Einkommensgruppen nach Einkommensarten	141
c.	Einkommensdisparität zwischen Land- und Stadtbevölkerung	144
d.	Einkommensdisparität zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen	146
e.	Einkommensdisparität zwischen Ausländern und Tanzanianern sämtlicher ethnischer Gruppen	150

	Seite
f. Örtliche und regionale Unterschiede	153
VIERTER TEIL	
	155
PRIVATE ERSPARNISBILDUNG	
A. Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis Tanzanias im internationalen Vergleich	155
B. Allgemeine Ursachen der geringen Spartätigkeit in Tanzania	158
C. Ersparnisbildung verschiedener sozio-ökonomischer Gruppen im modernen Sektor	161
1. Ersparnisbildung ländlicher Familien	161
2. Ersparnisbildung der städtischen Arbeiterschicht	165
3. Ersparnisbildung der Beamten und Angestellten	169
4. Ersparnisbildung der kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe	172
5. Ersparnisbildung der großen Unternehmer in der Industrie	175
D. Der Umfang der Sparleistungen der verschiedenen sozio-ökonomischen und ethnischen Gruppen nach Sparformen	176
1. Das Kontensparen	176
2. Das Versicherungssparen	183
3. Das Wertpapiersparen	186
4. Das Bausparen	190
E. Ersparnisbildung verschiedener Institutionen und deren Einfluß auf private Ersparnisbildung	194
1. Allgemeines über die institutionelle Förderung privater Ersparnisbildung	194
2. Der Umfang von Ersparnissen der öffentlichen Unternehmungen	197
3. Ersparnisse der Versicherungsgesellschaften	200
a. gesetzliche Sozialversicherungsgesellschaften	200
b. Andere Versicherungsgesellschaften - "National Insurance Corporation"	202
4. Ersparnisse der Geschäftsbanken	204
5. Postsparkassen	207

	Seite
a. Förderung privater Ersparnisbildung durch die Postsparkassen	207
b. Ersparnisse der Postsparkassen	210
6. Genossenschaften	211
a. Bedeutung der Genossenschaften für die private Ersparnisbildung	211
b. Ersparnisse der Genossenschaften	213

FÜNFTER TEIL 216

STAATLICHE ERSPARNISSE

Die Steuern als Instrumente der staatlichen Kapitalbildung und der staatlichen Förderung der privaten Kapitalbildung	216
1. Probleme der Verteilung der Steuer- und Finanzkompetenzen auf die einzelnen Staatsorgane in Tanzania	217
2. Die Zusammensetzung der Einnahmen der Zentralregierung nach Einnahmenkategorien und Sektoren (private Haushalte und Unternehmungen)	220
3. Besondere Probleme der Erfassung und Ermittlung von Zensiten und Einkommen	224
a. Probleme der Erfassung der Einkommensbezieher	224
b. Probleme der Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen	228
4. Fiskalische Ergiebigkeit der einzelnen Steuern	230
a. Allgemeine Ursachen für die geringe Steuerergiebigkeit in Tanzania	230
b. Einkommens- und Körperschaftssteuern	234
c. Die Besteuerung der Einkommen aus Vermögen	241
ca. Steuerliche Behandlung von landwirtschaftlichem Grundvermögen	242
cb. Steuerliche Behandlung von Viehbesitz und Dauerkultur	242
cc. Besteuerung von Einkommen aus städtischem Grundbesitz	243
cd. Besteuerung der Einkommen aus in- und ausländischen Anlagevermögen (Kapitalverkehr und Kapitalerträge)	244

	Seite
d. Die Importsteuern	245
e. Die Umsatz- und Verbrauchsteuern	250
f. Einnahmen aus Staatsvermögen	252
5. Steuerliche Förderung der privaten Ersparnisbildung	255
a. Förderung der Ersparnisbildung privater Haushalte im Rahmen der Einkommenssteuer	255
b. Förderung der privaten Ersparnisbildung im Rahmen der allgemeinen Umsatz- und speziellen Verbrauchsteuern	258
SECHSTER TEIL	261
DEVEISEN	
1. Überblick über die Außenwirtschaftsbeziehungen Tanzanias	261
2. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Tanzanias mit Kenia und Uganda als Sonderproblem in der Außenwirtschaft: Die Nachteile der Ostafrikanischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft	263
3. Der Waren- und Dienstleistungsverkehr	270
a. Warenexport	270
b. Warenimport	274
4. Die Terms of Trade und ihre kapitalbildungspolitische Bedeutung	279
5. Der Import von Kapital	285
6. Die Bilanz der laufenden Posten	289
a. Überblick	289
b. Güterbilanz	292
c. Dienstleistungsbilanz	293
d. Unentgeltliche Übertragungen (Transferzahlungen)	297
e. Kapitalbilanz	302
f. Unerklärte Beträge (Omissions and Errors)	306

	Seite
SIEBTER TEIL	309
LÖSUNGSVERSUCHE DER FINANZIERUNGSPROBLEME DER ENT- WICKLUNGSLÄNDER DURCH METHODEN DER LÜCKENBERECH- NUNGEN	
A. Lückenberechnung von Faaland und Dahl für Tanzania	309
B. Kritische Bemerkungen zu den Methoden der Lückenberechnungen	311
ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN	314
LITERATURVERZEICHNIS	317
LEBENS LAUF	

a. Erklärungen zu den im Text und in den Tabellen benutzten Zeichen

()	Zahl nicht vorhanden
(-)	z. B. 1971 - 1969
n. a.	Zahl nicht angegeben
(/)	Produktionsjahr oder Finanz- bzw. Budgetjahr z. B. 1961/1962
(.)	Zur Unterscheidung zwischen Hunderten, Tausenden, Million und Dezimal

b. Umrechnungstafel

1 Tanzania Shilling (Tsh.)	= 0,124414 gr. Gold
20 T Shs	= 1 Pfund (£)
1,95 Tsh.	= 1 Deutsche Mark (DM)
1 US Dollar ()	= 7,14 T Shs.
1 Square mile (sp. m.)	= 258,998 ha
1 inch (in)	= 2,5 c. c.

Abkürzungsverzeichnis

AER	American Economic Review
EAAC	East African Airways Corporation
EADB	East African Development Bank
EAEC	East African Economic Community
EAHC	East African Harbours Corporation
EAP & T	East African Posts and Telecommunications
EARC	East African Railways Corporation
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank)
IDA	International Development Association
ILO	International Labour Office
ISIC	International Standard of Industrial Classification
L & SMB	Lint and Seed Marketing Board
MECCO	Mwananchi Engineering and Construction Company
NACA	National Agricultural Credit Agency
NAPB	National Agricultural Products Marketing Board
NBC	National Bank of Commerce
NAFCO	National Agricultural and Food Corporation
NCDB	National Co-operative Development Bank
NDCA	National Development Credit Agency
NDC	National Development Corporation
NHC	National Housing Corporation
NIC	National Insurance Corporation
NMC	National Milling Corporation
NPF	National Provident Fund
PHFC	Permanent Housing Finance Company
SITC	Standard International Trade Classification
STC	State Trading Corporation
TDFL	Tanganyika Development Finance Company Ltd.
TANESCO	Tanganyika Electric Supply Company
TAFCO	Tanganyika Finance Corporation
TANU	Tanganyika African National Union
TTC	Tanzania Tourist Corporation
TSMB	Tanganyika Sisal Marketing Board
TSC	Tanzania Sisal Corporation

Verzeichnis von Karten und graphischen Darstellungen

	Seite
A. Karten	
1. Tanzania: Übersichtskarte	XVII
2. Regen-Niederschlagsmenge und Bevölkerungsverteilung in Tanzania	69
3. Verteilung der asiatischen Bevölkerung in Ostafrika, Zahl der privaten Groß- und Einzelhandelsbetriebe und der kleinen Gewerbetreibenden nach Regionen in Tanzania	78
4. Agrarmarktprodukte, Forst- und Naturschutzgebiete und Tsetsefliegen in Tanzania	93
5. Energieerzeugung, Mineralvorkommen und wichtige Industriestandorte in Tanzania	105
6. Bruttoinlandsprodukt pro Distrikt	153
B. Graphische Darstellungen	
1. Bevölkerungsentwicklung 1948 - 1957 und 1957 - 1967 in jährlichen Zuwachsraten der Bevölkerung nach Regionen	71
2. Interregionale Bevölkerungsbewegungen (Auswanderung und Einwanderung - 1961 - 1965)	71
3. Bevölkerungsbewegungen in Tanzania: Einwanderung und Auswanderung der Nichtafrikaner 1924 - 1962	74
4. Zahl der industriellen verarbeitenden Betriebe in Tanzania - 1894 - 1967	107
5. Jahres-Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen rassisch-ethnischen Gruppen in Kenia	148
6. Die Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes und des Exports der Agrarprodukte sowie der Staatsausgaben gegenüber dem Vorjahr 1947 - 1968	262
7. Die Veränderungen des monetären Bruttoinlandsproduktes und des Exports gegenüber dem Vorjahr	262
8. Entwicklung der Terms of Trade, Export- und Importpreisindices von Tanzania 1954 - 1965	280
9. Entwicklung der Terms of Trade, Export- und Importpreisindices von Tanzania 1946 - 1964	280

Tab.	Tabellenverzeichnis	Seite
1	Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung von Tanzania durch Auslandshilfe	2
2	Geplante externe und interne Finanzierung der Investitionsprogramme der privaten und öffentlichen Investitionen der geplanten Zuwachsrate der Investitionen, des Brutto-Inlandsproduktes und der Bevölkerung in 24 afrikanischen Ländern	4
3	Monetäre Bruttoanlageinvestitionen nach Sektoren und Wirtschaftszweigen 1954 - 1968	38
4	Finanzierung der Entwicklungsausgaben der Zentralregierung nach Finanzierungsformen	40
5	Tanzanias öffentliche Schuld nach Kapitalgebern am 30. Juni 1958	42
6	Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung nach Finanzierungsformen und Herkunft der Finanzmassen - 1961 - 1968	44
7	Finanzen der Zentralregierung - Laufende Einnahmen und Ausgaben, Investitionsgaben, Ersparnisse, Zuschüsse, Anleihen und Verschiedenes - 1954 - 1968	50
8	Laufende Einkommen der Zentralregierung - 1954 - 1969	51
9	Finanzen der Lokalregierung nach Gebietsbehörden 1956 - 1965	54
10	Monetäre Produktion der öffentlichen Hand nach Wirtschaftsbereichen 1960 - 1965	58
11	Landwirtschaftlich erschließbare pro Person in Hektar	64
12	Prozentualer Anteil der Landfläche mit durchschnittlicher Regenniederschlagsmenge (in ausgewählten Größen) in 4 Jahren von 5 Jahren in Ostafrika	65
13	Der prozentuale Anteil der Landfläche und Bevölkerung innerhalb von bestimmter Bevölkerungsdichte (Gruppe-Personen pro Quadratmeilen)	76
14	Altersgliederung der Bevölkerung von Tanzania 1967 und 1980	81
15	Beruf der männlichen, erwachsenen Afrikaner nach Art der am 30. Juni 1962 ausgeübten Tätigkeit	86

Tab.		Seite
16	Zahl der erwachsenen männlichen Lohnempfänger, Tanzanianer und Ausländer, nach Berufen, Sektoren und Wirtschaftszweigen - 1967	87
17	Zahl der gesamten Industriebeschäftigten und der Anteil von ausländischen Arbeitskräften nach beruflichen Funktionen und ISIC-Klassifikationen - 1965	88
18	Tanzanias Bruttoinlandsprodukt im Vergleich mit anderen Entwicklungs- und Industrieländern 1960 - 1962 und 1980	89
19	Übersicht über die Entwicklung des BIP und Wachstumsperspektiven nach Wirtschafts- und Industriezweigen - 1954 - 1980	90
20	Zusammensetzung der Agrarproduktion nach landwirtschaftlichen Sub-Sektoren und Produkten - 1962	94
21	Übersicht über den Monetisierungsgrad in der Landwirtschaft, den Anteil der Subsistenzproduktion der bäuerlichen und Plantagenproduktion in der Ackerbau-, Vieh-, Forst- und Fischwirtschaft an der gesamten Agrarproduktion 1960 - 1965	96
22	Anbauflächen, Produktionsmengen und Produktionsmengen nach ethnischer Zugehörigkeit der Besitzer bzw. Produzenten - 1954	99
23	Produktionsrichtung landwirtschaftlicher Großbetriebe nach Zahl der Betriebe - 1958	100
24	Landwirtschaftliche Großbetriebe nach Größenklassen - 1962	102
25	Acker- und Weideland in eigentumsähnlichem Besitz (Long-Term Rights of Occupancy) nach Nationalitäten und rassischer Zugehörigkeit der Besitzer am 31. Dezember 1960	103
26	Die Produktion von Mineralien 1954 - 1968	104
27	Nettoprodukt und geplante Entwicklung der Industrieproduktion 1960/62 und 1970	108
28	Zahl der kleinen Gewerbebetriebe in 15 Städten nach rassischer Zugehörigkeit der Eigentümer	110

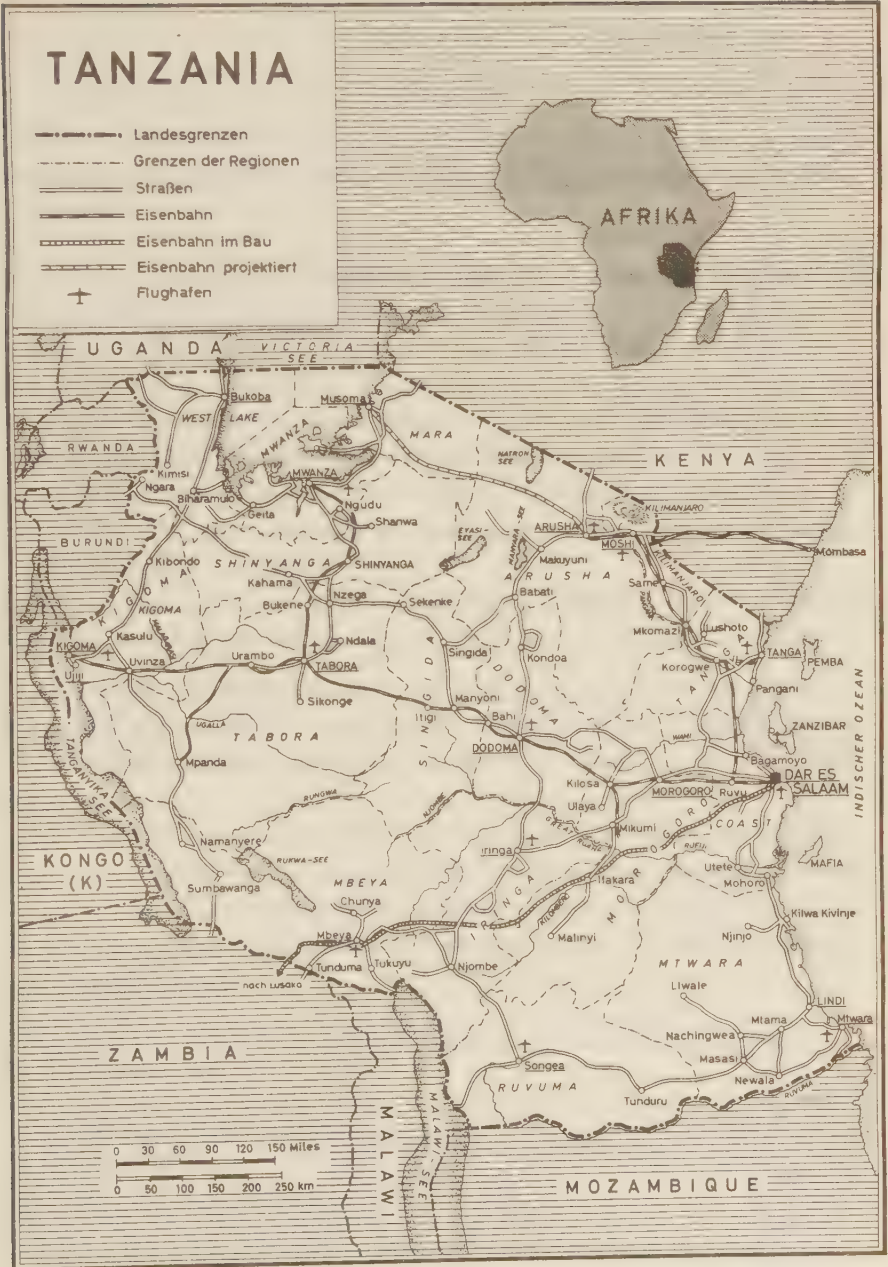
Tab.		Seite
29	Ausländische Kapitalbeteiligungen in der Industrie nach ISIC-Klassifikation und prozentualen Beteiligungsgruppen - 1965	112
30	Betriebsgrößenstruktur in der privaten Wirtschaft nach Zahl der Lohnempfänger und Hauptwirtschaftsbereiche - 1967	116
31	Betriebsgrößenstruktur von Betrieben der Herstellungsindustrie nach der Zahl der Herstellungsindustrie nach der Zahl der Beschäftigten und ISIC Betriebsklassifikation - 1965	117
32	Input-Output-Tabelle von Tanzania (Tanganyika - 1961)	122
33	Inverse Matrix (Endnachfrage nach Inputfaktoren einer Investition im Wert von 1000)	123
34	Entwicklung und Struktur der Beschäftigten nach Zahlen von Lohnempfängern und Hauptwirtschaftsbereichen 1958 - 1968	126
35	Beschäftigungsstruktur der Lohnempfänger nach Sektoren, Wirtschaftsbereichen, Staatszugehörigkeit und ethnischen Gruppen - 1967	127
36	Männliche erwachsene Lohnempfänger tanzanianischer Staatsangehörigkeit nach Lohngruppen 1963 - 1968	132
37	Lohnstruktur der Lohnempfänger nach Sektoren, Wirtschaftszweigen, ethnischen Gruppen und Staatszugehörigkeit - 1967	134
38	Lohnstruktur zwischen Afrikanern und Nicht-Afrikanern Lohnempfänger in einigen afrikanischen Ländern 1963 - 1967	136
39	Die Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommensarten und Einkommensempfängerkategorien	142
40	Einkommenverteilung zwischen Afrikanern und Nicht-Afrikanern in Tanzania, Kenya und Uganda - 1962	147
41	Ersparnisbildung in ausgewählten Entwicklungsländern und einigen entwickelten Staaten im Durchschnitt der Jahre 1962 - 1964 (i. v. H. des Bruttoinlandsprodukts)	156
42	Gesamtwirtschaftliche Ersparnis von Tanzania nach Wirtschaftssektoren 1964 - 1968	160

Tab.		Seite
43	Schätzung des Umfangs und der Zusammensetzung der Ersparnisse nach ethnischen Gruppen. In Ostafrika - 1960	161
44	Struktur der Haushalts- (Familienbudget-)Einnahmen und -ausgaben im städtischen (urban) und ländlichen (rural) Sektor - 1956/57, 1961, 1963 und 1966	167
45	Monatliches Nettoeinkommen eines kleinen Gewerbetreibenden und Größe des investierten Kapitals Pro-Betriebe nach Gewerben (1966 - 1967)	172
46	Kontensparen nach ethnischen und Berufsgruppen in Uganda	177
47	Die Ersparnisse von Haushalten und von Beziehern mittlerer Einkommen in Dar-es-Salaam	178
48	Versicherungssparen nach ethnischen und Berufsgruppen	184
49	Wertpapiersparen und Transfer ins Ausland nach Sparformen, ethnischen und Berufsgruppen	188
50	Bausparen nach ethnischen und Berufsgruppen	192
51	Zahl der Beschäftigten mit von Arbeitgebern zur Verfügung gestellten freien Wohnungen - nach Sektoren - 1966	193
52	Einige Statistiken über Parastatal Organisation - 1967	198
53	Versicherungsstatistiken der NPF - 1964 bis 1968	201
54	Übersicht über die Aktiva der Geschäftsbanken 1954 - 1967 in Mill.	204
55	Analyse der Passiva der Geschäftsbanken und die Entwicklung des Bankfilialnetzes in Tanzania von 1954 - 1970	205
56	Übersicht über die Entwicklung der Kontenzahl (= Zahl der Sparer) und Ein- und Auszahlungen, Spareinlagen und Sparzinsen der Postsparkassen in Tanzania	208
57	Überblick über Entwicklung der Genossenschaften in Tanzania 1949 - 1964	214

Tab.		Seite
58	Struktur der laufenden Einkommen der Lokal- und Zentralregierung 1961	218
59	Die Einnahmen der Zentralregierung nach Sektoren	221
60	Die laufenden Einnahmen der Zentralverwaltung nach Einnahmekategorien 1958 - 1968	223
61	Prokopfeinkommen, Lohnempfänger pro 1000 Einwohner, Prokopflohnneinkommen und Erfassungsquote der Steuerzahler nach Regionen, 1967 und 1963	226
62	Monetares BIP, Prokopfeinkommen, Direkt- und Indirektsteuern 1956 - 1965	230
63	Männliche erwachsene Lohnempfänger nach Lohngruppen und Personalsteuer - 1963	231
64	Individualeinkommen und Steuerabzüge für "residents" und "non-residents" in Uganda - 1951 - 1965	232
65	Prozent der Steuerzahler jeder Einkommensgruppe nach Rassenzugehörigkeit - 1962	233
66	Direktsteuern der Zentral- und Lokalregierung und Körperschaftssteuern - 1956 - 1965	235
67	Direktsteuern der Zentralregierung 1954 - 1965	237
68	Zusammensetzung von Import- und Exportabgaben - 1955 - 1965	247
69	Staatliche und private Import und Importabgaben nach ISIC-1967	248
70	Umsatz- und Verbrauchssteuern - 1955 - 1965	251
71	Einnahmen aus Staatsvermögen 1954 - 1965	253
72	Zusammenfassender Überblick über Tanzanias Handel mit Kenia, Uganda und der übrigen Welt - 1958 bis 1968	264
73	Tanzanias Handel mit Kenia und Uganda 1959 - 1968	266
74	Zusammensetzung der Importe und Exporte Tanzanias von und nach Kenia und Uganda nach Güterkategorien und Produkten - 1965	267

Tab.		Seite
75	Die Belastung der Exporte und Importe im innerostafrikanischen Handel durch Zollabgaben nach dem prozentualen Anteil des Gesamt-Exports bzw. -imports - 1962	268
76	Zusammensetzung der Hauptausfuhren von Tanzania 1954 - 1965	271
77	Der prozentuale Anteil der beiden wichtigsten Abnehmerländer am gesamten Exportwert nach einzelnen Exportprodukten - 1965	273
78	Die Einfuhren 1) von Tanzania nach Güterkategorien und Bezugsländern - 1956 - 1968	276
79	Der prozentuale Anteil der jeweils zwei wichtigsten Lieferländer am Gesamtimportwert nach SITC - 1965	278
80	Außenhandelsindices und Exportpreisindices einiger wichtiger Primärgüter 1962 - 1968 (1960 = 100)	282
81	Durchschnittliche prozentuale Veränderungen der Exportmenge (Q), der Ausfuhrpreise (P) und des Ausfuhrwertes (W) verschiedener Agrarexportprodukte 1949/50 - 1963	273
82	Veränderungen der Ausfuhrpreise gegenüber dem Vorjahr bei den wichtigsten Agrarprodukten 1951 - 1965	284
83	Strukturelle Verteilung der Direktinvestitionen des Auslands in Tanzania nach Wirtschaftszweigen - 1964	287
84	Tanzanias laufende Zahlungsbilanz 1961 - 1968	291
85	Private und öffentliche unentgeltliche Übertragungen 1961 - 1966	299
86	Anzahl von Expatriates, ihre Einkommen, Geld- und Devisenübertragungen ins Ausland in einigen afrikanischen Ländern	300
87	Kapitalbilanz (Bestandsveränderungen) 1961 - 1966	303
88	Die Anlagen der EACB a) in Wertpapieren nach Fristigkeit und Gebiet 1963 und 1968	307
89	Kapital- und Devisenlückeberechnung für 1963 und 1965 und deren Projektion für das Jahr 1970 und 1975 - Tanzania	310

Karte 1



ERSTER TEIL

EINFÜHRUNG

A. Der Kapitalmangel als das wesentliche Charakteristikum der Entwicklungsländer - Feststellung des Mangels an Finanzierungsmitteln (Inlandsparsnis und Devisen) in Tanzania

Der Mangel an fachlich qualifizierten Arbeitskräften und Realkapital würde an sich kein gravierendes Problem in Entwicklungsländern darstellen, wenn die Finanzierungsmittel vorhanden wären, durch welche der Import von Kapitalgütern und Dienstleistungen für Investitionen bezahlt werden könnte. Die Feststellung, daß die für Investitionen erforderlichen Kapitalgüter und ein großer Teil der Facharbeitskräfte importiert werden, bedeutet, daß ein Entwicklungsland wie Tanzania neben der eigenen Inlandsparsnis auch ausreichende Finanzierungsmittel in Form von ausländischen Devisen haben muß, um den Import von Kapitalgütern und Dienstleistungen finanzieren zu können. ¹⁾

Die nachfolgende Tabelle zeigt nur den Beitrag des Auslandes (in Devisen oder inländischer Währung) zur Finanzierung der Investitionen der Zentralregierung.

Wegen fehlender statistischer Angaben über die Zusammensetzung der Finanzierungsmittel in Tanzania ist es unmöglich festzustellen, ob der Mangel an Inlandsparsnis oder an Devisen die private und öffentliche Investitionstätigkeit bisher gehemmt hat.

Es läßt sich auch nicht eindeutig feststellen, inwieweit die Bildung von internen Ersparnissen von der Erhältlichkeit komplementärer Devisen abhängig ist. Nach Ansicht vieler Autoren stellt aber die Knappheit an Devisen den wesentlichen Engpaß dar, die die private und öffentliche Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern bisher niedrig gehalten hat. ²⁾

1) UN/UNCTAD, Trade Prospects and Capital Needs of Developing Countries. New York 1968 p. 10

2) vgl. ROSENSTEIN-RODAN, P.N., Bedarfsbestimmung und Verwendungsplanung von Auslandsmitteln in Entwicklungsländern in: Konjunkturpolitik (1964) S. 163 - 179 hier S. 163. Ferner KITAMURA, Hiroshi, Trade and Capital Needs of Developing Countries and Foreign Assistance in: Weltwirtschaftliches Archiv (1966) pp. 303 - 324 hier p. 309; UN/UNCTAD, Trade Prospects etc. a.a.O. p. 42. Diese Studien in 30 Ländern zeigte eine Dominanz des Devisenmangels in 21 Ländern, in Afrika dagegen dominierte der Mangel an Inlandsparsnis.

Tab. 1

Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung von Tanzania durch Auslandshilfe

Jahr	Gesamtinvestitions- ausgaben Mill. £	Auslands- hilfe Mill. £	%
1958	5.2	3.6	69
1959	3.9	3.1	79
1960	5.7	4.8	84
1961	7.3	7.2	99
1962	5.7	5.0	88
1963	7.3	5.0	68
1964	6.3	3.9	62
1965	7.7	4.2	53
1966	8.4	6.4	76
1967	13.1	4.2	32
1968	21.2	6.6	31

a) in % der gesamten Investitionsausgaben

Quellen: Tanganyika/Tanzania, Central Statistical Bureau, Statistical Abstract, verschiedener Jahre

Yaffey, M. J. H., Balance of Payments of a Developing Country: Tanzania, Afrika-Studien Nr. 47, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München 1970, p. 67

Die UN-Studien über mehrere Entwicklungsländer verschiedener Entwicklungsstufen zeigen jedoch, daß der Mangel an Inlandersparnis dort stärker ist, wo das Pro-Kopf-Einkommen niedriger ist als in denjenigen Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. ¹⁾ Erschwert der Mangel an ausreichenden Devisen hauptsächlich die Investitionen im industriellen Bereich, so verhindert besonders der Man-

1) Vgl. UN/UNCTAD, Trade Prospects etc. a.a.O. pp. 42 - 44. Vgl. auch CHENERY, H.B. and STROUT, A.M., Foreign Assistance and Economic Development in, The AER, Vol. LVI (1966) pp. 679 ff. hier S. 681. Diese Tatsache kann dazu benutzt werden, drei Entwicklungsstufen zu unterscheiden: "skill-limited phase, savings-limited phase and foreign exchange-limited phase". KITAMURA, H. a.a.O. p. 312, vgl. auch hierzu CHENERY, H.B. and STROUT, A.M., a.a.O. pp. 681 ff.

gel an Inlandersparnis die Investitionstätigkeit im Bereich der Landwirtschaft und Infrastruktur. ¹⁾

In der vorliegenden Arbeit werden daher die allgemeinen Erklärungsversuche für den Mangel an Kapital in Entwicklungsländern behandelt. In dem theoretischen Teil wird die enge Verbindung zwischen interner Kapitalbildung und Außenwirtschaft eingehend untersucht.

Der Aufbau der Arbeit beruht auf der engen Verbindung zwischen interner Kapitalbildung und Außenwirtschaft bezüglich der Finanzierung von Investitionen in einem Entwicklungsland (Tanzania).

B. Erklärungsversuche für den Mangel an Kapital in Entwicklungsländern

Der Mangel an geeigneten beruflich qualifizierten Arbeitskräften, an Kapitalgütern und Finanzierungsmitteln (Inlandersparnis und Devisen) charakterisiert die Entwicklungsländer.

Als Hemmnis für die interne Kapitalbildung können a) die Höhe der Ersparnisse, b) die Form der Ersparnisse und c) die Übertragung der Ersparnisse in produktive Investitionen gelten.

Es ist nun wichtig, daß einige Autoren die Ursachen des Kapitalmangels in den geringen Ersparnissen sehen, andere in der Anlage der Ersparnisse und wieder andere im Fehlen von investitionsbereiten Unternehmern, die die Überführung der Ersparnisse in produktive Investitionen ermöglichen. ²⁾

Ein großer Teil der Autoren erblickt in der geringen Höhe der Ersparnisse die Ursache für die geringe interne Kapitalbildung. Die verbreitete Ansicht, daß ein zu geringes Angebot an Finanzierungsmitteln vorliegt, legt den Gedanken nahe, daß eine niedrige Ersparnis zu niedriger Investition, diese wieder zu niedriger Produktivität und niedrigen Einkommen und damit wiederum zu niedriger Ersparnis führt. Dieser *circulus vitiosus* ist dadurch noch schwerer zu durchbrechen, daß die niedrige Sparquote darüber hinaus eine sehr geringe Anziehungskraft auf das Auslandskapital ausübt.

1) Vgl. KONRAD, Anton, Finanzierungsprobleme: Der Zusammenhang von Entwicklungsplänen, Budget und Zahlungsbilanz, in: GUTH, W., Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Berlin 1967 S. 38 - 57 hier S. 43 - 44

2) Vgl. KUZNETS, General Factors in Economic Growth in the United States of America. Proportion of capital formation to National Product in American Economic Review (1952) pp. 507 - 557 hier p. 509

Tab. 2

Gepante externe und interne Finanzierung der Investitionsprogramme der privaten und öffentlichen Investitionen der geplanten Zuwachsrate der Investitionen, des Bruttoinlandsproduktes und der Bevölkerung in 24 afrikanischen Ländern

Land	Plan- periode	Finanzierungs- quelle		Investitions- anteil	Zuwachsrate der Investitionen	BIP Zuwachs- rate	Bevölkerungs- zuwachs- rate
		externe	Interne	Privat öffentlich			
Marokko	1959-65	99	1	n.a	19.4	7.0	2.0
Somalia	1963-67	95	5	n.a	n.a	n.a	n.a
Niger	1961-63	80	20	28	66	5.0	2.7
ZAR	1965-66	77	23	n.a	n.a	n.a	n.a
Obervolta	1963-67	70	30	29	61	6.1	n.a
Ägypten	1960-71	58	42	n.a	n.a	7.0	2.1
Mali	1961-64	56	44	n.a	96	8.0	2.5
Tansania	1964-69	52	48	47	55	6.7	2.2
Senegal	1961-64	50	50	46	53	8.0	2.8
Kamerun	1961-65	42	58	n.a	n.a	5.5	2.0
Nigeria	1962-68	41	59	36	64	4.0	2.5
Ghana	1963-70	33	67	45	49	5.5	2.6
Äthiopien	1963-67	33	67	61	39	4.3	1.6
Madagaskar	1964-68	32	68	36	64	5.5	2.5
Uganda	1961-66	30	70	23	77	4.5	n.a
Sudan	1961-71	26	74	40	60	5.1	2.8
Tunesien	1962-71	20	80	47	53	6.1	1.9
Kenya	1964-70	n.a.	n.a	59	41	5.2	3.0
Sambia	1966-70	n.a.	n.a	69	31	10.6	n.a
Mauritius	1963-66	n.a.	n.a	n.a	n.a	9.2	1.3
Kongo (B)	1964-68	n.a.	n.a	n.a	n.a	7.3	1.5
Kongo (K)	1965-69	n.a.	n.a	n.a	n.a	7.0	2.7
Gabun	1959-64	n.a.	n.a	n.a	n.a	9.0	n.a
Elfenbeinküste	1960-70	n.a.	n.a	n.a	10.3	6.8	2.8

Quelle: Abdelmalek, Ben-Amor and Clairmonte, a.a.O., S. 479

Einige Autoren vertreten die Ansicht, daß es nicht so sehr der Mangel an inländischen Ersparnissen und ausländischem Kapitalzufluß als vielmehr die Anlage- bzw. Investitionsstruktur ¹⁾ ist, die die erwünschte Einkommenssteigerung, Kapitalbildung und die Einführung von Neuerungen verhindert. Wenn aber unterstellt werden darf, daß es nicht an Ersparnissen und produktiven Anlagemöglichkeiten fehlt, so stellt der Mangel an investitionsbereiten Unternehmern den eigentlichen Engpaß dar ²⁾, der die Kapitalbildung und die Entwicklung von technischen Fähigkeiten verhindert.

In letzter Zeit hat sich jedoch die Ansicht durchgesetzt, daß das Problem der Kapitalbildung nicht nur eine ökonomische Frage ist, sondern auch eine der Motivations-, Kultur- und Sozialstruktur.

1. Ökonomische Erklärungsversuche

Viele Autoren ökonomischer Fachrichtung machen den Mangel an natürlichen Ressourcen, das niedrige Prokopfeinkommen, die Einkommensverteilung, Export- und Importstruktur und institutionelle Unvollkommenheiten verantwortlich für die geringe Ersparnis, die unproduktive Verwendung der Ersparnis, die Unterentwicklung des Kapitalmarktes und den geringen Auslandskapitalzufluß.

Nurkse unterstreicht die Tatsache, daß die auf dem niedrigen Prokopfeinkommen beruhende geringe Massenkaufkraft keine ausreichenden Anreize weder zum Sparen noch zu Anlagen im industriellen Bereich bietet. ³⁾ Das niedrige Pro-Kopf-Einkommen verhindert demnach die Ersparnisbildung, die Kapitalanlagen außerhalb der sog. "traditional activities" oder "zero-sum-enterprise" - d. h. Anlagen im Handel und in Landwirtschaft und Baugrundstücken - und den Kapitalimport.

1) Vgl. WOLF, Charles Jr. and SUFRIN, Sidney C., Capital Formation and Foreign Investment in Underdeveloped Areas, Syracuse 1955 p. 13 - 17

2) Diese Ansicht vertreten besonders Wolf, Charles, Jr. and Sufrin, Sidney C., a. a. O., insb. p. 21 ff.; McClelland, der von der religions-soziologischen Entwicklungstheorie Max Webers ausgeht, findet in dem von den sozialen Faktoren und insbesondere von der Art der Erziehung abhängigen Leistungsstreben der Menschen eine der Hauptdeterminanten des Wachstums. Er ist der Ansicht, "daß Unternehmerenergie Kapital ersetzen kann, (und) daß jede Produktionssteigerung teuer sein wird, wenn unternehmerische Fähigkeit fehlen, ...". McClelland, D., Die Leistungsgesellschaft Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966, S. 365

3) Nurkse, R., Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1953 p. 5 f.

Auf Duesenberry's Konsumtheorie ¹⁾ aufbauend, weisen Nurkse, Tanzi und Aschheim ²⁾ darauf hin, daß die Sparneigung in Entwicklungsländern um so geringer ist ³⁾, je krasser die personellen und insbesondere regionalen Einkommensunterschiede sind, da die reichste Oberschicht, die oft im Ausland ausgebildet wird, ihren Konsum am höheren Konsumstandard der reichen entwickelten Länder orientiert und die unterste Gruppe innerhalb einer Einkommensschicht bzw. sozioökonomischen Gruppe das Konsumniveau der Reichsten innerhalb der eigenen Schicht nachahmen. ⁴⁾

Die ungleichmäßige Einkommensverteilung ⁵⁾, insbesondere im "moderneren" Sektor, verstärkt den "Demonstrationseffekt" und mindert die Sparneigung, stimuliert den Konsum importierter Güter auf Kosten des Inlandsmarktes und begünstigt den Kapitalexport. ⁶⁾

Zum Teil ist die einseitige Einkommensdistribution zwischen "arm" (unten) und "reich" (oben) verantwortlich für das Fehlen einer Mittelschicht, aus denen sich die Unternehmer rekrutieren könnten, und für soziale Instabilität, die die privaten Anlagen in "quick turnover transactions" begünstigt und private Kapitalimporte behindert.

Hinzu kommt die Abhängigkeit der Inlandsersparnis und der privaten Kapitalimporte, sowie der öffentlichen Auslandshilfe vom Außenhandel. Eine Steigerung oder Abnahme der Exportwirtschaft und somit der Importe beeinflussen die private Sparfähigkeit und Sparwilligkeit, die Staatseinnahmen und den Kapitalimport unterschiedlich.

1) Vgl. Duesenberry, J. S., *Income, Saving and the Theory of Consumer Behavior*, Cambridge (Mass.) 1949

2) Tanzi, V. and Aschheim, J., *Saving, Investment and Taxation in Underdeveloped Countries in Kyklos*, vol. XVIII (1965) pp. 25 ff.

3) Es wird häufig die Ansicht vertreten, daß die Einwohner unterentwickelter Regionen eines Landes den hohen Konsumstandard der Einwohner bereits entwickelter Regionen innerhalb der Landesgrenzen nachahmen.

4) Abgesehen von der Konzeption des "standesgemäßen Konsums", orientiert sich beispielsweise der Konsum der autochthonen Bevölkerung an denjenigen Konsum der Nichtafrikaner, die über ein weit größeres Einkommen Pro-Kopf verfügen.

5) Stärkere ungleichmäßige Einkommensdistribution könnte auch die staatliche Einnahme- und Ausgabenpolitik beeinflussen und zu geringeren Staatseinnahmen bzw. höheren staatlichen Sozialausgaben führen.

6) Falls die Einkommenskonzentration in Händen von Ausländern liegt.

Die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Exporten mineralischer Rohstoffe und landwirtschaftlicher Erzeugnisse ¹⁾ begünstigt die Anlagen im "mines and plantation sector", in Grundbesitz und im Dienstleistungsbereich und benachteiligt die Anlagen im industriellen Bereich. Die auf wenige Rohstoffe (Monokultur) beschränkte Exportproduktion ist zum Teil verantwortlich für das Fehlen einer unternehmerischen Mittelschicht ²⁾ und für die geringe Verbreitung technischer Erkenntnisse. ³⁾

Sicher verhindert die Importabhängigkeit die Entwicklung des Inlandsabsatzmarktes und die Produktion industrieller Erzeugnisse für den inländischen Konsum.

Auch die in den meisten Entwicklungsländern von vielen Autoren ⁴⁾ beobachtete, auf-

1) Hier gewinnt der Hinweis auf die ungünstige Entwicklung der Terms of Trade in Entwicklungsländern besondere Bedeutung über die Spezialisierung auf die Produktion von Primärprodukten und für die Rechtfertigung verstärkter Importsubstitution und Industrialisierung. Viele Autoren sind der Ansicht, daß die Primärgüterproduktion für den Export, die zum großen Teil von Ausländern kontrolliert und finanziert wird, wegen ihrer geringen Verkettungs- und Trainingseffekte die inlandsorientierte und differenzierte Erzeugung, den Übergang von arbeitsintensiven zu kapitalintensiven Produktionsmethoden das Entstehen von Unternehmerschicht, günstige Einkommensverteilung, Inlandsparsnisbildung und das wirtschaftliche Wachstum nicht wesentlich gefördert hat. Hierzu vgl. MYINT, Hla, The "Classical Theory" of International Trade and the Underdeveloped Countries, in Economic Journal vol. 68 (1958) pp. 316 - 337, derselbe, The Economics of the Developing Countries, London, 1964, NURKSE, R., International Trade Theory and Development Policy in, ELLIS, Howard (Ed.), Economic Development for Latin America, Proceedings of a Conference held by the International Economic Association, London 1961 pp. 243 - 253 insbesondere pp. 250 ff.

2) Vgl. MUDDATHIR, Ahmed, Die Industrialisierung der wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Berlin 1957, S. 255

3) derselbe, a. a. O., S. 259

4) Vgl. hierzu Dorrance, G. S., The Effect on Economic Development. "IMF Staff Papers" Vol. 8 (1963) pp. 2 ff.; derselbe, Inflation and Growth: The Statistical Evidence IMF Staff Papers, Vol. XIII (1966) pp. 82 ff.; SHAALAN, A. S., The Impact of Inflation on the Consumption of Private Domestic Investment, IMF Staff Papers, Vol. IX (1962), pp. 255 ff.; und LOVASY, G., Inflation and Exports of Primary Producing Countries, IMF Staff Papers, Vol. IX (1962), pp. 37 ff. Zur Kritik dieser Ansichten siehe hierzu SCHELLE, Heinz, Steuerpolitik und Kapitalakkumulation aus heimischen Quellen in Entwicklungsländern, Diss. München 1968 S. 50 - 51 und die dort zitierten Angaben.

fallende Erscheinung inflatorischer Entwicklung vermindert die inländische Spartätigkeit, die ausländische Direktinvestition im Entwicklungsland, die Reinvestition von Gewinnen und günstige Wachstumsraten des Exportes. Sie begünstigt den Transfer von Geld und Kapital ins Ausland, verhindert die Diversifikation der Exporte und mindert die Wachstumsrate der Wirtschaft.

Von großer Bedeutung ist es, daß die inflatorische Entwicklung die Anlage in "traditional activities" begünstigt und dadurch die weitere Kapitalbildung sehr niedrig hält. Solange sich die Wirtschaftssubjekte und insbesondere die Sparer der inflatorischen Tendenzen unbewußt sind, steigt die Höhe der Ersparnisse.

2. Außerökonomische Erklärungsversuche

a. Der Einfluß kultureller sozialer Normen, Institutionen und Wertungen

Ökonomen soziologischer und sozial-psychologischer Fachrichtung sind der Ansicht, daß soziale Institutionen und Normen der Gesellschaft die Persönlichkeit formen und über diese das soziale und ökonomische Verhalten der individuellen Wirtschaftssubjekte bestimmen. ¹⁾

Mit Hilfe der Kultur-, Sozial- und Persönlichkeitsstruktur werden die vorherrschenden Spar- und Konsumgewohnheiten, Neigungen zum Konsum bzw. Sparen, die Anlagepräferenzen und das Entstehen bzw. Fehlen einer Unternehmerschicht erklärt.

Einige Vertreter dieser Forschungsrichtung sind der Meinung, daß es nicht so sehr der Einfluß des sozialen und gesellschaftlichen Normensystems, als vielmehr die kulturellen und sozialen Institutionen ²⁾ und Werte selbst sind, die Einfluß auf Spartätigkeit, Verwendung der Ersparnisse und Entwicklung notwendiger unternehmerischer Fähigkeit haben. ³⁾ So kann z. B. die geringe Sparneigung der Afrikaner durch die Institution der Großfamilie, des Bodenrechts und des Gemein-

1) Hierzu McClelland, D., Motivation und Kultur, Bern - Stuttgart 1967, HAYES jr., Samuel, P., Personality and Culture Problems of Point IV in, Hoselitz, Fl., Bert (Ed.), The Progress of Underdeveloped Areas, Chicago 1951, pp. 203 - 229; LINTON, Ralph, Cultural and Personality Factors affecting Economic Growth, in, HOSELITZ, Bert, F., (Ed.), The Progress etc. a.a.O. pp. 73 - 88.

2) Vgl. hierzu besonders Wolf, Charles, Jr., Institutions and Economic Development in, American Economic Review XLV S. 867 - 883

3) Vgl. Wolf, Charles, Jr. und SUFRIN, C. Sidney, a.a.O. pp. 23 ff.

eigentums an Grund und Boden erklärt werden. Auch die Trennung von Bognutzung, also das Pacht- und Unterpachtwesen, kann dazu dienen, das Spar- und Investitionsverhalten der Landbevölkerung und der sog. "landed gentry" bzw. "landlords" in Südamerika und Asien zu erklären.

Übermäßige Aufwendungen für familiäre Ereignisse - Geburtstagsfeiern, Hochzeiten und Begräbnisse - und religiöse Feste finden auch ihre Erklärung in der "unproductive culture", in der sozialkulturellen Gesellschaftsstruktur und Sozialpsychologie. ¹⁾

Der mit Zunehmen der Verstädterung oft beobachtete Wandel der Konsumgewohnheiten, der Familienstruktur und evt. der Verbrauchsstruktur läßt sich auf den Einfluß eines intensiveren Kontakts mit neuen Vorbildern und möglicherweise auch mit einer verringerten sozialen Kontrolle (d. h. Auflockerung des sozialen und kulturellen Stammes- oder Familiensystems) erklären.

Auch kann die vorherrschende Neigung der unproduktiven Verwendung der Ersparnisse, z. B. zum Kauf von Vieh, Edelmetallen, zum Erwerb von städtischen und landwirtschaftlichen Grundstücken und zum Bau von Luxuswohnungen, mit Hilfe von sozialen Normen und gesellschaftlichen Werten (z. B. Prestige, Status, Ansehen) der überwiegend agrarischen und städtischen Gesellschaften erklärt werden.

Der Einfluß der sozialen und kulturellen Normen, Institutionen und Werte erstreckt sich auch auf die Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten. ²⁾ So beruht das in vielen Entwicklungsländern zu beobachtende "Vorherrschen einer rentenkapitalistischen Haltung" ³⁾ auf den Wertvorstellungen, dem Familiensystem, der Institution des Gemeineigentums und anderen sozialen Hindernissen, wie z. B. Tradition, institutionalisierte Aufstiegschancen, Sitten, Konventionen usw. .Puritanische Wertordnung z. B. kann dagegen den übermäßigen Konsum hemmen ⁴⁾ und

1) Vgl. hierzu RUTHENBERG, Hans, Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung, Sonderheft Nr. 2 der Zeitschrift für Ausländische Landwirtschaft S. 66

2) Vgl. PAPANEK, G. F., The Development of Entrepreneurship in, The American Economic Review, Vol. III (1962), Papers and Proceedings, pp. 46 ff. NAFZIGER, Wayne, E., The Effect of the Nigerian Extended Family in Entrepreneurial Activity, in, Economic Development and Cultural Change Vol. 18 Nr. 1 Part I Oct. 1969 pp. 25 - 32; HOSELITZ, Bert, F., The Development of African Entrepreneurs in, JACKSON, E. F. (Ed.), Economic Development in Africa, Oxford 1965 pp. 86 - 104; MUDDATHIR, A., a.a.O., S. 294 - 5

3) Zimmermann, Gerd, Sozialer Wandel und ökonomische Entwicklung, Stuttgart 1969.

4) Vgl. RUTHENBERG, H., Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung etc. a.a.O. S. 73

die Bevölkerung zur großen Sparsamkeit erziehen.

Daß die ethnischen, rassischen und religiösen Marginalschichten, wie z. B. die Asiaten und Europäer in Ostafrika, die Libanesen in Westafrika, die Juden in Europa und Noramerika, die Chinesen in Südostasien und die Syrer in Brasilien ¹⁾ erstaunliche unternehmerische Fähigkeiten bewiesen haben, läßt sich auf die Tatsache zurückführen - so die Argumentation - daß sich diese Minderheiten sehr oft auch ethnisch, kulturell und politisch von der dominierenden Majorität unterscheiden, daß sie daher keinen "Zugang zu den institutionalisierten Aufstiegskanälen" ²⁾ haben, daß sie bemüht sind, den sozialen Verlust durch ökonomische Macht im Handel oder in der Industrie zu kompensieren und daß für diese Minderheiten ein "Zwang zur Konformität" ³⁾ mit den Normen und Werten des sozialen und kulturellen Systems nicht besteht. ⁴⁾

Andererseits wird oft vergessen, daß die Anwesenheit und Dominanz mancher Marginalschichten in der Wirtschaft die Ausbreitung unternehmerischer Fähigkeiten ⁵⁾ unter bestimmten Voraussetzungen geradezu verhindern.

Die übliche Interpretation ⁶⁾ der technologischen Stagnation und der geringen technischen Absorptionsfähigkeiten in Entwicklungsländern verweist neben der ökonomischen und gesellschaftlichen Desintegration ⁷⁾ auf den Widerstand der noch tradi-

1) WOLF, Charles, Jr. und SUFRIN, C., Sidney, a.a.O. p. 26 - 27

2) SCHELLE, H., a.a.O. S. 45

3) derselbe, a.a.O. S. 45

4) Über Investitionsverhalten der Marginalschichten siehe hierzu HAGEN, E.E., On the Theory of Social Change, Homewood ILL. 1962 pp. 247 ff.

5) Dies ist der Fall, wenn die ethnischen Minderheiten neben der Industrie auch den Handel beherrschen, weil sich meist die Unternehmerpersönlichkeiten aus dem Handel rekrutieren. Zu diesem Problem vgl. PEARSON, D.S., African Advancement in Commerce and Industry, in, Journal of Modern African Studies, 3. Jg., H. 2 (1967) pp. 231 - 247

6) Die Argumente sind im Grunde die gleichen, wie bei der Begründung des Fehlens einer Unternehmerschicht in Entwicklungsländern, denn die privaten Unternehmer galten als die wichtigsten Träger der technischen Neuerungen. Hierzu vgl. ZIMMERMANN, Gerd, a.a.O. S. 59 - 62 und insbesondere S. 106 - 126; WOLF, Charles, Jr. and SUFRIN, Sidney, C., a.a.O. pp. 21 ff., S. 295

7) Zur ökonomischen und gesellschaftspolitischen Seite des Dualismus siehe JOCHIMSEN, R., Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung in FRITSCH, B. (Hrsgb.), Entwicklungsländer, Köln - Berlin 1968 S. 65 - 79 und BEHRENDT, R. F., Die Strategie für Entwicklungsländer, a.a.O. S. 251 ff.

tionsdenkenden Mitglieder der kleinen Schicht der Oligarchie (obere Schicht) und der Mittelschicht, zu der auch die höheren Angestellten, administrativen Führungskräfte, die Militärs, die politischen Machthaber und religiösen Führer gehören, sowie der Mitglieder der ethnischen und rassischen Minderheiten.¹⁾ Diese Gruppen - so lautet die Argumentation - widersetzen sich der Einführung von Neuerungen bzw. institutionellen Änderungen, die einen Umbruch der bestehenden gesellschaftlichen Normen und des ökonomischen Systems und damit der Sozialstruktur herbeiführen können und der ein Verlust der politischen, ökonomischen und sozialen Vormachtstellung dieser sozio-ökonomischen Schichten bedeuten kann.²⁾

In vielen Fällen haben die ethnischen Minderheiten als Träger der technischen Neuerungen keine bereitwilligen Nachahmer unter den Einheimischen, weil die Marginalgruppen außerhalb der traditionellen Gesellschaften der Eingeborenen stehen und die Normen der Gesellschaft nicht entscheidend beeinflussen können. Oft beschränken sich die Neuerungen der Marginalschichten auf den "modernen" Produktionssektor.³⁾

Die erwiesene Unfähigkeit des Staates als Träger des technischen Fortschritts gründet sich häufig weit mehr auf die politischen Führungsschichten und die Schicht der staatlichen, administrativen Führungskräfte, die der traditionellen Gesellschaft angehören und "mit all ihren Schwächen behaftet"⁴⁾ sind. Außerdem hindert die Konzentration der politischen und administrativen Macht in wenigen Händen die Einführung von Neuerungen von "unten", oder durch Hilfe ausländischer Facharbeitskräfte.⁵⁾

1) Vgl. PEARSON, D.S., a.a.O. p. 231 ff.; ABDELMALEK, Ben-Amor and CLAIRMONT, Frederick, a.a.O. p. 484

2) Vgl. MUDDATHIR, Ahmed, Die Industrialisierung der wirtschaftlichen unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Berlin 1957, S. 295. "... selbst wenn ein Mitglied der (oberen Oligarchie) die Voraussetzung dafür hätte, verhindern oft die Werte seines gesellschaftlichen Lebens die freie Entfaltung dieses 'potentiellen' Unternehmergeistes"; ferner vgl. GOLDSCHMIDT, Walter, R., The interrelations between cultural factors and the acquisition of new technical skills, in, HOSELITZ, B.F., The Progress, etc. a.a.O. pp. 135 - 151 hier p. 137

3) Vgl. MYINT, H., The Economics of the Developing Countries, etc. a.a.O. p. 64

4) BEHRENDT, Richard, F., Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt/Main 1965 S. 400; vgl. auch GERSHENKRON, A., Social Attitudes, Entrepreneurship and Economic Development, in Explorations in Entrepreneurial History, October 1953, p. 15

5) Vgl. MYINT, H., The Economics of the Developing Countries, London 1964 p. 175

Für die geringe technische Absorptionsfähigkeit spielen auch die Art der Erziehung und das niedrige Ausbildungsniveau der meisten Wirtschaftssubjekte eine große Rolle. Andererseits ist eine akademische technische Ausbildung kein "sine qua non" für die Entfaltung unternehmerischer Tätigkeiten.¹⁾ Hemmend für das Entstehen von Unternehmern sind auch die Bevorzugung der Beamtenlaufbahn und die Rolle des "Rentnerkapitalisten".

Während ein vollkommener Wettbewerb über die relativen Preise der Produktionsfaktoren und Faktorsubstitution den technischen Fortschritt fördert²⁾, erschwert die Existenz von unvollkommenen Konkurrenzverhältnissen auf vielen Bereichen³⁾ der einzelnen Faktor-, Güter- und Kreditmärkte die Einführung von Erneuerungen und die Erhöhung der Produktivität.

Das Vorherrschen von kleinen Produktionseinheiten und die geringe Verbreitung von großen Unternehmungen und Betrieben, die meist eine monopolartige Stellung haben, sind nicht zu unterschätzende Hemmnisse bei der Einführung und Verbreitung von neuen Produktionsverfahren.

Während in asiatischen und einigen südamerikanischen Ländern "das Pächtersystem, das weitgehend noch auf der Basis der Abgaben von Ernteanteilen beruht"⁴⁾, das Interesse an einer Einführung von neuen Produktionsverfahren mindert, verhindern das Gemeineigentumssystem und die ungewissen Eigentums- und Besitzverhältnisse in Afrika die Einführung von modernen Produktionsmethoden.

1) ENKE, Stephen, Creating Incentives for Economic Development, in, EAG. ROBINSON (Ed.), Economic Development of Africa South of the Sahara, London 1964 pp. 361 - 381 hier S. 376

2) Andererseits könnte die "perfekte" Konkurrenz über den Marktmechanismus keine Anreize zu technologischen Erneuerungen geben. Es trifft aber auch zu, daß der Wunsch zur Erhöhung bzw. Erhaltung der Profitgröße wie Arbeitsstreiks und Kriege, zu technologischen Erneuerungen führen können.

3) So läßt das meist noch in vielen afrikanischen Ländern z. B. herrschende Einparteiensystem häufig keine schnellen Änderungen in der politischen Führungsschicht erwarten und im besonderen in Ostafrika die verfestigte Schichtungsstruktur der asiatischen Bevölkerung (Kastengesellschaft) läßt geringe unternehmerische Entfaltungsmöglichkeiten zu, da den Status der einzelnen durch Geburt oder ererbter Status (ascribed status) und nicht durch Leistung oder erworbener Status (achieved status) bestimmt wird. Unter diesen Umständen wird die Leistung nicht durch ökonomische Anreize beeinflusst.

4) KAPP, William, K., Wirtschaftliche Entwicklung, nationale Planung und öffentliche Verwaltung, in, FRITSCH, B. (Hrsgb.), Entwicklungsländer, a.a.O. S. 197 - 239, hier S. 207

Die Existenz von kulturell, sozial und ökonomisch desintegrierten "social micro-cosms" (Houghton) ¹⁾ (kleine Gesellschaftsgruppen), die nur lose Beziehungen zu einander haben, mindert die sozialen, kulturellen und institutionellen Voraussetzungen für die Einführung von Erneuerungen.

b. Der Einfluß der natürlichen Gegebenheiten - naturgeographische Erklärungsversuche

Die in der Literatur noch häufig anzutreffenden Erklärungen des Kapitalmangels in Entwicklungsländern weisen auf die Bedeutung des Klimas, des Bodens, der Bodenschätze und der Bevölkerung für die wirtschaftliche Produktion hin. Das Klima - so die Argumentation - hat Einfluß "auf die physische Arbeitsfähigkeit und die psychische Arbeitsbereitschaft" sowie auf das soziale Verhalten und auf Art und Umfang der Produktion. Während ein Zusammenhang zwischen Klima und Produktionsbedingungen hergestellt werden kann, ist eine Beziehung zwischen Klima und Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft einerseits und sozialem Verhalten andererseits nicht nachweisbar. Es liegen somit die Gefahr einer Verallgemeinerung der Aussagen, die nur unter bestimmten Voraussetzungen gelten. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß gewisse klimatische Bedingungen wie z. B. die zeitlichen Schwankungen der Temperaturen, die Menge und Dauer der Niederschläge, die Bodennutzung, die Spar- und Investitionsentscheidungen mitbestimmen.

Ein bedeutendes Hindernis der Kapitalbildung in Entwicklungsländern glaubt man im Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche und strategischen Bodenschätzen und Energiequellen zu sehen. Durch die Berücksichtigung des Gesetzes abnehmender Grenzerträge der technologischen Starrheiten in Entwicklungsländern, der schnellen Bevölkerungsentwicklung und der Bedeutung der Bodenschätze für den privaten Kapitalimport und der Energiequellen für die industrielle Produktion erfährt die Erklärung weitere Bekräftigung.

Die Erfahrung einiger Länder (z. B. Israel, Holland, Belgien, Schweiz) zeigen, daß der Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche und Bodenschätzen kein unüberwindbares Hindernis zur Kapitalbildung darstellt und das Vorhandensein na-

1) Vgl. HOUGHTON, Hobart, D., The Problems of Labour in African Development, in A.E.G. ROBINSON (Ed.), The Economic Development etc. a.a.O. S. 312 - 335, hier S. 312

türlicher Hilfsquellen keineswegs eine hinreichende Bedingung für die Kapitalausstattung ist.

Ebenso ist es nicht möglich, den Kapitalmangel in Entwicklungsländern allein mit Hilfe der Bevölkerungsgröße, -zusammensetzung, -dichte, -bewegung, -vermehrung, Sexual- und Altersstruktur zu erklären. Es kann nicht bestritten werden, daß ein tendenzielles Zurückbleiben der Produktion hinter der Bevölkerungsvermehrung das Pro-Kopf-Einkommen und somit Ersparnis und Investition verringert und Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung vergrößert, daß ein ungünstiger Altersaufbau, der durch eine relativ größere Gruppe von noch Angehörigen der Altersgruppen bis zu 15 und über 65 Jahre charakterisiert ist, die Ersparnisbildung und die Art der Investitionen beeinträchtigt und daß eine kleine Bevölkerung und geringe Bevölkerungsdichte den inländischen Absatzmarkt einengt, die Förderung des technischen Fortschritts durch vielseitigere Arbeitsteilung und intensiven kulturellen Kontakt verhindert, sowie die Versorgung der Bevölkerung und die Ausnutzung der natürlichen Ressourcen erschwert.

C. Probleme der Investitionsfinanzierung in wirtschaftstheoretischer Sicht

1. Die Konzeption des "Gap Approach" in der Finanzierungsplanung von Investitionsprogrammen. Begriffe der Spar-Investitionsücke (savings gap) und Export-Importücke (trade gap) bzw. (foreign exchange gap).

Um den Umfang der für die Durchführung von Entwicklungsplänen (Investitionsprogrammen) erforderlichen Auslandshilfe feststellen zu können, bedient man sich des sog. "gap Approach" ("Lückenberechnungen"). Damit soll die sog. Kapitallücke ¹⁾ und die sog. Zahlungsbilanzücke ²⁾ berechnet werden.

Mit dem Ausdruck Kapitallücke meint man die Differenz zwischen den notwendigen, erwünschten Investitionen und den zu erwartenden eigenen Ersparnissen eines Entwicklungslandes; unter Zahlungsbilanzücke versteht man die Differenz zwischen den Ausfuhr- und den Einfuhrwerten eines Entwicklungslandes.

Die Mittel für Investitionen müssen gleich der Summe aus Ersparnissen und Auslandshilfe sein: $I = S + F$, wobei I = Investitionen, S = eigene Ersparnisse und F = Auslandshilfe (privater Kapitalimport und öffentliche Entwicklungshilfe) ist. Eben-

1) Investitions-Spar-Lücke oder Spardefizit oder "resource gap".

2) Man spricht auch von Export-Import-Lücke (EM-Lücke) oder Handelsdefizit.

so muß die Summe aus Ausfuhrerlösen und Auslandshilfe einerseits und Import andererseits gleich sein: $E + F = M$, wobei M = Importe, E = Exporterlöse und F = Auslandshilfe ist.

Definiert man Sparen gleich Einkommen minus Konsum, so muß Sparen und Importüberschuß ex post gleich Investieren sein. Es gilt also, daß die beiden Lücken ex post gleich sein müssen. Die ex ante Werte können aber voneinander abweichen. Es gilt also die Beziehung: $A - Y = I - S = M - E = F$, wobei Y das Volkseinkommen und A die Ausgaben für Konsum und Investition sind.

Ein Auslandshilfebedarf bestimmten Umfangs besteht dann, wenn einerseits die Summe der benötigten Investitionsmittel die Gesamtersparnis und/oder wenn die Summe der erforderlichen Mittel für Importe die Exporterlöse andererseits übersteigt. Die Auslandshilfe sollte in diesem Fall entweder das Spardefizit oder das Handelsdefizit decken.

Die theoretische Grundlage der Lückenberechnungen bildet der Zusammenhang zwischen Wachstumsrate des Volkseinkommens, Sparquote und Kapitalkoeffizienten. Bei gegebenem Kapitalkoeffizienten bestimmt die Sparquote das Wachstum des Sozialproduktes.¹⁾

In der Praxis lassen sich somit die verschiedenen Lücken berechnen, indem man zunächst eine autonome Wachstumsrate des Volkseinkommens festsetzt und einen Kapitalkoeffizienten bestimmt. Importe, Ersparnis und Investitionen (mit Ausnahme von autonomen Investitionen) gelten dann als abhängige Variable der angestrebten Wachstumsrate des Volkseinkommens. Die Größe und Veränderung des durchschnittlichen und marginalen Imports, des Sparens und der Investition werden auf der Grundlage der Erfahrung und der historischen Entwicklung festgestellt und gewisse Annahmen über ihre weitere Entwicklung gemacht.²⁾

Die "notwendige" Investition kann auf zweifache Weise berechnet werden: nach dem "target approach", bei dem von einer autonomen, festgelegten Wachstumsrate des Volkseinkommens ausgegangen und die Investitionshöhe unter Anwendung eines Kapitalkoeffizienten bestimmt wird; oder nach dem sog. "capital absorptive capa-

1) Dabei wird der Faktor Bevölkerungswachstum nicht berücksichtigt.

2) Über Methode der Lückenberechnungen siehe UN, Economic Survey of Europe in 1960 Chapter 5; GATT, International Trade 1959 pp. 40 ff. Rosenstein-Rodan, P., International Aid for Underdeveloped Countries, The American Economics and Statistics Vol. 43 (1961) pp. 107 ff. Balassa, B. The Capital Needs of Developing Countries, in, Kyklos Vol. 17 (1964) pp. 197 ff.

city approach", wobei die Investitionshöhe unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, Kapital im Inland produktiv einzusetzen, berechnet wird. ¹⁾

Der Export gilt als eine vom Einkommen unabhängige Variable. Die Exporterlöse sind von der Exportmenge und den auf dem Weltmarkt zu erzielenden Exportpreisen abhängig.

2. Methoden zur Berechnung von Kapital- und Zahlungsbilanzlücken

Bezeichnet man die Auslandshilfe mit F, Import mit M, Export mit E, Investition mit I und Ersparnis mit S, so ergibt sich aus der kreislaufmäßigen Betrachtung die Formel:

$$F = I - S = M - E$$

Soll das Sozialprodukt während der Planperiode um $r\%$ wachsen, so ergibt sich für den Zeitraum von t Jahren:

$Y_t = Y_0 \cdot (1 + r)^t$, wobei Y_t bzw. Y_0 das Sozialprodukt im Jahr t bzw. 0 ist.

a) Die Investitionsfunktion:

Bezeichnet man den Kapitalkoeffizienten mit k , so erfordert eine Wachstumsrate von $r\%$ eine jährliche Zuwachsrates der Investition, die eine obere Grenze der sog. "absorptive capacity" nicht überschreiten darf, von: $I_t = kr(Y_t)$

Daraus errechnet sich ein Investitionsvolumen

$$I_t = I_0 + rk(Y_t - Y_0),$$

wobei I_t bzw. I_0 die Investition im Jahr t bzw. 0 , k der marginale Kapitalkoeffizient, r die jährliche Wachstumsrate der Investition, y_0 und y_t das Sozialprodukt im Jahr 0 bzw. t ist.

b) Die Sparfunktion:

Unter Voraussetzung einer linearen Sparfunktion erfolgt die Berechnung der Ersparnis nach der Formel:

$$I_t = I_0 + s(Y_t - Y_0),$$

1) Hierzu Rosenstein-Rodan, P., Bedarfsbestimmung etc., a.a.O. S. 166
171 UN, Development Policies and Assistance Requirements a.a.O. s. 72 - 73
zitiert nach DURR, E., a.a.O. S. 213

wobei S_t bzw. S_o die Ersparnis im Jahr t bzw. o bedeutet; s stellt die marginale Sparrate und J_t bzw. Y_o das Sozialprodukt im Jahr t bzw. o dar.

c) Erforderliche Auslandshilfe:

Die zur Deckung der Spar-Investitionsücke erforderliche Auslandshilfe (F) ergibt sich aus

$$F_S = I_t - S_t = I_o + r_k(Y_t - Y_o) - S_o - s(Y_t - Y_o)$$

d) Die Importfunktion:

Ausgehend von einer linearen Importfunktion läßt sich das erforderliche Importminimum nach der folgenden Formel errechnen:

$$M_t = M_o + m(Y_t - Y_o)$$

wobei M_t bzw. M_o der Import im Jahr t bzw. o und m die marginale Importrate ist.

e) Die Exportfunktion:

Die Wachstumsrate der Ausfuhr und damit das erforderliche Exportmaximum betrachtet man als unabhängig von den Datenänderungen im Entwicklungsland. Vielmehr hängt die Wachstumsrate des Exports von den Wachstumszielen der Industrieländer und bei gegebenen Exportmengen von den Ausfuhrmöglichkeiten und Exportpreisen ab.

f) Die erforderliche Auslandshilfe:

$F_t = M_o + m(Y_t - Y_o) - E_t$ stellt die Zahlungsbilanzücke dar, die durch Auslandshilfe aufgefüllt werden muß.

3. Angleichung zwischen Kapitallücke und Zahlungsbilanzücke

Ex post können die zwei Lücken nicht verschieden sein; die ex-ante-Zahlen der beiden Lücken können aber voneinander abweichen, je nachdem, welche Annahmen der Kausalzusammenhänge bei den Lückenberechnungen zugrundegelegt werden.

In der ex-ante-Betrachtung kann sich herausstellen, daß die Kapitallücke größer ist als die Zahlungsbilanzücke oder umgekehrt, daß die Zahlungsbilanzücke größer sein kann als die Kapitallücke.

Da gemäß der Definition $A - Y = I - S = M - E = F$ die Summe der Ausgaben (A) ohne Auslandshilfe das Volkseinkommen (Y) nicht übersteigen kann, ergibt sich ein Angleichungsprozeß, der bewirkt, daß die beiden Lücken ex post gleich sein müssen.

Natürlich kann bei der Angleichung der beiden Lücken die Produktion gleich bleiben, sinken oder sich erhöhen, je nachdem die entsprechenden Maßnahmen - ohne den Realimport von Auslandshilfe, die den Ausgleich zwischen der Gesamtnachfrage und dem Gesamtangebot herbeiführen kann - die Spar- und Investitionsquote oder die Exporte und damit die Importkapazität unverändert lassen, senken oder erhöhen. Dafür einige Beispiele:

Würde eine Deflationspolitik verfolgt und könnten die Investitionsausgaben verkürzt werden, um somit über den Import- und Inlandsgehalt ^{1) 2)} der Investitionen den Importüberschuß abzubauen, so würde die Schließung der beiden Lücken ein niedrigeres Niveau der Investitionen und des Volkseinkommens zur Folge haben.

Strebt man die Schließung der beiden Lücken durch Erhöhung der Exporte von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern an, so können die Investitionen und das Volkseinkommen über die Ausweitung der Importkapazität erhöht werden.

Wählt man dagegen die Schließung der beiden Lücken sowohl durch die Deflationmethode als auch die Ausdehnung der Produktion von Exportgütern, so kommt die Angleichung beider Lücken auf einem niedrigeren/höheren Investitions- und Einkommensniveau zustande, je nachdem, ob die Förderung der Produktion der Exportgüter mehr/weniger als die Deflation ins Gewicht fällt. ³⁾

Eine Reduzierung (Änderung der Wachstumsrate des Sozialproduktes würde die Im-

1) Der "Importgehalt" ist gleich dem direkten Einfluß der Investition auf den Import von Kapitalgütern und Rohstoffen und der Inlandsgehalt einer Investition gleich dem indirekten Einfluß der Investition (über Einkommensexpansion) auf den Import von Konsumgütern. Hierzu gehören auch die Importe für Ersatzteile und Unterhaltung von Produktionsanlagen (maintenance imports).

2) Da der Umfang der Investitionen niedrigen Importgehalts begrenzt ist, bietet der Ausweich auf einfuhrsparende Investitionen geringen Erfolg, um den Importüberschuß abzubauen. Außerdem würden solche einfuhrsparenden Investitionen aber ohne Erhöhung der Sparquote leicht über den Einkommenseffekt zur Steigerung der Importe führen.

3) Vgl. TINBERGEN, Jan, Spardefizit und Handelsdefizit; in Weltwirtschaftliches Archiv (1965) S. 89 - 99 hier S. 93 - 97

porte einschränken und somit die Zahlungsbilanzlücke über die Einschränkung von Investitionen und Importen verkleinern, allerdings auf Kosten eines schnellen Wirtschaftswachstums.

Würde man den Rückgang der Produktion vermeiden und verhindern, daß sich die Diskrepanz zwischen der Kapitallücke und der Zahlungsbilanzlücke ¹⁾ vergrößert, so muß man die Inlandsersparnis erhöhen, wenn die Kapitallücke der "dominant gap" ²⁾ ist und das Devisenangebot durch Kapitalimport erhöhen, wenn die Zahlungsbilanzlücke der "dominant gap" darstellt.

a. Angleichung der Kapitallücke durch Erhöhung der Inlandsersparnis

aa. Erhöhung der Inlandsersparnisbildung durch Exportausdehnung

Theoretisch stellt die Exportausdehnung eine Alternative dar, die (private und staatliche) Inlandsersparnis über Einkommenssteigerung zu erhöhen ³⁾, und zwar direkt über den Export- und Investitionsmultiplikator und indirekt über die Besteuerung des Exports und der export-induzierten Importe.

Berücksichtigt man die "Verkettungseffekte" ⁴⁾ des Exports über die Einkommens-expansion auf die Ersparnis und Investition, so ist es möglich, daß die Exportexpansion zu höherer Inlandsersparnis führen kann. Daß eine hohe Exportquote nicht in jedem Fall zu hoher Ersparnis führt, mag daran liegen, daß die Einkommen im

1) In der Tat tendiert die Zahlungsbilanzlücke dazu, sich im Laufe der Zeit mehr als die Kapitallücke zu vergrößern.

2) Der Terminus "dominant gap" stammt von "Development Assistance Committee "Gap Estimates" - Calculation and Significance p. 26 (unveröffentlicht).

3) Eine Korrelation zwischen Exportexpansion und Sparquote wurde für mehrere Entwicklungsländer festgestellt. UN, World Economic Survey 1965 Part One, New York. p. 17 f.

4) HIRSHMAN unterscheidet die Verkettungseffekte in "rückwärtigen Verkettungseffekten" (backward Linkages) und in "vorwärtigen Verkettungseffekten" (forward Linkages), worunter im ersten Fall die abgeleitete Nachfrage nach Vorleistungen sowie Inputfaktoren aus heimischer Produktion verstanden wird und im zweiten Fall die Wirkung des Angebots in Gütern, deren Verwendung in anderen Produktionszweigen weitere Produktionsanreize gibt. HIRSCHMANN, Albert-O. The Strategy of Economic Development, New Haven 1958 pp. 98 ff. Der geringe Einfluß (Trainingseffekte) des Export-Sektors auf den technischen Fortschritt im "peasant sector", "mines and plantation sectors" (Myint) dürfte einer der Gründe für geringe Produktivität und Sparquote sein.

Ausfuhrbereich des "peasant sector" und "mines and plantation sector" (Myint) ¹⁾ aufgrund niedriger durchschnittlicher und marginaler privater Sparneigung nicht der freiwilligen Ersparnisbildung zugute kommt. Es liegt auch an der geringen fiskalischen Reichweite der Export-, Einkommens- und Körperschaftssteuern.

Das erklärt auch zum Teil die Tatsache, daß eine günstige Entwicklung der Ausfuhr keineswegs zu erheblichen privaten und staatlichen Investitionen im Agrarbereich geführt hat, weil das Investitionsniveau und der Kapitalimport an die niedrige private und öffentliche Ersparnis angepaßt werden müssen.

Andererseits stößt die Besteuerung der Ausfuhr des "mines and plantation sector", der sich weitgehend noch im Besitz ausländischer Gesellschaften befindet, auf großen Widerstand, wenn die Überwälzung der Steuern auf Ausländer wegen der geringen Preiselastizität des Inlandsangebotes nicht gelingt und die inländischen Anbieter von Exportgütern die Steuern tragen müssen.

Bei stagnierenden Exporterlösen und stärkerer Exportbesteuerung wird die Exportproduktion über Kostensteigerung gehemmt. ²⁾

Die Schwierigkeiten der Anpassung der Exportbesteuerung an die Art und den Umfang der Exporterzeugung, an den Verlauf der Auslandsnachfrage, an die Entwicklung der Exportpreise und der Absatzmöglichkeiten erklären zum Teil die geringe Aufkommenselastizität der Exportsteuern in bezug auf die Exporteinnahmen und die allgemeine Einkommensentwicklung. ³⁾

Wegen der unterschiedlichen Produktions- und Absatzverhältnisse ist es bisher noch nicht gelungen, alle Exporterlöse aus sämtlichen Exporterzeugnissen der Exportbesteuerung zu unterwerfen. Besteuert werden nur die Exporteure wichtigster Erzeug-

1) MYINT, Hla, Economics of Developing Countries, London 1964

2) Dies gilt mehr für den Plantagen- und Bergbau als für die bäuerliche Produktion. Die staatliche Mindestlohngesetzgebung, die in der Hauptsache nur für Landarbeiter im Bergbau- und landwirtschaftlichen Plantagensektor gilt, erschwert bei stagnierenden Exporterlösen die Anpassung der Lohnkosten an die veränderte Ertragslage. Sind große Steuerbelastungsunterschiede zwischen spezialisierten Exportproduzenten und Produzenten für den Inlandsmarkt feststellbar, so könnte eine stärkere Exportbesteuerung die Produzenten dazu veranlassen, für den Inlandsmarkt nur zu produzieren, wenn die Größe des Inlandsmarktes dies ermöglicht. Ein Rückgang der bäuerlichen Exportproduktion könnte leicht zum Rückfall der Bauern in die Selbstversorgungswirtschaft führen, wenn ihnen keine anderen Produktionsalternativen offenstehen.
Vgl. SCHELLE, H. a.a.O., S. 233.

3) Vgl. Un, World Economic Survey 1965, a.a.O., p. 23; ferner KONRAD, A., a.a.O., S. 47

nisse, die über die staatlichen Marketing Boards abgesetzt werden.¹⁾

In der Regel werden die Exporte industrieller Erzeugnisse, die bisher noch eine geringe Rolle in der gesamten Exportwirtschaft spielen, nicht besteuert.

Die Bemühungen vieler Regierungen in Entwicklungsländern, durch Diversifizierung der Exportwirtschaft einer hohen "commodity concentration" entgegenzutreten und somit die Exporterlöse langfristig oder kurzfristig über die Preispolitik der Marketing Boards - wenn man von internationalen Bemühungen absieht - zu stabilisieren, führen oft zu Steuererleichterungen und -vergünstigungen neuer Exportprodukte. In einigen Ländern werden die gezahlten Exportabgaben bei der Ermittlung der Einkommens- und Körperschaftssteuern angerechnet.²⁾

Die Möglichkeiten, die Zahlung der Exportsteuern zu umgehen, sind trotz der leicht zu erfassenden kleinen Zahl von Exportagenten und -firmen in wenigen Handelszentren gegeben, insbesondere wenn es sich um weltumspannende Exportkonzerne handelt, die mittels interner Kauf- und Verkaufspreise die Gewinne leicht ins Ausland umlegen können.

Würde die Exporterzeugung zum Rückgang der Produktion für den inländischen Verbrauch führen, so könnte es zu inflatorischen Tendenzen für die Binnenwirtschaft kommen. Infolge einer Preissteigerung kann das inländische Kostenniveau steigen, was wiederum ungünstige Rückwirkung auf die Exportexpansion haben kann. Eine derartige Preissteigerung kann noch keine hohe Sparquote sicherstellen, wenn die erzwungenen Ersparnisse für billigere Importe ausgegeben werden.

ab. Erhöhung der Inlandsersparnis durch Importsubstitution

Es ist auch denkbar, daß die Herstellung importkonkurrierender Konsumgüter die Ersparnis erhöhen kann, wenn es gelingt, die Ausgaben für Inlandswaren aus dem steigenden Individualeinkommen durch Verbrauchs- und "allgemeine" Umsatzsteu-

1) Es hat sich besonders schwierig erwiesen, daß die Exporte Tanzanias nach benachbarten Ländern, wie Kenya, Uganda, Zambia, Kongo (K) usw. selten besteuert werden, weil die Lieferungen an das Ausland nicht durch staatliche bzw. staatlich autorisierte Marketing Boards vorgenommen werden können. Nicht alle Erzeugnisarten werden durch Marketing Boards abgesetzt. Da die Marketing Boards ihren ganzen Überschuß an den Staat nicht abgeben, sondern auch häufig an Agrarproduzenten zahlen, können ihre Einnahmen nicht als Steuereinnahmen gelten.

2) UN, World Economic Survey 1966 Part One: Implementation of Development Plans: Problems and Experience, New York 1967 p. 71

ern oder Akzisen zu belasten.

Dies ist besonders erfolgreich bei den niedrigeren und mittleren Einkommensgruppen, die aufgrund ihrer hohen Verbrauchsneigung mehr für die im Inland hergestellten Konsumgüter ausgeben, als die geringe Zahl der Angehörigen hoher Einkommensbezieher, die mehr aus- als inländische Güter konsumieren.

Der Erfolg ist aber bescheiden, wenn z. B. aus sozialpolitischen Gründen einige Grundnahrungsmittel aus der Inlandsproduktion von der Verbrauchs- und Umsatzbesteuerung ausgespart werden oder wenn die Nachfrage nach den besteuerten Gütern in bezug auf die Preise elastisch ist.

Daß die Importsubstitution nicht immer zur Steigerung der Staatseinnahmen aus den direkten Steuern führt, mag darauf zurückzuführen sein, daß es zahlreiche "Schlupflöcher" und legale und illegale Hinterziehungsmöglichkeiten bei den Einkommens-, Körperschafts- und Umsatzsteuern gibt, oder daß die zusätzlichen Einkommen einigen Wirtschaftssubjekten zugute kommen, die aus verschiedenen Gründen (z. B. niedrige Einkommen, steuerlich geschützte Pionierunternehmen usw.) von den direkten Steuern nicht erfaßt werden.

Durch Schutzzölle, Einfuhrkontingente und Abwertung des Wechselkurses wird das Importieren erschwert, und es wird den inländischen Produzenten ein Absatzmarkt verschafft und garantiert, wodurch Investitionen und Ersparnis gesteigert werden können, wenn nicht dadurch eine ineffiziente Produktion gefördert wird.¹⁾

Andererseits kann ein erheblicher Teil der anfallenden privaten Ersparnis für inländische Güter ausgegeben werden, und die Sparquote kann durch restriktive Einfuhrpolitik nicht gesteigert werden.

Werden bei der Importsubstitution Investitionsgüter auf Kosten der Konsumgüter, die bisher importiert wurden, hergestellt, so werden dem Konsumgütersektor Produktionsfaktoren entzogen, wodurch private Ersparnisse über Preissteigerungen erzielt werden können, wenn sich die Nachfrage nicht nach ausländischen Konsumgütern verlagert.²⁾ Häufiger ist jedoch in Entwicklungsländern der Fall, daß

1) Ineffiziente Produktion könnte zu einem Absinken des Realeinkommens und der Ersparnis führen. Vgl. NURKSE, R., International Trade Theory and Development Policy, in: ELLIS Howard S. (Ed.) Economic Development for Latin America, London 1961 pp. 243 - 263 hier S. 254

2) Ein übermäßiges Güterangebot würde leicht zur Preissenkung und überdies zu verstärktem Konsum inländischer oder ausländischer Waren führen, wodurch auch die Ersparnis sinken kann.

sich die Importsubstitution auf die Herstellung von Konsumgütern konzentriert.

Außerdem muß eine restriktive Einfuhrpolitik durch Zölle, Einfuhrabgaben, Mengenkontingente und Zuteilung von Devisen allein nicht notwendig zu größeren Spar- und Investitionsanteilen führen,¹⁾ wenn es bei gegebener Größe des Inlandmarktes an technischem Wissen und an einer investitionsbereiten Unternehmerschicht im Inland fehlt.

Es ist möglich, daß sich hinter dem Zollschutz das Kostenniveau der Unternehmer erhöht und daß die durch Zoll geschützten Unternehmer keine nennenswerten steuerbaren Gewinne erzielen können, wodurch dem Fiskus ein Nachteil entsteht, vor allem dann, wenn die Errichtung der Betriebe zur Herstellung importkonkurrierender Güter mit Steuerbefreiungen oder Subventionen verbunden ist.

ac. Erhöhung und Ergänzung der Inlandersparnis durch private Kapitalimporte und Auslandshilfe

Der Kapitalimport gestattet einen Importüberschuß und aufgrund der Kreislaufbeziehung $I = S + M - E = S + F$ eine höhere Investition. Darüber hinaus kann der Kapitalimport der Mobilisierung von potentiellen Inlandersparnissen (sog. frustrated savings) dienen. Mit dieser Feststellung wird unterstellt, daß der Kapitalimport zur internen Investitionstätigkeit und folglich zur Einkommensteigerung und zur höheren Inlandersparnis führt.

Diese Unterstellung ist nicht ganz unproblematisch, wenn etwa die Mittel aus Auslandshilfen für den Import von Konsumgütern und wenig für Investitionsgüterimporte verwendet werden oder in jene Bereiche der Infrastruktur fließen, die steuerlich nicht nutzbar gemacht werden können.

Es ist auch denkbar, daß die Mittel aus Auslandshilfe für Güterimporte verwendet werden, welche bei entsprechender eigener Ersparnis auch im Inland hätten erzeugt werden können.²⁾ Möglich ist auch, daß die verfügbaren Devisen für Schul-

1) In vielen Fällen ist der Schutz der Investoren in Entwicklungsländern durch Zölle und Importkontingente den steuerpolitischen Maßnahmen, wie Steuerbefreiungen, beschleunigte Abschreibungen und Investitionsprämien, Kreditgarantien, usw. vorzuziehen.

2) KONRAD, A., a. a. O., S. 43. Oft verleitet der günstige Kapitalimport die Regierung zu teuren Importen.

denrückzahlung und Zinsenzahlung ans Ausland verwendet werden.¹⁾ Auch wenn es in Entwicklungsländern an einem genügend flexiblen Verwaltungsapparat fehlt, kann die öffentliche Entwicklungshilfe nicht optimal eingesetzt werden.

Kommen die privaten Kapitalimporte den "traditionellen Aktivitäten" zugute, die zum großen Teil steuerlich verschont sind, so kann sich die Sparquote nicht erhöhen, weil es zu keiner Erhöhung der Produktionskapazität kommt, welche zu mehr Steuereinnahmen führen könnte. Sofern die privaten Kapitalimporte an Gewinnsteuerbefreiung, beschleunigte Abschreibungen, Investitionsprämien und sonstige steuerlichen Vergünstigungen gebunden sind, die dem ausländischen Investoren eine Entlastung bringen, so besteht wenig Möglichkeit, die angefallenen Gewinne - wenn überhaupt ein Überschuß erzielt wird - zur Erhöhung der Inlandsersparnis nutzbar zu machen.

Gibt es keine Investitionsanreize, die erzielten Überschüsse nach Abzug der Steuern zu reinvestieren, so werden große Teile der angefallenen Gewinne ins Ausland transferiert.

Für diese Schlußfolgerung können zwei Erklärungen gegeben werden:

Einmal die naheliegenden Anlagepräferenzen der ausländischen Investoren in "traditionellen Aktivitäten" und zum anderen die Rücktransfers der Gewinne, Zinsen und Lohneinkommen und schließlich das geringe Interesse der ausländischen Investoren an der Verbreitung fortschrittlicher Produktionsverfahren und an der Ausbildung der Einheimischen.

b. Angleichung der Zahlungsbilanzlücke durch Erhöhung des Devisenangebots

ba. Erhöhung des Devisenangebotes durch Exportausdehnung

Gelingt es nicht, die Zahlungsbilanzposition durch Kapitalimport oder Importsubstitution zu verbessern, so bietet die Ausweitung der Ausfuhr eine bedeutende Alternative.

Sind die internen Voraussetzungen für die Erhöhung der Exportproduktion gegeben,

1) Es ist möglich, daß die Verfügbarkeit von Devisen zur verstärkten Kreditaufnahme im Ausland und zum Anwachsen der Auslandsschulden führen könnte, welche doch wieder auf die weiteren Kapitalimporte und auf die Erhältlichkeit von Auslandshilfe zurückschlagen könnte.

so konnten die Schwierigkeiten der Exportausdehnung von Agrar- und/oder Industrieprodukten in der Aufnahmefähigkeit der Exportmärkte, Absatz- bzw. Ausfuhrmöglichkeiten liegen. Die Grenze der Exportproduktion liegt in der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes, auf den das exportierende Land oft mit einem geringen Anteil an der Weltproduktion wenig Einfluß hat.¹⁾

Bei gegebenen Ausfuhrmöglichkeiten (Absatz) können die Schwierigkeiten der Exportausdehnung in der Förderung der Exportproduktion als Entwicklungspolitik liegen. Folglich kann entweder die Erzeugung oder die Absatzmöglichkeiten den Engpaß der Exportausdehnung darstellen.

Sieht man vorerst vom Absatzengpaß ab, so bildet die Erzeugung doch das wichtigste Problem. Hier genügt der Hinweis auf das Problem der Abhängigkeit der Primärproduktion von Witterungsverhältnissen, Kapitalimport, Ausbreitung der Geldwirtschaft, Ausbau der Infrastruktur und ausländischen Investitionen im Exportsektor. Aus diesem Grund ist eine kurzfristige Anpassung des Exportgüterangebotes an veränderte Auslandsnachfrage unmöglich.

Meist herrscht im Entwicklungsland eine Monokultur, welche bei der Verschlechterung der "terms of trade" besondere Probleme aufwirft. Der Anbau von neuen Exportkulturen stößt auf große Schwierigkeiten, "da die Erzeuger nicht immer bereit sind, auf ihnen unbekannte Kulturen überzuwechseln und häufig Güter in das Exportprogramm einzubeziehen, deren Absatz bereits in anderen Ländern Schwierigkeiten bereitet".²⁾ Oft fehlt es auch an Erfahrung.

Die Abhängigkeit der Erzeugung von Fertigsgütern von ausländischem Kapital und Arbeitskräften und die Tatsache, daß die Steigerung des Fertigwarenexports zunächst eine Befriedigung des Inlandsmarktes in den Entwicklungsländern erfordert,³⁾ verringern die Möglichkeiten, ein vielfältigeres Exportsortiment zu erstellen.

Mag der Hinweis auf die Schwierigkeiten der Ausdehnung der Ausfuhrproduktion und der Erweiterung des Exportgütersortiments allein schon genügen, um die Probleme der Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation durch Exportexpansion zu demonstrieren, so stellen die Vermehrung der Ausfuhrmöglichkeiten und die

1) Die Eröffnung neuer Exportmärkte liegt hauptsächlich in Händen entwickelter Länder, z. B. durch Abbau der Einfuhrkontingente, Importsteuern, oder Zölle zugunsten der Entwicklungsländer.

2) SCHELLE, H. a.a.O. S. 231

3) Vgl. NURKSE, R. International Trade Theory etc. a.a.O. p. 256

Schwankungen von Exporterlösen mit ihren ausgeprägten Wirkungen auf die Binnenwirtschaft große Hindernisse zur Verbesserung der Zahlungsbilanz dar.

In einem solchen Fall, in dem der Absatz den Engpaß der Exportausdehnung darstellt, gewinnt die Eröffnung neuer Exportmärkte durch Maßnahmen der entwickelten Länder an Gewicht. Probleme können auftreten, wenn die Entstehung neuer Absatzmärkte mit Verlusten alter (Märkte) verbunden ist oder wenn mit dem Verlust alter Absatzmärkte die Entstehung bzw. Eröffnung neuer nicht mehr Schritt hält, so daß ein Rückgang der Exporte unvermeidlich wird. Das gilt auch, wenn die Ausfuhr auf Kosten anderer Länder ausgedehnt werden kann.

Bezüglich der Angleichung der Zahlungsbilanz ist der Hinweis von Bedeutung, daß der Rückgang oder starke Schwankungen der Exporterlöse zur Einschränkung der Exportproduktion ¹⁾, zu übermäßigen Spekulationen ²⁾ und zur Verzögerung des Zustroms von inlandsbezogenen privaten Kapitalimporten und öffentlicher Auslandshilfe führen könnten. In einem Land, in dem die Exportproduktion einseitig von der Entwicklung der Exportpreise abhängt, kann es zur Reduzierung der Exportproduktion kommen. ³⁾

Werden bei der Produktion von Exportgütern dem Konsumgütersektor Produktionsfaktoren entzogen, so kommt es zur Preissteigerung, wodurch Mehrimporte induziert werden können. Kommt es dadurch zu einem Anstieg des inländischen Kostenlevels, so könnte dies negativ auf Exportausdehnung und Zahlungsbilanz zurückschlagen.

Die Exportabgaben, die der Erhöhung der Sparquote dienen können, könnten zum Rückgang des Exports führen, wenn die Ermangelung von Überwälzungsmöglichkei-

1) Das dürfte wohl für die kapitalintensive Exportproduktion des Plantagenbereichs zutreffen. Ein Rückgang der bäuerlichen Exportproduktion ist nur in solchen Fällen dann zu erwarten, wenn die Selbstversorgungsproduktion weniger verbreitet und die Abhängigkeit der Bauern von Exporteinnahmen groß ist. In einem Fall, in dem die Substitutionselastizität groß ist, kann es sowohl im Plantagen- als auch im bäuerlichen Bereich zur Einschränkung der Erzeugung oder zum Überwechsel auf andere Produkte des heimischen Bedarfs kommen.

2) Z. B. illegaler Devisenhandel, Akkumulation von Devisen, Lagerspekulation in Erwartung, daß der spätere Devisenmangel zur Kontrolle des Außenhandels führen kann.

3) Eine Reduzierung der Exporterzeugung, die zur Erhöhung des Weltpreinsniveaus des betreffenden Gutes auf lange Sicht führt, kann die Produktion anderer Länder stimulieren.

ten die bäuerlichen Produzenten oder Plantagenbesitzer neben Einkommens- und Körperschaftssteuern, Grundsteuern, Einfuhrabgaben, Verbrauchs- und Körperschaftssteuern, Grundsteuern, Einfuhrabgaben, Verbrauchs- und Umsatzsteuern die zusätzliche Belastung durch Exportabgaben effektiv tragen müssen.

bb. Erhöhung des Devisenangebots durch Importsubstitution

Theoretisch stellt die Importsubstitution eine Alternative dar ¹⁾, die Zahlungsbilanzsituation zu verbessern.

Führen die Verschlechterung der "terms of trade" für Primärprodukte der Anleihe- und Kreditbedingungen für Auslandskapital oder Rückgang ausländischer Kredite zu verstärkter Importsubstitution und somit zur teilweisen Vernachlässigung bzw. Einschränkung der Produktion von primären Ausfuhrsgütern, so kann es auch bei steigender Sparquote zur Ausweitung der Zahlungsbilanzlücke kommen, wenn es nicht gelingt, die Fertigwaren im gleichen Ausmaß wie die Primärgüter zu exportieren.

Gelingt es nicht, durch Importsubstitution die Sparquote nennenswert zu erhöhen, so kommt es bei steigenden Individualeinkommen und gegebenen Einfuhrrestriktionen zur Übernachfrage und zu Preissteigerungen, wodurch sich strukturelle Ungleichgewichte in bezug auf die inländische Produktion ergeben können. Diese würden auch auf die Entwicklung der internationalen Handels- und Kapitalbilanz zurückwirken.

Die Importsubstitution genügt häufig nicht, die Zahlungsbilanz zu verbessern. Kommt es durch übermäßige Importsubstitution zu einem Anstieg des inländischen Kostenniveaus, kann dies wiederum nachteilige Rückwirkungen auf die Exportwirtschaft und Zahlungsbilanz haben. Wird bei der Herstellung importkonkurrierender Güter über den Multiplikatoreffekt der zusätzlichen Investitionen eine höhere Nachfrage nach komplementären Gütern ausgelöst, die importiert werden müssen, so kann eine ungünstige Zahlungsbilanzsituation entstehen, wenn gleichzeitig keine umfangreichen Auslandskredite zur Verfügung stehen. Für die weitere Entwicklung der Importe und der Zahlungsbilanz entscheidet der Importgehalt der zusätz-

1) NURKSE sieht in der Importsubstitution eine Entwicklungsstrategie des "ballanced growth", vgl. NURKSE, R., International Trade etc. a.a.O. p. 245 ff.

lichen Investitionen. Der bloße Übergang zu einfuhrsparenden Investitionen würde ohne die Erhöhung der Sparquote die Importe nicht reduzieren, da es leicht über den Einkommenseffekt der Investitionen zur Steigerung der Importe z. B. von Konsumgütern kommen kann. Außerdem gibt es im industriellen Bereich nur wenige Investitionen niedrigen Importgehalts.

Gelingt es, durch Importsubstitutionen das inländische Konsumgüterangebot zu erhöhen, kann die Steigerung von Einfuhren verhindert werden, vorausgesetzt, daß das vermehrte Konsumgüterangebot zu Preissenkungen und verstärktem Konsum inländischer Güter führt!

Es ist möglich, die Inlandsproduktion importkonkurrierender Güter durch Zölle, Einfuhrabgaben, Mengenkontingenten und Devisenkontrolle vor der Auslandskonkurrenz zu schützen und somit eine weitere Steigerung der Importe zu verhindern. Erstrecken sich die Importsteuern und mengenmäßigen Einschränkungen jedoch nur auf ein sehr geringes Gütersortiment, so könnte eine Steigerung der Importe kaum verhindert werden, vor allem dann, wenn die Importeure die Steuern auf die inländischen Konsumenten überwälzen können. Eine Reduzierung der Importe würde dann zu erreichen sein, wenn die inländischen Verbraucher die Importbelastung tragen müssen. ¹⁾ Gelingt es mit Hilfe von Zöllen, Einfuhrkontingente und Devisenkontrolle den Güterimport zu vermindern, so können die Steuereinnahmen aus der Belastung der Wareneinfuhren zurückgehen. Der Einnahmerückgang könnte durch Verbrauchs- oder Umsatzbesteuerung der Inlandsproduktion kompensiert werden.

Die Reduzierung der Gütereinfuhren durch Einfuhrrestruktionen ist nicht unbegrenzt fortsetzbar, da die Gefahr besteht, daß die Einschränkung der Gütereinfuhr durch Zölle oder mengenmäßige Kontingente auch ungünstige Rückwirkungen auf Exportmöglichkeiten und damit auch auf die Zahlungsbilanz hat. Gelingt es jedoch durch wirksame Abschirmung der Inlandsproduktion von der Auslandskonkurrenz den privaten Kapitalimport zu erhöhen, so könnte der Protektionismus die Zahlungsbilanzsituation verbessern.

1) Die Überwälzung der Importsteuern auf die Importeure im Zoll erhebenden Land ist möglich, je unelastischer die Nachfrage nach Importen im Inland und je elastischer das Auslandsangebot ist. Die Überwälzung der Importsteuer auf die inländischen Konsumenten ist nur möglich, je elastischer das Angebot der Importeure bei unelastischer Nachfrage der Konsumenten ist.

bc. Erhöhung des Devisenangebots durch private Kapitalimporte und öffentliche Auslandshilfe

Bezüglich der Investitionsfinanzierung besteht die Aufgabe des Kapitalimports und der Auslandshilfe nicht nur darin, die interne Ersparnis zu ergänzen, sondern auch darin, den Mangel an Devisen zu überwinden.

Nun hatte es sich erwiesen, daß der Zufluß des ausländischen Kapitals kaum mit dem allgemeinen Exportverlauf und damit mit der Devisenknappheit Schritt halten kann. Insgesamt begünstigt ein günstiger Exportverlauf den privaten Kapitalimport und eine ungünstige Exportwirtschaft verzögert den privaten Kapitalimport. Diese Abhängigkeit des privaten Kapitalimports von der allgemeinen Entwicklung des Außenhandels erklärt, wie schwierig es ist, sich bei der Lösung der Zahlungsbilanzprobleme auf die privaten Kapitalimporte zu verlassen.

Es ist daher erklärlich, daß auch eine hohe interne Ersparnis keine privaten Kapitalimporte induzieren kann. Es besteht durchaus eine enge Korrelation zwischen der Entwicklung der Devisenbestände bzw. Devisenreserven eines Landes und dem Zu- bzw. Abfluß des ausländischen privaten Kapitals.

In einem Fall, in dem ungünstige politische, rechtliche und soziale Verhältnisse den privaten Kapitalimport bestimmen ¹⁾, gibt es erhebliche Abweichungen von der Abhängigkeit des privaten Kapitalimports von der Entwicklung des Außenhandels und der Devisenlage.

Es läßt sich auch nicht genau sagen, ob mit Hilfe von Steuernachlässen, Zollvorteile, Kapital- und Gewinntransfergarantien und dergleichen mehr der private Kapitalimport kurzfristig gesteigert werden kann, so daß eine ungünstige Entwicklung der Zahlungsbilanz rechtzeitig verhindert werden könnte. Denkt man noch daran, daß der private Kapitalimport gewinnorientiert ist, so bestimmen die Aussichten auf Gewinne mehr als finanzielle Vorteile, politische und soziale Stabilität den Zufluß des privaten Kapitals. Das erklärt, daß die meisten Staaten mit niedrigem Sozialprodukt pro Kopf oder mit niedriger industrieller Produktion und geringer Kaufkraft weniger ausländisches privates Kapital erhalten als Staaten mit höherem Pro-Kopf-Einkommen.

Der Verschuldung der öffentlichen Hand stehen auch Transfers ins Ausland zur

1) Beispielsweise entschädigungslose Enteignung, politische und soziale Umwälzungen, Kriege, Schwierigkeiten der Gewinntransferierungen, Zinsen usw.

Zahlung von Schulden und Zinsen gegenüber. In Ermangelung von Anlagemöglichkeiten und eines entwickelten Kapitalmarktes im Inland, fließt ein großer Teil der privaten Ersparnisse in die Finanzzentren der entwickelten Industrieländer. Die privaten Banken zeigen auch in der Regel die gleichen Anlagepräferenzen im Ausland. Die Folge dieser Rücktransfers ist die Vergrößerung der Zahlungsbilanzlücke.

Das Problem der Schließung der Zahlungsbilanzlücke durch Kapitalimport besteht auch darin, daß der private Kapitalimport steuerlich und finanziell (mit Hilfe von beschleunigten Abschreibungen) "tax holidays" und Investitionsprämien) begünstigt wird und darin, daß die steuerliche Befreiung bzw. geringe Besteuerung aus Vermögensbesitz im Ausland den Kapitalexport stimuliert.

Unterstellt man eine enge Verbindung zwischen privatem Kapitalimport und einer Zunahme ausländischer Arbeitskräfte, so erschweren auch die Einkommenstransfers dieser Arbeitnehmer die Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Kapitalimport.

4. Der Widerspruch zwischen internem und externem ökonomischen Gleichgewicht

Eine hohe Spar- und Investitionsquote ist eine der wichtigsten Bedingungen ¹⁾ für Transformation der Wirtschaft vom unterentwickelten Zustand in "self-sustained growth" (Rostow). Damit erhebt sich das Problem, realisierte und unrealisierte Ersparnisse in zusätzliche produktive ²⁾ Investitionen umzusetzen, und damit die Abhängigkeit von der Auslandshilfe zu reduzieren oder die Importkapazität auszuweiten.

Ein Land, dessen Absicht es ist, seine Wirtschaft ohne Auslandshilfe zu entwickeln, muß - ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften vorausgesetzt - aus eigenen Exporterlösen und Ersparnissen die gesamten erforderlichen Importe und als "notwendig" erachteten Investitionen finanzieren. Daraus folgt, daß ein Mangel an Devisen wegen des Ausfalls von Exporterlösen bedeuten würde, daß Importe an Investitionsgütern eingeschränkt werden müssen und somit hohe

1) Andere sind: ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, die Anwendung von fortschrittlichen Produktionstechniken, die Umstrukturierung der Produktion und Beschäftigung, die Errichtung von politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen, der Ausbau des administrativen Geld- und Finanzsystems usw.

2) Im Gegenteil wird ihr Export durch Subventionen staatlich gefördert.

Einkommen und Ersparnisse nicht realisiert werden können.

Infolgedessen besteht die Aufgabe der Auslandshilfe nicht nur darin, den Devisenmangel für den Import von Konsum- und Investitionsgütern und Dienstleistungen zu überwinden, sondern auch potentielle, sog. "frustrated savings", zu realisieren. ¹⁾

Andererseits würde eine hohe Sparquote zur Steigerung der Investitionstätigkeit führen. Über den Importgehalt der Investitionen und den internen Einkommenseffekt der Investitionen aber könnte eine Importexpansion ausgelöst werden, die ihrerseits zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen könnte.

Aus dem eben Gesagten kann man zwischen internem und externem Gleichgewicht unterscheiden. Die Bedingungen des externen Gleichgewichts lauten: ²⁾

$$E + F = uI + mY,$$

wobei E den Export, F die Auslandshilfe, u den Importgehalt der Investition, I die Investition, m die Grenzneigung zum Import und Y das Volkseinkommen bedeutet.

Die Bedingung für das interne Gleichgewicht ist:

$$I = S + (M - E),$$

wobei I die Investition, S die Ersparnis, M den Import und E den Export darstellt. ³⁾

Wenn man monetäres Zwangssparen ausnimmt, kann man die obige Gleichung umschreiben

$$I = sY + F,$$

wobei I die Investition, s die Sparneigung der privaten und öffentlichen Haushalte, Y das Volkseinkommen und F die Auslandshilfe ist.

Aus diesen Gleichgewichtsbedingungen lassen sich die vom devisenmäßigen Standpunkt vertretbaren externen bzw. erforderlichen internen Investitionsquoten beschreiben. ⁴⁾

1) Vgl. CHENERY, H.B. und STROUT, A.M., Foreign Assistance and Economic Development, in, The American Economic Review, Vol. LVI (1966) p. 679 ff., hier p. 680 f., ferner vgl. KONRAD, A., a.a.O. S. 41

2) Vgl. KONRAD, A., a.a.O., S. 42

3) Ebenda, a.a.O., S. 42

4) Ebenda, a.a.O., S. 42

$$r_e \left(= \frac{I}{Y} \right)_e = \frac{1}{u} \left(\frac{E + F}{Y} - m \right) \text{ bzw.}$$

$$r_i \left(= \frac{I}{Y} \right)_i = s + \frac{F}{Y}$$

wobei r_e die extern vertretbare Investitionsquote und r_i die intern erforderliche Investitionsquote ist. ¹⁾

Übersteigt nun die extern mögliche die intern vertretbare Investitionsquote, - ist also $r_i < r_e$ - so läßt sich, aufgrund der relativ reichlich verfügbaren Devisen eine Investitionsquote erreichen, die die interne Ersparnis übersteigen kann. ²⁾

Eine Steigerung der inlandswirksamen Investitionstätigkeit würde, unter dieser Voraussetzung, also wegen der niedrigen internen Ersparnis, leicht über die interne Einkommensexpansion zu einer Übernachfrage und somit zur Inflation führen.

Sollen diese Nachteile vermieden werden, so muß in diesem Fall die Sparquote erhöht werden, um somit die devisenmäßig vertretbare höhere Investitionsquote zu verwirklichen.

Liegt dagegen die interne gerechtfertigte über der externen vertretbaren Investitionsquote, ist also $r_i > r_e$ - so stellt der Devisenmangel einen Engpaß dar, der eine Verwirklichung einer höheren Investition verhindert, weil eine höhere Sparquote zu verstärkter Investitionstätigkeit und somit über den Importgehalt der Investition zu größerem Import führen würde, der nach dem Stand der Devisenbestände (Zahlungsbilanz) aber nicht möglich ist. ³⁾

Entsteht also eine höhere Sparquote ohne größeren Kapitalimport, so wird sich die Zahlungsbilanz verschlechtern. Die Zahlungsbilanzlücke muß daher mit zunehmender Inlandersparnis steigen. ⁴⁾

Die mehrere Länder ⁵⁾ umfassende Untersuchung Chenerys und Strouts zeigte, daß

1) KONRAD, A., a.a.O., S. 42 - 43

2) derselbe, a.a.O., S. 43

3) derselbe, a.a.O., S. 43

4) Vgl. KITAMURA, H. a.a.O., p. 307

5) Etwa 50 Länder-Studie, vgl. CHENERY, H.B. and STROUT, A.M., Foreign Assistance etc., a.a. O. pp. 687

das Angebot an Devisen den bedeutendsten Engpaß darstellt. ¹⁾ Auch viele andere Autoren ²⁾ sind dieser Meinung, aber sie weisen auch auf die hohe durchschnittliche und marginale Konsumneigung und die damit verbundene niedrige Sparquote in den Entwicklungsländern hin.

Eine niedrige Inlandersparnis würde bei steigendem Einkommen nicht nur zu Preissteigerungen führen, sondern auch durch verstärkten Kapitalimport und verstärkte Auslandshilfe zu unproduktiver Verwendung von Auslandskapital ³⁾, weil es an der komplementären Inlandersparnis fehlen würde, die eine maximale Ausnutzung der Deviseneinnahmen erlauben würde. ⁴⁾

Unter dem Aspekt der internen ökonomischen Stabilität und wenn man in Betracht zieht, welche Bedeutung die Inlandersparnis für den Zufluß und die produktive Verwendung der Auslandshilfe hat, kann die Ersparnis im Verhältnis zur Auslandshilfe und Investition als recht unzureichend angesehen werden.

1) Die Vertreter der Strukturtheorie der Zahlungsbilanz versuchen nachzuweisen, daß ein Zahlungsbilanzdefizit in Entwicklungsländern unvermeidlich und kaum zu beseitigen sei, weil es strukturbestimmt sei. Sie weisen z. B. auf die immanenten inflatorischen Tendenzen in Entwicklungsländern hin, auf die hohe Importneigung, das unelastische Exportangebot, und die beschränkten Absatzmöglichkeiten der Exporte, auf die Tendenzen der ausländischen Gesellschaften und der ausländischen Arbeitskräfte zur Kapital- und Geldtransferierung ins Ausland, auf die hohe Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, auf Unterbewertung der eigenen Währungen usw..

2) Vgl. KITAMURA, H., a.a.O., p. 313, KONRAD, A., a.a.O., S. 43

3) UN UN CTAD Trade Prospects etc. a.a.O. p. 10

4) Einiges spricht dafür, daß Exporterlöse weniger produktiv als private Kapitalimporte und Auslandshilfe eingesetzt werden, insbesondere, wenn das Auslandskapital zurückgezahlt werden muß. Vgl. KONRAD A., a.a. O., S. 49, ferner KITAMURA, H., a.a.O. p. 109

ZWEITER TEIL

ORGANISATION DES FINANZ- UND KREDITWESENS UND BISHERIGE FINANZIERUNG DER INVESTITIONEN IN TANZANIA

Die Mittel der Entwicklungshilfe reichen nicht aus, um den Finanzbedarf Tanzanias zu decken. Nicht nur deshalb, sondern auch weil der Kapitalfluß selbst eine Funktion der innen- und außenpolitischen Entwicklung, der Agrar- und Industrieproduktion und des internationalen Handels (Ex- und Import) ist. Er unterliegt deshalb großen zeitlichen Schwankungen und variiert im Umfang.

Da der Kapitalzufluß keinen vollständigen Ersatz für interne Ersparnisse darstellen kann und keineswegs für die Finanzierung von allen Investitionen herangezogen werden kann, müssen Finanzinstitutionen geschaffen werden, die einmal als Sammelstelle von internen Ersparnissen und zum anderen als Finanzierungsinstrumente von Investitionen der Förderung privater Ersparnisbildung dienen sollen.

A. Die Organisation des Finanz- und Kreditwesens bis zur Unabhängigkeit

Neben der Zentral- und Lokalsteuerbehörde gab es in Tanzania bis zur Unabhängigkeit im Jahre 1961 drei Arten von Finanzinstitutionen:

- a) eine Zentralnotenbank ¹⁾
- b) zehn private ausländische Handelsbanken ²⁾
- c) "Marketing Boards" ³⁾
- d) eine Entwicklungsbank ⁴⁾
- e) eine Postsparkasse (Post Office Savings Bank). ⁵⁾

1) EACB mit Sitz in Nairobi, zuständig auch für Kenya, Uganda, Zanzibar und Eden

2) Bank of Baroda (India), Bank of India Ltd.; Ottomans Bank (Türkisch) General Bank of the Netherlands (Niederländisch); National Bank of Pakistan; Barclays Bank D. C. O. Ltd. (Britisch); National Grindlays Bank (Standard Bank Ltd. (Britisch)); Peoples Bank of Zansibar; Commercial Bank of Africa (Britisch).

3) LSMB (1952) Tanganyika Tea Board (1938), Tanganyika Pyrethrum Board (1939) Tanganyika Seed Board (1947), Tanganyika Coffee Board (1957)

4) Tanganyika Land Bank (1949), später die NACA

5) z. B. NACA, NDC, NHC, TDFL, TAFCO, MECCO, NCDB.

Während sich die Gruppen b) und e) sowohl mit der Akkumulation von Ersparnissen als auch mit der Finanzierung von Investitionen befaßten, beschäftigten sich die Gruppen c) und d) fast ausschließlich mit der Finanzierung von Investitionen. Die Zentralnotenbank betrieb keine eigenen Bankgeschäfte, sondern diente als die Bank der Handelsbanken und der Regierungen.

Die Marketing Boards in ihren Eigenschaften als Dachorganisationen der Genossenschaften und als Absatz- und Preisinstrumente ¹⁾ des Staates für die Förderung der Produktion und des Exportes von Agrarprodukten beschäftigten sich in erster Linie mit dem Auf- und Verkauf von Agrarprodukten im In- und Ausland und mit der Finanzierung von Agrarinvestitionen. Durch ihre preisregulative Tätigkeit akkumulierten sie in Zeiten von Exportbooms z. B. während des Koreakrieges und bei günstigen Exportpreisen den sog. "Price Assistance Funds" (Preisstabilisierungsfonds), der der Subventionierung von Erzeugerpreisen in schlechten Zeiten, beim Rückgang der Exportpreise, diente. Durch die Fixierung von Aufkaufpreisen akkumulieren sie Ersparnisse, die eventuell der Finanzierung von Investitionen zur Verfügung gestellt werden konnten. ²⁾

Vor der Unabhängigkeit gab es nur eine Entwicklungsbank. Heute gibt es mehrere Entwicklungsgesellschaften. ³⁾ Die Tanganyika Landbank diente hauptsächlich der Finanzierung von Investitionen in der Plantagenproduktion.

Auf dem Gebiet der Versicherungswirtschaft gab es keine institutionalisierten Finanzinstitutionen von großer Bedeutung.

1) Die Hauptziele sind die Preisstabilisierung und der Schutz der Erzeuger von Preis-Schwankungen auf dem Weltmarkt.

2) Hierzu siehe Lamade, Werner, Marketing Boards in Tanzania, in Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, 7. Heft, 4. Okt. 68, S. 334 - 348. Als Beispiel dafür gab LSMB der Regierung einen Kredit in Höhe von einer Mill. und in Uganda spielten die Überschüsse der Marketing Boards eine große Rolle bei der Finanzierung von staatlichen Investitionen.

3) Inzwischen ist die Anzahl von Marketing Boards gewaltig angestiegen. Hinzu kommen: NAPB (1961), Tanganyika Tobacco Board (1964), National Wheat Board (1965), Tanganyika Papain Board (1964), TBSM (1965), National Sugar Board (1964)

2. Die Reorganisation des Finanz- und Kreditwesens nach der Verstaatlichung des Bank- und Versicherungswesens

Die Entwicklung auf dem Finanzwesen nach der Unabhängigkeit im Jahr 1961 ist durch die zunehmende Bedeutung der "Marketing Boards", den Anstieg der Anzahl von Bankinstituten und die Schaffung von Finanzierungsgesellschaften (Entwicklungsgesellschaften) gekennzeichnet. Auf dem Bausektor wurden drei Institutionen geschaffen:

The Bank of Tanzania, NBC und NDCA mit NCB übernahmen jeweils die Aufgaben der EACB, der Handelsbanken und der "Tanganyika Land Bank". ¹⁾ Im Versicherungswesen entstanden zwei wichtige Institutionen: NPF und NIC; erstere ist Träger der öffentlichen Sozialversicherung und letztere Träger der privaten Versicherung unter staatlicher Kontrolle.

Die bereits erwähnten zahlreichen Entwicklungsgesellschaften und Marketing Boards sind in ihren Aufgaben als Finanzierungsinstitutionen spezialisiert; so befassen sich die "Crop Boards" mit der Förderung von Produktion und Absatz ihrer jeweiligen Produkte.

Neben den nationalen Finanzierungsinstitutionen gibt es zwei nennenswerte Organisationen: "The African Development Bank" und EAEC, die sich mit der überregionalen Finanzierung von inter-territorialen infrastrukturellen Projekten befassen. Sie betreiben weder Spartätigkeit noch Bankgeschäfte.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Investitionspräferenzen dieser allgemeinen und spezialisierten nationalen und internationalen Spar- und Finanzorganisationen etwa nach Industriezweigen zu untersuchen, denn diese Arbeit beschäftigt sich mehr mit den Fragen der Kapitalbildung auf der Angebotseite als mit den Problemen der Realkapitalbildung. Die Finanzierungsorganisationen sind jedoch für uns insofern von großem Interesse, als sie durch ihre Finanzierungstätigkeiten das Ersparnisangebot beeinflussen, z. B. durch Anlagen in produktiven Wirtschaftsbereichen höhere Investitionseinkommen (Gewinne), Kapitaleinfuhr und die Mobilisierung von Horten hervorrufen.

1) The Bank of Tanzania ist die Zentralnotenbank und sie betreibt keine kommerziellen Geschäfte. Die NBC befaßt sich mit allen bankmäßigen Geschäften, während die NDCA sich mit der Finanzierung der Agrarproduktion und die NCB sich mit der Finanzierung der Absatzwirtschaft der Genossenschaften befassen.

B. Die Finanzierung der Investitionen in Tanzania in historischer Perspektive

Eine lückenlose Erfassung der Finanzmasse nach Quellen und Umfang ist freilich kaum möglich, solange Angaben über die intersektoralen Ströme der investierbaren Überschüsse zwischen den privaten und öffentlichen Sektoren und innerhalb derselben Sektoren fehlen.

Über Quellen und Umfang der privaten Finanzen lassen sich wegen des Mangels an Informationen keine Aussagen machen und daher muß sie hier ganz unberücksichtigt bleiben.

"In the absence of reliable balance of finance data or surveys of sources of finance for private capital formation, the importance of private capital inflow and of reinvestment of profits of externally owned enterprises cannot be assessed." ¹⁾

Ebenso schwierig ist die Erfassung der Stromgrößen der investierbaren Überschüsse aus dem "traditionellen" Bereich in den "modernen" Sektor und umgekehrt.

Aus diesem Grunde werden wir uns auf den öffentlichen Sektor beschränken müssen, und zwar unter den Gesichtspunkten der (vgl. Tab. 4 und 6)

- a) Bedeutung der externen und internen Ersparnisse
 - aa) externe Zuschüsse (private oder öffentliche)
 - ab) externe Kredite und Anleihen (private oder öffentliche)
- b) Bedeutung der internen Ersparnisse
 - ba) eigene staatliche Ersparnisse
 - bb) interne Anleihen
 - bc) interne Zuschüsse.

Es wird auch zwischen der Finanzierung der laufenden Ausgaben und den Investitionsausgaben der Zentral- und Lokalregierung zu unterscheiden sein.

1) IBRD, The Economic Development of Tanganyika etc., a.a.O., p. 27 - 28. Wegen der geringen inländischen Ersparnisse, der unzureichenden Kreditmöglichkeiten und der Tatsache, daß ein großer Teil der privaten Unternehmungen Ausländern gehören, bilden ausländische Kredite - Lieferantenkredite - die Hauptfinanzquelle für die Privatwirtschaft. Eine Aufteilung solcher Kredite nach Umfang, Herkunft, Fristigkeit und Industriebranchen ist wegen des Fehlens von Angaben unmöglich.

Tab. 3 Monetäre Bruttoanlageinvestitionen nach Sektoren und Wirtschaftsbereichen (1954 - 1968, Mill. £)

(in laufenden Marktpreisen)

Sektor /Jahr	Privat			Öffentlich			Summe	Öffentliche Anlageinvestitionen in % der Summe
	Bauten ^{a)}	Maschinen u. Ausrüstungen ^{b)}	Zwischen-summe	Bauten ^{a)}	Maschinen und Ausrüstungen	Zwischen-summe		
1954	5.4	6.1	11.5	6.8	3.4	10.2	26.0	39
1955	4.3	9.4	13.7	7.1	3.8	10.9	28.9	38
1956	4.9	9.1	14.0	7.4	1.9	9.3	27.6	34
1957	5.8	9.3	15.1	7.8	2.0	9.8	29.5	33
1958	5.4	8.9	14.3	7.2	1.3	8.5	27.4	31
1959	4.3	9.4	13.7	7.0	1.0	8.0	26.6	30
1960	7.0	8.3	15.3	6.7	1.1	7.8	23.1	34
1961	7.0	7.4	14.5	9.6	1.4	11.1	25.5	43
1962	5.8	6.2	12.0	8.0	1.5	9.5	21.5	44
1963	5.6	7.3	13.9	7.2	0.6	7.9	21.8	36
1964	7.4	9.9	17.2	9.0	1.4	10.4	27.6	34
1965	9.8	13.8	23.7	9.6	1.6	11.2	34.9	33
1966	10.4	18.9	29.3	11.1	2.5	13.6	42.9	32
1967	11.5	19.4	30.9	13.4	6.0	19.4	51.3	39
1968	10.1	21.6	31.7	15.9	4.2	20.1	51.8	39
Zuwachs ^{d)}	n.a	16.8	13.3	n.a	31.4	14.5	13.1	

Erläuterung:

a) building and construction

b) machinery and equipment

c) amtliche Schätzungen

d) durchschnittliche Zuwachsrate 1960/62 - 1967 in %

Quellen: Tanganyika, Development Plan for Tanganyika 1961/62 - 1963/64

Dar-es-Salaam 1964 pp. 4 and 5

Tanzania, Statistical Abstract 1966, Dar-es-Salaam 1968, p. 150

Tanzania, Budget Survey 1967, Dar-es-Salaam 1968 p. 8

1. Externe und interne Finanzierung der Investitionen

Nimmt man an, daß die laufenden Staatsausgaben durch interne finanzielle Mittel gedeckt werden, erhebt sich die Frage nach der Bedeutung der internen und externen Ersparnisse für die Finanzierung staatlicher Investitionsausgaben.

Tab. 1 und 6 zeigt eine relativ zunehmende Bedeutung der internen Finanzmittel. Interne Quellen steuerten im Jahr 1961 nur Shs. 4 Mill., oder etwa 6 % und im Jahr 1967 Shs. 260 Mill. oder 75 % der gesamten Finanzierungsmittel bei. Diese günstige Entwicklung beruht auf der größeren Sparsamkeit im öffentlichen laufenden Haushaltsbudget auf der Ausgabeseite, und der öffentlichen Kontrolle des Geld- und Kreditwesens, insbesondere der Banken und Versicherungsunternehmen und damit der Verbesserung der Kreditmöglichkeiten für den öffentlichen Sektor.

Hinzu kommt die Verstaatlichung einiger der wichtigsten privaten Unternehmungen in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe, der Landwirtschaft und im Handel, sowie insbesondere die staatliche Kontrolle der Außenwirtschaft.

In Tab. 1 zeigt sich die abnehmende Bedeutung der externen Hilfe für die Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung und damit die steigende Rolle der eigenen Finanzierungsmittel.

Im Gegensatz zu früheren Jahren beruht diese günstige Entwicklung zum Teil auf der rückläufigen Tendenz der öffentlichen Auslandszuschüsse für Entwicklungsfiananzierung.¹⁾

Tab. 2 bietet eine Übersicht über die Bedeutung der Aus- und Inlandsfinanzierung der Investitionen in 17 afrikanischen Ländern und die Rolle der privaten und öffentlichen Investitionen in 20 afrikanischen Ländern.

In neun der betrachteten 17 afrikanischen Länder (einschließlich Tanzania) sollten nach den Plänen mehr als 50 % und in 8 Ländern weniger als 50 % der gesamten Finanzierungsmittel aus dem Ausland stammen.²⁾ (Vgl. Tab. 2.)

Weitere Angaben über die detaillierte Zusammensetzung der externen und internen Finanzierungsmittel des privaten und öffentlichen Sektors sind nicht erhältlich.

1) Vor der Unabhängigkeit steuerte Großbritannien noch die gesamte bilaterale Auslandshilfe in Tanzania bei. Nach der Unabhängigkeit ist die Anzahl der Kapitalgeber beträchtlich angestiegen. Vgl. Tab. 6. Dabei steht das bilaterale öffentliche Auslandskapital an erster Stelle vor multilateraler Auslandshilfe.

2) In 5 Ländern sollten 70 % der gesamten Investitionsausgaben durch Auslandshilfe finanziert werden. Vgl. auch Tab. 1 und 4.

Tab. 4 Finanzierung der Entwicklungsausgaben der Zentralregierung
nach Finanzierungsformen

1947 - 1968

Jahr	Entwicklungsausgaben Mill.£	Anleihen a) Mill.£	Zuschüsse b) Mill.£	Andere e) Mill.£
1947	0.4	-	0.2	0.2
1948	1.0	0.3	0.3	0.3
1949	1.7	0.6	0.5	0.6
1950	3.4	1.0	1.6	0.8
1951	3.8	2.1	0.7	0.7
1952	5.0	1.9	1.1	2.0
1953	3.7	0.5	1.3	1.9
1954	3.3	2.0	0.5	0.8
1955	3.3	2.3	0.7	0.3
1956	4.1	3.2	0.9	1.2
1957	5.3	2.9	0.9	1.7
1958	5.2	2.3	1.3	1.5
1959	3.9	1.7	1.4	0.9
1960	5.7	2.8	2.0	0.9
1961	7.3	4.0	3.2	0.2
1962	5.7	0.5	4.6	0.6
1963	7.3	3.8	1.2	2.2
1964	10.2	3.0	1.0	6.3
1965	11.9	3.8	0.4	7.4
1966	14.7	9.9	0.4	4.4
1967	17.3	10.1	0.2	7.0
1968	20.2	12.9	0.5	6.8

Erläuterungen:

- a) Entwicklungsanleihen im In- und Ausland
- b) Private und öffentliche Auslandszuschüsse
- c) Nicht näher spezifizierte Finanzierungsmittel aus dem Inland

Bemerkung:

Kleine Abweichungen ergeben sich wegen der Auf- und Abrundungen der ursprünglichen Zahlenangaben.

Quellen: Tanzania, Background to the 1969/70 Budget etc. , a. a. O. , p. 90
Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc. , a. a. O. , p. 121
IBRD, The Economic Development of Tanganyika, etc. , a. a. O. , p. 46

Ein Zusammenhang zwischen dem Verhältnis von externer und interner Investitionsfinanzierung und dem Umfang der staatlichen oder privaten Investitionen oder dem Produktionszuwachs ist nicht nachweisbar. Ebenso kann ein Zusammenhang zwischen Exportvolumen oder Exporterlösen und der Zusammensetzung der Finanzierungsmittel in externen und internen Investitionsmitteln nicht hergestellt werden.

Eine gewisse Korrelation besteht jedoch zwischen Importüberschuß und Auslandshilfe zur Finanzierung privater und öffentlicher Investitionen. Das zeigt die Abhängigkeit des privaten Kapitalimports vom Importhandel.

2. Die öffentliche Verschuldung als Instrument der Mobilisierung von privaten Ersparnissen für den staatlichen Sektor

Nimmt man die Statistiken über die interne Staatsschuld als Grundlage für eine Analyse der Beiträge der privaten Haushalte, Unternehmungen und anderen Organisationen zur Finanzierung öffentlicher Entwicklungsausgaben, so läßt sich ein geringer Finanzierungsbeitrag der privaten Haushalte in Tanzania erkennen.¹⁾

Etwa 73 % der gesamten öffentlichen Schuld, 82 % der "Public Funded Debt" und 87 % der "Stocks" und "Bonds" entfielen im Jahr 1958 auf das Ausland. Sowohl im In- als auch im Ausland fungieren Unternehmungen an erster und die Regierung an zweiter Stelle als die wichtigsten Besitzer staatlicher Wertpapiere.

Vor der Verstaatlichung des Bank- und Versicherungswesens und der Errichtung von nationalen Banken und einer staatlichen Sozialversicherungsanstalt war der Beitrag der privaten Banken und Versicherungsunternehmen zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben gering, da diese Unternehmen Anlagen im Ausland bevorzugten.

1) Im Jahr 1958 entfielen 2 % der gesamten öffentlichen Schuld an private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter, 12 % auf Banken und Finanzinstitute, 17 % auf Unternehmungen und 7 % auf die Regierung.

Etwa 1,1 % der "Public Funded Debt" entfiel auf private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, 1,1 % auf Banken und Finanzinstitutionen, 9 % auf Unternehmungen und 7 % auf die Regierung.

Auf private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter entfielen 1,2 % der gesamten "Stocks and Bonds" 1,3 % auf Banken und Finanzinstitutionen, 3,2 % auf Unternehmungen und 7,8 % auf die Regierung. Tanganyika, Public Finance in Tanganyika etc., a. a. O., pp. 36 - 40.

Tab. 5 Tanzanias ^{a)} öffentliche Schuld ^{b)} nach Kapitalgebern

am 30. Juni 1958

(in 1000 £)

Kapitalgeber	Tanganyika	Ostafrika (Kenya, Uganda + Zanzibar)	außer- halb Ostafrikas	vH der Summe
A. Gesamte öffentl. Schuld				
1. Private Haushalte u. Organisationen c)	316	128		
2. Banken+Finanzinst.	2499	151	11909	27.5
3. Unternehmungen	3528	111		
4. Regierung	1540	54	1049	12.5
A.-Summe	7883	444	12958	
vH der Summe	37.0	2.1	60.9	100.0
B. Fundierte öffentl. Schuld d)				
1. Private Haushalte u. Organisationen c)	163	128		
2. Banken+Finanzinst.	185	151	11699	86.2
3. Unternehmungen	1477	112		
4. Regierung	1150	54	1049	13.8
B.-Summe	2975	445	12748	
vH der Summe	12.2	2.7	79.1	100.0
C. Stocks u. Bonds				
1. Private Haushalte u. Organisationen c)	163	128		
2. Banken+Finanzinst.	185	151	11699	88.3
3. Unternehmung	477	107		
4. Regierung	1150	386	507	11.7
C.-Summe	1975	772	12206	
vH der Summe	13.5	3.0	83.5	100.0
D. Zinsen-Aufwand an				
1. Private Haushalte u. Organisationen c)	8	6	518	
2. Banken+Finanzinst.	10	8		
3. Unternehmungen	63	5		
4. Regierung	63	2	36	
D.-Summe	144	21	554	

Erläuterungen:

a) nur Tanganyika

b) Die Zahlen wurden auf- bzw. abgerundet. Aus diesem Grund ergibt die Summe nicht immer die in der Quelle angegebenen Zahlen wider. Die öffentliche Schuld enthält nicht die von Tanzania, Kenya, Uganda und Zanzibar gemeinsam garantierte Schuld von 78 Mill. und 0.6 Mill. für die Postsparkasse.

c) Private Organisationen ohne Erwerbscharakter

d) Public Funded Debt

Quelle: Tanganyika, Central Statistical Bureau, Public Finance in Tanganyika. An Analysis, Dar-es-Salaam 1959, pp. 36 - 40.

Die Ausgaben der Zentralregierung für "Pension and Gratuities" im Zeitraum 1957 - 1965 betrugen £ 14.3 Mill., während die Einnahmen aus "Pensions and Provident Fund" im selben Zeitraum nur £ 1.2 Mill. betrugen. ¹⁾

Solange keine statistischen Angaben über die Zahl der Staatswertpapiere und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, Unternehmen, Finanzinstitutionen und Regierungen, die im Besitz von Staatswertpapieren sind, vorliegen, kann auch die Konzentration des Besitzes der Staatswertpapiere in Tanzania nicht festgestellt werden. ²⁾

Die Statistiken ermöglichen es auch nicht, die inländischen Besitzer der Staatspapiere nach anderen Merkmalen, wie z. B. nach Einkommens- und Vermögenshöhe, ethnischen Gruppen, Alter, Erwerbstätigkeit, Art und Größe der Unternehmungen, Finanz- und Kreditinstituten usw., aufzugliedern.

Die obigen Ausführungen beziehen sich auf die langfristige öffentliche Schuld. Aussagen über Quellen der kurzfristigen Regierungskredite sind nicht möglich, da es an geeigneten statistischen Angaben fehlt. ³⁾ Damit kann kein Aufschluß über die Rolle der kurzfristigen Verschuldung des Staates für die Mobilisierung der privaten Ersparnisse und die Entwicklung des Staatsschuldendienstes gegeben werden.

3. Bisherige Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung durch In- und Auslandsanleihen

Ein Übergewicht von öffentlichen Entwicklungsanleihen innerhalb der externen und internen Finanzierungsmittel gegenüber anderen Finanzierungsformen ist eindeutig feststellbar. (Vgl. Tab. 6.)

Öffentliche interne Anleihen entziehen dem privaten Sektor im selben Maße verfügbare Finanzierungsmittel. Dadurch kann die Entwicklung des privaten Kredit- und Kapitalmarktes verzögert werden.

1) Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc., a.a.O., pp. 123 und 124. Die Einnahmen aus "Pensions and Provident Fund" dienen der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Zentralregierung.

2) Trotzdem kann angenommen werden, daß sich der Besitz von Staatswertpapieren auf wenige private Haushalte und Unternehmungen konzentriert.

3) Es ist bekanntlich so, daß bei gleichbleibenden Risiken und sonstigen Bedingungen kurzfristige Kredite niedriger als langfristige Kredite verzinst werden.

Tab. 6

Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung nach Finanzierungsformen und Herkunft der Finanzmassen - 1961 - 1968 - (in Mill. Shs.)

Jahr/Quelle	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968 ¹⁾
A. Interne Finanzquellen:								
1. Budgetüberschüsse	-	7.0	14.2	40.0	2.8	44.5	64.5	97.6
2. Anleihen	3.8	2.1	40.4	19.7	145.0	78.7	120.8	130.0
3. Zuschüsse	-	-	-	1.0	1.0	1.0	1.8	4.2
4. Verschiedenes	-	-	39.1	45.7	49.4	43.0	73.2	59.8
Summe	3.8	9.1	93.7	125.4	297.8	167.2	260.3	291.6
B. Externe Finanzquellen:								
5. Anleihen	79.4	5.8	27.9	59.1	75.7	120.0	81.5	127.2
6. Zuschüsse	63.6	98.6	23.6	19.5	7.8	7.4	2.5	5.7
Summe	143.0	104.4	51.5	78.6	83.5	127.4	84.0	132.9
C. Wichtigste externe Kapitalgeber								
1. Regierungen:								
a) Großbritannien	61.6	93.7	22.7	23.9	17.5	8.2	-	-
b) USA	2.2	5.0	5.4	20.0	30.0	17.4	24.8	-
c) Bundesrep. Deutschland	-	2.5	16.4	7.2	4.3	6.1	0.3	-
d) Israel	-	-	0.7	8.5	6.3	-	-	-
e) Schweden	-	-	-	-	1.6	3.4	7.9	-
f) China (Volksrepublik)	-	-	-	6.0	-	54.2	3.2	-
g) Nordic Council 1)	-	-	-	-	-	1.2	-	-
2. Private Organisationen:								
h) Britisch	-	-	0.9	0.8	0.4	-	-	-
i) Amerikanisch	-	-	1.9	0.8	0.5	-	-	-
3. Multilaterale Org.:								
j) IDA	-	-	3.3	13.0	18.7	30.2	30.1	-
k) UNESCO	-	-	-	-	4.0	0.5	-	-
l) UNDP	-	-	-	-	-	-	10.1	-
m) Refugee Service 2)	-	-	0.2	-	0.1	-	-	-

Erläuterungen: 1) revidierte Schätzungen; Quellen: Tanzania, Budget Survey 1965/66 und 1968 p. 90. Yafey, M. J. H., a.a.O., p. 31; 1) Nordic Council = Nordischer Wirtschaftsrat; 2) Flüchtlingshilfe

Beschränkt sich die öffentliche Kreditaufnahme im Inland auf Institutionen wie z. B. Genossenschaften, Pensionsfonds, Versicherungen, Postsparkassen, Geschäftsbanken¹⁾ und Unternehmungen, so bestehen nur geringe Möglichkeiten, die Ersparnisse der privaten Haushalte zu mobilisieren und den privaten inländischen Konsum durch Anleiheaufnahme, direkt und entscheidend zu beeinflussen.

Der Finanzierung von öffentlichen Investitionen durch Geld- und Kreditschöpfung wirkt - bei ausgeglichener Zahlungsbilanz, gegebener hoher Konsum- und Importneigung und gegebenem hohen Importgehalt der meisten Investitionen - die Importerhöhung über die Einkommens-Expansion entgegen.

Gelänge es nicht, die Produktion mit Hilfe der Kreditschöpfung zu steigern - bei unverändertem Impot - so würden die Preise steigen. Wegen der allgemein geringen Einkommenselastizität der Staatseinnahmen (einschließlich des Steueraufkommens) würde es dann kaum gelingen, die inflationäre Entwicklung mit steuer-, aber auch in gewissem Grad mit finanzpolitischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.²⁾

Eine Verbesserung der Zahlungsbilanz kann erwartet werden, wenn die staatliche Kreditaufnahme im Inland zum Rückgang der über Einkommensexpansion bewirkten privaten Importerhöhung führt. Das ist gleichbedeutend mit einer Erhöhung der privaten Ersparnisse.

Stehen der öffentlichen Kreditaufnahme im Inland auf dem privaten Sektor staatliche Darlehen an die private Wirtschaft über die Entwicklungsbanken bzw. -gesellschaften gegenüber, so ergibt sich eine Umlenkung der investierbaren Überschüsse.³⁾

1) Banken, Pensionskassen, Versicherungen, Postsparkassen und Marketing Boards sind alles staatliche Einrichtungen. Eine Schätzung der vom öffentlichen Sektor in Anspruch genommenen Ersparnisse oder der laufenden Einkommen privater Haushalte und Unternehmungen ist wegen des Mangels an statistischen Angaben unmöglich. Die staatlichen Anleihen im Inland in Tanzania sind nicht detailliert genug aufgeschlüsselt worden. Vgl. auch KONRAD, A., a.a.O., S. 54 (Fußnote).

2) Vom finanzierungsmäßigen Standpunkt ist eine Inflation zu vermeiden, weil sie die private Spartätigkeit und Kapitalimporte zurückdrängt, die Kapitalflucht ins Ausland beschleunigt und die privaten Anlagen in unproduktiven Bereichen z. B. festen Vermögens.

3) Vgl. KONRAD, A., a.a.O., S. 54. Solange der Umfang der Kapitaltransaktion zwischen dem staatlichen und privaten Sektor bei der staatlichen Beanspruchung privater Ersparnisse und der staatlichen Darlehen an den privaten Sektor nicht bekannt ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob sich per Saldo ein Transfer von Überschüssen aus dem privaten Sektor in den öffentlichen und umgekehrt vollzieht.

Weniger sicher allerdings ist schon, ob durch eine derartige Finanzierungspolitik auch die private Ersparnis erhöht werden könnte.

Der Nettoeffekt der öffentlichen Kreditaufnahme im privaten Sektor des Inlands auf die private Ersparnis hängt von der Art und dem Umfang der Verschuldung ab und davon, ob die durch einen Kredit finanzierten Investitionen über die Einkommenserhöhung die private und öffentliche Ersparnis erhöht.

Ist die Verschuldung des öffentlichen Sektors beim privaten Sektor mit steuerlichen Vergünstigungen verbunden, so entstehen dem Staat Steuerverluste.¹⁾ Die private Ersparnis könnte sich dadurch erhöhen. Eindeutige Aussagen über die Ersparnisbildung der steuerlich begünstigten Einkommensgruppen lassen sich ohne weitere Informationen über ihre Einkommen, durchschnittliche und Grenz-Neigungen zum Sparen nicht machen.

Es läßt sich auch nicht ausschließen, daß der Staat den Unternehmen Finanzierungsmittel entzieht, die die Unternehmen auch selbst zur Finanzierung eigener Investitionen hätten verwenden können.²⁾

Es ist offensichtlich, daß die geringe Sparfähigkeit und -neigung der privaten Haushalte dazu führt, daß nur eine kleine Anzahl von großen, inländischen Unternehmen dem Staat Kredite zur Verfügung stellen.³⁾ Daher läßt sich eine gewisse Konzentration des staatlichen Wertpapierbesitzes beobachten. Es erhöht sich damit auch die Einkommenskonzentration. Denn es wird dadurch nicht nur eine breite Streuung des Eigentums und des Einkommens, sondern auch u. U. die Mobilisierung der Ersparnisse verhindert.

Liegt die öffentliche Verschuldung im Ausland, so bestehen bei unzureichend ausgebildetem inländischem Kapitalmarkt geringe Aussichten auf inländische Mobili-

1) Bei den kurzfristigen Krediten, sog. "Tax Reserve Certificates" wird eine Steuerermäßigung von etwa 25 % auf die Zinserlöse gewährt.

2) Dies ist besonders dann der Fall, wenn die privaten Darlehen an den Staat mit steuerlichen Sondervergünstigungen verknüpft sind.

3) Vgl. Tab. 5 Detaillierte Angaben über Staatsgläubiger nach irgendwelchen Merkmalen, wie z. B. Einkommensgruppen, Staatszugehörigkeit, ethnischen, sozio-ökonomischen Gruppen usw. gibt es nicht. Sind die Staatsgläubiger ausländische Unternehmen in Tanzania und werden die Erlöse aus Staatswertpapieren steuerlich begünstigt, so ergibt sich ein Problem der Transferierung der Gewinne ins Ausland, das die Zahlungsbilanz belastet.

sierung von Ersparnissen privater Haushalte. Weil die öffentliche Verschuldung im Ausland überwiegt, kann sich möglicherweise die Tendenz zum Kapitalexport verstärken. ¹⁾

Eine Beurteilung der Wirkung öffentlicher Auslandsverschuldung auf private und öffentliche Ersparnis erfordert die Berücksichtigung der Höhe der Auslandsschuld, der Anleihe- und Kreditbedingungen und damit der Höhe des Schuldendienstes, der Art der Finanzierung der Schuldenrückzahlungen ²⁾ (z. B. durch Abbau der Währungsreserven, Steuern, Auslandszuschüsse, inländische Anleiheaufnahme) und der Verwendung der Auslandsanleihe und -kredite. Eine Anpassung der Entwicklung des öffentlichen Schuldendienstes an die tatsächliche Zahlungsbilanz- und Haushaltslage in quantitativer Hinsicht ist damit erforderlich.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Form der Finanzierung des Schuldendienstes durch Steuern oder inländische Kreditaufnahme über die Einkommensverteilung die private Ersparnis beeinflussen kann. Ob aber durch die Verausgabung der im Ausland aufgenommenen Kreditmittel die private Ersparnis erhöht wird, kann nicht entschieden werden. Vieles hängt von den durchschnittlichen und Grenz-Neigungen zum Sparen der betroffenen Einkommensbezieher bzw. -schichten ab.

Der Ansicht, daß die öffentliche Auslandsverschuldung zur Entlastung des privaten Sektors hinsichtlich der Finanzierungsmittel und damit zu erhöhter privater Investition und Ersparnis führt, kann hier nicht beigepllichtet werden. Die Entlastung der Einkommensbezieher kann zu stärkerem Konsum und damit auch zur Abnahme der Spartätigkeit der privaten Haushalte führen. Es ist aber auch möglich, daß über die Ausweitung des Konsums der durch öffentliche Auslandsverschuldung entlasteten Konsumenten positive Auswirkungen auf die private Investitionstätigkeit entstehen können.

In Wirklichkeit kann ein derartiger positiver Effekt auf die private Investitionstätigkeit allerdings nur selten erwartet werden, da die Entlastung der privaten Haushalte und Unternehmungen oft zu einer Ausdehnung des Konsumgüterimports der Haushalte und somit, in Ermangelung von Anlagemöglichkeiten im Inland, des Ka-

1) Man muß auch bei der Auf- und Abwertung ausländischer Währungen mit Gewinnen bzw. Verlusten rechnen.

Die Tendenzen zum Kapitalexport erhöhen sich mit mangelnden Anlagemöglichkeiten im Inland außerhalb des öffentlichen Sektors.

2) Es ist nicht einmal bekannt, welche Kredite in inländischer Währung rückzahlbar sind.

pitalexports der Unternehmungen führt.

4. Bisherige Finanzierung der Investitionsausgaben der Zentralregierung durch Aus- und Inlandszuschüsse

Mit der Erlangung der politischen Unabhängigkeit ist die Bedeutung der ausländischen, öffentlichen Zuschüsse weitgehend zurückgegangen. (Vgl. Tab. 4.)

Ebenso unbedeutend sind auch die Zuschüsse der inländischen privaten Wirtschaftssubjekte an den Staat geworden. (Vgl. Tab. 6.)

Gravierend ist die Tatsache, daß die Auslandszuschüsse für die Finanzierung von Investitionsausgaben leichter erhältlich sind als Budgetzuschüsse zur Finanzierung der laufenden Ausgaben. Damit ergeben sich finanzielle Schwierigkeiten, da die von der Regierung mit Hilfe von ausländischen Zuschüssen durchgeführten Investitionen hohe laufende Ausgaben verursachen, die nicht durch zusätzliche Auslandshilfe gedeckt werden können.¹⁾

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß die Entwicklungsfinanzierung durch Auslandshilfe wegen des Wegfallens anderer ökonomischer Verpflichtungen vorteilhafter ist, als die Finanzierung durch Auslandskredite. Allerdings besteht die Gefahr, daß die Finanzierungsmittel unvorsichtiger verausgabt werden als die Mittel aus Auslandskrediten.

Tab. 7 zeigt auch die geringe Rolle, die die eigene staatliche Ersparnis für die Entwicklungsfinanzierung spielt. Die Möglichkeit, beträchtliche staatliche Ersparnisse zu erzielen, ist gering. Das ergibt sich aus der schleppenden Entwicklung der Steuereinnahmen - und den somit vom Außenhandel und von der Agrarproduktion abhängigen laufenden Staatseinnahmen - die weit zurückbleiben hinter den gleichzeitig stark ansteigenden laufenden Staatsausgaben zum Aufbau der sozialen, öko-

1) So betrugen die Auslandszuschüsse für Investitionsfinanzierung 0.9 Mill. in den Jahren 1954, 1957 und 1958, £ 0.8 Mill. im Jahr 1955 und 1956 und £ 1.3 Mill. im Jahr 1959 und 1960. Dagegen erhielt Tanzania £ 0.07 Mill. im Jahr 1957 für die Finanzierung laufender Ausgaben. Siehe Tanganyika, Public Finance of Tanganyika, An Analysis prepared by the Unit of East African Statistical Department, Dar-es-Salaam 1960 Tab. 2 (A) and 2 (B) und Tanganyika, Development Plan for Tanganyika 1961/62 - 1963/64, Dar-es-Salaam 1962 p. 10.

nomischen und administrativen Infrastruktur. ¹⁾

Aus Tab. 7 wird auch klar ersichtlich, daß die gesamte staatliche Ersparnis nur selten in vollem Umfang für Entwicklungsfinanzierung verwendet wird. ²⁾

Dasselbe gilt auch für die Finanzierungsmittel aus Zuschüssen und Anleihen. ³⁾

Da die bereitgestellten Anleihen und Kredite zurückzuzahlen sind und unmittelbar verzinst werden, können dadurch finanzielle Verluste entstehen, daß die bereits zur Verfügung gestellten Gelder nicht sofort zur Finanzierung verwendet bzw. nicht voll ausgeschöpft werden.

5. Bisherige Finanzierung der laufenden Ausgaben der Zentralregierung

Wie Tab. 8 zeigt, erfolgt die Finanzierung der laufenden Ausgaben der Zentralregierung hauptsächlich durch Steuern, und zwar in erster Linie durch indirekte Steuern. Direkte Steuern stehen erst an zweiter Stelle. (Vgl. Tab. 8.)

Innerhalb der indirekten Steuern dominieren die Importabgaben und Umsatzsteuern. Es erübrigt sich damit, an dieser Stelle auf die Abhängigkeit des Steueraufkommens von den internationalen Transaktionen der Güter und Dienstleistungen und von der inländischen, industriellen Produktion (Importsubstitution) hinzuweisen. ⁴⁾

Einkommen- und Körperschaftssteuern machen den größten Teil der direkten Steuern aus. Der geringe Ertrag der direkten Steuern beruht in erster Linie auf der Verbreitung der nichtmonetären Selbstversorgungswirtschaft, dem niedrigen Geldeinkommen, das hauptsächlich von Agrarproduktion und -export abhängig ist

1) Es steht auch außerdem fest, daß die günstige Entwicklung der Staatseinnahmen die Regierung zu einer ungünstigen Ausgabepolitik verleitet. Vgl. KONRAD, A., a.a.O., S. 47. Wir gehen davon aus, daß eine Steigerung der öffentlichen Sparquote nur auf dem Weg einer Vermehrung der laufenden Staatseinnahmen und nicht auf dem der Einschränkung der laufenden Staatsaufgaben möglich ist. Vgl. hierzu KONRAD, A., a.a.O., S. 45.

2) Budgetüberschüsse werden üblicherweise in die sog. "Reserves" ("General Reserve Funds", Agricultural Development Reserve Fund, Development Plan Reserve Fund, Consolidated Reserve Fund) übertragen.

3) Es kann auch vermutet werden, daß ein Teil der Anleihen und Auslandszuschüsse für andere Zwecke als Investitionsfinanzierung verwendet werden (z. B. Auslandstransfers, laufende Budgetausgaben usw.).

4) Gelingt es dem Staat, einen größeren Teil der zusätzlichen, inländischen Industrieproduktion mit Umsatzsteuern zu belasten, so können die tatsächlichen, durch Importsubstitution zurückgegangenen Einnahmen aus Importsteuern kompensiert werden.

Tab. 7 Finanzen der Zentralregierung - Laufende Einnahmen und Ausgaben, Investitionsausgaben, Ersparnisse, Zuschüsse, Anleihen und Verschiedenes - 1954 - 1968 in Mill. £

Jahr	Laufend		Investitionsausgaben	Ersparnisse		Zuschüsse	Anleihen	aus verschiedenen internationalen Quellen g)		Andere
	Einkommen	Ausgaben		eigene Ersparnisse a)	Ersparnisse ausgegeben b)	Zuschüsse gewährt und externe c)	Zuschüsse aus- gegeben d)	Auf- nahmen e)	Aus- geben f)	
1954	19.1	16.5	3.3	+ 2.6	-	0.9	0.5	2.0	2.0	-
1955	18.3	18.5	4.1	- 0.2	-	0.7	0.7	2.3	2.3	-
1956	17.5	17.8	5.3	- 0.4	-	0.9	0.9	3.2	3.2	-
1957	18.3	18.7	5.5	- 0.1	-	0.9	0.9	2.9	2.9	-
1958	19.4	19.5	5.2	- 0.1	-	1.3	1.3	2.3	2.3	-
1959	21.2	21.0	3.9	+ 0.9	-	1.4	1.4	1.7	1.7	-
1960	22.1	21.0	5.7	+ 0.3	-	2.0	2.0	2.8	2.8	-
1961	21.9 ^{h)}	24.7	7.3	- 2.8	-	3.2	3.2	4.0	4.0	-
1962	25.0	23.9 i)	5.7	+ 1.1	0.4	4.9	4.6	0.3	0.5	-
1963	28.3	27.8 i)	7.3	+ 0.4	0.7	1.3	1.2	1.4	3.8	2.0
1964	33.8	34.7 i)	10.2	- 0.9	2.0	1.0	1.0	3.0	3.0	2.2
1965	35.8	35.5	11.5	+ 0.3	0.1	0.4	0.4	3.8	3.8	6.3
1966	51.2	51.2	14.7	- 0.0	2.2	0.4	0.4	9.9	9.9	7.4 j)
1967	56.5	56.5	17.2	0.0	3.2	0.2	0.2	10.1	10.1	2.2
1968	64.1	64.7		0.0						3.7

Erläuterungen: a) Differenzen zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben; b) Mittel, die zur Finanzierung der Investitionsausgaben tatsächlich aufgewendet wurden; c) Gewährte interne und externe Entwicklungszuschüsse; d) Mittel die zur Finanzierung der Investitionsausgaben tatsächlich aufgewendet wurden; e) aufgenommene Entwicklungsanleihen zu verschiedenen Anleihebedingungen; f) Mittel die zur Finanzierung der Investitionsausgaben tatsächlich ausgegeben wurden; g) Andere Einnahmen aus Reserven: vor 1955 hauptsächlich aus Budgetüberschüssen, £ 25 Mill. aus sog. Enemy Property Fund (während des 2. Weltkrieges von Deutschen konfiziertes Vermögen) - 1961, und 4.5 Mill. interne Anleihen 1956 - 1961 (tab-issues*/1963, und 2 Mill. (1964) Beiträge zum Entwicklungsbudget; j) einschließlich 65000 Überschuß.

*/ h) ohne Großbritannien Anleihe und Zuschuß in Höhe von 1.7 Mill. £ i) einschließlich £350000 (1962) £712000

Quelle: Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc. a. a. O., pp. 121, 122-3 und 124-5
IBRD, The Economic Development of Tanganyika etc. a. a. O. p. 46

Tab. 8
Laufende Einkommen der Zentralregierung - 1954 - 1969
(Mill. £)

Steuern										Nicht steuerliche Einnahmen (Beiträge und Gebühren)										Insgesamt
Jahr	Direktsteuern			Indirektsteuern			Summe	Einnahmen aus Staats- eigentum			Verschiede- nes			Güter + Dienstleistungen						
	Eink. u. Perso- nalst.	an- dere	Zwischen- summe	Im- port	Umsa. St.	an- dere		Zwischen- summe	Divi- d. Zins.	Mineralk.	andere	Zwisch. Summe	BACB (e)		andere (f)	Zwisch. Summe				
1954	4.6	1.9	6.8	4.8	1.3	1.5	7.6	14.4	0.4	0.5	0.8	1.8	1.3	0.9	2.2	0.9	4.9	19.3		
1955	4.5	1.5	6.3	5.5	1.6	1.0	8.1	14.4	0.5	0.5	0.8	1.8	0.2	0.2	0.4	1.0	3.2	18.3		
1956	4.1	1.2	5.6	5.0	1.8	0.7	7.5	13.1	0.5	0.3	1.0	1.8	0.3	0.8	1.1	1.1	4.0	19.4		
1957	4.3	1.4	6.1	5.3	2.1	1.2	8.6	14.7	0.4	0.7	0.9	2.0	0.7	0.2	0.9	1.3	4.2	19.4		
1958	3.5	1.3	5.4	6.7	2.1	1.1	9.9	15.3	0.4	0.6	0.9	1.9	0.8	0.2	1.0	1.3	4.2	19.4		
1959	2.8	1.3	5.5	7.8	2.5	1.2	11.5	17.0	0.9	0.9	0.8	2.6	0.8	0.2	1.0	1.3	4.9	22.1		
1960	4.5	1.3	6.0	7.7	2.4	1.1	11.3	17.3	0.6	0.8	1.0	2.4	1.2	0.3	1.5	-	3.9	21.9		
1961	4.7	1.3	6.0	8.1	2.5	1.1	11.7	17.7	0.8	0.9	0.9	2.6	0.8	0.7	1.5	-	4.1	21.9		
1962	5.3	0.8	6.1	9.3	3.4	1.8	14.5	20.6	0.7	0.8	0.9	2.4	1.1	0.8	1.9	-	4.3	25.2		
1963	6.0	1.1	7.1	10.4	3.9	2.3	16.6	23.7	0.9	0.9	0.8	2.6	1.1	0.9	2.0	-	4.6	28.3		
1964	6.5	1.1	7.7	12.3	4.6	3.3	20.2	27.9	1.3	1.1	0.8	3.2	1.8	0.9	2.7	-	5.9	33.8		
1965	7.7	1.5	9.2	13.0	5.0	2.9	20.9	30.1	0.3	0.9	1.1	2.3	2.3	1.1	3.4	-	5.7	35.8		
1966	13.5	1.7	38.4	14.8	6.1	4.0	24.9	63.3	3.5	3.5	3.5	-	-	-	-	-	-	51.2		
1967	14.9	2.2	43.6	17.5	7.2	4.0	28.7	72.3	3.5	3.1	3.1	-	-	-	-	-	-	53.5		
1968	39	8	104	40	16	65	65	72.3	3.1	3.1	3.1	-	-	-	-	-	-	96.2		

Erläuterungen:

- a) Einkommens- und Körperschaftsteuern, b) Erbschaftsteuer, Bildungssteuer (education tax) und Municipal tax, c) Exportsteuer, Stempelabgaben, Abgaben für Handelslizenzen, Kraftfahrzeugsteuer und andere indirekte Steuern einschließlich d) Abgaben für landwirtschaftliche Grundstücke, Bauland, Forstanlagen, Miete, Staatliche Kredite, Verkaufserlöse staatlicher Anlagen; e) Gewinne der Zentralbank und Fonds für die Verwahrung von (deutschen) "enemy property custody", g) Abgaben für Medikamente und medizinische Behandlungen, Schulgebühren, Abgabe für Milch, Wasser, Drucksachen und andere.

Quellen: Tanzania, Statistical Abstract 1966, etc. a. a. O. pp. 122-3
Tanganyika, Statistical Abstract 1961, etc. a. a. O., p. 101-2
ders. Statistical Abstract 1963, etc. a. a. O., p. 112

und den administrativen und steuertechnischen Schwierigkeiten bei der Ermittlung und Besteuerung der aus Landwirtschaft, Dienstleistung und Handel stammenden Einkommen der meist selbständigen Wirtschaftssubjekte. ¹⁾

An dritter Stelle stehen die Abgaben, Beiträge und Gebühren. Innerhalb dieser Gruppe machen die Einnahmen aus Staatseigentum den größten Teil aus. Dies demonstrierte die Abhängigkeit der nicht-steuerlichen Einnahmen von der Ausweitung des Staatseigentums und der staatlichen Wirtschaftstätigkeit. ²⁾

Die geringen Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren beruhen auf den meist starren Bemessungsgrundlagen und den höheren Anforderungen an Techniken bei der Ausgestaltung und Erhebung der Beiträge und Gebühren. ³⁾ Trotz der kleinen Anzahl der Beitrags- und Gebührenpflichtigen ist der Verwaltungsaufwand bei den oft geringen fiskalischen Einnahmen groß.

6. Bisherige Finanzierung der Investitions- und laufenden Ausgaben der Lokalregierung

Tab. 8 bietet eine zusammenfassende Übersicht über die Finanzen der drei Unterverbände der Lokalregierung.

Wie die Zentralregierung hat die Lokalregierung theoretisch drei Möglichkeiten, sich zu finanzieren, und zwar durch:

- a) Budgetüberschüsse (Überschuß der laufenden Einnahmen über Ausgaben)
- b) In- und Auslandsanleihen
- c) In- und Auslandszuschüsse.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Auslandsverschuldung den lokalen Behörden aller Art verboten. Auslandszuschüsse an die Lokalregierung laufen

1) Tab. 8 zeigt wie das Aufkommen der direkten und indirekten Steuern gesteigert werden kann, wenn eine Politik der besseren Erfassung der Steuerpflichtigen, der stärkeren Abstufung und schnelleren Anpassung der Steuersätze an die Einkommensentwicklung verfolgt wird. Das Aufkommen der Einkommenssteuern, wie der gesamten Steuern verdoppelte sich im Jahr 1966 von 7.7 auf 13.5 bzw. von 30.1 auf 63.3 Mill. £.

2) Die Vervierfachung der Einnahmen aus "Dividenden und Zinsen" im Jahr 1967 - siehe Tab. 8 beruht auf der staatlichen Kontrolle des Geld- und Kreditwesens im Jahr 1967.

3) Zu den wichtigsten Problemen gehören die Bewertungsproblematik und die Schwierigkeiten der Abstufung der Belastung nach Einkommensklassen.

über die Zentralregierung. ¹⁾

Ebenso bedarf die Anleiheaufnahme der Lokalregierung im Inland, sei es auf dem privaten Sektor, bei Finanz- und Kreditinstituten oder anderen öffentlichen Körperschaften, der Zustimmung der Zentralregierung.

Es bleiben den lokalen Behörden somit nur drei Finanzierungsmöglichkeiten: Budgetüberschüsse, Inlandszuschüsse und Inlandsanleihen. Aufgrund der großen Zahl der städtischen und ländlichen lokalen Behörden und der unterschiedlichen Struktur der Finanzen der individuellen Behörden, sind allgemeine Schlüsse über die Finanzierungsvorgänge unmöglich. ²⁾

Tab. 8 zeigt hauptsächlich die Bedeutung der direkten Steuern und Zuschüsse der Zentralregierung für das Einkommen der lokalen Behörden, nicht aber die Quellen der Mittel für die Entwicklungsfinanzierung.

Vereinzelte Statistiken zeigen, welchen Anteil Budgetüberschüsse an den Gesamtinvestitionen der Lokalregierungen hatten: das waren £ 0.8 Mill. von £ 1.3 im Jahre 1954, £ 1.1 Mill. der £ 1.4 Mill. im Jahr 1955, £ 1.3 Mill. der £ 1.4 Mill. im Jahr 1956, und £ 1.3 Mill. der £ 1.6 Mill. im Jahr 1957. ³⁾

In den Jahren 1962, 1963, 1964 und 1965 ließen sich die städtischen Behörden ⁴⁾ ihre gesamten Investitionsausgaben zu jeweils 28 %, 15 %, 11 % und 8 % durch Budgetüberschüsse finanzieren. ⁵⁾

Die hohen Budgetüberschüsse gelten jedoch nicht für alle lokalen Behörden. ⁶⁾

Verantwortlich für allgemein hohe Budgetüberschüsse ist die beschränkte Finanzautonomie der lokalen Behörden, insbesondere auf der Ausgabenseite. ⁷⁾

1) Auslandszuschüsse an die Lokalregierung über die Zentralregierung, wenn es sie überhaupt gibt, sind nicht gesondert statistisch nachgewiesen.

2) Zur Zeit gibt es 58 ländliche und 15 städtische Lokalbehörden.

3) Tanganyika, Public Finance in Tanganyika, etc., a.a.O., p. 12; Schätzung von 1957

4) Ohne Dar-es-Salaam

5) Tanzania, Statistical Abstract 1966, etc., a.a.O., p. 133; 1964 und 1965: Schätzung

6) Vgl. Tanzania, Statistical Abstract 1966, a.a.O., pp. 134 - 135

7) Dies ist einer der Gründe dafür, daß die lokalen Behörden bekanntlich einen größeren Anteil ihrer gesamten Ausgaben, 30 % in den Jahren 1954 und 1955 und 27 % im Jahr 1956 gegenüber 16 %, 29 % und 23 % aus Zuschüssen der Zentralregierung, für Investitionsausgaben verwenden.

Tab. 9 Finanzen der Lokalregierung nach Gebietsbehörden
1956 - 1965
(in Mill £)

Gebietsbehörde/Jahr	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
A. Distrikt-Behörden^{c)}										
1. Ausgaben	2.9	3.2	3.5	3.7	3.9	4.3	4.1	4.3	6.5 ^{a)}	7.6 ^{a)}
2. Einkommen	3.1	3.4	3.5	3.8	3.6	5.1	4.3	4.4	8.3 ^{a)}	9.8 ^{a)}
davon										
3. Direktsteuern ^{f)}	1.4	1.6	1.8	2.0	2.1	2.4	2.0	2.1	4.0 ^{a)}	4.8 ^{a)}
4. Staatszuschüsse	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
B. Stadtbehörden^{d)}										
5. Ausgaben	0.3	0.4	0.5	0.7	0.7 ^{a)}	0.9 ^{a)}	0.9	1.0	1.3 ^{a)}	1.6 ^{a)}
6. Einkommen	0.3	0.4	0.5	0.7	0.7 ^{a)}	0.9 ^{a)}	0.9	1.0	1.3 ^{a)}	1.6 ^{a)}
davon										
7. Direktsteuern	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.3 ^{b)}	0.3 ^{b)}
8. Staatszuschüsse ^{f)}	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	0.2	0.2	0.2	0.2
C. Dar-es-Salaam^{e)}										
9. Ausgaben	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.6	0.6	0.7	0.9	1.0
10. Einkommen	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.6	0.7	0.8	1.0
davon										
11. Direktsteuern	0.2	0.2	0.1	0.1	0.1	0.2	0.2	0.3	0.3	0.3
12. Staatszuschüsse	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
D. Gesamt										
13. Gesamtausgaben	3.6	4.1	4.5	4.9	5.1	5.8	5.6	6.0	8.7	9.2
14. Gesamteinkommen	3.9	4.3	4.5	5.0	4.8	6.5	5.8	6.1	10.4	12.4
15. Gesamte Direktsteuern ^{f)}	1.7	2.0	2.1	2.3	2.4	2.8	2.4	2.6	4.5	5.4
16. Gesamte Staatszuschüsse ^{f)}	0.6	0.6	0.6	0.6	0.7	0.6	1.1	0.6	1.0	0.6

Erläuterungen: a) Schätzungen; b) vorläufige Schätzungen; c) District Councils; d) Town Councils; e) City Council;
f) Zuschüsse der Zentralregierung an die lokalen Behörden

Quellen: Tanganyika, Statistical Abstract 1961 etc. a.a.O., p. 107-8
Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc., a.a.O., p. 131 - 136 und 124
Faaland, J., and Dahl, H.-E., a.a.O., p. 227

Zuschüsse der Zentralregierung an die lokalen Behörden bilden eine der wichtigsten Quellen für Finanzierungsmittel. Sie betrugen £ 14000 im Jahr 1954, £ 8000 im Jahr 1955, £ 45000 im Jahr 1956 und £ 187000 im Jahr 1957. ¹⁾

Staatszuschüsse steuerten 39 %, 42 %, 58 % und 36 % der gesamten Finanzierungsmittel für Investitionen der städtischen lokalen Behörden in den Jahren 1962, 1963, 1964 und 1965. ²⁾

Wenige statistische Angaben deuten darauf hin, daß mehr Staatszuschüsse zur Finanzierung von laufenden Ausgaben als für Kapitalausgaben der lokalen Behörden gewährt werden. ³⁾

Gerade weil die Deckung der laufenden Ausgaben durch vermehrte Einnahmen erfolgen soll, könnte eine derartige Finanzpolitik zu geringeren eigenen Anstrengungen der lokalen Behörden bei der Mobilisierung größerer fiskalischer Einnahmen führen.

Durch Anleiheaufnahmen wird ein großer Teil der erforderlichen Mittel zur Investitionsfinanzierung der lokalen Behörden bestritten. Anleihen finanzierten £ 60000 oder 28 % im Jahr 1962, £ 49000 oder 29 % im Jahr 1963, £ 29000 oder 18 % im Jahr 1964 und £ 120000 oder 48 % im Jahr 1965 der gesamten Investitionsausgaben der städtischen Behörden. ^{4) 5)}

Die Anleihen der lokalen Behörden, die zwar einen großen Prozentsatz ihrer Mittel für Investitionsfinanzierungen ausmachen, sind aber absolut klein und somit viel zu wenig effektiv, um die Ersparnisse privater Haushalte und Unternehmungen durch Anleiheaufnahme zu mobilisieren. ⁶⁾

1) Tanganyika, Public Finance in Tanganyika etc., a.a.O., p. 12, 1957: Schätzung

2) Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc., a.a.O., p. 133; 1964 und 1965: Schätzung

3) Staatszuschüsse an die städtischen lokalen Behörden für Finanzierung laufender Ausgaben betrugen in den Jahren 1962, 1963, 1964 und 1965 £ 88000, £ 114000, £ 115000 und £ 140000; entsprechende Staatszuschüsse für Investitionsausgaben betrugen £ 60000, £ 27000, £ 17000 und £ 20000. Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc., a.a.O., p. 132; das Verhältnis zwischen Staatszuschüssen für Kapital- und laufende Ausgaben an die Lokalregierung und eigenen Mitteln war: £ 14000 : £ 326000 (1957), £ 8000 : £ 329000 (1955), £ 45000 : £ 351000 (1956) und £ 187000 : £ 304000 (1957: Schätzung). Tanganyika, Public Finance in Tanganyika 1957 S. 12

4) Tanzania, Statistical Abstract 1966, a.a.O., p. 133

5) Ohne Dar-es-Alaam

6) Leider fehlen Angaben über die Quellen der Anleihen und Kredite der lokalen Behörden.

C. Die wirtschaftliche Ordnung Tanzanias und die Kapitalbildung

Tanzania strebt eine "sozial gebundene" Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, in der sowohl der Staat als auch der genossenschaftliche Sektor neben dem privaten eine dominierende Rolle spielen soll, d. h., es wird ein "gemischtes Wirtschaftssystem" unter staatlicher Kontrolle auf marktwirtschaftlicher Grundlage gefordert.¹⁾ Das ganze System stellt eine Art "dritten Weg" zwischen den bürgerlich-revolutionären und sozialistisch-revolutionären Auffassungen dar. Die Ver-genossenschaftlichung und die Verstaatlichung des größten Teils der Wirtschaft sollten den Weg zum sog. afrikanischen Sozialismus ebnen, die traditionellen Sozialstrukturen sollten modernisiert werden, um wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Afrikanischer Sozialismus und damit geförderte Afrikanisierung der Entscheidung in allen Bereichen der Wirtschaft und Politik sind gedacht als Instrumente der Kapitalakkumulation, der Förderung der politischen Einheit und Stabilität des Landes, der Milderung der dominierenden Rolle der Asiaten und Europäer in der Wirtschaft und der Befestigung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit. An diesen Zielen und ideologischen Konzeptionen orientiert sich nun die Entwicklungsstrategie wie die Innen- und Außenpolitik.

Die dargestellte Ordnungskonzeption läßt sich durch das Bestreben des Staates charakterisieren, nicht nur subsidiär zu wirken und die Infrastruktur bereitzustellen, sondern auch bestimmte "strategische" Produktionsbereiche für sich zu beanspruchen.

a) Nur für den Staat bestimmte Wirtschaftsbereiche:

Außenhandel und Binnen-Großhandel, Bank, Versicherungswesen, Post, Telekommunikationen, Eisenbahnwesen, Energie- und Wasserversorgung, Herstellung von Radios, Waffen und die Reis- und Maismühlen.

1) Die drei Sektoren öffentlicher, genossenschaftlicher und privater Sektor sind kapitalmäßig so eng miteinander verbunden, daß eine sinnvolle Unterscheidung z. B. zwischen dem öffentlichen und dem genossenschaftlichen einerseits, dem öffentlichen und dem privaten Sektor bezüglich des Bereichs der öffentlichen Unternehmungen ("parastatal sector"), und dem privaten und dem genossenschaftlichen Sektor andererseits nicht eindeutig gemacht werden kann. Von einem selbständigen genossenschaftlichen Sektor kann nicht die Rede sein. Dasselbe gilt für den sog. "parastatal sector".

b) Gemischte Wirtschaftsbetriebe ¹⁾ aber mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung:

Bergbau, Ölgewinnung, Stahlindustrie, Brauereiwesen, Herstellung von Maschinen, Autos, Düngemittel, Zigaretten, Schuhen, Metall.

Die nachstehende Tabelle 10 zeigt das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Produktion. Der Anteil der öffentlichen Produktion an der gesamten monetären Produktion beträgt etwa 22 %. Der staatliche Anteil an der Produktion ist von Wirtschaftsbereich zu Wirtschaftsbereich und von Industriezweig zu Industriezweig verschieden.

In der Agrarwirtschaft dominiert der private Sektor. Durch die Verstaatlichung von 6 großen Gesellschaften und Beteiligung an 39 Gesellschaften ist der Staat in der Sisalproduktion engagiert. Er produziert auch Zucker, Weizen, Reis, Wein, Ölsaaten, Kokosnüsse und Tabak auf eigenen Farmen oder er beteiligt sich in privaten und genossenschaftlichen Unternehmungen an der Herstellung solcher Agrarprodukte.

Eine Analyse der staatlichen Produktion in der Landwirtschaft nach Sub-Sektoren, nämlich Acker-, Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft, läßt große Unterschiede feststellen. Die staatliche Produktion in der Geflügel-, Vieh- und Forstwirtschaft ist, abgesehen von Milch- und Fleischerzeugung in kleiner Menge auf wenigen Versuchsfarmen, unbedeutender als in der Ackerwirtschaft.

Durch die Verstaatlichung der Williamsons Diamonds Ltd. kontrolliert nun der Staat, etwa 60 % der gesamten Bergbauproduktion.

Die staatliche industrielle Produktion ist sehr klein. Es handelt sich hauptsächlich um staatliche Beteiligungen durch die halböffentlichen Unternehmungen.

Am stärksten ist die staatliche Produktion im Dienstleistungssektor. Durch die Verstaatlichung der 17 großen Ex- und Import-Unternehmen kontrolliert der Staat den Außenhandel und den Binnen-Großhandel. Im Einzelhandel, Lagerwesen und Tourismus dominiert noch die Privatwirtschaft.

Der Luft-, Schienen-, Übersee-Schiffs-, Binnenwasser-, Nachrichten- und Funk-

1) Im Zusammenhang mit dem Antikolonialismus lehnen die politischen Führungsschichten das "free enterprise system" deshalb ab, weil dieses weiterhin in die dominierende Rolle der ethnischen Minderheiten und der ausländischen Unternehmer begünstigt und überdies die ausländische politische Kontrolle befestigt.

Tab. 10

Monetäre Produktion der öffentlichen
Hand nach Wirtschaftsbereichen
1960 - 1965
(in Mill. £)

Wirtschaftsbereich/Jahr	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Landwirtschaft	1.9	2.1	2.4	2.5	3.0	2.9
%	4	5	5	4	4	5
Bergbau	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
%	2	1	2	2	1	1
Produz. Gewerbe	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4
%	5	5	4	4	4	4
Baugewerbe	2.4	3.0	3.0	3.3	3.7	3.3
%	52	51	49	54	48	43
Elektrizität	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
%	19	20	20	19	19	17
Handel	-	-	-	-	-	-
Pachten und Royalties	4.4	4.6	4.8	5.1	6.2	7.0
%	55	55	55	55	56	57
Transport	4.9	5.0	5.5	4.9	5.2	5.6
%	56	58	59	53	53	52
Dienstleistungen	11.1	12.9	14.5	14.6	15.8	18.4
%	61	63	65	62	62	65
Insgesamt	25.1	28.3	30.9	31.2	34.7	38.1
vH der Gesamtwert- Schöpfung	20	22	23	21	20	22

verkehr untersteht dem Staatsmonopol. Dasselbe gilt für das gesamte Geld-, Kredit- und Versicherungswesen.

Der staatliche Anteil an der Wasser- und Energieversorgung ist klein. Wohl monopolisiert der Staat die städtische Wasser- und Energieversorgung. Unternehmungen, Schulen und Missionsstationen auf dem Lande jedoch versorgen sich selbst mit Wasser und Energie.

Auf dem Bausektor beschränkt sich die Aktivität des Staates auf dem Bau von Verkehrswegen. Die staatliche Beteiligung am Hausbausektor nimmt zwar schnell an Bedeutung zu, ist aber noch gering.

Das Gesundheits- und Erziehungswesen steht unter staatlicher Aufsicht. Mit Ausnahmen von Hochschulen gehören jedoch 75 % der Schulen und etwa 47 % der Krankenanstalten dem privaten Sektor, insbesondere den Missionsgesellschaften.

Die Darstellung der staatlichen Aktivität in Tanzania zeigt, daß eine Diskrepanz zwischen den oben beschriebenen Ordnungskonzeptionen und der tatsächlichen staatlichen Wirtschaftsgestaltung besteht. Es ist wichtig zu sehen, daß bei der gegenwärtigen untergeordneten Bedeutung der öffentlichen Produktion in Tanzania der Staat nur eine geringe Rolle bei der indirekten Beeinflussung privater Spar- und Investitionsentscheidungen spielen kann.

Es könnte sein, daß eine Ausweitung der gegenwärtig noch verhältnismäßig geringen staatlichen Produktion auch große Unsicherheiten für die Privatwirtschaft bringen würde, denn kein anderer Sektor der Wirtschaft reagiert auf die staatliche Wirtschaftstätigkeit (und konjunkturelle Situationen) in so empfindlicher Weise wie die privaten Investitionen.

Es fragt sich, ob eine starke staatliche Kontrolle der sog. "traditionellen Aktivitäten" (Handel, Geldverleih, Dienstleistungen, landwirtschaftlicher und städtischer Grundbesitz) das Wachstum des SP und die privaten Anlagepräferenzen zugunsten der produktiveren industriellen Investitionen, die ihre Entstehung und Entwicklung meist ausländischem Kapital verdanken, negativ beeinflussen würde. Eine staatliche Kontrolle des Handels und Kleinhandwerks kann auch die Entstehung von Unternehmerpersönlichkeiten, sowie die Akkumulation von Finanzierungsmitteln in ungewünschte Richtung lenken.

Ebenso ist zweifelhaft, ob der Staat als potentieller Träger der Neuerung durch

eine umfassende staatliche Kontrolle der Agrarproduktion die Einführung neuer Verfahrensweisen in der Landwirtschaft, die bisher auf unveränderte arbeitsintensive Produktionstechniken angewiesen war, ermöglicht. Mit Sicherheit aber läßt sich feststellen, daß die gegenwärtige Struktur der Produktion ¹⁾, die Art der intersektoralen Beziehungen, die vorherrschende Eigentums- und Agrarverfassung sowie die gesellschaftlichen Strukturen kaum geeignet sind, die Einführung von neuen Produktionsverfahren im Handel und in der Landwirtschaft zu garantieren.

1) Insbesondere die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Produktionsstruktur. Die Einführung von neuen Produktionsverfahren setzt eine Veränderung in der Produktionsstruktur voraus.

DRITTER TEIL

Die Wirtschaftsstruktur

A. Tanzanias natürliche Gegebenheiten als Produktionsgrundlagen und Voraussetzungen für Kapitalbildung

1. Land, Bodenschätze, Klima und Bodennutzung

Ausgehend von der Tatsache, daß Ausmaß und Struktur der Kapitalbildung eines Landes von der Größe des Landes, der Topographie und den vorhandenen Reichtümern (Bodenschätze, Fruchtbarkeit des Bodens und Energiequellen, wie z. B. Wasser, Kohle, Öl, Naturgas, usw.) bestimmt werden, wollen wir die natürlichen Gegebenheiten des Produktionsfaktors Boden untersuchen.

Die aus zwei Gliedstaaten bestehende Vereinigte Republik von Tanzania (Tanganyika und Zansibar) liegt unmittelbar südlich des Äquators zwischen den großen Binnenseen Viktoria See, Tanganyika-See, Nyassa-See und dem indischen Ozean. (Vgl. Karte Nr. 1.)

Das Land hat eine Fläche von 939.711 qkm (einschließlich Zansibar), davon 5.418 qkm Wasserfläche und 2.738 qkm unbewohnbare Tierschutzgebiete der großen fünf National-Parks. Die Landfläche Tanzanias entspricht viermal der Landfläche der Bundesrepublik Deutschland.

Eine landwirtschaftliche Gliederung des Landes zeigt den gebirgigen Charakter der Bodenfläche. Der gebirgige Bodenaufbau (Bodengestaltung) erfordert eine kostspielige Erschließung des Landes, um die Ausnutzung der spärlichen und über das ganze Land zerstreuten natürlichen Schätze zu ermöglichen. Es ist ein intensiver Kapitaleinsatz erforderlich. Das Verkehrsproblem ist demnach in Tanzania das größte Hindernis zur Kapitalbildung, denn es verhindert die Ausnutzung von natürlichen Quellen und die gleichmäßige Versorgung der wenigen, auf dieser riesigen Fläche verstreut liegenden Zentren der Bevölkerung und Produktion.

Die Landkarte Nr. 5 S. 105 zeigt, daß Tanzania keine zahlreichen und nennenswerten Flußstrecken hat, die schiffbar sind oder für Bewässerung und Wasser-

kräfte ¹⁾ nutzbar sind, denn viele von ihnen liegen zeitweise im Jahr trocken. Sie sind aber für die Fischproduktion bedeutsam.

Ebenso zeigt die Landkarte Nr. 5 die potentiell vorhandenen Mineralien und Energiequellen, und die bisher gebeuteten Mineralien.

Wie man sieht, fehlen für die Industrialisierung der ausnutzbaren und dringend erforderlichen Mineralien Energieträger wie Kohle ²⁾ und Öl, sowie Mineralien zur Produktion von Kapitalgütern, wie Eisen, Kupfer usw..

Geht man davon aus, daß die ausländischen privaten Investitionen augenblicklich mineralorientiert sind, so ist Tanzania in dieser Hinsicht von Natur aus wenig geeignet, Kapital aus dem Ausland in beträchtlichem Ausmaß zur Errichtung einer Kapitalgüterindustrie (d. h. auf Kohle und Eisen basierenden Schwerindustrie - eisenschaffende Industrie) anzuziehen.

Die Erschließung und Ausbeutung von überall auf das Land zerstreuten Mineralien ist nur durch die verkehrsmäßige Erschließung und den Einsatz von größeren Kapitalien, vor allem importiertem Kapital, möglich.

Die auf den Vegetationstypen basierende Klassifikation der Bodennutzung gibt folgendes Bild an:

1) Die geschätzten Wasserkraftreserven (in Mill. PS) betrugen 190,0 für das ganze Afrika. 90,0 davon Kongo (K), Kongo (B) 35,0, Kamerun 13,0, Nigeria 9,0, Madagaskar 5,0, Kenia und Uganda 4,7, Angola und Äthiopien je 4,0, Mozambique 3,7, Tanganyika 2,7, Rhodesien und Zambia 2,5, Südafrikanische Republik 1,6 und Ägypten 0,6. POSTEL, William, "The Mineral Resources of Africa, Philadelphie 1948, S. 78 zitiert nach MUDDATHIR, A., a.a.O., S. 114.

2) Die geschätzten Kohlenvorräte (in Tonnen) betragen 1 Mrd. für Tanzania, Kongo (K), Madagaskar und Algerien, Südafrikanische Republik 250 Mrd. (wahrscheinlich und 8 Mrd. sicher), Rhodesien 5.200 Mill., Nigeria 3.360 Mill. (wahrscheinlich und 113 Mill. sicher), Mozambique 700 Mill. und Marokko 200 Mill. MUDDATHIR, A. a.a.O. S. 113.

BODENNUTZUNG

(Gesamtfläche ohne Seen)

Bodenbedeckung	9,0	
Grassteppe/Buschwald	36,0	
dichter Buschwald	35,0	
geschlossener Wald	16,0	
Sümpfe	2,0	
Halbwüsten	1,0	
Buschwald/Gras	<u>35,0</u>	zusammen 100,0

Bodenverfügung

Ackerland der Afrikaner	7,7	
Land, bewirtschaftet durch Nichtafrikaner	1,1	
Wald-Reservate	9,8	
Wild-Reservate	7,7	
nicht spezifiziert	<u>73,7</u>	zusammen 100,0

Bodennutzung

Acker- und Brachland	8,8	
Grasland	9,9	
Nutzungsfähiges Ödland	26,9	
Wald und Busch	36,4	
sonstige Flächen	<u>18,4</u>	zusammen 100,0

in vH der Gesamtfläche

Quelle: RUTHENBERG, Hans, Landwirtschaftliche Entwicklungspolitik in Tanganyika, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1964 (Mimeo.) S. 14

Die Aussagefähigkeit der Tabelle ist beschränkt, denn es gibt keine Angaben über die Bodenbeschaffenheit (Bodenfruchtbarkeit), die sicherlich eine weitgehende Analyse der Bodennutzung und Bodenverfügung erlauben könnte.

Die Bodennutzung wird nicht von natürlichen Gegebenheiten bestimmt, sondern weitgehend auch von traditionellen Anbaumethoden und vom Bodenrecht.

Die Möglichkeiten, Neuland ohne große Investitionen zu erschließen sind gering. Die folgende Tabelle gibt eine Schätzung der Landflächen, die durch Errichtung

von Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft erschlossen werden könnten, wieder:

Tab. 11 Landwirtschaftlich erschließbare Bodenfläche
pro Person in Hektar ¹⁾

Jahr/Land	1965	1980	1995	2000
Zambia	48.4	33.5	23.1	20.4
Tanzania ²⁾	13.7	9.9	7.1	6.4
Uganda	5.4	3.7	2.6	2.0
Kenia	4.2	2.6	1.5	1.3

1) 1 Hektar = 4047 Quadratmeilen

2) nur Tanganyika

Quelle: Kenya, Development Plan for Kenya 1966 - 1970, Government Printer, Nairobi 1966, p. 35

Die verfügbaren Angaben über Bodennutzung lassen darauf schließen, daß Tanzania über keine nennenswert fruchtbaren Böden und über keinen wichtigen Waldreichtum verfügt, der für die Entwicklung einer Holzwirtschaft wie z. B. in Schweden von Bedeutung sein könnte.

Geht man ferner davon aus, daß die klimatischen Verhältnisse die Ausnutzung der natürlichen Quellen die Investitionen in der Agrarwirtschaft und in von der Landwirtschaft abhängigen Industrien, und somit den Einsatz von Arbeitskräften und Kapital bestimmen, so sind die herrschenden klimatischen Bedingungen in Tanzania nicht besonders förderlich. Das Klima bewirkt natürlich unterschiedliche Niederschlagsmengen und somit Vegetationszonen. So schreibt SCHNITTGER: "Tanzania kann man als ein überwiegend trockenes Land bezeichnen. Nur etwa 30 vH bis 40 vH der Gesamtfläche erhalten eine jährliche Regenmenge, die für eine landwirtschaftliche Nutzung ausreicht. Weite Gebiete erhalten diese Niederschlagsmenge sehr intensiv in einer kurzen Regenperiode, der eine lange, ausgeprägte Trockenheit folgt. Das hat zur Folge, daß nur widerstandsfähige und schnell wachsende Saisonprodukte angebaut werden können, deren Erträge in der Regel vergleichsweise niedrig sind. Nur wenige Landstriche profitieren von zwei Regenzeiten oder einer längeren Periode, so daß hier Dauerkulturen mit guten Erträgen

angebaut werden können." ¹⁾

Tab. 12 Prozentualer Anteil der Landfläche mit durchschnittlicher Regenniederschlagsmenge (in ausgewählten Größen) in 4 Jahren von 5 Jahren in Ostafrika

Regenmenge in inches	Prozent			
	Tanzania	Kenya	Uganda	Ost-Afrika
Weniger als 20	16	72	12	35
20 bis 30	33	13	10	20
30 bis 50	47	12	72	41
über 50	4	3	6	4

Ein inch = 2 1/2 cm

Quelle: Griffiths, J. F. "The Climate of East Africa" Hawkins Ltd. Nairobi 1962, p. 279, zitiert nach Oloya, J. J., Some Aspects of Economic Development with Reference to East Africa, East African Literature Bureau, Nairobi-Kampala-Dar-es-Salaam 1968

Daraus folgt, daß das lebenswichtige Klimaelement für Tanzania der Niederschlag ist. (Siehe Karte Nr. 2 S. 75). Etwa 50 % des Landes hat eine Regenmenge bis 30; darüber hinaus sind die Regenniederschläge von Jahr zu Jahr verschieden. Das gilt auch für den Beginn und die Dauer der Regen- und Trockenzeit. Mehrere aufeinanderfolgende Trockenjahre wirken sich sehr ungünstig auf die Landwirtschaft, den landwirtschaftlichen Export und damit auf den Kapital- und Güterimport und die Steuereinnahmen aus. Diese klimatischen Verhältnisse wirken sich auch unterschiedlich auf die landwirtschaftliche Produktion aus: sie mindern die Bewässerungsmöglichkeiten und erhöhen die Bewässerungskosten, bestimmen die Nutzung von Flüssen für Schifffahrt und (Wasser-)Energieerzeugung und verhindern den regelmäßigen Straßen- und Schienenverkehr. Sowohl die Menge und die zeitliche Regelmäßigkeit, als auch die regionale Verteilung der Niederschläge sind für die Bewässerungsmöglichkeiten oder auch Überschwemmungen (Bodenerosion) verant-

1) SCHNITTGER, Lübke, Entwicklung und Entwicklungspolitik in Ostafrika: Tanzania Afrika-Studienstelle. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1965 (Mimeo) S. 5.

wortlich.

Das Klima und die Art der Vegetation begünstigen in einigen Gegenden auch die Verbreitung der Stechfliege. (Vgl. Karte Nr. 4.) So schreibt WIEGT: "In Ostafrika ... wird die Wirtschaft des Menschen durch die Tsetse bestimmt. Diese Stechfliege überträgt die tierische Schlafkrankheit und macht überall, wo der Busch nicht durch dichtere Besiedlung niedergehalten werden kann, Großviehzucht unmöglich ... Das immerfeuchte, immergrüne Waldgebiet ist allerdings mit 1,5 Mill. qkm viel weniger umfangreich als die von der Trockenheit gekennzeichneten unfruchtbaren Gegenden. So leben die Afrikaner höchst ungleichmäßig verteilt auf relativ kleine Gunstgebiete zusammengedrängt, denen riesige menschenleere Weiten gegenüberstehen. Auch nur einen Teil davon nutzbar zu machen, ist von Natur aus sehr erschwert. Zum Wassermangel kommen noch weit verbreitete nährstoffarme Böden, die unter tropischen Witterungsbedingungen liegen und bei unvorsichtiger Nutzung leicht der völligen Zerstörung anheimfallen, sowie verheerende Schädlinge und Krankheiten, wie Heuschrecken oder die Tsetse, die tierische wie menschliche Schlafkrankheiten verursachen, Hakenwurm oder Bilharzia, Anophles oder Framboesie, um nur die wichtigsten zu nennen."

Denken wir noch daran, daß lange Trockenzeiten die Arbeitskraft des Menschen nicht voll zu nutzen erlauben, so sind dem wirtschaftlichen Fortschritt relativ enge, teilweise nur durch harte Arbeit und vollen Einsatz des Willens und der Technik überwindbare Grenzen gesetzt.¹⁾

Die Bodennutzung - und damit die Akkumulation von Ersparnissen und deren Verwendung für Investitionen - wird weitgehend von den bestehenden, unbefriedigenden Situationen auf dem Gebiet des Eigentums- und Besitzrechts an Grund und Boden bestimmt.

Privateigentum an Grund und Boden hat sich in Tanzania kaum entwickelt, "da in Tanganyika im Verhältnis zum Bedarf Land zumindest bis in die neueste Zeit in nahezu unbegrenztem Ausmaß zur Verfügung stand".²⁾ Der Grund und Boden gilt

1) WIEGT, Ernst, Natur- und Anthropogeographische Probleme der Entwicklungsländer, in SIEBER, Eugen, Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissensch. Heft 21, Berlin 1963, S. 184

2) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderbericht: Tanzania 1965, Mainz, S. 22

als Gemeineigentum, das der Nutzung des Stammes und anderer Gemeinschaften nach dem sog. "native Law and Custom" zur Verfügung steht. Der Staat ist der eigentliche Eigentümer an Grund und Boden und alle anderen Wirtschaftssubjekte - als Individuum oder als Gruppe - sind Staatspächter.

Für die Bodennutzung kennt das bestehende Bodenrecht fünf Hauptbesitzarten:

- a) sog. "Government Leaseholds", ein verliehenes Landbesitzrecht für 66 Jahre, das in der Zeit unter der deutschen Verwaltung bestand;
- b) sog. "Long-term Right of Occupancy", ein verliehenes langfristiges Landbesitzrecht für mehr als 5 aber weniger als 33 Jahre;
- c) sog. "Short-term Right of Occupancy", ein verliehenes kurzfristiges Landbesitzrecht von weniger als 5 Jahren;
- d) Besitzrecht nach "Native Law and Custom" (Customary tenure). "Dies dem einzelnen gegenüber widerrufbare Recht, dessen Hauptvoraussetzung eine dauernde Nutzung des beanspruchten Landes ist, stellt ein nichtverbrieftes Nutzungsrecht dar, dessen Inhalt regional sehr vielgestaltig ist und überdies zeitlich einem beständigen Wandel unterliegt. Seiner Natur nach kann dieses Recht nur von Afrikanern beansprucht werden, während die übrigen Besitzarten vorwiegend für Nicht-Afrikaner gelten. Der dem Stammgehörende Boden wird in der Regel einzelnen Sippen oder Familien zur Nutzung zugeteilt und fällt an den Stamm zurück, wenn er nicht mehr genutzt wird. Pflanzungen (z. B. Obstbäume) bleiben jedoch bei Heimfall des Landes im Eigentum des Anpflanzenden, insoweit das Eigentumsrecht auch veräußerlich ist." ¹⁾
- e) sog. "Government Land", dessen Nutzung ausschließlich dem Staat zusteht.

2. Die Bevölkerung, ihr Aufbau und ihre Charakteristika

Die Bevölkerung von Tanzania beträgt 12,2 Mill. (1967) ²⁾. Davon entfallen 11,8 Mill. auf Tanganyika, das Festland, und der Rest auf Zansibar. Rund 17300 der

1) derselbe, a.a.O. S. 23. Siehe auch LEE, Eugene, Local Taxation in Tanzania, Institute for Public Administration (IPA), University College Dar-es-Salaam, pp. 44 - 45

2) Tanzania, Central Statistical Abstrach, A Background to the Budget 1968 - 1969, Dar-es-Salaam 1968, p. 104

Einwohner sind Europäer, ungefähr 86000 Asiaten und etwa 26000 Araber.

Es gibt keine Angaben über Geburts- und Sterbeziffern. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung betrug 1.8 % (1957) und 3.1 % (1967), d. h. eine absolute Zunahme von 17.5 % (1957) gegenüber 1948 und 35.1 % (1967) gegenüber 1957. ¹⁾

Schließt man die Fehler bei den Volkszählungen aus, so hängt der Bevölkerungswachstum von der natürlichen Bevölkerungszunahme infolge der steigenden oder gleichbleibenden Geburtsrate und der tendenziell sinkenden Sterberate ab. Hinzu kommt als zweiter Faktor die Ein- und Auswanderung von Asiaten und Europäern und Afrikanern aus benachbarten Ländern.

a. Bevölkerungsbewegungen

aa. Binnenwanderung der Bevölkerung

Mit den Fragen des Bevölkerungswachstums, der Außenwirtschaft und der inländischen Kapitalbildung ist das Problem der Bevölkerungswanderungen innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinweg verbunden.

Die Wanderung der Afrikaner über die Landesgrenzen ist in Tanzania weniger bedeutend als deren Wanderung innerhalb derselben. Betrachtet man die Wanderung der Nomadenstämme, z. B. der Massai, im Nordteil des Landes als Sonderproblem, so wird im allgemeinen die folgende Ansicht vertreten. "Die autochthone (afrikanische) Bevölkerung ist ohnehin wegen ihrer starken Bindung an den Stamm und aus religiösen Rücksichten weniger wanderungsfreudig." ²⁾

So plausibel und überzeugend diese Feststellung erscheinen mag, so trifft sie doch nicht zu. Es gibt Binnenwanderungen der Bevölkerung vor allem in die Metropole und andere wirtschaftlich überdurchschnittlich entwickelte Regionen.

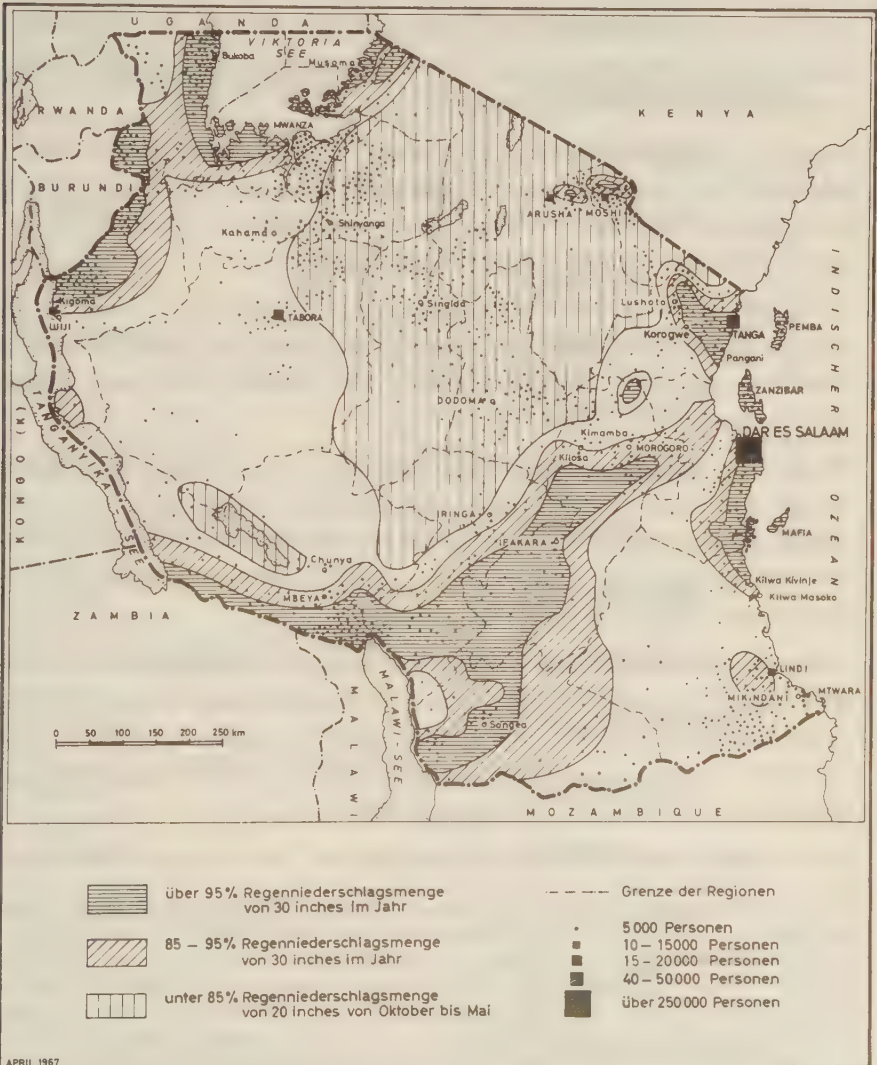
Neben den ökonomischen Gründen stehen als Hauptursachen der Binnenwanderung soziale und magische Gründe wie z. B. aufzubringende Baupreise, Aberglaube, Unstimmigkeiten mit Stammesangehörigen, Erschöpfung der Bodenfruchtbarkeit; Flucht vor Steuern, Arbeitsplatzwechsel, Umsiedlung und die Suche nach einem

1) derselbe a.a.O. p. 105

2) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O. S. 17

Karte 2

Regen-Niederschlagsmenge und Bevölkerungsverteilung in Tanzania



APRIL 1967

Quelle: Tanganyika and Zanzibar, Tanganyika Five-Year Plan 1964-1969 Bd. I

Platz für Schul- und Berufsausbildung. Setzen wir eine starke, jahreszeitlich bedingte Binnenwanderung der Arbeiter und eine große Wanderfreudigkeit, aus welchen Gründen auch immer, voraus, so ergeben sich Probleme der Arbeitskräftebeschaffung, der Berufsausbildung und der öffentlichen Versorgung mit Schulen, Krankenhäusern, Wasser und Energie.

Eine starke Binnenwanderung der Bevölkerung verhindert Entscheidungen über langfristige Investitionen; es besteht dann kein besonderer Anreiz in der Bodenverbesserung, der Anwendung von modernen Anbaumethoden, in Investitionen in festen Vermögensanlagen wie z. B. Wohnungsbauten, usw..

Die Landflucht, insbesondere der Jugendlichen in die Metropole ¹⁾ verschärft die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung in den Städten und damit die Unzufriedenheit der ökonomisch Unterprivilegierten, was wiederum leicht auch zu politischen Spannungen führen kann.

Hinsichtlich der Besteuerung erschwert eine starke Binnenwanderung der Bevölkerung die Ermittlung der Einkommen und Zensiten in Stadt und Land. Aufgrund der Tatsache, daß in Tanzania umfassende und detaillierte Einwohnerstatistiken fehlen, sind die Fragen der Ermittlung von Einkommen und Zensiten auch mit erheblichen methodischen Schwierigkeiten verbunden.

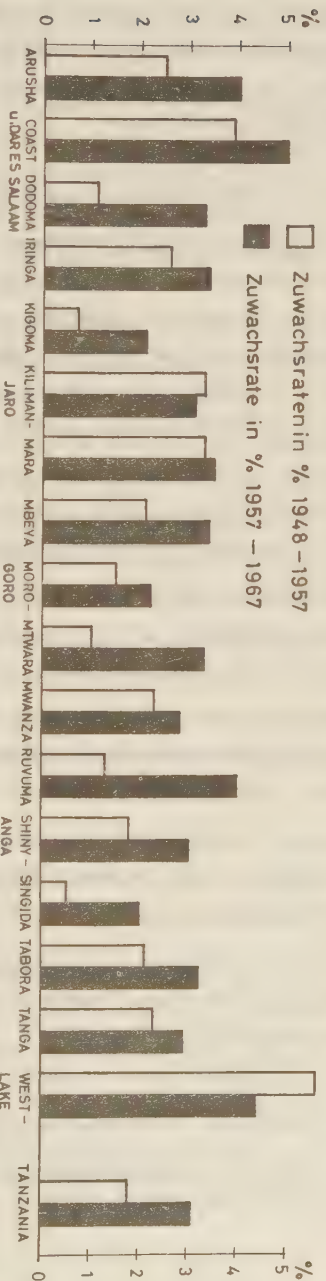
Weit weniger sicher ist, ob starke Binnenwanderung der Bevölkerung die Sparneigung negativ oder positiv beeinflusst. Auf eine gewisse Ersparnisbildung der Wanderarbeiter, die sich in Städten nur vorübergehend aufhalten und erwerbsmäßig tätig sind, deuten ihre erheblichen Überweisungen in Form von Geld und Sachgütern an Verwandte in dem "traditionellen" Sektor hin. ²⁾

Da aber andererseits das Fehlen sozialer Kontrolle, die Informationsmöglichkeit

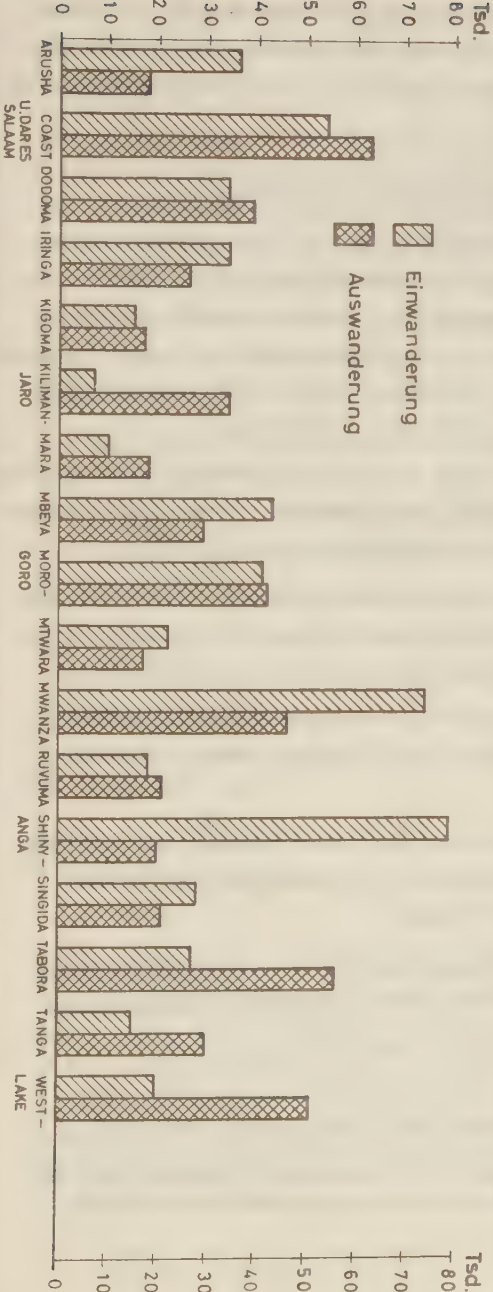
1) In den Jahren 1948, 1952, 1957 gab es jeweils 27, 31 und 31 registrierte Städte mit einer Bevölkerung (in 1000) von 152, 205 und 276. Zwischen 1948 und 1952 nahm die Stadtbevölkerung Tanzanias um 34,4 % oder 7,7 % p. a. bzw. um 34,7 % oder 6,2 % p. a. zu. Tanganyika Africa Census Report 1957 in EASD, Tanganyika African Population Census 1958; nach Smith S. 43. Zwischen 1948 und 1957 nahm die gesamte afrikanische Bevölkerung um 16,9 %, die Landbevölkerung um 15,6 % und die Stadtbevölkerung um 81,3 % zu. Dar-es-Salaam zeigte eine Zunahme von 84 %, viele andere Städte 70 % (Dodoma: 38,5 %, Tabora und Lindi 13 % und 12 %).

2) Vgl. SCHELLE, H. a.a.O. S. 54 - 55 und die dort zitierte Literatur.

Bevölkerungsentwicklung 1948 – 1957 und 1957 – 1967 in jährlichen Zuwachsraten der Bevölkerung nach Regionen



Interregionale Bevölkerungsbewegungen (Auswanderung und Einwanderung -1961 –1965 (in Tausend Personen) Abb. 2



ten über neue Güter und der intensivere Kontakt mit "fremden" Kulturen die Konsumgewohnheiten und den Umfang des Konsums der Binnenwanderer beeinflussen kann, ist die positive Wirkung der Binnenwanderung auf die Ersparnisbildung nicht eindeutig feststellbar.

ab. Ein- und Auswanderung der Bevölkerung über die Landesgrenzen

Von großer außenwirtschaftlicher Bedeutung ist die Ein- und Auswanderung über die Landesgrenzen. Betrachten wir die Auswanderung der afrikanischen Tanzanianer ins Ausland als quantitativ unbedeutend, so verstärken doch die politischen Konflikte in den benachbarten Ländern, z. B. in Mozambique, im Kongo, in Uganda, Burundi, Malawi aber auch in Angola, Namibia, Rhodesien und in der Südafrikanischen Republik die Einwanderung von afrikanischen Flüchtlingen.

Exakte Angaben über die Zahl der politisch Verfolgten und Flüchtlinge gibt es nicht. Arbeitsstatistiken zeigen, daß sich in den Jahren 1962 und 1963 die Zahl der männlichen afrikanischen Nicht-Tanzanianer folgendermaßen verteilte: ¹⁾

Mozambique 33.0 % bzw. 32.3 %; Kongo (Kinshasha, Rwanda und Burundi: 29.6 % bzw. 29.0 %; Kenya 15.8 % bzw. 16.9 %; Malawi 9.4 % bzw. 9.9 %; Zambia 8.7 % bzw. 8.6 %; Uganda 2.4 % bzw. 2.1 % und andere Länder 1.1 % und 1.2 %.

Im Jahre 1966 gab es 13456 männliche erwachsene ausländische Lohnempfänger afrikanischer Abstammung. In den Jahren 1963, 1964 und 1965 gab es jeweils 2237, 1745 und 1944 Emigranten.

Abb. Nr. 3 zeigt die Ein- und Auswanderung der Nicht-Afrikaner nach ethnischen Gruppen (Asiaten, Europäer und Sonstigen) und die zahlenmäßige Entwicklung (Jahresbestandsaufnahme) der Nicht-Afrikaner.

Im ganzen überwiegt die Einwanderung gegenüber der Auswanderung. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß in jüngster Zeit die Auswanderung die Einwanderung überstiegen hat. ²⁾

1) Tanganyika, Employment and Earnings 1963, Dar-es-Salaam 1963 p. 5

2) Während anfangs ökonomische Faktoren für die Ein- und Auswanderungen die größere Rolle spielten, waren in letzter Zeit eher politische Faktoren maßgebend.

Die Entwicklung der Bevölkerung der Nicht-Afrikaner zeigt eine ständige Zunahme von etwa 40000 im Jahre 1930 bis 140000 im Jahre 1962.

Nimmt man an, daß die Einwanderer in der Regel ein sehr niedriges Einkommen haben, so tritt damit ein Versorgungsproblem auf, das die Bildung von Ersparnissen hemmt. Sind die Einwanderer mit steigenden Einkommen zu sehr an der Erhaltung ihrer Tradition und ihres Status quo interessiert und ändern sie deshalb ihre Konsumgewohnheiten nicht, so erhöht sich bei gegebener Produktionsstruktur ihr Importbedarf, und damit die Belastung der Zahlungsbilanz.

Ob sich per saldo ein Transfer aus dem Ausland ins Inland oder eine Überweisung ins Ausland vollzieht, läßt sich nicht genau sagen, solange es nicht möglich ist, die privatwirtschaftlichen Zahlungsvorgänge vollständig zu erfassen.

Von Bedeutung erscheint vielmehr die Tatsache, daß die Konzentration der Einwanderer auf den Handel die inländische Produktion durch den Einsatz eigener Arbeitsleistung und durch die Einführung neuer Anbaumethoden in der Landwirtschaft oder neuer Verfahrensweisen im Gewerbe nicht wesentlich gefördert hat, und daß ein großer Teil der Überschüsse aus dem Handel ins Ausland transferiert wird.

Es soll hier nur auf die erheblichen Geldüberweisungen der Auswanderer an die im alten Heimatland verbleibenden Familienmitglieder hingewiesen werden.¹⁾ Obwohl Informationen über die wirtschaftliche Lage der Zuwanderer aus dem Ausland fehlen, kann doch angenommen werden, daß es weniger reiche Einwanderer als reiche Auswanderer gab.

Bei den Einwanderern handelt es sich hauptsächlich um junge Menschen. Es ist jedoch möglich, den Einfluß der Altersstruktur der Einwanderer auf die Investition

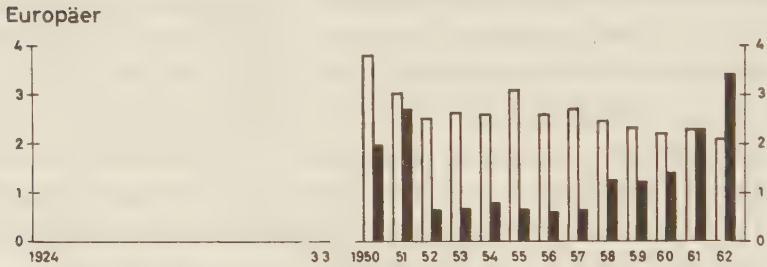
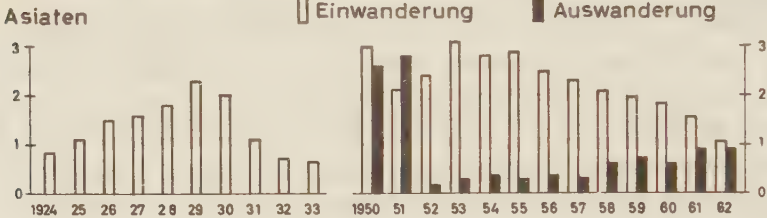
1) Vgl. CHERNIAVSKY, Mark, Development Prospects in East Africa: Kenya, Tanzania, Uganda, A draft Report, The Chr. Michelsen Institute Bergen 1965. Nimmt man mit CHERNIAVSKY an, daß etwa 2% der Nicht-Afrikaner (40.000 1963) - siehe Abb. Nr. 3 - wegen Afrikanisierung im privaten und öffentlichen Sektor auswandern müssen, und daß sie ihr ganzes Pro-Kopf-Einkommen £ 371 (1962) - siehe Tab. 40 - mitnehmen, so ergibt sich eine Summe von £ 296.800 im Jahr, die ins Ausland umgelegt wird.

Nimmt man jedoch die absoluten Zahlen der nichtafrikanischen Emigranten - 4559 im Jahr 1962; siehe Abb. 3 - so werden £ 1.7 Mill. ins Ausland jährlich transferiert.

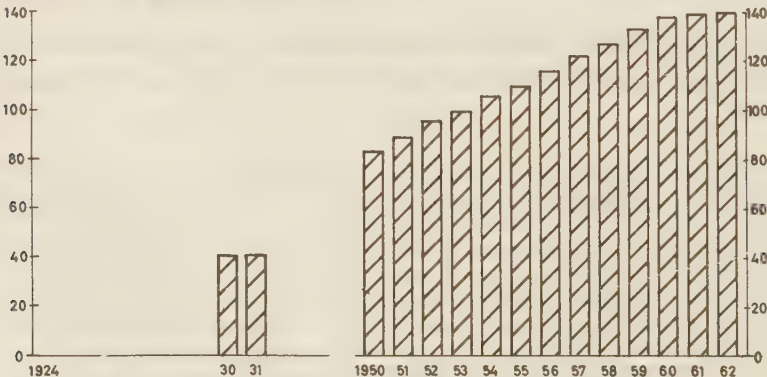
Bevölkerungsbewegung in Tanzania

Abb. 3

Einwanderung und Auswanderung der Nichtafrikaner 1924 - 1962
in Tausend Personen



Nicht - Afrikaner insgesamt
(Bestand in Tausend von 1930 - 1962)



Anmerkung Bei Europäern und Sonstigen Nicht - Afrikanern sind von 1924 - 1933 keine Zahlen vorhanden

Quelle: Seidel Werner, Die Verbreitung der Inder in Ost- und Südafrika, Diss. Universität Rostock etc. S:2. — Stat. Bundesamt der BRD, Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderberichte, Tanzania 1965 etc. a.a.O. S:62

und Ersparnisbildung und Produktion quantitativ zu bestimmen. Ungünstige Altersstruktur der Einwanderer könnte die Ersparnisbildung negativ beeinflussen oder die Überweisung von Einkommen ins Ausland verstärken.

Berücksichtigt man die Einwanderer als Arbeitskräfte und deren Einfluß auf die Einführung neuer Produktionsverfahren, so sind die Auswirkungen auf Investition, Ersparnis und Produktion vollkommen unbestimmt.

b. Distribution der Bevölkerung

Die Bevölkerungsdichte in Tanzania beträgt 34,8 Einwohner pro Quadratmeilen.

Die Tab. 13 zeigt, daß 43 % der Landfläche eine Bevölkerungsdichte von unter 10 Personen pro Quadratmeile hat. Etwa 7 % der gesamten Bevölkerung bewohnt 43 % der gesamten Landfläche. Nur 0,33 % der Bevölkerung bewohnt 0,1 % der Landfläche mit einer Bevölkerungsdichte von 1000 bis 2000 Personen pro Quadratmeile.

Die Karte Nr. 2 S. 64 zeigt die geographische Verteilung der Bevölkerung über das ganze Land. Die Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte befinden sich jeweils auf den Rand- bzw. Grenzgebieten und sind voneinander durch weite, unbewohnte Gebiete getrennt oder durch solche mit nur niedriger Bevölkerungsdichte. LEE schreibt dazu:

"The reason for this is that much of the central area of the country is arid and distinguished by poor soil and tsetseflies. As a result, the bulk of the population is to be found on the edges of the country, with wide distances separating the various areas of heavy population density. The extreme diversity in population distribution is typified by the fact in Masai District, the average population per square mile in 1957 was 2.8 while in the neighbouring Kilimanjaro District, the figure was 179.5. Even in the heavily populated regions, however, settlement is marked by low density development, the typical pattern being a small village of only a few score persons combined with a large number of widely separated small houses, each adjacent to its own plot for growing maize, bananas, coffee or some other local crop. - At the most only 400000 persons, less than five percent of the total population reside in what could be classed as urban villages or towns, and at least 150000 of these are in the capital city of Dar-es-Salaam." ¹⁾

1) LEE, Eugene, Lokal Taxation in Tanzania, Dar-es-Salaam 1965, p. 4.

Tab. 13 Der prozentuale Anteil der Landfläche und Bevölkerung innerhalb von bestimmter Bevölkerungsdichte (Gruppe - Personen pro Quadratmeilen) - 1962

Bevölkerungs- dichte-Perso- nen pro Qua- dratmeilen (Gruppe)	Landfläche (v.H.)	Kumulative (v.H.)	Bevölke- rung (v.H.)	Kumulative (v.H.)
0-10	43,14		6,94	
11-30	26,34	69,48	15,03	21,97
31-100	25,44	94,92	42,32	64,29
101-200	3,70	98,62	18,45	82,74
201-300	0,94	99,56	7,88	90,62
301-400	0,23	99,79	2,76	93,38
401-500	0,02	99,81	0,26	93,64
501-600	0,08	99,89	1,44	95,08
601-700	0,01	99,90	0,18	95,26
701-800	0,01	99,91	0,20	95,46
801-900	-. -	-. -	-. -	-. -
901-1000	0,01	99,92	0,49	95,95
1001-2000	0,1	99,93	0,33	96,28
2001-3000	-. -	-. -	0,14	96,42
3001	-. -	-. -	-. -	-. -
Städte	0,05	99,98	3,57	99,99

Quelle: Hance H. William, African Economic Development, Revised Edition
New York - Washington - London 1967 S. 190. Vgl. auch Philip W. Porter, East
African Population Distribution - As of August 1962 in: Annals of the Association
of American Geographers Nr. 56; 1 March 1966, map Supplement No. 6

Karte Nr. 2 zeigt ebenfalls, daß die dicht bevölkerten Gebiete nicht immer diejenigen Gebiete mit hohen Niederschlagsmengen oder großer Agrarproduktion ¹⁾ sind. Es gibt auch Landesteile, die dicht besiedelt sind, aber die niedrigste Niederschlagsmengen oder ungünstige Agrarmarktproduktion aufweisen. Gebiete mit guten Böden und günstigeren Niederschlagsmengen sind jedoch meist dichter bevölkert als trockene Gebiete mit schlechten Böden.

Es gibt Unterschiede in der Verteilung der verschiedenen ethnischen Gruppen der Afrikaner, Asiaten ²⁾ und Europäer.

Mehr als 58 % der Nicht-Afrikaner wohnten im Jahre 1957 in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern. Etwa 37 % der Nicht-Afrikaner wohnen in den Coast und Morogoro Regionen, darunter ungefähr 27 % in Dar-es-Salaam. Auch die Regionen Tanga, Kilimanjaro, Arusha, Mbeya, Iringa, Shinyanga und Mwanza haben eine große Anzahl von Nicht-Afrikanern. ³⁾

Während etwa 72 % der Inder in Städten wohnten, davon über 36 % in Dar-es-Salaam, wohnten nur 40 % der Europäer in Städten, davon 22 % in Dar-es-Salaam. Von den Arabern wohnten 28 % in Städten, davon nur 13 % in Dar-es-Salaam. Weniger als 5 % der Afrikaner wohnen in den 33 Städten (gazetted towns) (gegenüber 2.5 % 1957). Etwa 6.2 % der gesamten Bevölkerung im Jahre 1967 ⁴⁾ und 5.7 % in Tanganyika, (gegenüber 4.8 % 1948) wohnen in Städten. ⁴⁾ Die Zuwachsrate der städtischen Bevölkerung ist 6.0 % p. a. (1948 - 1957) und 6.3 % (1957 - 1967). ⁵⁾ Dar-es-Salaam hat eine Zuwachsrate von 7.8 %.

Im Jahre 1967 wurden 2.7 Mill. Familien gezählt. ⁶⁾ Die durchschnittliche Haushaltgröße war 4.4 ⁷⁾ Personen pro Haushalt. In den Städten ergab sich dagegen

1) Vgl. Karte Nr. 2 S. 69 und Karte Nr. 4 S. 98

2) Siehe Karte Nr. 3 die auch die Distribution von Handels- und Gewerbegegeschäften mit denen die Asiaten verbunden sind, zeigt.

3) Im allgemeinen konzentrieren sich die Stadtbewohner der Nicht-Afrikaner auf die Küstenstädte und die Binnenstädte des Hochlandes, wo das Klima für sie erträglich und der Anbau von Agrarprodukten möglich ist.

4) Dagegen wohnten in Indien 17.3 % der gesamten Bevölkerung in Städten (1951), in Brasilien 36.2 % (1948), Algerien 23.6 % (1948), Ägypten 30.1 %, in Kenya 9 % und Uganda 4 % der gesamten Bevölkerung in Städten (Tanzania, Background to the Budget 1968/69 etc. a.a.O., p. 105).

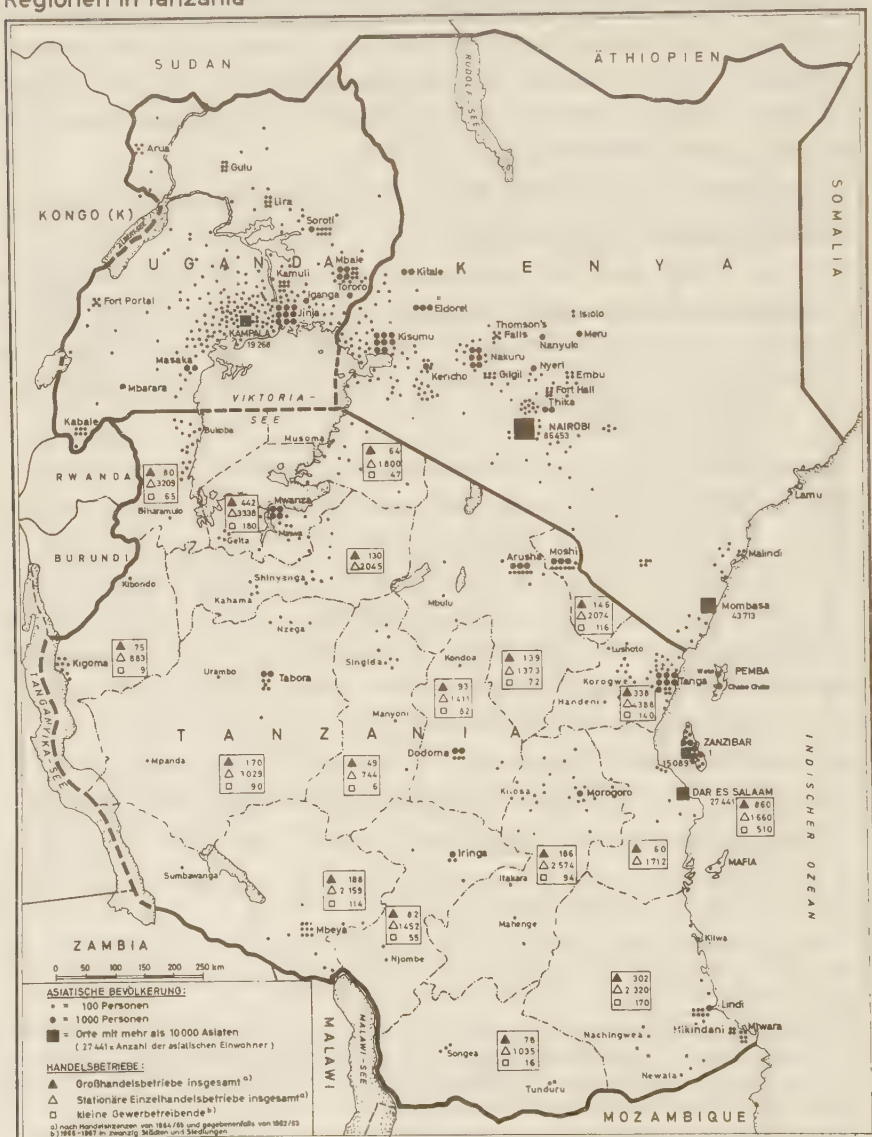
5) vgl. HÜBNER, Günter etc. a.a.O. S. 70

6) Gegenüber 1957 ist das eine Zunahme von 53 %.

7) Dagegen wären es 5.2 Personen pro Haushalt im Jahre 1957.

Karte 3

Verteilung der asiatischen Bevölkerung in Ostafrika, Zahl der privaten Groß-^{a)} und Einzelhandelsbetriebe^{b)} und der kleinen Gewerbetreibenden^{b)} nach Regionen in Tanzania



eine Haushaltsgröße von durchschnittlich 3.5 Personen pro Haushalt.

Akzeptiert man die Hypothese, daß sich positive Auswirkungen von der Urbanisierung auf die Kapitalbildung über die Abnahme der Subsistenzproduktion, der Haushaltsgröße und die Veränderung der Verbrauchergewohnheiten und Konsumstruktur und über die verstärkte Spar- und Investitionstätigkeit und das Angebot an Arbeitsleistungen ergeben,¹⁾ so ist dieser niedrige Stand der Verstädterung in Tanzania ökonomisch nachteilig.

Die niedrige Bevölkerungsdichte, die Art der Besiedlungsdichte und die ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerung in weit auseinanderliegenden, wenigen Gebieten des Landes bringen verkehrstechnische Probleme mit sich und solche der Kommunikationserschließung des Landes, um die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Sie erschweren die Allokation von Investitionen der öffentlichen Hand, z. B. bei der Errichtung von Verwaltungsanstalten, Ausbildungs- und Gesundheitszentren, Flugplätzen, Spar- und Kreditinstituten und dergleichen mehr. Im Gegensatz dazu begünstigt die hier charakterisierte Distribution der Bevölkerung die außenwirtschaftliche und kulturelle Integration mit den benachbarten afrikanischen Ländern, die ohne den Widerstand der einzelnen Machthaber in den verschiedenen benachbarten Ländern hätte verwirklicht werden können. Sie hat jedoch auch nachteilige Konsequenzen: sie verhindert die interne kulturelle Integration der Stämme und Rassen, verhindert die Intensität des Kontakts und des interregionalen Binnenhandels, erleichtert den Schmuggel über die Landesgrenzen hinweg und erschwert die Verteidigung und Verwaltung des Landes, insbesondere da, wo die Stämme durch die gegen Ende des 19. Jahrhunderts von europäischen Kolonialmächten abgesteckten Grenzen künstlich voneinander getrennt sind.

Die räumliche Verteilung der Nicht-Afrikaner hat auch zu einer gebietsmäßigen unterschiedlichen Entwicklung geführt. Gebiete mit größerem Anteil an Nicht-Afrikanern, insbesondere an Europäern, haben, im Vergleich mit anderen Regionen, eine weiterentwickelte Infrastruktur vor allem im Bereich des Ausbildungs-, Gesundheits-, Verkehrs-, Kommunikationswesens, der Industrie- und Agrarverkaufsproduktion.

1) vgl. SCHELLE, H., a.a.O. S. 56

Der Einfluß der Nichtafrikaner auf die Agrarproduktion der Afrikaner bezüglich der Produktionstechnik und Organisation ist jedoch gering.

c. Altersaufbau

Besondere Probleme bietet die Altersstruktur der Bevölkerung eines Landes im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, die Versorgung mit Gütern und Diensten, die Sparbildung und Investition.

Nimmt man an, daß Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren ¹⁾ arbeitsfähig und solche unter 15 ²⁾ und über 64 Jahre arbeitsunfähig sind, so steht der großen Zahl der Arbeitsfähigen von 51 % eine beinahe ebenso große Anzahl von Arbeitsunfähigen, 47 % gegenüber. Dieses Verhältnis wird sich in absehbarer Zeit nicht wesentlich verändern, jedenfalls nicht, solange die schnelle Bevölkerungszunahme mit absinkenden Sterbeziffern fortbesteht. ³⁾

Abgesehen von der Problematik der Arbeitsproduktivität, die mit dieser Altersstruktur verbunden sein kann, bestimmt dieser Altersaufbau der Bevölkerung das Ausmaß der privaten und staatlichen und damit auch der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse.

1) Der prozentuale Anteil der Bevölkerung in anderen Ländern betrug in Guinea 1953 - 54.5 %, Senegal (1961) 52.8 %, Mali (1962) 51.6 %, Dohomey (1961) 50.3 %, Elfenbeinküste 49.6 %, Obervolta (1961) 47.3 %, Togo (1962) 47.1 % und Niger (1960) 47.0 %. ADHEMAR, Byl. The Evolution of the Labour Market in french-speaking West Africa in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 97 (1966 II) S. 163 - 212, hier 212 (es gilt das Alter von 14 - 64 Jahren (Togo), Senegal: 14 - 59 Jahre, Elfenbeinküste und Niger 15 - 49 Jahre und Mali: 15 - 59 Jahre).

2) Der prozentuale Anteil der Bevölkerung betrug für Togo (1962) 48.5 %, Dahomey (1961) 46.0 %, Niger (1960) 44 %, Mali (1962) 43.5 %, Elfenbeinküste 42.9 %, Obervolta (1961) 41.6 % und Enegal (1961) 41.6 %. Es gilt das Alter unter 14 Jahren für Togo und Senegal. ADHEMAR, Byl. a.a.O. S. 212.

3) Nach der Altersgliederung der Bevölkerung Tanzanias im Jahr 1957 waren 42.5 % und 26.8 % der gesamten afrikanischen und europäischen Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren, 55.5 % bzw. 69.8 %, 2.5 % bzw. 3.4 % im Alter von 15 bis 65 Jahren bzw. im Alter von über 65 Jahren. Entsprechende Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland (1965): 20.9 % im Alter von unter 15 Jahren, 68.6 % im Alter von zwischen 15 und 65 Jahren und 10.5 % im Alter von über 65 Jahren. Statist. Bundesamt Wiesbaden, Länderberichte: Tanzania, etc. a.a.O. S. 17.

Tab. 14 Altersgliederung der Bevölkerung von Tanzania
1967 und 1980 ^{a)}

Alter in Jahren	1967	1980
	in Prozenten	
bis unter 4	17,9	19,3
5 bis 9	14,3	15,1
10 bis 14	12,2	12,6
15 bis 19	10,4	10,6
20 bis 34	22,5	22,0
35 bis 49	13,2	12,1
50 bis 65	6,8	6,0
65 und darüber	2,6	2,3

a) Vorausschätzungen

Quelle: IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects of Tanzania.
Vol. I The Main Report March 1970, New York p. 2 (unveröffentlicht)

Die Bildung von Ersparnissen durch private Haushalte scheitert oft daran, daß die Versorgungslast in einem Haushalt die wenigen Arbeitsfähigen tragen müssen. Der Umfang der Versorgungsleistungen und die Dauer der laufenden Unterstützungen hängen von der Größe der Familie, der Zahl der Nichtverdienenden in der Familie, der Altersstruktur, der Familien- und Arbeitsverhältnisse ab.

Nimmt der Anteil der Versorgungsleistungen an Arbeitsunfähigen und weniger wohlhabenden Angehörigen am Einkommen mit der Höhe des Haushaltseinkommens zu, so beeinträchtigt die "innere Redistribution" (SCHELLE) die Sparfähigkeit derjenigen Einkommensbezieher, die die Versorgungslasten tragen müssen. Bei gegebener Sparneigung dieser Einkommensbezieher muß also die Ersparnis zurückgehen.

Berücksichtigt der Staat bei der Einkommensbesteuerung die Versorgungslasten in der Art, daß bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlagen die Versorgungsleistungen in vollem Umfang oder auch nur teilweise abgesetzt werden können, oder daß der Staat steuerfreie Beträge den Zensiten gewährt, die Versorgungslasten zu tragen haben, so entstehen dem Staat nicht unbeträchtliche Einbu-

ßen im Steuereinkommen.

Der Altersaufbau beeinflußt die Aufgabe, Art und das Ausmaß der Investitionen des Staates: Auf- und Ausbau des Gesundheits-, Ausbildungs-, Sport- und Erholungswesens, und Arbeitsbeschaffung, sowie die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Abgesehen von den mit dem Auf- und Ausbau der Infrastruktur zusammenhängenden Problemen der Bestimmung bezüglich des Umfangs, des Zustandes, der Trägerschaft, der Art der Finanzierung, der Ermittlung der sachlichen Bedürfnisse, usw., beeinträchtigt eine derartige Investitionsstruktur zugunsten der Sozialinfrastruktur - "social overheads" - die staatliche Ersparnis, weil es keine strikten Korrelationen zwischen dem Umfang dieser Investitionsausgaben und den laufenden Ausgaben einerseits und den öffentlichen Einnahmen andererseits gibt, etwa in dem Sinne, daß höhere Staatsausgaben aus sich selbst heraus oder über die Einkommensexpansion höhere Staatseinnahmen nach sich ziehen. ¹⁾

Wächst bei den Staatsinvestitionen in der Sozialinfrastruktur auch der Bedarf an Importen, bei gegebenen Exporten, so können sich Engpaßsituationen in der Devisen- und Zahlungsbilanz ergeben.

Akzeptiert man eine Abhängigkeit der Spartätigkeit vom Alter derart, daß bei gegebener Sparfähigkeit die Sparneigung sich mit dem Alter verändert, so begünstigt diese Altersstruktur die Sparbildung nicht.

Jugendliche unter 15 Jahren können keine Sparentscheidungen treffen. ²⁾

1) Der Grund liegt darin, daß viele staatlichen Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und keinerlei Abgaben an den Staat damit verbunden sind. Die staatlichen Ausgaben können auch in die Hände von Wirtschaftssubjekten fallen, die aus verschiedenen Gründen, z. B. niedriges Einkommen, Minderjährige, die nicht besteuert werden.

2) Vgl. HÜBNER, Günther, Das private Sparen in Ostafrika unter Berücksichtigung besonders der Verhältnisse in Uganda, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1970, S. 206 - 209, hier S. 209. Statistiken über Altersstrukturen und Spartätigkeit - etwa nach Sparkonteninhabern, Besitz von Lebensversicherungspolicen, etc. nach Alter - gibt es noch nicht.

Über die Wirkung der Lebenserwartung auf die Sparentscheidungen kann mit Sicherheit keine unter allen Bedingungen gültige Aussage gemacht werden. Erwartet man jedoch weniger als 55 Jahre ¹⁾ zu leben, so kann doch angenommen werden, daß dies einen gewissen Einfluß auf das private Versorgungssparen haben kann.

d. Gesundheitszustand

Die Arbeitskräfte müssen bei möglichst guter Gesundheit sein, um arbeiten zu können. Gute Krankenbehandlung, Gesundheitsvorsorge sowie gute Wohnverhältnisse und Wasserversorgung gewährleisten und steigern die Arbeitsfähigkeit und -leistung (Arbeitsproduktivität) des einzelnen arbeitenden Menschen.

Auf dem Gesundheitswesen herrschen unzureichende Verhältnisse, die in Ermangelung amtlicher Statistiken hier nicht ausreichend dargestellt werden können. ²⁾

Amtliche Statistiken vom Jahre 1967 geben die Zahl von 231 Ärzten, 116 Krankenhäusern mit 14.650 Betten, 1.277 Krankenstationen und Ambulanzen mit 8.052 Betten an.

In den Krankenhäusern wurden insgesamt 10.992 und in Krankenstationen und Ambulanzen insgesamt 33.790 Kranke behandelt. Vergleichsweise standen im Jahre 1965 in der Bundesrepublik Deutschland 107,2 Krankenbetten je 10.000 Einwohner und in Tanzania 15,6 Krankenbetten je 100.000 Einwohner zur Verfügung. ³⁾

Die staatlichen Krankenhäuser und die Privatkliniken der Ismalis (Asiaten) befinden sich - mit Ausnahme von Krankenanstalten kirchlicher Organisationen und den von staatlichen Unterverbänden gebauten und unterhaltenden Ambulanzen - in Städten. ⁴⁾

1) Das ist die gesetzliche Altersgrenze in Tanzania; dagegen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung zwischen 35 und 40 Jahren.

2) Die amtlichen Statistiken geben keine Auskünfte über die beruflichen Qualifikationen und die Art der Tätigkeit des medizinischen Personals und ihre Distribution über die Verteilung der Krankenanstalten nach Regionen, über Mortalität, Morbidität, über die Kranken nach den Krankheiten, Sterbeursachen, Alter und dergleichen mehr.

3) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, a.a.O., S. 17.

4) Zwar steht der ganzen Bevölkerung in staatlichen Krankenanstalten eine kostenlose ärztliche Versorgung zur Verfügung, jedoch muß die Landbevölkerung hohe Fahrtkosten und großen Zeitverlust hinnehmen. Es folgt, daß nur die Landbevölkerung für Krankheitsfälle sparen muß.

e. Bildungs- und Ausbildungsstand

Generell ist der Ausbildungsstand in Tanzania quantitativ und qualitativ niedrig. Mehr als 80 % der erwachsenen männlichen und 90 % der erwachsenen weiblichen afrikanischen Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. ¹⁾ Dieser Prozentsatz ist wesentlich kleiner bei den Nicht-Afrikanern. ²⁾ Die Zahl der schulpflichtigen Kinder ³⁾ in der ersten ⁴⁾ Schulstufe bzw. in der zweiten ⁵⁾ Schulstufe betrug im Jahr 1960/61 und im Jahr 1967 1.8 bzw. 0.8 Mill. und 1.3 bzw. 3.3; dagegen waren im Jahr 1960/61 nur 0.5 bzw. 0.02 Mill. und im Jahr 1967 nur 0.8 bzw. 0.3 Mill. eingeschrieben. ⁶⁾ Daraus ergibt sich eine Verhältniszahl der Kinder im schulpflichtigen Alter zu den eingeschriebenen Kindern im Jahr 1960/61 von 24.8 für die Primärschule und 2.3 für die Sekundärschule. ⁷⁾

Das Verhältnis der eingeschriebenen afrikanischen Kinder in der ersten Schulstufe (Primärschulen) zu der gesamten Bevölkerung im Alter von zwischen 5 und 15 Jahren betrug für Kamerun 78, Kongo (K) 72, Ghana 67, ehemalige Föderation von Rhodesien und Nyasaland 54, Kenya 52, Mexiko 47, Nigeria 43, Guinea 19 und Äthiopien 4; in der zweiten Schulstufe (Sekundärschulen) - im Alter von 15 bis 19 Jahren -: Ghana 29.4, Mexiko 4.9, Kenya 3.9, Kongo (K) 3.0, Kamerun 3.0, Nigeria 2.9, ehemalige Föderation von Rhodesien und Nyasaland 2.6, Elfenbeinküste 1.4, Guinea 1.1 und Äthiopien 0.5 und in der dritten Schulstufe (Hochschulen):

1) Amtliche Schätzung. Wir nehmen an, daß fast alle Stadtbewohner Tanzanias lesen und schreiben können. Der Anteil der Erwachsenen, die lesen und schreiben können, betrug 57 % in Mexiko, 35 - 40 % in Kongo (K), 20 - 25 % in Kenya, 19 - 23 % in Ghana, 15 - 20 % in der ehemaligen Föderation von Rhodesien und Nyasaland, 10 - 15 % in Nigeria und 5 - 10 % in Kamerun.

ABBAI and LIGHTHART, G. J., *Economic Development in Africa: Aims and Possibilities* in ROBINSON, A. E. G. (Ed.) *Problems of Economic Development for Africa South of the Sahara*, London - New York - Toronto 1964, S. 3 - 42, hier S. 27.

2) Vgl. IBRD, *The Economic Development of Tanganyika*, John Hopkins, Baltimore 1960, p. 301

3) im Alter von über 4 Jahren

4) Primärschulen (im Alter von 5 - 9 Jahren)

5) Sekundärschulen (im Alter von 10 - 19 Jahren)

6) Die Zahlen für das Jahr 1960/61 stammen aus: UNESCO (Hrsgb.), *Final Report of Meetings of Ministers of Education of African Countries, Participating in Implementation of the Addis Abeba Plan*, 1962, pp. 153 - 154, zitiert nach CHEANIVSKY, *Development Prospects in East Africa*, Nairobi - Bergen 1965, p. 71 und Tanzania, *Economic survey 1968*, a. a. O. p. 32.

7) Für Kenya (1960/61) gelten die Verhältniszahlen 60.7 und 43.3 und für Uganda 4.8 und 4.0

Mexiko 1.4, Ghana 0.4, Kenya 0.2, Nigeria 0.1 und Äthiopien 0.1.¹⁾

Aufgrund dieser wenigen Zahlen läßt sich der niedrige Ausbildungsstand Tanzanias im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern feststellen.

Da es nicht der Gegenstand dieser Arbeit ist, die Auswirkungen der Ausbildung in Tanzania auf die sozio-ökonomische Struktur, einschließlich Einkommensverteilung, das Angebot an Facharbeitskräften, die Mobilität der Produktionsfaktoren, die Spar- und Anlagegewohnheiten, die Produktivität, usw. zu untersuchen, möchten wir im weiteren nur feststellen, daß der Einfluß der Ausbildung auf Produktivität, Produktions- und sozio-ökonomische Struktur in Tanzania bisher gering geblieben ist, was hauptsächlich auf Art, Qualität und Organisation der Ausbildung, sowie auf die Starrheiten in der ökonomischen und sozialen Struktur zurückzuführen ist. Statt die Ungleichheiten des ökonomischen Wohlstandes im Volk und die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht abzubauen, hat die Ausbildung diese Tendenzen noch vergrößert und damit die Kapitalbildung wenig beeinflußt.

f. Berufsstruktur und Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Der erfolgreiche Einsatz von Sach- und Geldkapital setzt berufliche Fähigkeiten in ihren verschiedenartigsten Formen voraus. Damit ist eine bestimmte Berufsstruktur erforderlich, wenn in der wirtschaftlichen Entwicklung Engpässe vermieden werden sollen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Anzahl der männlichen erwachsenen Afrikaner nach Art der am 30. Juni 1962 ausgeübten Tätigkeit. Das wesentliche festzustellende Merkmal ist: "the low degree of occupational specialisation", ²⁾ was für die Berufsstruktur in Entwicklungsländern typisch ist. Der niedrige Spezialisierungsgrad im Beruf beruht auf verschiedenen Faktoren demographischen, ökonomischen, rechtlichen, sozialen und politischen Charakters.

Der Mangel an qualifizierten Facharbeitskräften äußert sich dadurch, daß die prozentualen Anteile der Nicht-Afrikaner, die meist Ausländer waren, an der Gesamtzahl der im Beruf stehenden Personen in Tanzania anfangs der 60iger Jahre wie

1) ABBAI and LIGTHART, G.J. a.a.O., p. 27

2) RUTMAN, W. a.a.O. p. 27

folgt waren: Volkswirte 100 %, Statistiker 100 %, Biologen 100 %, Ingenieure 94 %, Tierärzte 94 %, Buchhalter 93 %, Chemiker 93 %, Zoologen 93 %, Nachrichtentechniker 92 %, Ärzte 90 %, Apotheker 86 %, Architekten 83 %, Elektriker 79 %, Rechtsanwälte 77 %, Mechaniker 76 %, Landwirtschaftsexperten 71 %. ¹⁾

Tab. 15 Beruf der männlichen, erwachsenen Afrikaner nach Art der
am 30. Juni 1962 ausgeübten Tätigkeit

Tätigkeitsart	Zahl	vH der Gesamtzahl
Hilfsarbeiter	213368	64.2
Vorarbeiter, Werkmeister und Aufseher	11863	3.6
Büroschreibkräfte	11710	3.5
Mechaniker, Monteure und Elektriker	10469	3.2
Polizei, Gefängniswächter usw.	9558	2.9
Freie Berufe und Mechaniker	8679	2.6
Fahrer (aller Arten)	6516	2.0
Dienstpersonal in Hotels und an- deren Vergnügungsstätten	5027	1.5
Zimmerleute, Schreiner und Kunsttischler	4651	1.4
Maurer	4557	1.4
Verwaltungsberufe	3204	1.0
Ladengehilfen und Büroboten	2233	0.7
Sonstige Fachleute	23342	7.0
Sonstige Berufe (unklassifiziert)	8503	2.6
zusammen:	315252	100.0

Quelle: RUTMAN, W. The Economy of Tanganyika, John Hopkins Baltimore 1968,
p. 20

Teilt man die Zahl aller gegen Lohn beschäftigten Personen in administratives,
Büro- und Verkaufspersonal, Arbeiter und freie Berufe ein, so überwiegt die An-

1) UN/ECA, Economic Conditions in Africa in Recent Years, Addis Abeba 1966, p. 43

zahl der Ausländer in der letzten Gruppe (siehe Tabelle).

Tab. 16 Zahl der erwachsenen männlichen Lohnempfänger, Tanzanianer
und Ausländer, nach Berufen, Sektoren und Wirtschaftszweigen -
1967 (in Zahlen)

Sektor/Wirtschafts- zweig	administra- tive Arbeits- kräfte	Auslän- der	Büro- und Verkaufs- personal	Aus- länder	Freie Beru- fe	Aus- län- der
Privater Sektor	3714	2751	13093	5106	10173	2068
Landwirtschaft	1045	877	1895	350	333	262
Bergbau	89	68	348	164	239	131
Produz. Gewerbe	609	473	1783	876	208	166
Baugewerbe	116	103	287	124	107	94
Wasser- und Energie	24	23	223	123	133	32
Handel	1198	853	5756	2588	142	100
Transport	188	143	1359	475	48	42
Dienstleistungen	445	211	1432	424	9065	1241
öffentlicher Sektor	7379	3671	21393	6584	17111	3720

Quelle: Tanzania, Employment and Earning 1967, a. a. O., p. 5

Ebenso groß ist der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte in leitender Stellung im Industriebetrieb; er beträgt 39 %, aber nur 6 % der gesamten Arbeitskräfte.

Vom Standpunkt der Kapitalbildung aus, bedeutet der Mangel an beruflich qualifizierten Arbeitskräften in Tanzania, daß für den Import von ausländischen Facharbeitskräften die Finanzierungsmittel in Form von Devisen vorhanden sein müssen. Der Bedarf an Devisen richtet sich hauptsächlich danach, ob die Facharbeitskräfte in Devisen oder inländischer Währung bezahlt werden.

Transferieren die ausländischen Arbeitskräfte ihre Einkommen ins Ausland oder geben sie ihre Einkommen mehr für importierte als für inländische Konsumgüter aus, so könnten sich ungünstige Entwicklungen in der Zahlungsbilanz ergeben. Ohne empirische Beweise läßt sich der Einfluß der ausländischen Facharbeitskräfte auf die Ersparnisbildung nicht bestimmen. Berücksichtigt man den Einfluß der aus-

Tab. 17 Zahl der gesamten Industriebeschäftigten und der Anteil
von ausländischen Arbeitskräften nach beruflichen Funktionen und ISIC-Klassifikationen - 1965

ISIC-Code	Zahl der Industriebetriebe	davon ausländische Arbeitskräfte				
		Gesamtbeschäft.	Arbeiter	vH ^{a)}	Leitend. Angest.	vH ^{a)}
20	125	8291	586	3	344	39
21	11	626	89	10	36	37
22	3	1232	90	5	33	39
23	158	20012	1698	5	466	32
24	10	1145	61	3	29	30
25	73	3068	174	2	117	42
26	17	406	56	8	20	39
27-28	22	808	173	18	44	46
29	8	207	35	7	23	56
30	5	99	14	5	10	42
31	18	749	80	3	61	44
33	9	444	19	8	16	31
34-35	19	1849	275	7	173	62
36-37	12	419	84	16	22	57
38	73	2635	398	11	142	41
39	6	421	71	13	23	51
insgesamt	159	42411	3893	6	1559	39

a) als % der Gesamtheit der Industriebranchen

Quelle: SCHÄDLER, Karl, a.a.O. p. 235

ländischen Arbeitskräfte auf inländischen Konsum, privaten Kapitalimport und Auslandshilfe, auf die Einführung neuer Produktionsverfahren, auf Wissenschaft und Einwirkung auf das Ausland, so sind die Auswirkungen auf Investition, Ersparnisbildung, Produktion und Zahlungsbilanz völlig unbestimmt.

C. Die Produktion ¹⁾: Entwicklung und Wachstumsperspektiven

Wie Tabelle 16 und 18 zeigen, steht der primäre Sektor mit 54 % der gesamten Produktion an erster Stelle vor dem tertiären Sektor mit 32 % der gesamten Produktion. Der sekundäre Sektor macht nur 14 % der gesamten Produktion aus.

Tab. 18 Tanzanias Bruttoinlandsprodukt im Vergleich mit anderen
Entwicklungs- und Industrieländern 1960 - 1962 und 1980
(in v.H.)

Wirtschafts- sektor	Tanzania			Typisch für andere Ent- wicklungs- länder	Typisch für Industrie- länder
Jahr	1960-62 ^{a)}	1967	1980 ^{b)}		
	in Prozenten				
1) Primärer Sektor	60.0	54.1	39.0	47	13
2) Sekundärer Sektor davon	13.0	15.3	26.7	20	49
21. Verarb. Gewerbe	4.0	5.9	13.3	11	32
22. Transport Lager, Kommuni- kation, und öff. Versor- gung	5.6	5.7	7.1	5	11
23. Baugewerbe	3.4	3.7	6.3	4	6
3) Tertiärer Sektor c)	27.0	30.6	34.3	33	38
Gesamt BIP	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Erläuterungen: a) Durchschnitt von 1960 - 1962

b) offiziöse Planziele für das Jahr 1980

c) mit Pro-Kopf-Einkommen von 44

d) Distribution, Miete, öffentliche Verwaltung, Verteidigung und andere Dienstleistungen

e) Pro-Kopf-Einkommen von 280

Tab. 19

Übersicht über die Entwicklung des BIP und Wachstumsperspektiven nach Wirtschaftszweigen - 1954 - 1980 - in Mill. £

Jahr/- Zeitraum	Agrar Wirtsch.										B I P						
	Ackerbau	Viehwirts.	Forstwirts.	Fischwirts.	Landwirtschaft zusammen d)	Bergbau	Industrie	Öff.Versorgung	Baugewerbe	Transport	Handel	Miete	Dienst- leistungen	Gesamt ^{d)}	monetäres	Subsistenz	
BIP in Mill. £ (in Marktpreisen)																	
1955	72	13	5	2	92	5	4	1	8	9	8	3	13	147	82	65	
1956	74	13	6	2	95	5	4	1	9	9	8	3	14	152	89	63	
1957	76	15	6	2	99	5	6	1	10	10	8	3	15	162	93	69	
1958	75	15	5	3	88	6	7	1	10	11	9	3	16	157	98	59	
1959	80	17	5	3	105	7	7	1	10	12	9	4	17	177	106	71	
1960	89	18	5	3	112	5	5	1	10	9	21	8	18	185	114	71	
1961	91	17	3	2	114	5	7	1	6	9	22	8	21	194	126	67	
1962	101	17	3	2	124	5	8	1	6	9	24	9	22	209	135	75	
1963	101	18	3	2	139	4	8	2	6	9	26	11	23	227	151	77	
1964	114	19	3	3	142	6	8	2	7	10	28	12	25	242	171	71	
1965	114	20	3a)	3a)	132	6	11	2	8	11	33	14	29	244	176	68	
1966	103				145	8	14	2	9	12	38	15	31	273			
1967					145	8	17	3	10	14	39	15	33	283			
1968 c)					147	6	19	3	10	15	43	15	36	293			
Tatsächliche und geplante Wachstumsrate in %																	
1954 -																	
61 a)	2.7	3.5	3.1	10.0	2.4	8.2	5.8	18.3	1.7	6.2	7.7	12.6	8.6	4.5	5.6	2.6	
1960 -																	
68 a)	4.8	3.8	3.2	5.2	3.3	0.8	16.8	11.5	11.7	6.9	9.2	8.2	8.8	5.9	n.a	n.a	
1960-2																	
70 b)	4.1	4.4	3.7	4.2	4.3	4.7	14.8	12.3	12.7	7.8	8.0	8.7	8.5	6.7	8.5	2.1	
70-74b)	5.3	4.0	5.5	6.0	5.1	2.5	13.0	12.0	10.0	9.0	8.0	6.0	5.0	6.5	7.2	3.0	
73-80b)						3.2	13.0	9.3	8.0	7.6	7.8	7.0	8.8	6.7	7.7	2.0	
Anteile am BIP (in Marktpreisen) in %																	
1976	8.2	7.7	1.0	0.8	48.3	2.3	7.5	1.0	5.6	5.2	13.3	5.1	11.6	100.0			
68-9 a)					50.5	2.0	6.2	1.0	4.5	5.1	13.5	5.6	11.6	100.0			
73 -4					45.2	1.3	8.4	1.3	5.3	5.8	15.4	5.5	10.8	100.0			
1980	29.7	6.2	0.8	0.6	44.6	1.6	13.3	1.4	6.3	5.6	14.7	5.3	7.2	100.0			

Erläuterungen: a) tatsächlich, b) amtliche Plangrößen, c) amtliche Schätzungen, d) einschli-
sslich Subsistenzproduktion

Erläuterungen: a) tatsächlich, b) amtliche Plangrößen, c) amtliche Schätzungen, d) einschl. Subsystemproduktion

Quelle: Tanganyika and Zanzibar, Tanganyika Five-Year Plan for Economic and Social Development 1964 - 1969.

Vol. I: General Analysis, Dar-es-Salaam 1964, p. 9 and 11 Tanzania, The Annual Economic Survey 1968 (A Background to the 1969/70 Budget, Dar-es-Salaam 1969 p. 5)

Fußnote:

1) Die Messung und Berechnung der Produktion in Tanzania erfolgt durch drei Berechnungsmethoden:

a) "Production approach"; b) "commodity flow approach" und c) "income approach" oder d) eine Kombination dieser Methoden. Für die Agrarproduktion werden die Berechnungsmethoden a) bis c) einzeln oder in Kombination angewandt; für Transport, Bergbau, Bankgewerbe, Handel und Elektrizität gilt der "production approach", verarbeitende Gewerbe, Banken, Versicherungen, Wohnungsbau und Dienstleistungen der "income approach".

In vielen Fällen handelt es sich um bloße Schätzungen der Produktion, die wir hier nicht überprüfen wollen. Ebenso schwierig wie die Erfassung und Messung der Produktionsmenge ist die Bewertung, da es an detaillierten und umfassenden Preisstatistiken fehlt. Die ungenauen Statistiken über Produktion und Kapitalbildung erschweren natürlich die Entwicklungsplanung und die damit verbundene Erreichung von ökonomischen Zielen. Zur Methodik der Sozialproduktberechnung in Tanzania, siehe Tanganyika and Zanzibar, The National Account of Tanganyika 1960 - 1962; Dar-es-Salaam 1964.

In Industrieländern dagegen steht der sekundäre Sektor mit etwa 49 % an erster Stelle, an zweiter Stelle der tertiäre Sektor mit 38 % und an dritter Stelle der primäre Sektor mit nur 13 %. (Vgl. Tab. 18.)

Im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern kann man den Rückstand Tanzanias ablesen. Während der Anteil des primären Sektors in Tanzania 54 %, des sekundären Sektors 15 % und des tertiären Sektors 31 % beträgt, sind die sektoralen Anteile anderer Entwicklungsländer jeweils 47 %, 20 % und 33 %.

Innerhalb des primären Sektors dominiert die Agrarproduktion mit einem Anteil von etwa 51 % (1968 - 1969).

Im sekundären Sektor belegt das verarbeitende Gewerbe mit 6 % (1968 - 1969) den ersten, der Transport den zweiten Platz mit 5.7 %, das Bankgewerbe mit 4.5 % den dritten und die öffentliche Versorgung mit 1.1 % den letzten Platz.

Im tertiären Sektor steht der Handel mit 14 % an erster Stelle vor Dienstleistungen mit 12 % und Miete mit 6 % (1968 - 1969).

Über die Entwicklung der einzelnen Sektoren und Wirtschaftsbereiche und deren entsprechende Bedeutung - tatsächliche und geplante - gibt Tabelle 19 Auskunft.

Die Entwicklungspläne implizieren keine allzu große Umstrukturierung der Produktion.

Wegen der üblichen Schwierigkeiten bei der Erfassung, Messung und Berechnung der nicht-monetären Produktion in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Handwerk ist es unmöglich, genaueres über die Entwicklung der Selbstversorgungswirtschaft und deren Einfluß auf die Entwicklung der monetären Produktion, auszusagen. Ihr Anteil an der gesamten Produktion beträgt etwa 50 %.

a. Der Agrarsektor "peasant sector" und "plantation sector"

Wie Tabelle 20 zeigt, ist die Agrarproduktion von Tanzania weiter differenziert als die vieler anderer Länder Afrikas. Teilt man die Agrarerzeugung in die vier Sub-Sektoren: Ackerbau-, Vieh-, Forst- und Fischwirtschaft ein, so läßt sich bei weitem eine Dominanz der Ackerbauerzeugung feststellen.

In Industrieländern dominiert dagegen in vielen Fällen die Viehwirtschaft. Ebenso besteht in diesen Ländern eine Interdependenz zwischen Ackerbau und Viehwirtschaft.¹⁾

1) Die Produktion von Viehprodukten in Industrieländern ist doppelt so hoch wie die Ackerbauproduktion. In Tanzania dagegen übersteigt die Ackerbauproduktion die Vieherzeugung um mehr als das Sechsfache. Vgl. Tab. 20 und STOCES, Ferdinand, Notes on Current Plans for Development of Agriculture in East Africa, in Agricultural Economics Bulletin for Africa, UNIEAC, Nr. 10 (1968) pp. 1 ff.

Karte 4

Agrarmarktprodukte, Forst- und Naturschutzgebiete und Tsetse - fliegen in Tanzania 1966



Quelle: Tanganyika und Zanzibar, Tanganyika Five-Year Plan 1964-1969, Bd. 1, - Hans Ruthenberg, Agricultural Development in Tanganyika, Ifo-Africa-Studien Nr. 2 Berlin etc 1964

Die Gründe für das Fehlen einer Interdependenz zwischen Ackerbau- und Viehwirtschaft dürfte in der Abhängigkeit der Ackerbauproduktion vom Export, aber auch in den Schwierigkeiten des Marketing, der Lagerung und der Distribution von Viehproduktion liegen.¹⁾ Hinzu kommt das Fehlen von Absatzmärkten im Ausland wegen der Überproduktion in Industrieländern und wegen fehlender Kaufkraft im Inland. Infolgedessen beschränkt sich die Viehwirtschaft auf die Produktion von Häuten zum Verkauf, sowie von Fleisch, insbesondere Rindfleisch, für den Selbstverbrauch und den Verkauf.

Milch- und Fettproduktion spielt eine viel geringere Rolle als in Industrieländern.

Charakteristisch für die landwirtschaftliche Produktion Tanzanias ist die geringe Menge an Nahrungsmittelproduktion für den Markt, etwa im Verhältnis zu der Erzeugung von Rohstoffen für den Export. Das bedeutet, daß der durch Verstädterung und Industrialisierung bedingte Anstieg des inländischen Bedarfs an Nahrungsmitteln durch den aus Exporterlösen finanzierten Import von Nahrungsmitteln befriedigt werden muß.

Dieser Charakterzug der Agrarproduktion ist hinsichtlich der Kapitalbildung von großer Bedeutung, da ein durch Exporterlöse, privaten Kapitalimport oder öffentliche Auslandshilfen finanzierter Import von Nahrungsmitteln die Einfuhr der erforderlichen Kapitalgüter und damit die inländische Kapitalbildung einschränkt.

Vom Standpunkt der Kapitalbildung ist der Monetisierungsprozeß in der Landwirtschaft von Wichtigkeit. Wie Tabelle 20 zeigt, ist der Anteil der monetären Produktion in der Landwirtschaft von Sub-Sektor zu Sub-Sektor verschieden.

Daß die monetäre Produktion in der Vieh-,²⁾ Forst- und Fischproduktion bei weitem geringer ist als im Ackerbau, läßt sich auf die Exportproduktion von Ackerbaukulturen und den relativ hohen Eigenkonsum von Vieh-, Forst-, Fisch- und Geflügelproduktion zurückführen. So kann vor allem auch die Konzentration der Plantagenproduktion auf den Anbau von Exportkulturen mit der monetären Bedeutung der Ackerbauproduktion erklärt werden.

Die Existenz von zwei Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft - Selbstversor-

1) Die Lagerung sowie der Transport von schnell verderblichen Viehprodukten ist schwieriger und kostspieliger als derjenige von Ackerprodukten. Vgl. STOCES, F., etc. a.a.O. p. 7.

2) Der Einfluß der Tsetsefliegen auf die Viehhaltung ist nicht stark. Vgl. Karte Nr. 4 S.

Tab. 21

Übersicht über den Monetisierungsgrad in der Landwirtschaft, den Anteil der Subsistenzproduktion der bäuerlichen und Plantagenproduktion in der Ackerbau-, Vieh-, Forst- und Fischwirtschaft an der gesamten Agrarproduktion 1960 - 1965 (in Mill. £) in laufenden Marktpreisen

Jahr/Sektor	Ackerbau	Viehwirtschaft	Forstwirtschaft	Fischwirtschaft	Gesamt	%
<u>1960:</u>						
Subsistenzwirtschaft	48.1	12.7	1.5	0.4	62.7	56
bäuerliche monetäre Produktion	23.9	5.1	0.8	1.2	31.0	28
monetäre Plantagenproduktion	16.7	0.5	0.3	-	17.5	16
Gesamt	89.0	17.6	2.6	1.6	111.8	100
<u>1961:</u>						
Subsistenzproduktion	54.0	11.3	1.6	0.4	67.3	60
bäuerliche monetäre Produktion	21.9	4.8	0.8	1.2	28.7	26
monetäre Plantagenproduktion	15.2	0.6	0.4	-	16.2	15
Gesamt	91.1	16.7	2.6	1.6	112.2	100
<u>1962:</u>						
Subsistenzproduktion	60.9	11.7	1.5	0.4	74.5	61
bäuerliche Produktion	23.3	4.6	0.6	1.4	29.9	24
monetäre Plantagenproduktion	17.3	0.6	0.4	-	18.3	15
Gesamt	101.5	16.9	2.5	1.8	122.8	100
<u>1963:</u>						
Subsistenzproduktion	63.2	12.6	1.6	0.5	77.9	56
mon. Bauernprodukt.	25.4	4.8	0.7	1.7	32.6	24
monet. Plantagenproduktion	26.5	0.6	0.3	-	27.4	20
Gesamt	115.1	18.0	2.6	2.2	137.9	100
<u>1964:</u>						
Subsistenzproduktion	55.0	13.5	1.6	0.5	70.6	51
mon. Bauernproduktion	30.9	5.1	0.7	2.1	38.8	28
monetäre Plantagenproduktion	28.6	0.6	0.4	-	29.6	21
Gesamt	114.5	19.2	2.7	2.6	139.0	100
<u>1965:</u>						
Subsistenzproduktion	51.6	13.9	1.6	0.5	67.7	51
monetäre Bauernprodukt.	32.1	6.1	1.2	2.2	41.6	33
monetäre Plantagenproduktion	19.1	0.7	0.4	-	20.2	16
Gesamt	102.8	20.7	3.2	2.7	129.5	100

gungswirtschaft und Marktproduktion-, die innerhalb eines jeden Sub-Sektors der Landwirtschaft unverbunden nebeneinander stehen, hat zur Folge, daß eine Steigerung der Marktproduktion nur bei gleichzeitiger Einschränkung der nicht-monetären Erzeugung möglich ist und umgekehrt. ¹⁾

Sind die intersektoralen Beziehungen zwischen "traditionellem" und "modernem" Sektor innerhalb einer Volkswirtschaft bzw. eines Wirtschaftszweiges wie z. B. der Landwirtschaft derart, daß die Geld- und Güterströme vom "modernen" in den "traditionellen" Bereich überfließen, so ergibt sich, daß die erzielten Ersparnisse im "modernen" Sektor zur Deckung des Kapitalbedarfs im "traditionellen" Sektor verwendet werden. Damit würden die Ersparnisse des "modernen" Sektors ihre monetäre Bedeutung verlieren und es käme zu keiner wesentlichen Kapitalbildung.

Angaben über Umfang und Richtung der investierbaren Überschüsse in- und außerhalb der Landwirtschaft gibt es nicht. Es ist möglich, daß ein großer Teil der Ersparnisse aus der Ackerbauproduktion die Selbstversorgung anderer Sub-Sektoren der Landwirtschaft finanziert. ²⁾

Von großer Bedeutung ist die Einteilung der gesamten Agrarwirtschaft in bäuerliche und Plantagenproduktion. ³⁾

Die Plantagenproduktion machte 15 % (1962) aus. Ihre Bedeutung ist von Sub-Sektor zu Sub-Sektor der Landwirtschaft verschieden. Gemessen an der gesamten monetären Plantagenproduktion vom Jahre 1965 machte die Ackerbauproduktion 15 % aus, ⁴⁾ die Viehwirtschaft 4 % und Forstwirtschaft 1 %. Es gibt keine Großproduktion für Fischprodukte.

Daraus läßt sich ein Übergewicht des Ackerbaus in der Plantagenproduktion feststellen. Für die Erklärung der Präferenz der Plantagenproduzenten für Ackerbauproduktionen sind die Schwierigkeiten bei dem Transport, der Lagerung und der Distribution von Vieh-, Forst- und Fischprodukten maßgebend. Daneben liegen dem auch Exportüberlegungen und das Fehlen inländischer Absatzmärkte zugrunde.

1) Da viele Bauern in jedem Wirtschaftszweig bereitstehen, ist eine Spezialisierung in jeder Hinsicht sehr schwierig. Das gilt auch für Lohnempfänger, deren Lohneinkommen für den Lebensunterhalt nicht ausreichen und die sich damit gezwungen sehen, noch einen Fuß in der Subsistenzwirtschaft zu behalten.

2) Hierzu vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 91 - 94

3) Vgl. Tab. 21. Dies gibt auch die Verteilung der Agrareinkommen zwischen kleinen Bauern und Großgrundbesitzern an.

4) 14 % (1967), Tanzania, Budget Survey 1969/70 etc., a.a.O. p. 42

Nicht minder wichtig für die Anlagepräferenzen in der für den Export bestimmten Ackerbauproduktion ist die Tendenz der Großproduzenten, - die in den meisten Fällen Ausländer sind - zum Transfer der Gewinne ins Ausland. ¹⁾

Unterstellt man, daß es eine ausreichende Nachfrage nach Vieh-, Forst-, Fisch- und Geflügelproduktion im Inland gibt - das folgt aus den Import- und Preisstatistiken (vgl. Tab. 75 S. 268) -, so kann doch nur vermutet werden, daß es nicht an Gewinnchancen fehlt, sondern daß vor allem die Produktion von Geflügel-, Vieh-, Forst- und Fischprodukten gegenüber Ackerbauprodukten - Sisal, Kaffee, Tee, Kokospalmen, Mais usw. - häufig mit zu großer und harter Arbeit verbunden ist.

Dazu kommt, daß die meisten landwirtschaftlichen Großproduzenten weder die erforderliche landwirtschaftliche (spezielle Ausbildung noch die Erfahrung in der betrieblichen Produktion haben.

Ethisch-religiöse und sozialpsychologische Faktoren bestimmen auch die Haltung einiger Gruppen ²⁾ gegenüber Viehhaltung und Fischwirtschaft.

Neueste Angaben über Produktionsrichtung, Betriebsgrößen sowie Besitzstruktur landwirtschaftlicher Großbetriebe gibt es nicht.

Die folgende Tabelle zeigt, nach ihrer Größenordnung, die Produktionsrichtung der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

1) RUTMAN, W., a.a.O. p. 25

2) z. B. Angehörige jüdischer, islamischer und asiatischer Religionsgemeinschaften.

Ältere Angaben über die Aufteilung der landwirtschaftlichen Anbauflächen, Produktionsmengen und -werte vermitteln einen Einblick in die bäuerliche und die Plantagenproduktion einzelner Produkte und die Produktivität pro Betrieb.

Tab. 22 Anbauflächen, Produktionsmengen und Produktionswerte nach ethnischer Zugehörigkeit der Besitzer bzw. Produzenten - 1954 ¹⁾

Anbaukultur	Fläche in 1000 ha		Produktion in 1000 ha		Produktion in Mill.DM	
	Afrikaner	Andere	Afrikaner	Andere	Afrikaner	Andere
Mais, Hirse u. Sorghum 2)	1348	34	917	32	170	7
Wurzelfrüchte (trocken) 3)	513	-	2503	-	257	-
Bohnen+Erbsen	290	6	235	5	46	2
Bohnen	170	-	315	-	55	-
Reis	68	1	59	1	15	a)
Weizen	17	6	11	9	3	3
Erdnüsse	78	1	25	1	16	b)
Kaffee	38	12	13	9	56	51
Tee	-	5	-	2	-	9
Zucker 4)	1	3	-	12	-	1
Obst+Gemüse	4	1	7	2	1	c)
Sesam	22	-	6	-	3	-
Kokospalmen (KOPra)	52	21	7	4	4	2
Sisal 5)	-	183	5	170	3	139
Baumwolle	116	1	56	1	38	d)
Tabak	3	3	2	2	5	4
Papain	-	1	-	n.a	-	e)
Pyrethrum	-	1	-	1	-	1
Zusammen	2720	278	4141	250	672	220

Erläuterungen:

1) Es handelt sich bei dieser Tabelle um den Versuch einer Schätzung; erhebliche Fehlschätzungen sind möglich. Die Schätzung liegt zudem 7 Jahre zurück. Die Verhältnisse haben sich bis heute noch nicht weitgehend verändert.

2) einschl. Eigenverbrauch, bewertet nach Erzeugerpreisen

3) Gesamterzeugung umgerechnet auf getrocknete Wurzeln

4) ohne Zuckerrohranbau der Afrikaner für den Direktverzehr an Rohr

5) ohne Flächenangabe für Heckensisal

a) 0.1; b) 0.2; c) 0.3; d) 0.1 und e) 0.4

Quelle: UN Ninth Report of the Committee on Rural Economic Development of the Trust Territories T/1544, June 1960 zitiert nach RUTHENBERG, H., Landwirtschaftliche Entwicklungspolitik etc., a.a.O. S. 28

Tab. 23 Produktionsrichtung landwirtschaftlicher Großbetriebe
nach Zahl der Betriebe - 1958

Leitkultur	Zahl der Betriebe	Leitkultur	Zahl der Betriebe
Getreide	155	Pyrethrum	21
Sisal	151	Saatbohnen	19
Kaffee	132	Kopak	19
Rinderhaltung	106	Papain	10
gemischter Ackerbau	105	Watte	77
Tabak	60	Gummi	1
Ölsaaten	52	Cichona (Fieberraude)	1
Zuckerrohr	30	nicht spezifiziert	4
Tee	25	zusammen	898 ¹⁾

Anmerkungen: 1) mit den 898 werden nach Auffassung des Zensus 75 - 85 vH. der nichtafrikanischen Betriebe erfaßt. Bei den verbleibenden 15 - 25 vH. handelt es sich um verhältnismäßig unbedeutende Kleinbetriebe.

Quelle: Agricultural Census 1958 Tab. 20 zitiert nach Ruthenberg, H., Landwirtschaftliche Entwicklungspolitik in Tanganyika etc., a.a.O. S. 23

Es läßt sich im Vergleich mit der Tabelle 77 (Exportprodukte) feststellen, daß die landwirtschaftliche Großproduktion exportorientiert ist.

Da Vergleichsangaben früherer Jahre fehlen, kann keine Änderung in der Produktionsrichtung landwirtschaftlicher Großbetriebe festgestellt werden. Ebenso kann der Einfluß von Veränderungen in Nachfrage- und Marktverhältnissen im In- und Ausland auf die Produktionsrichtung landwirtschaftlicher Großbetriebe nicht festgestellt werden.

Aus der Entwicklung der Exportmenge bzw. des Anteils des Plantagenexportwertes ¹⁾ an der gesamten landwirtschaftlichen Exportmenge bzw. am Gesamtexportwert der Landwirtschaft, lassen sich keine ausreichenden Veränderungen in der

1) Im Jahr 1960 stammten 40 % und im Jahr 1966 30 % des Gesamtexportwertes aus der Plantagenproduktion. IBRD and IDA Prospects for Economic Development in East Africa. Vol. III: Tanzania, Part 2 Annex A: Agriculture, New York 1967 p. 2 (unveröffentlicht).

Produktionsrichtung landwirtschaftlicher Großbetriebe erkennen.

Vergleicht man die Exportbedeutung der in der Tabelle 18 angeführten Agrarprodukte mit der Produktion der landwirtschaftlichen Großbetriebe (Tab. 21), so läßt sich eine starke Abhängigkeit der Exportmenge einzelner Produkte von der großbetrieblichen Erzeugung feststellen. Einige Produkte wie Sisal, Tee, Tabak, Pyrethrum, Sesam, Papain, Zucker, stammen fast ausschließlich von Großbetrieben.

In dieser Abhängigkeit des Agrarexportes einiger Produkte von der großbetrieblichen Produktion steckt das Hauptproblem der Landwirtschaftspolitik Tanzanias, denn fast alle landwirtschaftlichen Großbetriebe werden von Ausländern, (Nicht-afrikanern) mit ausländischem Kapital betrieben.

Das Problem beschränkt sich nicht etwa auf das Bodenrecht im Hinblick auf die immerwährende Bodenverknappung, sondern auch auf die Frage, ob die Zurückdrängung der exportorientierten und vom ausländischen Kapital abhängigen privaten Großproduktion ¹⁾ etwa durch überwiegend bäuerliche Produktion oder durch staatliche Großproduktion der Markt- und Exportproduktion zweckmäßiger ist.

Aufgrund der Erfahrungen, die in Kenya bei der Aufteilung der Anbauflächen landwirtschaftlicher Großbetriebe in kleine bäuerliche Anbauflächen und in Tanzania nach der Verstaatlichung der großen Sisalbetriebe gemacht worden sind, sind die Probleme kaum zu bewältigen.

Es fehlt auch heute noch weitgehend an einer genügend guten Ausbildung der Beamten, Angestellten und der bäuerlichen Bevölkerung für die kommerzielle Bewirtschaftung von großen landwirtschaftlichen Betrieben.

Bäuerliche und Plantagenproduktionen unterscheiden sich auch bezüglich der Betriebsgrößenstruktur. Die Größe der Bauernbetriebe ist von Ort zu Ort und je nach der Familiengröße, der Anzahl der Arbeitskräfte, der Art der Anbaukultur, der Anbaumethoden - Pflugkultur oder Hackbaumethode - und des Geländes verschieden.

Das von den Großbetrieben bewirtschaftete Land besteht aus den besten und ertrag-

1) z. B. im Jahr wurden 185.6 t Sisal produziert. 95.5 % der gesamten Sisalproduktion entfiel auf Nichtafrikaner und zwar: 32.1 % auf Griechen, 31.3 % auf Engländer, 24.0 % auf Asiaten, 8.6 % auf Italiener und 0.5 % auf Deutsche. Die Afrikaner produzierten nur 0.5 % der gesamten Sisalproduktion. Guillebaud, C.W., An Economic Survey of the Sisal Industry of Tanganyika, London 1957 p. 115

reichsten Böden, die sich weitgehend im eigentumsähnlichen Besitz ("alienated" bzw. short and long-term rights of Occupancy") befinden und dem Nutzungsrecht der Afrikaner nach dem Stammesrecht ("native law and customs") entzogen sind.

Tab. 24 Landwirtschaftliche Großbetriebe
nach Größenklassen - 1962

Betriebsgrößenklasse				Betriebe		Fläche	
...."acre"		(in 100)...ha		Anzahl	%	1000 ha	%
unter	11	unter	41	161	16	2	0.2
1	bis 3	41	bis 121	124	12	9	0.9
3	" 5	121	" 202	104	10	17	1.5
5	" 10	202	" 405	217	21	60	5.6
10	" 20	405	" 809	175	17	96	9.0
20	" 30	809	" 1214	70	7	67	6.3
30	" 50	1214	" 2023	79	8	126	11.8
50	" 100	2023	" 4047	61	6	168	15.6
100	" 500	4047	" 20234	43	4	305	28.4
500 und über		20234 und über		5	1	222	20.7
zusammen				1.39	100.0	1074	100.0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden a. a. O. S. 23

Gemäß der Betriebszählung vom Oktober 1962 gab es 1039 landwirtschaftliche Großbetriebe mit einer Gesamtfläche von 1073634 ha. Diese Großbetriebsfläche macht etwa 1,2 % der gesamten Landfläche aus.

Etwa 58 % der Großbetriebe haben eine Betriebsgröße von weniger als 1000 acre (etwa 405 ha) und bewirtschaften 7.2 % der gesamten Großbetriebsfläche. Betriebe mit 10000 und mehr (etwa 4047 ha und mehr), die nur 5 % der gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe ausmachen, bewirtschaften aber 49 % der gesamten Großbetriebsfläche.

Ohne zusätzliche Informationen über die landwirtschaftlichen Großbetriebe bezüglich u. a. des Kapitalaufbaus, der Art und des Umfangs der Güterproduktion, der Beschäftigung, der Produktionskosten und der nicht produktionsbezogenen Aufwendungen und des Absatzes, kann die Bedeutung der hier gekennzeichneten Betriebsgrößenstruktur nicht im Detail befriedigend analysiert werden.

Die Besitzer landwirtschaftlicher Großbetriebe gehören vielen verschiedenen Nationen an. ¹⁾ Das deutet auch auf die Herkunft des Kapitals im Plantagenbereich der Landwirtschaft hin. ¹⁾

Tab. 25 Acker und Weideland in eigentumsähnlichem Besitz
(long-Term Rights of Occupancy) nach Nationalitäten
und rassischer Zugehörigkeit der Besitzer am
31. Dezember 1960

Nationalität	Zahl der Besetzungen	Fläche in 1000 ha ¹⁾
Insgesamt	1666	1007
darunter		
Britisch ²⁾	470	533
Griechisch	279	144
Asiatisch	287	104
Südafrikanisch	107	78
Niederländisch	14	13
Deutsch	45	13
Schweizerisch	24	13
Dänisch	11	13
Afrikanisch	35	7
Missionsbesitz	265	7

1) Anteil an der Landfläche

2) ohne Südafrikanisch

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, a.a.O. S. 23

1) Vgl. Tab. 25. Es fehlen jedoch Angaben über Umfang und Quellen des Kapitals. Aussagen über die Verschuldung der landwirtschaftlichen Großbetriebe gegenüber dem In- oder Ausland bezüglich ihrer Bedeutung für inländische Kapitalbildung sind damit nicht möglich. Viele landwirtschaftliche Großbetriebe gelten als Einzelunternehmungen, die vermutlich mit Eigenkapital arbeiten und deren Verschuldungsniveau gegenüber dem Inland unbedeutend ist.

b. Der Bergbausektor

Die nachstehende Tabelle gibt eine Zusammensetzung der Bergbauproduktion für die Jahre 1954 - 1968.

Tanzania hat viele Mineralien, die bisher noch nicht gefördert worden sind. (Vgl. Karte Nr. 6 und Tab. 26.)

Tab. 26 Die Produktion von Mineralien 1954 - 1968
in Mill. Shs.

	1954	1960/62	1964	1965	1966	1967	1968
Diamanten:							
Menge	330	623	664	828	906	988	683
Wert	62	105	136	142	186	223	135
Gold:							
Menge	74	104	93	91	55	18	17
Wert	19	26	23	23	14	5	5
Steinsalz:							
Menge		32	32	38	37	35	42
Wert	4	6	7	8	7	7	10
Zinkkonzentrat:							
Menge	54	242	396	351	504	487	440
Wert	1	3	7	7	9	6	7
Glimmer:							
Menge	78	88	94	102	87	90	69
Wert	2	2	2	2	2	2	1
Edelsteine: ¹⁾							
Menge		286	897	1318	3059	936	820
Wert	n.a	1	0.3	1	2	3	3
Gesamtwert:	101 ⁺	149	176	186	223	248	164

+ Diese Zahl enthält auch Silber 1 Mill. £ ; Blei 4 Mill. £ ; Tungsten 0,2 Mill. £ ; Kupfer 2 Mill. £ ; Baumaterialien 7 Mill. £ und andere 0,7 Mill. £ .

Quelle: Tanzania, The Annual Economic Survey 1968, a. a. O. p. 54 und Tanganyika, The Gross Domestic Product 1957, Tanganyika 1954 - 1957. EASD, Dar-es-Salaam 1959 p. 10

Karte 6

Energie-Erzeugung, Mineralvorkommen und wichtigste Industrie - Standorte in Tanzania



Quelle: A. Amann, Energy Supply and Economic Development in East Africa, Afrika-Studien Nr. 37 Ifo-Institut München und Statistisches Bundesamt der BRD, Länderberichte: Tanzania 1985

Bisher ausgebeutete Mineralien haben eine wesentliche Rolle für den Export des Landes gespielt. Diese sind hauptsächlich Diamanten und Gold. ¹⁾

Die Bedeutung der Mineralvorkommen und Förderung auf den privaten Kapitalimport ist von großer Bedeutung. (Vgl. Tab. 26.) Der erhebliche Einfluß der Mineralien auf den privaten Kapitalimport beruht auf der Stabilität und dem Aufwärtstrend der Preise mineralischer Produkte. ²⁾ Die Ausbeutung der verschiedenen Mineralvorkommen in Tanzania ist bisher wegen Schwierigkeiten bei der Wasser- und Energieversorgung in vielen Fällen unterblieben, oder aber nicht sehr intensiv. ³⁾ Auch fehlen geeignete Transportverbindungen, das erforderliche Kapital und technisches Wissen. ⁴⁾

Die privaten Investitionen im Bergbau sind auch durch die Unklarheiten bezüglich des Eigentums am Grund und Boden behindert worden, trotz direkter und indirekter staatlicher finanzieller Unterstützungen.

Hinzu kommt die Tatsache, daß in vielen Fällen der Umfang der Mineralvorräte so gering ist, daß sich umfangreiche private Investitionen nicht lohnen, da die Mineraalförderung schon bald wegen Erschöpfung der Vorräte eingestellt werden müßte.

c. Der Industriesektor

(Verarbeitungs- und Herstellungsindustrie und Handwerk)

Ohne den Bergbau umfaßt der Industriesektor die folgenden Sub-Sektoren: verarbeitende Industrie, produzierendes Gewerbe sowie Handwerk, (small-scale and cottage industries).

Diagramm Nr. 4 zeigt etwa die Entwicklung der Industrie anhand der Zahl von In-

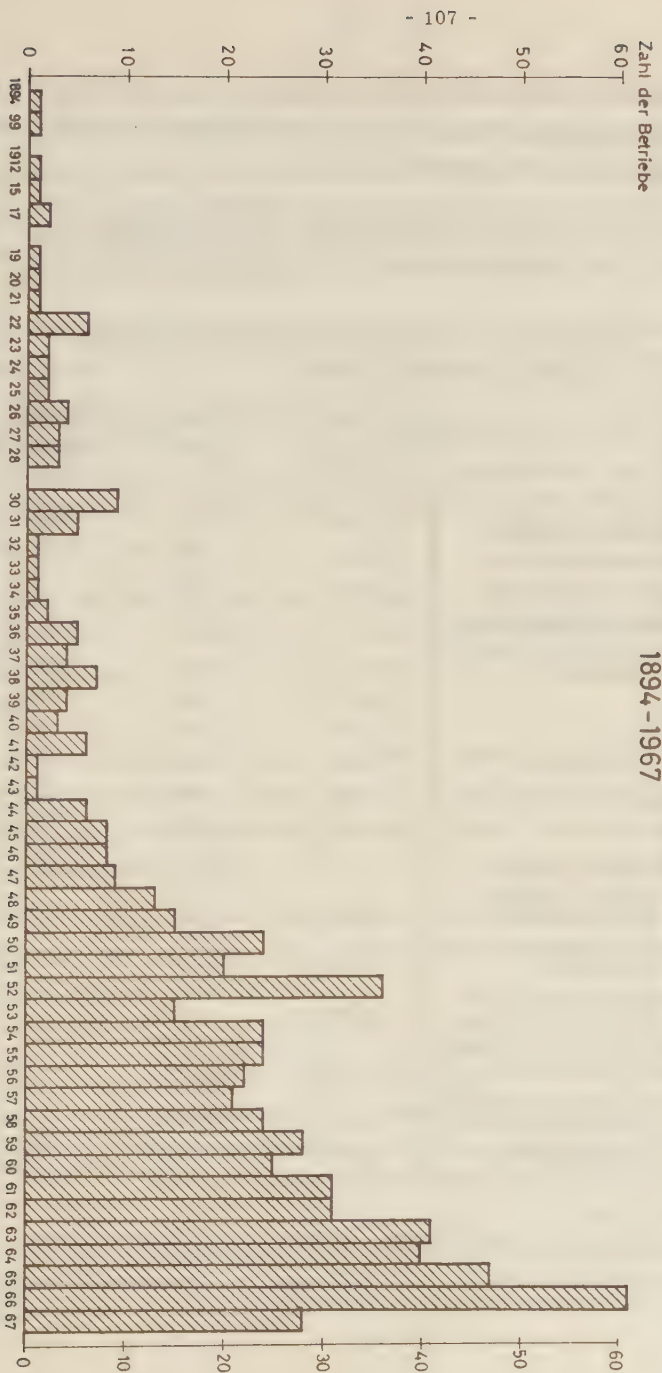
1) (auf S. 14) siehe Karte Nr. 6 über vorhandene Mineralvorkommen.

2) Vgl. Tab. 26. Eine sinkende Mineralproduktion läßt sich von der Tabelle ablesen, weil einige Mineralvorkommen völlig oder abgebaut sind.

3) Karte 6 zeigt, daß sich die Mineralvorkommen oft in denjenigen Gebieten befinden, die auch in bezug auf Energie- und Wasserversorgung wenig erschlossen, verkehrsmäßig schwierig sind, weil dort weder wichtige Flüsse noch Mineralien (Kohle) vorhanden sind, die für die Energieversorgung nutzbar gemacht werden könnten.

4) Bessere Vermessung Kartographierung und geologische Untersuchungen würden die Förderung der Mineralvorkommen entscheidend erleichtern.

Zahl der industriellen verarbeitenden Betriebe in Tanzania nach dem Jahr in dem die Produktion aufgenommen wurde 1894-1967



dustriebetrieben im jeweiligen Jahr, in dem die Betriebe mit der Produktion angefangen haben. Er zeigt deutlich, daß ein größerer Teil erst unmittelbar nach der Unabhängigkeit zustande gekommen ist.

Tab. 27 zeigt die unterschiedlichen Bedeutungen der verschiedenen Sub-Sektoren der Industrien und die Zusammensetzung der Industrieproduktion in Tanzania.

Tab. 27 Nettoprodukt und geplante Entwicklung der Industrieproduktion 1960/62 und 1970

Industrie	1960/62	1970 ^{c)}	Zuwachsrates ^{a)} % pa
A. <u>Verarbeitende Industrie</u>	3.46	8.20	10.0
1.- Kaffeeverarbeitung	0.10	0.17	6.1
2.- Zuckerverarbeitung	0.50	1.50	13.0
3.- Cashewnußaufbereitung	-	0.75	-
4.- Mehlmühlen und Holzverarbeitung	1.00	1.50	4.6
5.- Öl	0.07	0.23	14.1
6.- Gemüse	0.09	0.20	9.3
7.- Metallprodukte	0.80	1.70	8.7
6.- Baumwollaufarbeitung	0.90	2.15	10.1
B. <u>Handwerk</u>	0.83	1.08	3.0
C. <u>Produzierendes Gewerbe</u>	3.34 b)	15.75	18.0
8.- Nahrungs-, Getränke- und Tabakindustrie	1.18 b)	2.11	6.7
9.- Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie	0.19 b)	3.30	37.0
10.-Herstellung von Baumaterialien und Glas	0.05 b)	1.32	46.0
11.-Herstellung von Chemikalien und Seife	0.68 b)	2.17	13.8
12.-Herstellung von Holz- und Papierprodukten	0.52 b)	2.13	17.0
13.-Metallverarbeitung	0.72 b)	4.72	23.0

a) für den Zeitraum von 1964/65 - 1970 b) 1961 c) geplante Produktion

Quelle: IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects etc. a.a.O. p. 2

Wie aus der Tabelle 27 zu ersehen ist, steht die verarbeitende Industrie mit einer durchschnittlichen Nettoproduktion von £ 4.3 Mill. im Jahr 1960/62 an zweiter Stelle nach der Bergbauindustrie mit einer Nettoproduktion von £ 5.2 Mill. im selben Jahr. Die produzierende Industrie mit einer Nettoproduktion von 3.34 £ Mill. (1961) steht an der zweiten Stelle vor dem Handwerk mit einer Nettoproduktion von £ 0.83 Mill. (1960/62).

Die relative Bedeutung der einzelnen Industriebranchen innerhalb der Industrieproduktion war im Jahr 1965 wie folgt (in Prozenten): Nahrungsmittelindustrie 27.6 %; Getränke- und Tabakindustrie 14.4 %; baumwollverarbeitende Industrie 12.2 %; Holzindustrie 8.7 %; Textil- und Bekleidungsindustrie 5.5 %; Reparatur- und Montageindustrie 7.1 %; metallverarbeitende Industrie 5.1 %; Herstellung von Chemikalien 1.2 %; Herstellung von Baumaterialien 1.0 % und Verschiedenes 17.2 % . (Vgl. Tab. 27.)

Tabelle 27 zeigt auch die verschiedenen geplanten Produktionsziele der einzelnen Industriezweige. Die Produktionsziele spiegeln die Zielsetzungen der Regierung im Industriesektor wider und deuten auf die Richtung der Importsubstitutionspolitik hin.

Charakteristisch für die Industrieproduktion Tanzanias ist die Beschränkung auf die Herstellung von Konsumgütern wie z. B. Getränke, Tabakwaren, Lederwaren, Textilien usw.; Industrieproduktion ist daher abhängig vom Import für Kapitalgüter und Zwischenprodukte.

Das Fehlen von interner Interdependenz zwischen den verschiedenen Industriebranchen und -zweigen charakterisiert Tanzanias Industrieproduktion (vgl. Tab. 32 und 33, S. 122).

"Interindustry sales are not a common feature of the industry in Tanzania, but there are a few firms which exist to serve the requirements of local industry. Some examples of such satellite industries are the manufacture of metal containers for the meat and fruit canning, the production of sisal bags for the cotton industry, the supply of packing materials for the consumer goods industries and of cement to the construction sector".¹⁾

1) IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects etc. a.a.O. p. 1 - 2

Ein anderes wichtiges Merkmal der Industrie Tanzanias ist die Dominanz von kleinen Industriebetrieben. (Vgl. Tab. 31, S. 117.) Etwa 80.4 % (630 der gesamten 784 Industriebetriebe) beschäftigten 10 bis 99 Personen. Es gibt nur etwa 12 große Industriebetriebe. Der Rest sind kleine familiengebundene Betriebe.

Tab. 28 Zahl der kleinen Gewerbebetriebe in 15 Städten
nach rassischer Zugehörigkeit der Eigentümer

	Afrikaner	Nicht Afrikaner		Zwischensumme	Summe
		Asiaten	Europäer		
Arusha	1	16	1	17	18
Bukoba	20	11	1	12	32
Dar-es-Salaam	204	148	4	152	357
Dodoma	7	21	-	21	28
Iringa	1	12	2	14	15
Kigoma/Ujiji	2	--	-	--	2
Lindi	9	25	-	25	34
Mbeya	30	19	-	19	49
Morogoro	9	29	-	29	38
Moshi	34	22	-	22	56
Musoma	13	15	1	15	29
Mwanza	2	19	-	19	21
Songea	7	--	-	--	7
Tubora	8	8	1	9	17
Tanga	12	18	-	18	30
Gesamt	359	363	10	373	732

Quelle: Schädler, Karl, a.a.O. Appendix Ib.

Der gesamte Industriesektor gehört den Europäern und Asiaten: "To summarize the ownership of industries in Tanzania has been almost entirely European and Asian except for some crafts, a small public sector and the quasi-public or cooperative sektor". ¹⁾

Der Anteil der Genossenschaften in der Industrie beschränkt sich auf die Verarbeitung von Exportprodukten wie Baumwolle, Kaffee, Cashewnüsse usw..

1) IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects etc. a.a.O. p. 1-2

Der Staat kontrolliert durch Kapitalbeteiligung etwa 45 bis 50 % der gesamten Industrieproduktion¹⁾; es ist jedoch in der Praxis schwierig, die Industrieproduktion in einen privaten, staatlichen bzw. halbstaatlichen und genossenschaftlichen Sektor sauber zu trennen, weil alle Sektoren miteinander finanziell durch Beteiligungen verschiedenen Ausmaßes verflochten sind.

Etwa 32 % der gesamten Industriebetriebe im Jahr 1965 arbeiten ohne ausländische Kapitalbeteiligungen und 40 % aller Industriebetriebe waren 100 %ig ausländisch, d. h. ohne einheimische Kapitalbeteiligung. (Vgl. Tab. 29.)

Viele Industrieunternehmungen haben eine monopolistische oder monopolähnliche Marktstellung inne. Das liegt an der Besitzstruktur im Industriesektor; die kleinen, oft familiengebundenen Betriebe und Unternehmungen gehören fast ausschließlich einigen wenigen Familiengruppen oder werden von kleinen Gruppen kontrolliert. Dies ermöglicht die Ausschaltung von Konkurrenz durch gezielte Absprachen auf dem Kredit- und Absatzmarkt bzw. Bezugssektor. Außerdem gewährt der Staat Marktgarantien für ausländische Investoren, um Auslandsinvestitionen ins Land zu ziehen. Dadurch schaltet er jedoch potentielle Konkurrenten aus. Transport- und Kommunikationsschwierigkeiten ermöglichen auch die Errichtung von gebietsmäßigen Monopolstellungen für die über das Land zerstreuten kleinen Betriebe; denn die großen Betriebe, deren Standorte mehr absatz- als rohstofforientiert sind, befinden sich im Gebiet von Dar-es-Salaam, Tanga, Arusha-Moshi.

Das Fehlen von intensivem Wettbewerb im Industriesektor führt dazu, daß die Industriefirmen trotz niedriger Produktivität, hoher Produktions- und Transportkosten, beschränkter Absatzmärkte und geringer Auslastung der Produktionskapazität hohe Gewinne erzielen.

Die geringe Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt für Industrieerzeugnisse bestimmt auch die Qualität der hergestellten Waren, die Produktionsmethoden, die Produktionskosten, die Preise und somit den Erfolg der Waren auf dem Exportmarkt.

Fassen wir die Bedeutung dieser Strukturmerkmale der Industrie in Tanzania für die Kapitalakkumulation zusammen. Das Fehlen von inter-industriellen Beziehungen zwischen der verarbeitenden Industrie und der Herstellungsindustrie (allerdings mit wenigen Ausnahmen), demonstriert die Abhängigkeit der Industriepro-

1) derselbe a.a.O. General Part I, p. 25

Tab. 29

Ausländische Kapitalbeteiligungen in der Industrie
nach ISIC-Klassifikation und prozentualen Beteiligungsgruppen - 1965

ISIC	Anzahl der Industriebetriebe	Beteiligungssatz in Prozenten -					
		0	1 bis 25	26 bis 50	51 bis 75	76 bis 99	100
20	125	46	3	11	11	8	46
21	11	5	-	1	-	-	5
22	3	1	-	-	1	-	1
23	158	37	4	22	23	11	61
24	10	4	1	1	-	-	4
25	73	27	1	6	5	6	28
26	17	6	-	-	-	-	11
27-28	22	10	1	3	1	-	7
29	8	3	-	-	-	-	5
30	5	-	-	1	1	2	1
31	18	4	-	1	2	3	8
33	9	1	-	-	1	1	6
34-35	19	6	1	2	1	-	9
36-37	12	2	-	1	2	-	7
38	73	27	2	4	15	-	25
39	6	2	-	1	1	-	2
Summe	596	181	13	54	64	31	226
vH	100	32	2	9	11	6	40

duktion von Kapitalgüterimporten und Auslandsmärkten für die verarbeitenden Güter. Das bedeutet, daß der direkte und indirekte Importgehalt von Investitionen in der Industrie sehr hoch ist, und daß die Entwicklung der Absatzverhältnisse auf dem Agrarweltmarkt und die Produktion von Agrarrohstoffen einen entscheidenden Einfluß auf die Produktion der verarbeitenden Industrie ausüben.

Wegen des hohen direkten und indirekten Importgehaltes der Investitionen in der Industrie hängt die Investitionstätigkeit mehr von externen als von internen Finanzierungsmitteln ab. Bei fehlenden inter-industriellen Lief- und Zulieferungsbeziehungen sind Absatzmärkte für die einzelnen nebeneinander bestehenden Industriebetriebe auf das Ausland beschränkt. Daß die Ersparnisse aus dem In- und Ausland oft für die Errichtung von exportorientierten verarbeitenden Industriebetrieben verwendet werden, braucht deshalb wohl nicht mehr erklärt zu werden.

Daß daneben auch noch andere Rahmenbedingungen und Faktoren die Investitionen in der Industrie bestimmen, ist nicht zu bestreiten. So halten z. B. das Fehlen von geeigneten Arbeitskräften, steuerliche und institutionelle Schwierigkeiten und persönliche Umstände die potentiellen Investoren von Investitionen ab.

Sobald mit der Zersplitterung von Industriebetrieben auch noch eine familiengebundene Besitzstruktur verbunden ist, wie das zumeist in Tanzania der Fall ist, gewinnt die Frage der Produktivität, des Wettbewerbs, der betrieblichen Anpassungsfähigkeit der kleinen Unternehmungen bezüglich ihrer Produktionsmethoden und Warenqualität an großer Bedeutung.

Auch die Entwicklung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes scheitert daran, wie Schädler in seinen empirischen Untersuchungen festgestellt hat, daß diese kleinen familiengebundenen Betriebe zwar nennenswerte Gewinne erzielen ¹⁾, aber den Kapitalmarkt nicht mit einem übermäßigen Angebot an Ersparnissen bereichern. So gibt es auch Tendenzen zur Bildung eines geschlossenen "Kreditkreislaufs" innerhalb rassischer Minderheiten und Gruppen gleicher Herkunft, Familien- und Religionszugehörigkeit. Die Ermittlungen Schädlers zeigen, daß 78 % des Anfangskapitals der Gewerbetreibenden aus eigenen Ersparnissen stammt, 15 % aus Verschuldungen bei Verwandten, jeweils 1 % von den Banken und vom Staat und 6 % aus anderen Quellen. Hinsichtlich der Kreditquellen stammen 51 % von Verwandten, 17 % von Banken, 3 % vom Staat und 29 % aus anderen Quellen. ²⁾

1) Vgl. Schädler, K. a.a.O. p. 78

2) derselbe a.a.O. p. 98

Das Arbeiten mit Eigenmitteln sowie das geringe Interesse an Bank- und Staatskrediten erfolgt aus steuerlichen Gründen ¹⁾. Man will die Registrierung vermeiden und verhindern, daß die innerbetrieblichen finanziellen Vorgänge über die Banken dem Staat offengelegt werden. Ein anderer Grund ist aber auch die Tatsache, daß die verschiedenen rassischen Gruppierungen in "bewußter Isolation" (Schnittger) leben. Ferner veranlassen auch die häufig hohen Renditen auf dem unorganisierten Geld- und Kapitalmarkt die Bezieher hoher Einkommen, ihre Überschüsse dort anzulegen.

Die Tatsache, daß es sich bei vielen der Industriebetriebe in Tanzania um Tochtergesellschaften der in Kenya und Uganda ansässigen Unternehmungen handelt ²⁾ beweist, daß gewisse politische und wirtschaftliche Unsicherheiten in einem der drei Länder zur Kapitalverschiebung innerhalb Ostafrikas führt. Kapitalflucht und Gewinnverschiebungen innerhalb Ostafrikas können auch durch die Steuergesetzgebungen stimuliert werden, denn die Kapitaltransferierungen innerhalb Ostafrikas sind für einige Unternehmungen nicht eingeschränkt. ³⁾

Da viele der Industrieunternehmungen Ausländern gehören spielt die Repatriierung von Gewinnen und Kapital eine recht bedeutende Rolle. Das heißt, daß die Besteuerung von realisierten Wertzuwächsen der Unternehmungen, auch wenn die Behörden durch die Kreditinstitute Auskünfte über die Höhe des Vermögens und der Gewinne der ausländischen Unternehmungen bekommen können, nicht ohne administrative und organisatorische Schwierigkeiten durchzuführen ist. ⁴⁾

Auch die Abhängigkeit der Industrieproduktion von ausländischen Arbeitskräften (vgl. Tab. 17, S. 88 und Tab. 35 S. 127) macht die Auffassung vertretbar, daß das Einsickern (Diffusion) und die Verbreitung von industriellen und unternehmerischen Erkenntnissen beschränkt bleiben müssen, und daß die Transfers von Er-

1) Vgl. Hübner, Günther, Das private Sparen in Ostafrika unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Uganda. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1969 (Mimeog) S. 249.

2) Vgl. IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects a.a.O. S. 2.

3) Vgl. Yaffez, J.M.H. Balance of payments Problems of a Developing country: Tanzania, Afrika-Studien Nr. 47 IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1970 S. 78.

4) Vgl. Schelle, H., a.a.O. S. 108.

sparsamen aus Lohneinkommen groß sein muß. Außerdem tendieren die kleinen, familiengebundenen Industrieunternehmungen dazu, Verwandte und Freunde ohne Rücksicht auf fachliche Kenntnisse und persönliche Fähigkeiten zu beschäftigen. Schädler's empirische Ermittlungen zeigen, daß in 222 kleinen Gewerbebetrieben, die sich im Besitz von Afrikanern befinden, 596 Afrikaner und nur 3 Asiaten ¹⁾ beschäftigt werden. Die 201 asiatischen Arbeitgeber beschäftigen 771 Afrikaner und 217 Asiaten und die 9 europäischen Arbeitgeber 99 Afrikaner und nur 2 Asiaten. ²⁾ Die Zahl der Verwandten im jeweiligen Fall war 243 bei den Afrikanern und 96 bei Asiaten.

Die Dominanz der Ausländer bzw. einer rassischen Minorität ohne politische Macht im Industriesektor erhöht die Abhängigkeit der Industrieproduktion von staatlichen, politischen, wirtschaftspolitischen und steuerlichen Maßnahmen. ³⁾ Es fragt sich unter diesen Umständen, ob die Ermäßigungen der Steuersätze oder eine teilweise bzw. vollständige Steuerfreiheit der Unternehmerrgewinne die Ersparnisbildung, Investition und die Umstrukturierung von Investitionsstruktur fördern können.

d. Betriebsgrößenstruktur

Aufgabe dieses Abschnittes ist die Darstellung der Betriebsgrößenstruktur und ihre Bedeutung hinsichtlich der Kapitalbildung. Wir gehen davon aus, daß die Großbetriebe für die Kapitalbildung besser geeignet zu sein scheinen, als die Kleinbetriebe, vor allem, wenn es um die Finanzierung von Neuerungen über den Geld- und Kapitalmarkt und die Anwendung und Verbreitung von neuen Produktionsmethoden geht.

Wir möchten weiterhin feststellen, daß die Vorteile der Kleinbetriebe, z. B. ihre Anpassungsfähigkeit, Beweglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit, ihr geringer Bedarf an Kapital, dennoch den ökonomischen und sozialen Vorteilen der Großbetriebe unterlegen sind. ³⁾

Tab. 30 gibt einen Überblick über die herrschende Betriebsgrößenstruktur in Tanzania nach Hauptwirtschaftszweigen und Zahl der Beschäftigten. Etwa 3939 Betrie-

1) Vgl. Schädler, K., a.a.O. S. 85 und vgl. auch S. 243.

2) IBRD and IDA, (General Part I) a.a.O. pp. 14 - 17.

3) Es gibt Ökonomen, die aufgrund der Kapitalknappheit den kleinen Betrieben in Entwicklungsländern den Vorzug geben wollen.

Tab. 30 Betriebsgrößenstruktur in der privaten Wirtschaft nach Zahl der Lohnempfänger und Hauptwirtschaftsbereiche - 1967

Wirtschafts- bereich/Zahl der Beschäft- igten (Größenklassen)	Land- wirt- schaft	Berg- bau	Verarb. Gewerbe	Bau- gewerbe	öffentl. Ver- sorgung	Handel	Trans- port und Nach- richten	Dienst- lei- stungen	Gesamt- betriebe	VH
1 - 9	340	41	607	77	2	1833	302	737	3939	68.5
10 - 24	131	10	134	22	9	217	32	240	795	18.8
25 - 49	99	9	95	17	8	66	17	113	426	7.4
50 - 74	46	4	40	9	2	12	10	38	159	2.8
75 - 99	35	1	17	5	2	8	9	21	98	1.7
100 - 199	50	3	30	10	4	12	9	31	149	2.6
200 - 299	42	-	7	2	-	3	1	6	61	1.1
300 - 499	55	3	3	2	1	-	1	3	71	1.2
500 - 699	17	-	1	2	1	-	1	2	26	0.3
700 - 999	12	-	1	-	-	-	1	-	16	0.2
1000 und über	6	1	1	-	-	-	2	-	10	0.2
Gesamtbetriebe	833	72	943	147	28	2151	385	1191	5750	100.0
VH	14.5	1.3	16.4	2.6	0.5	37.4	6.7	20.7	100.0	
Zahl der Be- schäftigten in 1000	83	5	24	7	2	16	11	24	172	100.0
VH	48.3	2.9	14.1	4.1	1.1	9.6	6.4	14.0	100.0	

Quelle: Tanzania, Employment and Earnings 1967

Tab. 31

Betriebsgrößenstruktur von Betrieben
der Herstellungsindustrie nach der Zahl
der Beschäftigten und ISIC^{a)}-Betriebs-
klassifikation - 1965

ISIC Zahl der Be- schäftigten	10- 19	20- 49	50- 99	100- 499	500- über	Gesamte Betriebe	vH	Gesamte Beschäf- tigte	vH
20	41	54	33	19	2	149	19.0	9515	15.4
21-22	8	2	1	4	1	16	2.0	1665	2.7
23	5	37	67	76	6	191	24.4	25130	40.6
24	7	17	7	4	1	36	4.6	2880	4.7
25-26	58	37	24	5	1	125	15.9	5565	9.0
27-28	11	10	3	2	1	27	3.4	1685	2.7
29-30	5	9	1	-	-	15	1.9	435	0.7
31-32	12	6	5	4	-	27	3.4	1745	2.8
33	4	4	2	2	-	12	1.5	780	1.3
34-37	18	9	4	8	2	41	5.2	3970	6.4
38	41	42	15	12	1	111	14.3	6100	9.9
39	7	3	3	1	-	14	1.8	615	1.0
51	3	11	4	1	1	20	2.6	1765	2.9
Gesamte Be- triebe	220	241	169	138	16	784	100.0	61850	100.0
vH	28.1	30.7	21.6	17.6	2.0	100.0			

Erläuterung: a) ISIC = International Standard of Industrial Classification

Quelle: Schädler, K., a.a.O., p. 33

be oder 69 % der gesamten Betriebe haben Beschäftigte von 1 bis 9 Personen. Nur 184 Betriebe oder 3.3 % der gesamten Betriebe beschäftigen 200 und mehr Personen.

Kleinbetriebe dominieren im Handel, Dienstleistungsbereich und in der verarbeitenden Industrie. In diesem Bereich sind 4285 Betriebe oder 75 % der gesamten Betriebe mit nur 38 % der Gesamtbeschäftigten (vgl. Tab. 30 und 31).

In der Landwirtschaft - abgesehen von den kleinen Bauernbetrieben - dominieren, infolge der Plantagenbetriebe, die Großbetriebe. ¹⁾

Es erweist sich als nicht notwendig, die verschiedenen Einflußfaktoren auf die Größe der Betriebe und Unternehmungen verschiedener Wirtschaftsbereiche in Tansania darzustellen. Es spielen z. B. in der Landwirtschaft das Boden- und Erbrecht, die traditionellen Formen der Bodennutzung, Anbaumethoden, sowie Bevölkerungswachstum und -dichte eine große Rolle. Außerhalb der Landwirtschaft spielen die Tendenzen zu Umgruppierungen innerhalb der Marginalschichten der Asiaten und Europäer nach Kasten-, Religions-, Familien- und Herkunftszugehörigkeiten ebenso eine wichtige Rolle. Die "bewußte Isolation", die eine Zusammenarbeit zwischen den Afrikanern und Marginalschichten auf der Unternehmerebene verhindert, ²⁾ verstärkt die Tendenzen zur Bildung von kleinen Gruppen in der Wirtschaft.

"In particular, the insularity of Asian family and social life has doubtless produced a barrier to cooperation in business (as on other things) with Europeans and Africans, and has consequently discouraged the development of a form of business organisation which might render such a co-operation more likely. Furthermore extra capital, when it is needed, is usually obtainable from within the family or religious community, and hence there has been little

1) Vgl. Tab. 24, S. 102. Eine vollständige Analyse der Betriebsgrößen müßte daneben die Unterteilung nach Eigentümern bzw. Betriebsinhabern, etwa nach Rassen- und Familienzugehörigkeit, Produktionsbranchen, bzw. - richtung, Standort, Umsatz usw. umfassen.

2) Eine Partnerschaft zwischen den Afrikanern und Marginalschichten der Asiaten und Europäer auf der Unternehmerebene besteht noch nicht. Gegenwärtig beschränkt sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Afrikanern und Marginalschichten nur über die Regierung.

need to look for outside sources or funds to finance expansion." 1)

Die vielen Kleinbetriebe gelten in den meisten Fällen als Einzel- oder Partnerschaftsunternehmen im Besitz einer Person, Familie oder mehreren Familiengruppen. Es soll nur auf den geschlossenen Charakter solcher Familienunternehmen im Hinblick auf die Beschaffung von Arbeitskräften und Finanzierungsmitteln hingewiesen werden.

Der negative Einfluß der "family type of firms" beschränkt sich nicht nur auf die institutionelle Organisation der Produktion, Unternehmungen, des Marktsystems und des Geld- und Kreditsystems, sondern erstreckt sich auch auf den Einsatz von Arbeitskräften, die berufliche Ausbildung, die Verbreitung von technischen Neuerungen, die Verbesserung der Produktionsmethoden und Steuereinnahmen. Sie erschweren auch die Umstrukturierung der Investitionen und des Kapitalmarktes.

Üblicherweise werden die kleinen Betriebe, die oft unverändert arbeitsintensive Produktionsmethoden anwenden, von Kapitaleigentümern oder Familienoberhäuptern geleitet und geführt und sie beschäftigen auch zum großen Teil nur Familienangehörige, Verwandte oder Freunde.

Es ist deshalb keineswegs erstaunlich, daß einerseits versucht wird, durch berufliche Ausbildung der eigenen Familienangehörigen den ökonomischen und sozialen Status der Familien zu sichern, und andererseits die berufliche Ausbildung und Praxis anderer Familienangehöriger im eigenen Betrieb zu verhindern.

Die Beschaffung von notwendigen finanziellen Mitteln und die Gewährung von Krediten erfolgt nur innerhalb der Familie, des Verwandten- und Freundeskreises. Damit wird der Aufbau eines Kapitalmarktes erschwert.

Die übliche enge Verbindung zwischen dem Eigentümer (Kapitalgeber) und dem Geschäftsführer, die für diese Kleinbetriebe typisch ist, bietet ausreichende Möglichkeiten der Steuerhinterziehung, denn solche Kleinbetriebe gelten als Unternehmen und Haushalte zugleich, beschäftigen eine große Anzahl von Familienangehörigen und führen keine Geschäftsbücher, so daß das Einkommen und die Ausgaben

1) ROE, R., Alan, The Future of the Company in Tanzania Development in Journal of Modern African Studies Vol. 17 Nr. 1 April 1969 S. 47 - 67 hier S. 59

der Geschäftsinhaber und der Familienangehörigen ihrem Wesen nach für Besteuerungszwecke nicht festgestellt werden können.

Dies zeigt, daß die kleinen, familiengebundenen Betriebe und Unternehmen, wie sie in Tanzania vorherrschen, eine der Ursachen für das niedrige Aufkommen an Einkommens- und Körperschaftsteuern und des gesamten Steueraufkommens überhaupt ist.

Die sich ergebenden, administrativen Probleme der Besteuerung von einer großen Anzahl von kleinen Betrieben und Unternehmen erhöhen die Aufwendungen und verringern die Nettoeinnahmen der Steuerbehörden.

Bleiben aus steuertechnischen und administrativen Gründen die Einkommen der kleinen Betriebe unbesteuert, verringert sich die Aussicht auf steuerliche Beeinflussung der Betriebs- und Unternehmensformen und der Anlagealternativen der Ersparnisse zugunsten der produktiven Anlagen. Die Gewinne, wenn sie zur Finanzierung des Konsums nicht verwendet werden, werden wiederum in denselben Wirtschaftszweigen - "traditional activities" - angelegt.

Jede Beteiligung an einem Kleinbetrieb und -unternehmen der Einzelfirmen ist eine risikoreiche Kapitalanlage, da sie individuelle Abmachungen erfordert. Diese kleinen Familienunternehmen und -betriebe, die oft über die Landesgrenzen wenig bekannt sind und über deren Wirtschaftslage Unklarheiten herrschen, weil sie nicht kapitalmarktmäßig verwertet werden können, haben auch geringe Chancen, sich ausländische Finanzierungsmittel zu beschaffen. ¹⁾ Auch der Entwicklung eines funktionsfähigen Geld- und Kapitalmarktes sind die Kleinbetriebe nicht förderlich, weil sie ihre Gewinne, solange sie nicht dem Konsum zufließen, zur Selbstfinanzierung verwenden, denn sie haben beschränkte Möglichkeiten, sich über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Die Finanzierung über den Fiskus, aber auch über die Geschäftsbanken, kommt aus steuerlichen Gründen und anderen Erwägungen, z. B. Überprüfung der persönlichen Verhältnisse, fehlenden Kreditsicherungsmöglichkeiten, ungünstigen Rückzahlungsbedingungen usw. wenig in Frage.

e. Intersektorale Analyse der Produktion

Die Beschaffenheit des vorhandenen statistischen Materials erlaubt keine Konstruktion einer detaillierten Input-Output-Tabelle, die die strukturellen Interdependen-

1) ausgenommen sind die kleinen Tochtergesellschaften ausländischer erstklassiger Großunternehmen.

zen in der Wirtschaft Tanzanias aufzeigen könnte.

Die nachfolgenden Tabellen 32 und 33 stellen einen Versuch der Wirtschaftsplanungsbehörde Tanzanias dar, eine Input-Output-Tabelle zu konstruieren.¹⁾ Die beiden Tabellen bestätigen das Ergebnis der Professoren Peacock und Dosser, die in einer Studie die intersektoralen Beziehungen der Wirtschaft Tanzanias darzustellen versuchten.

"Peacock found that the lack of interdependence is a grave one and illustrated his point by showing that it was possible to fill no more than 23 cells of the interflow matrix out of a total of 306. More, deliveries from domestic production to immediate consumption were only £ 8.3 m as compared to £ 181.6 m delivered to final demand." ²⁾

Die Hauptzüge der hier angegebenen Tabelle sind das Fehlen von intersektoralen Beziehungen zwischen Agrarproduktion und Industrie einerseits und zwischen den einzelnen Branchen innerhalb des industriellen und agrarischen Bereiches andererseits. Die Tabellen demonstrieren das Fehlen von vertikaler Integration der Produktion und somit die Abhängigkeit der Volkswirtschaft von der Güterein- und -ausfuhr.

Die Tabellen 32 und 33 zeigen auch, daß von der exportorientierten Urproduktion kein allzu großer Einfluß auf die Binnenwirtschaft erwartet werden kann, weil zwischen der Erzeugung von Mineralien bzw. Agrarprodukten für den Export und den übrigen Wirtschaftsbereichen nur sehr lose Beziehungen bestehen.

Viele Probleme der Ersparnisbildung und der Verwendung der Ersparnisse sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft keine oder nur geringe Beziehungen bestehen.³⁾

1) Diese Input-Tabelle ist an sich unbrauchbar, dennoch zeigt sie, daß die Gruppen sich nicht gegenseitig beliefern und fast jede Gruppe auch direkt die Endnachfrage versorgt.

2) Eleish, Gamal, E., The Input-Output Model in a Developing Economy: Egypt, in, Barna, Tibor (Ed.), Structural Interdependence and Economic Development Proceedings of an International Conference on Input-Output Techniques, Geneva, London 1963 pp. 199ff hier p. 202.

3) Es soll auch nicht bestritten werden, daß die geringe intersektorale Verflochtenheit zum Teil für Anlagepräferenzen in "traditional activities" verantwortlich ist.

Tab. 32

Input-Output-Tabelle von Tanzania
(Tanganyika) - 1961 - in Mill. £

Kauf und Verkauf nach Industriezweigen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	A	B	C	D	E	F	G	Gesamter Output
1. Stahl								0.1										0.1	13.4	0.4				0.1	13.7
2. Zucker								8.9	7.2	4.5								20.6	6.7		1.3	53.9	0.4	61.5	1.6
3. Andere Früchte								1.4	0.2									1.6	1.8		0.4	13.4		15.6	1.6
4. Viehwirtschaft																		0.5	0.7	0.9	0.4	0.5		17.2	82.1
5. Forstwirtschaft																		0.1							15.6
6. Fischwirtschaft			0.1				0.1		0.2									0.5	0.7	0.9	0.4	0.5			17.2
7. Bergbau																		0.1							1.8
8. Lebensmittel und Getränke							0.2	0.2										0.3	7.4	0.1	0.1	1.7			2.5
9. Andere Produkte							0.1	0.5	0.2		0.5							0.2	7.9		0.1	7.4	1.1	14.2	7.9
10. Gewerbe/Handwerk																		2.5	6.5		0.3	7.1	0.5	14.4	16.9
11. Baugesetze																		14.4				6.0			6.0
12. Elektrizität							0.2	0.1	0.1									1.3	0.1	0.1	0.3	0.3			14.0
13. Handel							0.3	0.2	1.0									6.4	2.1	2.0		14.4			2.1
14. Wohnungsbau											1.8	0.2	0.7					1.5				3.4			18.5
15. Transport							0.1	0.1	0.3				0.9					1.1	2.2	0.8	1.6	9.9			5.0
16. Dienstleistungen													0.3					0.7	0.1			3.6			12.9
17. öffentl. Verwaltung								0.1	0.1																12.9
A. Gesamt	1.0	0.3	0.4	0.1			0.8	11.7	9.3	4.5	2.7	0.2	2.5		2.5	0.7		36.8	49.0	19.1	21.2	123.3	1.2	211.4	248.2
B. Güterimport																									
C. Steuern	1.6	0.2	0.7			0.1	0.8	0.5	3.1						2.4	0.1		15.6	1.9	7.1	2.8	23.8		35.6	51.2
D. Bruttogewinne								0.4	0.1	0.3	0.1		0.4		0.5	0.1		2.3						9.5	11.8
E. Löhne und Gehälter	4.2	0.3	75.3	16.5	2.6	1.6	4.1	0.9	1.9	1.2	1.5	0.8	17.5	6.5	2.5	2.0	0.1	139.5							189.5
F. Produktionswuchs	6.9	0.5		0.6	0.4												12.8	54.0							54.0
G. Gesamt	11.1	0.8	81.0	17.1	3.0	1.6	6.3	1.8	4.4	1.2	5.9	1.4	21.7	6.5	8.6	8.2	12.9	193.5							193.5
	13.7	1.7	82.1	17.2	3.0	1.8	7.9	14.4	16.9	6.0	14.0	2.1	24.9	6.5	14.0	9.1	12.9	248.2	50.9	26.5	24.0	156.3	1.2		504.7

Quelle: Tanzania, Background to the Budget 1966 - 1967 a. a. O. p. 12

Tab. 33

Inverse Matrix

(Endnachfrage nach Inputfaktoren einer Investition im Wert von 1000 £)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Sisal	1000																
2. Zucker		1000															
3. Andere Ackerfrüchte			1000														
4. Viehwirtschaft				1000													
5. Forstwirtschaft	2				1000												
6. Fischwirtschaft						1000											
7. Bergbau und Stein							1000										
8. Lebensmittel und Getränke								1000									
9. Andere Prod. Gewerbe	4	1					5	37	1002				9		59		
10. Handwerk										1000	39	1					
11. Metallgewerbe											1000						
12. Elektrizität												1000					
13. Handel	14	12					20								7		
14. Hausbau	43	73					11	15	65		134	1000	1002		28		
15. Transport	5	7					5	1	7	1					8		
16. Dienstleistungen	6	13					6	8	10		3	1	14		1002		
17. Öffentl. Verwaltung	3	6					3		0						6	1000	
																	1000

in £

Die Wirksamkeit der Marktmechanismen und der von ihnen bewirkten Investitionen hängt aber von der Stärke des Zusammenhanges zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft ab. Die Effekte der Grundlagen und der direkt produktiven Investitionen z. B. würden dann "einfrieren", wenn sie nicht von anderen kompletären Investitionen begleitet werden.

Ähnlich könnten die Aussichten auf Anlagemöglichkeiten die Neigung zur Bildung von investierbaren Überschüssen verstärken. Viele Sparer legen ihre Ersparnisse teilweise im Ausland an, weil es an gewinnbringenden Investitionsmöglichkeiten im Inland fehlt.

Das Fehlen von intersektoralen Beziehungen erschwert die intersektoralen Kapitalübertragungen. ¹⁾ Soweit die Übertragung der Ersparnisse an andere Wirtschaftssektoren nicht gelingt, unterbleibt die Umstrukturierung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion.

Auch die auffallende Konzentration der Investition auf die Gütererzeugung für den Export im Verhältnis zur Produktion für den inländischen Konsum findet eine Erklärung in der intersektoralen Desintegration. Soweit die durch Investition entstandenen Einkommen nicht zum Kauf von Gütern anderer Wirtschaftsbereiche verwendet werden und somit diesen Branchen zum Absatz ihrer Güter verhelfen, besteht nur eine geringe Hoffnung, daß auch in anderen Bereichen investiert wird.

Das Fehlen von interindustriellen Lieferbeziehungen (Zuliefererbetriebe) bei der Produktion von Konsumgütern erfordert den Import von notwendigen Kapitalgütern, industriellen Zwischenprodukten und Transport- und Kommunikationsausrüstungen. Dies verhindert, in Ermangelung von Devisen, auch bei ausreichender Inlandersparnis, die privaten Investitionen in industriellen Bereichen zugunsten der Anlagen in landwirtschaftlichem und städtischem Grundbesitz, Handel und Geldverleih.

D. Die Struktur der Erwerbstätigkeit, Einkommensstruktur, ethnische und regionale Unterschiede

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Merkmale der Erwerbstätigkeit dar-

1) "peasant export production appears to have been largely self-financing" MYINT, H., *The Economics of the Development countries etc.* a.a.O. p. 40.

gestellt und zwar unter dem Gesichtspunkt:

- a) der gesamten Beschäftigungsstruktur
- b) der Lohn- und Gehaltsstruktur
- c) der Einkommens- und Vermögensstruktur
- d) der Berufsstruktur

Besonders interessant für die Kapitalbildung ist die Verteilung des Einkommens zwischen

- a) den verschiedenen ethnischen Gruppen ,
- b) den in- und ausländischen Einkommensbeziehern in Tanzania ,
- c) Land und Stadt,
- d) kleinen Bauern und Großgrundbesitzern (Plantagenbesitzern) ,
- e) Unselbständigen und Selbständigen.

1. Beschäftigungsstruktur

Tab. 34 zeigt die Entwicklung der Zahl der Lohnempfänger nach Hauptwirtschaftsbereichen bzw. -sektoren. Tab. 35 zeigt die strukturelle Entwicklung der Lohnempfänger nach Sektoren, Wirtschaftsbereichen, Staatszugehörigkeit und ethnischen Gruppen.

Das tendenzielle Zurückbleiben der Zahl der Lohnempfänger hinter der Expansion von Produktion und Einkommen ist für alle Entwicklungsländer bezeichnend. Dies ist das Ergebnis der neuen kapitalintensiven Produktionsmethoden der Industrie, der Mechanisierung in der Großproduktion in der Landwirtschaft und der Arbeitsrationalisierung im Dienstleistungssektor bei steigenden Löhnen und Gehältern. ¹⁾

1) Der durchschnittliche Lohn eines männlichen Afrikaners pro Monat ist von Shs. 96 im Jahr 1961 auf Shs. 202 im Jahr 1965, und von Shs. 263 im Jahr 1966 auf Shs. 304 im Jahr 1968 gestiegen. Im privaten Sektor stieg der Lohn von durchschnittlich Shs. 84 (1961) auf Shs. 178 (1965) bzw. Shs. 242 (1966) auf Shs. 309 (1968) im öffentlichen Sektor von Shs. 129 (1961) auf Shs. 252 (1965). Der Anstieg der Löhne und Gehälter für Afrikaner kann auch als Folge verstärkter "Afrikanisierung" bzw. "Lokalisierung" der gehobenen Dienststellen insbesondere in der Verwaltung und Wirtschaft angesehen werden. Die Anzahl von Tanzaniamännern (hauptsächlich Afrikaner) im mittleren und höheren Dienst in der öffentlichen Verwaltung ist von 26.1 % (1961) auf 79.3 % (1968) gestiegen. Tanzania, Statistical Abstract 1966 a.a.O. pp. 1959 und derselbe, Background to the 1969/70 Budget, a.a.O. pp. 27 und 31.

Tab. 34 Entwicklung und Struktur der Beschäftigung nach Zahlen
von Lohnempfängern ^{a)} und Hauptwirtschaftsbereichen
(1958 - 1968 in 1000)

Wirtschafts- zweige	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
1. Landwirt- schaft	213	220	199	205	199	166	164	139	126	124	109
2. Bergbau	12	10	11	12	9	8	8	7	6	6	6
Zwischen- summe	225	230	210	217	208	274	124	146	132	130	115
vH	58	59	59	54	54	51	49	44	39	38	
3. Industrie	21	20	18	26	28	22	24	26	30	31	35
4. Baugewerbe	10	11	9	42	41	28	34	31	37	42	47
5. Öffentl. Versorgung	n.a	n.a	n.a	7	5	4	5	5	5	6	9
6. Transport	8	9	6	21	23	24	26	26	28	30	31
Zwischen- summe	39	40	33	96	97	78	79	88	100	109	112
vH	10	9	9	24	24	23	25	30	30	31	
7. Handel	11	13	13	18	17	16	17	18	21	21	21
8. Dienstlei- stungen	113	111	101	71	65	72	75	81	83	86	91
Zwischen- summe	124	124	114	89	92	88	92	99	104	107	112
vH	32	31	32	22	21	26	26	30	31	31	
Summe	389	393	357	402	388	340	351	334	336	346	352

a) Aus methodischen Gründen sind die Zahlen von 1961 - 1968 mit denjenigen zu-
vor nicht vergleichbar.

Quelle: Tanganyika/Tanzania, Employment and Earnings verschiedener Jahre.

Tab. 35 Beschäftigungsstruktur der Lohnempfänger nach Sektoren,
Wirtschaftsbereichen, Staatszugehörigkeit und ethnischen
Gruppen - 1967
(in Zahlen)

	Tanzania	Ausländer				
		Afrikaner	Europäer	Asiaten	Frauen und Kinder	Gesamt
Gesamte Lohn- empfänger davon	52 529	12 063	2 561	1 193	2 104	23 561
				nach Wirtschaftsbereichen		
Zentralregier- ung	59 390	827	754	759	272	2 612
...	1 675	13	32	100	9	154
EAR&H	11 912	621	91	210	14	1 134
...	934	74	46	132	19	271
Lokalregierung	325 855	37	14	64	95	210
Zwischensumme	23 865	1 172	937	1 265	409	4 383
Privater Sektor	28 674	10 911	2 444	3 920	1 695	18 978
				nach Wirtschaftsbereichen		
Landwirtschaft	27 253	1 498	690	432	322	9 942
Bergbau	4 215	508	210	70	03	965
Ind. Gewerbe	12 471	759	409	1 033	53	2 414
Baugewerbe	26 798	401	307	497	24	1 229
Öffent. Versor- gung	4 864	82	96	132	17	327
Handel	14 432	265	324	1 177	250	2 016
Transport	23 879	1 065	280	576	79	2 000
Dienstleistungen	72 566	1 005	1 059	1 208	1 196	4 468

Quelle: Tanzania, Central Statistical Bureau, Employment and Earnings 1967,
Dar-es-Salaam 1967.

Die sektorale Einteilung der Beschäftigten zeigt, daß an erster Stelle die Primärproduktion ¹⁾ und an zweiter der tertiäre Sektor steht. Damit schwankt die Zahl der Beschäftigten mit der von Witterungs- und Absatzverhältnissen abhängigen Agrarproduktion für Export.

Die Zahl der Lohnempfänger im Dienstleistungsbereich tendiert schneller zu zunehmen. Dies ist die Folge des arbeitsintensiven Charakters der Produktion in diesem Bereich.

Die oligopolistische und monopolähnliche Struktur der Industrieproduktion und die ungewissen Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden schränken die Mobilität der Produktionsfaktoren zwischen Industrie und Landwirtschaft ein und begünstigen daher die Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Das trifft besonders auf die Marginalschichten von Europäern und Asiaten zu, die aufgrund ihrer Nichtzugehörigkeit zu einem bestimmten Stamm beispielsweise Eigentum an Grund und Boden nicht erwerben können.

Die umfangreichen öffentlichen Investitionen im Infrastruktur-, Ausbildungs-, Gesundheits-, Transport- und Verwaltungswesen und die Bedeutung der Außenwirtschaft, sowie die einseitige Einkommenskonzentration in den Händen der sog. "tiny minority" ²⁾ mit deren starker Nachfrage nach Hausangestellten, begünstigen auch die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich.

Ein anderes wichtiges Merkmal der Beschäftigung ist die große Anzahl der sog. gelegentlichen Lohnempfänger ³⁾ (casual wage earners), die etwa 17 % der gesamten Lohnempfänger im Jahr 1966 ausmachten; dies bedeutet eine Zunahme von 27 % gegenüber 1965.

Ein großer Teil dieser Gelegenheitsarbeiter ist im Baugewerbe (25 % im Jahr 1966) und in der Landwirtschaft tätig.

Ihre Jahreslohnsumme betrug Shs. 93.7 Mill. im Jahr 1966, das sind 9 % der gesamten Jahreslohnsumme (1966).

1) In der Landwirtschaft werden nur Plantagenarbeiter erfaßt. Die Zahl der Lohnempfänger in den Sisal-, Tee-, Kaffee- und Zuckerplantagen betrug 88 % der gesamten Lohnempfänger im Jahr 1968 (85 % im Jahr 1967) und ihre Jahreslohnsumme 92 % der gesamten Jahreslohnsumme in der Landwirtschaft.

2) LIGTHART und ABBAI fanden für Kongo (Kinshasha), daß die Nicht-Afrikaner etwa 38 %, die Afrikaner 5 % ihrer verfügbaren Einkommen für Dienstleistungen verausgabten. LIGTHART ABBAI, a. a. O. p. 40.

3) Selten würde es gelingen, die Einkommen der Gelegenheitsarbeiter exakt zu ermitteln und direkt zu besteuern.

Die Beschäftigungsstruktur der Entwicklungsländer, einschließlich Tanzanias, ist durch eine große Anzahl von Beschäftigten in unabhängiger Stellung und von mithelfenden Familienangehörigen ¹⁾ charakterisiert.

Das Verhältnis von Selbständigen und Unselbständigen war in Angola 6 : 8 (1960), Botswana 211 : 21 (1964), Elfenbeinküste 15 : 2 (1964), Gabun 1 : 4 (1963), Ghana 2 : 4 (1960), Liberia 17 : 9 (1962), Malawi 2 : 6, Sierra Leone 4 : 1. ²⁾

Das Verhältnis von mithelfenden Familienangehörigen zu den gegen Lohn beschäftigten Personen war in Angola 4 : 78 (1960), Botswana 8 : 21 (1964), Elfenbeinküste 15 : 21 (1964), Gabun 11 : 4 (1963), Ghana 3 : 5 (1960), Liberia 1 : 9, Sierra Leone 4 : 1 und Mauritius 2 : 160. ³⁾

Entsprechende Statistiken für Tanzania waren nicht zu erhalten. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Zahl der Selbständigen im modernen Sektor bei weitem die Zahl der unselbständigen Arbeitnehmer übersteigt. Die Dominanz der familiengebundenen (family-type firms) Betriebe und der Einfluß der Sippenwirtschaft, Großfamilie der Afrikaner und Asiaten, der Religion, Sitten und des Mangels an formaler und technischer Ausbildung auf die Art der Beschäftigung und berufsmäßigen Tätigkeiten, begünstigen die Beschäftigung von mithelfenden Familienangehörigen.

Ein wesentliches Charakteristikum der Beschäftigungsstruktur Tanzanias ist die relativ kleine Anzahl von Lohnempfängern weiblichen Geschlechts.

Ältere statistische Angaben ⁴⁾ deuten darauf hin, daß die Zahl der Lohnempfängerinnen je nach verschiedenen rassischen Gruppen unterschiedlich ist. So betrug die Zahl der weiblichen Arbeitnehmer 10,6 % der gesamten Lohnempfänger, 10,4 % bei den Afrikanern und 14,1 % bei Nicht-Afrikanern im Jahr 1961. Etwa 26 % der europäischen, 1 % der Asiaten und 6 % der sonstigen nicht-afrikanischen Arbeitnehmer im Jahr 1961 waren weiblichen Geschlechts.

1) Ebenso ist es schwierig, die Einkommen dieser Gruppe und der Hausangestellten vollständig zu erfassen und direkt zu besteuern.

2) International Labour Office (ILO), Yearbook of Labour Statistics 1969, Geneva 1970 pp. 317, 373 und 376.

3) ILO, Yearbook of Labour Statistics 1969, Geneva 1970 pp. 317, 373 und 376.

4) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderberichte: Tanzania, a. a. O. S. 3.

Das bedeutet, daß nicht nur Schul- und Berufsausbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten und die ökonomische Lage die Anzahl der weiblichen Beschäftigten bestimmen, sondern daß auch Einstellung zur Arbeit, Sitten und Gebräuche, sowie die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, aus der sie kommen, maßgeblich sind. Solche Tatsachen aber stehen den Bestrebungen der Mobilisierung der Arbeitskräfte (einschließlich Frauen) in Tanzania und überhaupt in Afrika entgegen.

Hinsichtlich der Besteuerung kommt den gegen Lohn beschäftigten Frauen und Jugendlichen im Alter unter 18 Jahren besondere Bedeutung zu, weil diese in Tanzania nicht besteuert werden. Frauen und Kinder machen aber etwa 9 % der gesamten ausländischen Beschäftigten aus.¹⁾

Vom Standpunkt der Ersparnisbildung spielt nicht nur die Haushaltsgröße eine Rolle, sondern auch die Zahl der Verdienner in einem Haushalt, d. h. die Sparfähigkeit eines Familienvorstandes wird umso höher, je größer die Anzahl der Erwerbstätigen in der Familie bzw. je kleiner die Zahl der Versorgungsabhängigen (Erwerbslose, Arbeitslose, Kinder und ältere Leute) ist, die vom Einkommen des Verdienenden unterstützt werden müssen.

Gemessen an der gesamten Zahl der einzelnen ethnischen Gruppen, läßt sich entnehmen, daß ein größerer prozentualer Anteil an Mitgliedern asiatischer und europäischer Familien gegen Lohn beschäftigt ist, von der nicht geringen Anzahl von Selbständigen im Handel, Gewerbe und in der Industrie ganz abgesehen. Das bedeutet, daß bei gegebener Haushaltsgröße und -struktur die Sparfähigkeit der asiatischen und europäischen Arbeitnehmer größer ist als die der afrikanischen mit gleichem Arbeitseinkommen.

Auch regionale und örtliche Unterschiede charakterisieren die Beschäftigungsstruktur Tanzanias. Etwa 138700 oder 40 % der gesamten erwachsenen männlichen Lohnempfänger im Jahr 1967 waren in den Städten, d. h., 10 % der gesamten Stadtbewohner waren gegen Lohn beschäftigt. Etwa 60 % der erwachsenen männlichen Lohnempfänger befanden sich auf dem Lande.

Von den städtischen Lohnempfängern waren 6 % der Landwirtschaft, dagegen 96 % auf dem Lande beschäftigt. Das gleiche gilt für die Lohnempfänger im Bergbausektor. In der Industrie machten die Stadtbewohner 77 %, im Baugewerbe 54 %, in der

1) Ebenso groß kann auch die Zahl der gegen Lohn beschäftigten Frauen und Kinder tanzanianischer Staatszugehörigkeit angenommen werden.

Strom- und Wasserversorgung 80 %, im Handel 84 %, im Transport 73 % und im Dienstleistungsgewerbe 47 % der Gesamtlohnempfänger aus.

Stellt man die Jahreslohnsumme und die Zahl der städtischen bzw. ländlichen Lohnempfänger in den verschiedenen Wirtschaftszweigen einander gegenüber, so erklärt diese Beschäftigungsstruktur die Verteilung der Lohneinkommen zwischen Stadt und Land.

Tab. 35 zeigt die Distribution der gesamten Lohnempfänger verschiedener ethnischer Gruppen nach Sektoren und Wirtschaftszweigen. Ausländer machen etwa 9 % der gesamten Lohnempfänger aus, beziehen aber 33 % der gesamten Jahreslohnsumme.

Etwa 83 % der Ausländer und 90 % der Inländer sind im privaten Sektor beschäftigt. Im privaten Sektor arbeiten 87 % der Afrikaner, 86 % der Asiaten und 67 % der Europäer.

Im öffentlichen Sektor konzentriert sich der Ausländer auf die Zentralregierung und die ostafrikanischen öffentlichen Organisationen, insbesondere EAR and H. In diesen Organisationen arbeiten 39 % der gesamten im öffentlichen Dienst tätigen Ausländer und 6 % aller im öffentlichen Dienst tätigen Inländer. Über 20 % der gesamten ausländischen europäischen, 40 % der asiatischen und 52 % der afrikanischen Beamten arbeiten in den ostafrikanischen Organisationen. Dagegen arbeiten nur 5 % der gesamten Tanzanianer (Beamte) in ostafrikanischen Organisationen.

Diese Vergleichszahlen lassen feststellen, daß die Ausländer am Arbeitsmarkt in diesem Bereich in Tanzania dominieren.

Von großer Bedeutung ist die Verteilung der In- und Ausländer verschiedener ethnischer Gruppen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige. Viele Ausländer arbeiten in der Landwirtschaft, im Dienstleistungsgewerbe, Handel und in der Industrie. Diese Distribution entspricht zum Teil der strukturellen Verteilung der ausländischen privaten Investitionen (vgl. Tab. 29 S.112), jedoch nicht unbedingt dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

2. Lohn- und Gehaltsstruktur

Die Lohn- und Gehaltsstruktur Tanzanias ist charakterisiert durch ausgeprägte Unterschiede zwischen

- a) ethnischen Gruppen,
- b) in- und ausländischen Arbeitnehmern,

c) gelernten und ungelernten Arbeitnehmern bzw. Berufsgruppen,

d) Regionen bzw. Orten.

Die Tab. 35 zeigt die Verteilung der Arbeitnehmer nach bestimmten Lohngruppen. Es ist aus Tab. 35 zu ersehen, daß 57 % aller Arbeitnehmer weniger als Shs. 200 monatlich erhalten. Eine Umschichtung in der Lohn- und Gehaltsstruktur zugunsten der höheren Lohngruppen ist aus der Tab. 36 zu entnehmen. ¹⁾

Das allgemein niedrige Lohnniveau entspricht mehr oder weniger der niedrigen Produktivität der Arbeitskräfte. Daß es keine strikte Korrelation zwischen der Produktions- und Lohnentwicklung gibt, liegt an der Unvollkommenheit am Arbeitsmarkt.

Vom Standpunkt der Kapitalbildung aus können keine beträchtlichen freiwilligen Ersparnisse aus diesem Lohn- und Gehaltseinkommen erwartet werden, es sei denn, daß die Lohnempfänger noch zusätzlich Besitz- oder Substanz Einkommen beziehen, was ihr Gesamteinkommen abermals erhöht.

Tab. 36 Männliche erwachsene Lohnempfänger tanzanianischer
Staatszugehörigkeit nach Lohngruppen - 1963 - 1968

Lohngruppe Sha./Monat	Zahl der Arbeitnehmer in 1000						1968 vH
	1963	1964	1965	1966	1967	1968	
weniger als 100	57	55	20	15	14	13	5,3
100 - 149	139	144	82	59	51	53	21,8
150 - 199	46	47	78	72	68	70	28,8
200 - 299	28	33	36	43	44	43	17,7
300 - 399	13	14	17	18	22	25	10,4
400 - 499	5	7	8	9	9	10	4,2
500 - 749	5	5	7	11	13	15	6,3
750 - 999	1	2	2	4	4	5	2,1
1000 und darüber	1	2	3	6	7	8	3,4

Quelle: Schädler, K., a.a.O. p. 26 Tanzania, Background to the 1969/70 Budget
a.a.O. p. 27.

1) Dies ist nach den lohn- und einkommenspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre nach der Unabhängigkeit und der Tatsache, daß mehr und mehr Afrikaner nach dem Abzug der "expatriates" in die höheren Lohngruppen eingestiegen sind, zu verdanken.

Ein zweites wichtiges Charakteristikum der Lohn- und Gehaltsstruktur in Tanzania ist die Disparität im Lohn- und Gehaltssystem zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, mit den Europäern an der Spitze der Skala, den Asiaten in der Mitte und den Afrikanern auf der untersten Stufe der Skala.

Die Tab. 37 zeigt, daß ein Europäer zehn- bis zwölfmal mehr und ein Asiate sieben- bis zehnmal mehr verdient als ein Afrikaner ¹⁾, dessen Lohn etwa Shs. 286 monatlich beträgt (1967).

1) Tanzania leidet unter der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen in den Händen von ausländischen (asiatischen und europäischen) Minderheiten liegen, die über keine politische Macht mehr verfügen, die aber teilweise noch unter dem Einfluß der ehemaligen Kolonialherren stehen, eine gewisse Rassenhoheit und Hautfarbendiskriminierung betreiben und eine Politik der "bewußten Isolation" (Schnittger) auf dem wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gebiet praktizieren.

Die Fülle von Beiträgen über "Problems of Minority in East Africa" beschränken sich erstaunlicherweise auf das Teilproblem der asiatischen Minorität, d. h. unter Ausklammerung der europäischen Minorität. Die Studien konzentrieren sich auf politischen, sozialen (im Zusammenhang mit sozialem Verhalten, der Beschäftigung) und wirtschaftlichen Beitrag der Minorität, um entweder Kritik zu zerstreuen oder Errungenschaften zu bestätigen, oder Sympathien und Verständnis zu werben, oder Aufmerksamkeit auf eigene ökonomische und soziale Probleme zu lenken.

Es gibt keine wissenschaftlichen Arbeiten über andere Probleme der Minorität, z. B. die Rolle der rassischen Minderheiten im Zusammenhang mit Kapitalimport bzw. -export, Sparen, Besteuerung, Investition, Güterimport, Konsum, Transformation von technischen Erkenntnissen und Wissen usw. .

Zum Problem der asiatischen Minderheiten HYDE-CLARC, E. M., some Aspects of Industrial Relations in East Africa, in Progress (London) Vol. 47 Nr. 266 (1960) pp. 280 ff; BHARAT, A., Political Pressures and Reactions in Asian Minority in East Africa, The Program of Modern African Studies, Syracuse, occasional Paper Nr. 12, New York, 1961; ROTSCHILD, D., African Nationalism and Racial Minorities, in East African Journal, December 1965 GHAI, Y. P., The Asian Dilemma in East Africa, in East African Journal, March 1965; GHAI, D. P., An Economic Survey Asians in East Africa, London 1965; derselbe, (Ed.) Portrait of a Minority, Asians in East Africa, Nairobi - London - New York 1965; GHAI, D. P., Asians in East Africa: Problems and Prospects, in Journal of Modern African Studies, March 1965 pp. 35 - 52; SCHÄDLER, a.a.O., pp. 80 - 90, ROTHERMUND, I., a.a.O. insbesondere S. 23 ff.

Tab. 37 Lohnstruktur der Lohnempfänger nach Sektoren, Wirtschaftszweigen, ethnischen Gruppen und Staatszugehörigkeit - 1967

Gesamtjahreslohnsumme in Mill. shs.						
	Tanzanianer a)	Nicht-Tanzanianer (Ausländer)				
Wirtschaftszweig/ Sektor		Afri- kaner	Euro- päer	Asia- ten	Frauen und Kinder b)	Gesamt
A. <u>Gesamtbeschäftigte</u>	857.6	40.2	133.8	85.4	23.7	283.0
B. <u>Nach Sektoren:</u>						
1. Zentralregierung	207.8	5.0	24.0	13.0	4.3	46.3
2. EAP + T	11.0	0.1	1.7	1.6	0.1	3.5
3. EAR + H	45.4	5.5	3.5	3.4	0.2	12.6
4. EAC	6.2	0.7	1.7	2.3	0.3	5.0
5. Lokalregierung	88.5	0.3	0.3	1.0	0.9	2.5
Sub-total	358.9	11.6	31.2	21.3	5.8	69.8
6. Privater Sektor	498.7	28.6	102.6	64.1	17.9	213.2
C. <u>Nach Wirtschaftszweigen:</u>						
7. Landwirtschaft	167.9	17.4	26.3	7.7	0.9	52.3
8. Bergbau	16.8	2.0	9.4	1.7	0.9	14.1
9. Produz. Gewerbe	86.5	3.4	21.4	16.4	1.6	42.8
10. Baugewerbe	63.9	1.8	11.6	8.1	0.3	21.7
11. Öffentl. Versorgung	15.4	0.4	4.0	2.2	0.3	6.9
12. Handel	82.4	1.8	15.9	20.1	3.0	40.8
13. Transport	115.1	7.5	12.1	9.1	1.2	29.8
14. Dienstleistungen	309.6	5.9	33.1	20.2	15.5	74.7
D. <u>Durchschnittl. Monatslohn pro Person in Shs.</u>						
Öffentl. Sektor	299	554	2776	1403	n.a.	
Privater Sektor	277	219	3498	1360	277	
Landwirtschaft	162	167	3316	1497	162	
Bergbau	325	273	3778	1832	325	
Produz. Gewerbe	328	376	4428	1251	328	
Baugewerbe	306	309	3225	1396	306	
Öffentl. Versorgung	335	355	4348	1405	335	
Handel	470	564	4082	1421	470	
Transport	472	640	3693	1274	472	
Dienstleistungen	375	414	2568	1276	375	

a) Angaben über die Aufteilung dieser Gruppen in ethnischen Einheiten waren nicht zu erhalten.

b) Kinder sind Jugendliche unter 18 Jahren.

Quelle: Tanzania, Employment and Earnings 1967 a. a. O.

Tanzania, A Background to the 1969/70 Budget, a. a. O. p. 26

Das Verdienstgefälle ist am größten im privaten Sektor und ist von einem Wirtschaftszweig zum anderen verschieden.

Über die ethnischen Unterschiede im Lohn- und Gehaltssystem schreibt Indira Rothermund:

"In diesen Zahlen kommen die krassen Unterschiede, die die drei Rassen auf dem wirtschaftlichen Gebiet trennen, sehr deutlich zum Ausdruck. Diese Differenzen prägen das Bild der Städte, bestimmen das gesellschaftliche Leben und vergiften die politische Atmosphäre." ¹⁾

Diese Strukturunterschiede im Lohn- und Gehaltssystem sind die Folge der einseitigen kolonialen Wirtschaftspolitik und zeigen die unterschiedliche Bedeutung der verschiedenen ethnischen Gruppen im kolonialen System, im Beruf, in der Ausbildung und Wirtschaft. Insofern ist die Differenzierung im Lohn- und Gehaltssystem eine Folge von historischen, soziologischen, politischen und ökonomischen Entwicklungen.

Diese dreifache Lohn- und Gehaltsstruktur beschränkt sich nicht nur auf Tanzania, sondern erstreckt sich auf andere afrikanische Länder, die europäische und asiatische Minderheiten innerhalb ihrer Landesgrenzen beheimaten, z. B. Kenya, Uganda, Zambia, Malawi usw. (vgl. Tab. 38).

Zum Teil zeigt diese Lohnstruktur die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von ausländischen Arbeitskräften. Vom Standpunkt der Kapitalbildung aus betrachtet, zeigt diese "triple" Lohn- und Gehaltsstruktur, daß die freiwilligen Ersparnisse aus Lohn- und Gehaltseinkommen weitgehend von der Sparbereitschaft rassischer Minderheiten abhängig sind, die sich selbst nicht so mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes identifizieren.

Da die Verhaltensweise dieser Sparer und Investoren durch verschiedene Motive u. a. durch die Labilität in der Politik und Wirtschaft bestimmt wird, spielt das Vertrauen der Minderheiten, die sich ständig durch politische Unsicherheiten bedroht fühlen, für die Zukunft und die Sicherheit ihrer Vermögen eine größere Rolle als das bei den Afrikanern der Fall sein würde.

Ersparnisbildung ist nur von denjenigen zukunftsorientierten Arbeitnehmern zu erwarten, die ein großes Vertrauen zu dem Land und vor allem zu seiner Politik

1) ROTHERMUND, Die politische und wirtschaftliche Rolle der asiatischen Minderheit in Ostafrika, Afrika-Studien, Bd. 6 IPO-Institut für Wirtschaftsforschung, München etc. S. 33.

Tab. 38

Lohnstruktur zwischen Afrikanern und Nicht-Afrikanern
Lohnempfänger in einigen afrikanischen Ländern

1963 - 1967

Land	Jahr	Lohnempfänger			Pro-Kopf-Einkommen	
		Afrikaner	Nicht-afrikaner	Jahreslohnsumme in Landeswährung	Afrikaner L	Nicht-afrikaner L
Rhodesien	1963	581.0	88.0	n.a	114	1217
Zambia	1964	n.a	n.a	n.a	191	1647
Malawi	1965	130.0	5.6	66.7	68	588
Kenya	1965	543.0	51.0	37.9	123	413
Tanzania	1965	275.0c)	10.3d)	20.2c)	44	1156
Uganda	1963	208.4	13.3	n.a	138	1868
Gabun	1963	34.4	2.3	1250.8	97	1058
Dahomey	1963	6.5	0.3	n.a	173g)	850
Mauretanien a)	1966	5.9	2.4	n.a	193g)	2350
Kongo (B) b)	1963	44.3	1.5	n.a	206g)	1682
					85	1044
						2600
						936

- 136 -

Erläuterungen:

a) nur im privaten Sektor; b) privater Sektor und halböffentliche Betrieb; c) Afrikaner, Asiaten und Europäer, die tanzanische Bürger sind; d) nur Asiaten und Europäer (ohne Kinder und Frauen), die nicht tanzanische Bürger sind; e) Nicht-Staatsangehörige; f) nur Europäer; g) in 1000

Quellen: Hellmeier, R., Südrhodesien als Wirtschaftspartner, Bundesstelle für Handelsinformationen (BfH) (Hrsgb.),

Köln 1967, S. 11

Obermeier, H., Mauretanien als Wirtschaftspartner, BfH (Hrsgb.) Köln 1965, S. 73

derselbe, Dahomey als Wirtschaftspartner, BfH (Hrsgb.) Köln 1965, S. 22

Tanzania, Statistical Abstract 1965, a.a.O., pp. 157 und 161

I.L.O., Yearbook of Labour Statistics 1969, Geneva 1970, pp. 317, 373 und 376

haben.

Geht man davon aus, daß Einkommen und Vermögen allgemein die Grundlage des Sozialprestiges bilden, so würden die ethnischen Minderheiten auf jede Politik negativ reagieren, die ihnen die ökonomische Macht und somit das gesellschaftliche Ansehen zu entziehen droht. ¹⁾ Die Minderheiten würden sich beispielsweise gegen jeden Versuch der Verwirklichung eines Nationalistischen Staates wehren, der ihre soziale Prestigestellung zugunsten der Afrikaner zu ändern vermöchte.

In vielen Fällen bestimmen daher Optimismus oder Pessimismus, Sicherheit oder Unsicherheit, Vertrauen oder Mißtrauen, Erfahrung, Wahrnehmung, Beruf, Klassen-, Nationalitäts-, Rassen- oder Gruppenzugehörigkeit, Gewohnheiten, persönliche Überzeugungen und Erwartungen die Sparbereitschaft ²⁾ dieser ethnischen Minderheiten.

Wie gesagt, entfallen 33 % der gesamten Jahreslohnsumme auf 23361 ausländische Arbeitnehmer, die etwa 9 % der gesamten Lohnempfänger Tanzanias ausmachen.

Damit erhebt sich die Frage nach den Auswirkungen einer Politik des personellen "replacement", sog. "Tanzaniasierung", auf Kapitalbildung und Wirtschaftswachstum.

Zum einen soll durch den personellen Ersatz von Ausländern durch Inländer eine "Lokalisierung" der wichtigsten politischen und ökonomischen Entscheidungen im privaten und öffentlichen Sektor geschaffen werden, zum anderen wird damit das Ziel verfolgt, den Abfluß von Lohn- und Gewinneinkommen ins Ausland zu verhindern und damit das inländische Einkommen zu erhöhen, die Zahlungsbilanz zu verbessern und die Spar- und Investitionsquote zu steigern.

Diesen Überlegungen liegt die Annahme zugrunde, daß die personelle "Lokalisierung" im Gegensatz zur Eigentumsübertragung an Inländer den Zufluß von privaten Kapitalimporten und öffentlicher Auslandshilfe nicht beeinträchtigt, die Produktionskosten senkt, die Konsumstruktur auf inländische Güter umlenkt, und damit die Produktion für den inländischen Konsum und somit die Ersparnisse erhöht

1) Hierzu vgl. HOFFMANN, W.G., Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer, in FRITSCH, Bruno (Hrsgb.) Entwicklungsländer, Köln - Berlin 1968, S. 83 - 93 hier S. 87.

2) Vgl. hierzu BOHN, Peter, Konsumenten und Sparverhalten. Ihre Bedeutung für Finanz- und Konjunkturpolitik, in Beiträge zur Forschung der wirtschaftlichen Entwicklung. KAMP, M.E. (Hrsgb.) Heft 4, Stuttgart 1969 insbesondere S. 72 - 97.

und schließlich die Abhängigkeit der Investitionsentscheidungen von Innen- und Außenpolitik vermindert.

Aus wachstumspolitischen Motiven heraus wird gleichzeitig das Ziel verfolgt, die Ausbildung von einheimischen Arbeitskräften zu fördern.

Sobald jedoch außer der Senkung der Arbeitsproduktivität auch noch ein Rückgang des privaten Kapitalimports und der Produktion durch die Politik der "Lokalisierung" der Arbeitskräfte bewirkt wird, verlieren die Hinweise auf die Vorteile bezüglich Zahlungsbilanz, Ersparnisbildung, Ausbildung von einheimischen Arbeitskräften und wachstumspolitischer Förderung bestimmter Aktivität erheblich an Gewicht.

Eine nähere Prüfung der Argumente für eine "Lokalisierungspolitik" zeigt jedoch, daß sie kaum stichhaltig sind, wenn man die enge Beziehung zwischen ausländischen Arbeitskräften und Zufluß von privatem Kapitalimport und der öffentlichen Auslandshilfe in Betracht zieht.¹⁾

Ebenso ist eine Senkung der Arbeitskosten durch die Beschäftigung billigerer einheimischer Arbeitskräfte angesichts des Mangels an unternehmerischen Kenntnissen und technischem Wissen im Rahmen der "Lokalisierungspolitik" nicht zu erwarten.

Selbst wenn dadurch die Importe vermindert und die Einkommensausgaben für Inlandsprodukte verstärkt werden, kann eine Steigerung der Ersparnisbildung und Investitionen nicht unbedingt herbeigeführt werden, wenn die Konsum-, Import- und Investitionsneigung der neuen Bezieher höherer Einkommen von denen der früheren nicht grundsätzlich verschieden sind.

Spürbare Vorteile können über die Zahlungsbilanz durch Reduzierung von öffentlichen und privaten Übertragungen in Form von Pensionen, Altersversorgung und Überweisungen erzielt werden.

Auch über die Besteuerung können die Einnahmen durch das Entfallen von sog. "inducement bonus" und "fringe benefits"²⁾ erhöht werden.

1) Dies liegt auch darin, daß sich die ausländischen Arbeitskräfte auf den privaten Sektor konzentrieren. Die größten Lohngefälle zwischen In- und Ausländern verschiedener ethnischer Gruppen sind auch in diesem Sektor zu finden.

2) z. B. freie Wohnungen, Reise zwischen dem Gastland und der Heimat

Einfach festzustellen ist die Diskrepanz zwischen den Löhnen und Gehältern für gelernte und ungelernte Arbeiter und Angestellte. Nach ILO-Statistiken ¹⁾ beträgt das Lohnverhältnis für einen gelernten und ungelernten Arbeiter:

2.87 in Kongo (Brazzaville), 2.68 Kongo (Kinshasha), 2.53 in Senegal, 2.12 in Mexiko, 2.11 in Tanzania, Algerien 2.01, Elfenbeinküste 1.97, Indien 1.68, Frankreich 1.39 (1962) und Großbritannien 1.18 (1962).

Diese Unterschiede im Lohnsystem spiegeln starke Differenzierungen der einzelnen Schichten wider. Die Diskrepanz zwischen erlerntem Beruf, Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten sowie Mangel an alternativen Berufsmöglichkeiten zwingt auch die gelernten Arbeiter Hilfsarbeiten zu übernehmen. Dies ist natürlich eine latente Ursache für soziale und politische Spannungen, die der Entwicklung entgegenstehen.

Ein anderes Merkmal der Lohn- und Gehaltsstruktur Tanzanias ist die Disparität zwischen Stadt und Land. In Tanzania lebten etwa 677780 (1967) Menschen in der Stadt, davon 45480 Lohnempfänger (1967) ²⁾, die 40 % aller Lohnempfänger im ganzen Land ausmachten und 700 Mill. Shs. im Jahre (1967) verdienten, oder 56 % der gesamten Jahreslohnsumme des Landes (1,259 Mill. Shs.).

Auf dem Land lebten dagegen 11,2 Mill. Menschen (1967), davon nur 208050 Lohnempfänger, die 60 % der gesamten Lohnempfänger ausmachten und 44 % (oder 559 Mill. Shs.) der gesamten Jahreslohnsumme Tanzanias versteuerten (1967).

Derartige Unterschiede im Arbeitseinkommen zwischen Land und Stadt führen zu konstanten Arbeitskonflikten und ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen denjenigen, die dem Lande und denjenigen, die der Stadt in der Wirtschaftsentwicklung den Vorzug geben wollen. ³⁾ Sie intensivieren den schnellen Verstädterungsprozeß und dessen soziale und politischen Auswirkungen und das

1) Zitiert nach TURNHAM, D., The Employment Problem in Less Developed Countries, A Review of Evidence, OECD, Development Centre, Paris (mimeo) p. 106.

2) Das sind etwa 6 % der gesamten Stadtbewohner.

3) Hierzu, Nyrere, Julius, K., The Arusha Declaration, in Ujamaa Essays on Socialism, Dar-es-Salaam- Nairobi - London - New York, 1968 pp. 13 - 37 hier insbesondere pp. 26 ff.

Bestreben der Regierung, die ländliche Produktion zu diversifizieren ¹⁾, um damit die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land einzuengen.

Die Jahreslohnsumme der ausländischen Frauen und Kinder, die in vielen Fällen nicht besteuert werden, macht 8 % der gesamten Jahreslohnsumme ausländischer Arbeitskräfte aus. ²⁾ Das bedeutet, daß ein Lohneinkommen von etwa 24 Mill. Shs. nicht besteuert wird. ³⁾

3. Einkommens- und Vermögensstruktur

a. Vermögens- und Einkommensverteilung und Ersparnisbildung

Zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum besteht eine wechselseitige Beziehung: einerseits beeinflußt das Wirtschaftswachstum über die Strukturveränderungen die Vermögens- und Einkommensstruktur, andererseits bestimmt die Vermögens- und Einkommensverteilung die Aufteilung von Einkommen auf Konsum und Investition und damit das Wirtschaftswachstum. Insofern ist die Kapitalbildung eine Funktion u. a. der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Es kann sein, daß eine unmittelbare Beziehung zwischen personeller Einkommens- und Vermögenshöhe und privater Sparfähigkeit besteht, daß also die Sparfähigkeit einer Person, einer Einkommensschicht bzw. -gruppe mit deren zunehmendem Einkommen und Vermögen steigt.

Es ist aber fraglich, ob es eine ähnliche unmittelbare Beziehung zwischen der Vermögens- und Einkommenshöhe und der Sparneigung gibt. Die Sparneigung nimmt nicht deshalb zu, weil das Einkommen und Vermögen gestiegen ist. Der Ansicht, daß mit zunehmender Einkommenskonzentration in den Entwicklungsländern die Sparneigung steigt, kann nicht beigeprlichtet werden. Man kann vielmehr die Auffassung vertreten, daß die Einkommenskonzentration in den Entwicklungsländern den Konsum importierter Güter (und den Kapitaltransfer ins Ausland) stimuliert. ⁴⁾

Es läßt sich sogar denken, daß die Sparneigung mit zunehmender Konzentration

1) Die Diversifikation der ländlichen Produktion ist aber nur möglich bei Ausweitung der Geldwirtschaft und Kaufkraft der Bevölkerung.

2) Es liegt auch nahe zu vermuten, daß es auch ebenso viele Frauen und Kinder tanzanianischer Staatszugehörigkeit gibt.

3) Aussagen über die Steuerverluste sind aber nicht leicht zu machen.

4) Die Hauptgründe liegen in der Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Import und in dem Fehlen von Anlagemöglichkeiten im Inland.

der Einkommen und Vermögen, die ja auch in vielen Fällen der Besteuerung entgegen, abnimmt.

Die obige Ansicht trifft für solche Entwicklungsländer zu, in denen der Grundbesitz (Vermögen) als Hauptfaktor bei der Einkommensdifferenzierung eine große Rolle spielt. In Afrika, anders als in Südamerika und Asien, bestimmen die Lohn- und Gewinneinkommen die Struktur der Einkommensverteilung.¹⁾ Es sind daher andere Faktoren maßgebend, die die Sparneigung verschiedener Schichten der Einkommensbezieher bestimmen.

Es ist denkbar, daß die Sparquote der Bezieher höherer Einkommen nicht deshalb niedrig ist, weil sie mehr konsumieren und wenig sparen, sondern weil sie Einkommenstransfers an "deficit spending units" leisten müssen.²⁾

Während die Einkommenstransfers vom "modernen" in den "traditionellen" Sektor die Sparquote der Afrikaner mit höheren Einkommen generell niedrig halten, beruht die niedrige Sparquote asiatischer und europäischer Minderheiten, die alle im "modernen" Sektor stehen, und solche Einkommenstransfers in den "traditionellen" Sektor nicht zu leisten haben, auf den hohen Importen³⁾ und Transfers von Kapital und Gewinn ins Ausland.

Eine vollständige Analyse der Ersparnisbildung erfordert neben den Erkenntnissen über die funktionelle und personelle Einkommensverteilung auch noch Auskunft über die Durchschnitts- und Grenzneigungen zum Sparen einzelner Einkommensschichten innerhalb der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen.

b. Einkommensgruppen nach Einkommensarten

Die Tab. 39 zeigt die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens auf die privaten Haushalte selbständiger Bauern, Unternehmer, unselbständiger Lohnempfän-

1) Damit muß der Einfluß der illiguiden und liquiden Vermögen und der Einkommensart auf die Sparneigung getrennt untersucht werden.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O. S. 36.

3) Ligthart und Abbai zeigten, daß die Nichtafrikaner im Kongo (K) 8 % ihrer Konsumausgaben für im Kongo erzeugte Güter verwendeten, aber 24 % für Importe, 38 % für Dienstleistungen und 30 % für Steuern und Ersparnisse. Die Afrikaner dagegen gaben 40 % ihrer Einkommen für heimische Güter, 22 % für Importe, 5 % für Dienstleistungen und 6 % für Steuern und Ersparnisse aus. Etwa 27 % der Einkommen der Afrikaner flossen dem "traditionellen" Sektor zu; vgl. LIGTHART and ABBAI a.a.O. p. 40.

ger und auf den öffentlichen Haushalt.

Tab. 39 Die Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommensarten und Einkommensempfängerkategorien

Jahr	1960/62 Mill. Shs.	%	1968 Mill. Shs.	%
1. Nicht-monetäres Einkommen	1362	37,2	1664	30,6
2. Monetäres Einkommen	2304		3769	
21. Einkommen der Bauern	574	15,6	922	17,0
22. Lohn Einkommen	1066	29,1	1684	31,0
23. Einkommen aus Vermögen	76	2,1	131	2,4
24. Gewinneinkommen	466	12,7	796	14,7
3. Staatseinkommen	122	3,3	236	4,3
Summe: Volkseinkommen	3666	100,0	5433	100,0

Quelle: Tanzania Background to the Budget 1969/70 a. a. O. p. 4

Die obige Tab. bietet einen Überblick über die Sparfähigkeit der einzelnen Einkommensgruppen. Die knapp 352000 Lohnempfänger (1968) oder 3 % der Bevölkerung steuern 29 % des Volkseinkommens bei, während die Bauern, die beinahe 94 %¹⁾ der Bevölkerung ausmachen, nur 17 % des Volkseinkommens beanspruchen. Die Unternehmer und Vermögensbesitzer, die etwa 3 % der Bevölkerung ausmachen, kontrollieren 15 % des Volkseinkommens.

Während der Anteil der Bauern am monetären Volkseinkommen 24 % beträgt, machen die Lohn Einkommen 45 % und die Einkommen aus Gewinn und Vermögen 25 % des monetären Volkseinkommens aus.

Es ergibt sich ein Pro-Kopf-Einkommen von Shs. 844 im Jahr für Bauern, Shs. 4787 für Lohnempfänger und Shs. 1534 für Selbständige²⁾ gegenüber einem nationalen Durchschnitt von Shs. 452 pro Kopf.

1) Gesamtbevölkerung weniger als 6.2 % (Stadtbevölkerung) oder 950160 Personen. Es wird angenommen, daß alle auf dem Lande Lebenden Bauern sind.

2) Es wird angenommen, daß fast alle Selbständigen (außer Bauern) in Städten wohnen, so daß man ihre Zahl durch Abzug der städtischen Unselbständigen von der gesamten Stadtbevölkerung erhält etwa 598160 Personen.

Aufgrund der Pro-Kopf-Einkommen, ohne Einzelheiten über die individuellen Einkommen, Sparmotive, Lage und Gestalt der individuellen Sparfunktionen, läßt sich vermuten, daß die städtischen Lohnempfänger und Selbständigen in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden.¹⁾

Für die vollständige Analyse der privaten Ersparnisbildung bieten die Tab. 39 und die Pro-Kopf-Einkommenszahlen keine ausreichende Grundlage, da sie keine Einsicht in die personelle Distribution des Einkommens innerhalb der Einkommensgruppen vermitteln. Ein hohes oder zunehmendes Pro-Kopf-Einkommen erlaubt noch keineswegs den Schluß auf eine hohe Sparneigung der Einkommensbezieher.

Da in Tanzania statistische Angaben über die personelle Einkommensverteilung innerhalb verschiedener Einkommensschichten bzw. sozio-ökonomischer Gruppen fehlen, es Angaben über durchschnittliche Sparquoten bestimmter Gruppen von Einkommensbeziehern nicht gibt und daher ein direkter Schluß auf durchschnittliche und Grenzneigungen zum Sparen privater Haushalte bzw. sozio-ökonomischer Gruppen nicht möglich ist, bleibt nur noch ein indirekter Schluß auf die Sparneigung durch Untersuchungen der Verhaltensweisen und Motivationen der nach soziologischen Merkmalen umgruppierten Einkommensbezieher.²⁾

Berücksichtigt man die Produktionsstruktur Tanzanias und trägt der Theorie des ökonomischen und soziologischen Dualismus Rechnung, so empfiehlt sich eine Einteilung der Einkommensempfänger nach Einkommensarten und Standort:

a) Bezieher von Einkommen aus der Landwirtschaft

1. Schicht der Bauern
2. Schicht der Großplantagenbesitzer

b) Bezieher von Lohneinkommen

3. Schicht der städtischen Arbeiter
4. Schicht der Beamten und Angestellten

c) Bezieher von Einkommen aus unternehmerischen Tätigkeiten und Vermögen

5. Schicht der kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe
6. Schicht der großen Unternehmer in Industrie und Handel.

Wir nehmen an, daß diese sozio-ökonomischen Gruppen gleiche oder ähnliche Spar-

1) Auf Einkommensbezieher von Einkommen aus verschiedenen Einkommensquellen wurde keine Rücksicht genommen.

2) Vgl. auch SCHELLE, H., a.a.O. S. 31 - 33.

und Investitionsverhalten aufweisen.

Die Sparneigung und die Bedeutung der Ersparnisse dieser sozio-ökonomischen Gruppen werden im folgenden Kapitel untersucht.

Diese Einteilung bedingt daher die Darstellung der Einkommens-Distribution nach bestimmten Gesichtspunkten:

1. Einkommensdisparität zwischen Bauern und Großplantagenbesitzern (vgl. Tab. 21 S. 96).
2. Einkommensdisparität zwischen Land-¹⁾ und Stadtbevölkerung.
3. Einkommensdisparität zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen.
4. Einkommensdisparität zwischen In- und Ausländern.

c. Einkommensdisparität zwischen Land- und Stadtbevölkerung

Statistische Angaben über die personelle Einkommensverteilung unter der Land- und Stadtbevölkerung gibt es nicht.

Die Tab. 39 zeigt in etwa die Einkommensquellen für die Land- und Stadtbevölkerung. Nimmt man an, daß Einkommen aus Gewinn und Vermögen für die Landbevölkerung eine geringere Rolle spielen und daß vielmehr die Landbevölkerung den größten Teil ihres Einkommens aus der Agrarproduktion, aber auch aus Lohnarbeit bezieht, und läßt man schließlich das Staatseinkommen unberücksichtigt, so betrug das monetäre Einkommen der Landbevölkerung Shs. 2873.2²⁾ Mill. und das der Stadtbevölkerung Shs. 845 Mill.

Stellt man die Einkommen der Land- und Stadtbevölkerung gegenüber, so ergibt sich ein Pro-Kopf-Einkommen von Shs. 261 pro Jahr auf dem Lande und Shs. 890 pro Jahr in der Stadt.

1) Landbewohner können in weitere zwei sozio-ökonomische Gruppen eingeteilt werden, abhängige d. h. die gegen Lohn im privaten und staatlichen Sektor beschäftigten Personen einerseits und selbständige Bauern und Händler andererseits.

In vielen Fällen betreiben die Bauern auch Händlertätigkeiten.

2) Setzt sich aus bäuerlichen Agrareinkommen Shs. 915 Mill. (1967) und Shs. 1952.2 Mill. Lohneinkommen (1967) zusammen, das sind 56 % der gesamten Lohneinkommen. Siehe Ausführungen über Lohneinkommen. S.131 ff.

Es gibt eine Reihe von Gründen für das Einkommensgefälle zwischen Land und Stadt. Einmal liegen die Gründe in der Beschäftigungsstruktur und in der damit zusammenhängenden Lohnstruktur.

Während der größte Teil der auf dem flachen Land lebenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, arbeitet der größte Teil der Stadtbevölkerung im "modernen" Sektor der Wirtschaft.

Auf dem Lande bildet die landwirtschaftliche Marktproduktion die Haupteinkommensquelle der Landbevölkerung. Agrareinkommen schwanken aber erheblich, weil die Produktion vom Einfluß der Witterungsverhältnisse und der Absatz der Agrarprodukte von Marktverhältnissen abhängig ist.

Die Produktivität und Produktion in der Landwirtschaft sind wegen der technologischen Starrheiten (unveränderte Anbaumethoden), der institutionellen Schwierigkeiten, mangelnden Ausbildung, unzureichenden gesundheitlichen Verhältnisse und der Anpassungsunfähigkeit der Produktions- und Sozialstruktur niedrig.

Einen vollständigen Katalog der außermarktwirtschaftlichen Kräfte aufzustellen, die die Preise auf dem Faktor Güter- und Dienstleistungsmarkt bestimmen, ist weder beabsichtigt noch erforderlich. Aber ein Bündel von generellen, wirtschaftspolitischen, sozial-, agrar-, finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen verstärkt die bestehenden Unvollkommenheiten auf dem Faktor- und Gütermarkt und wirkt sich in stärkerem Ausmaß auf die Zinsen, Löhne und Güterpreise aus, die ihrerseits die Einkommen auf dem Lande und in der Stadt sehr unterschiedlich beeinflussen.

Neben den ungünstigen internen "terms of trade" in bezug auf landwirtschaftliche Produkte, etwa im Gegensatz zu Industrieprodukten, verschärfen die auf der Export-, Import-, Umsatz- und Verbrauchsbesteuerung basierenden Staatseinkommen, die Realeinkommensdisparität zwischen Land und Stadt. Diese Steuern sind degressiv, betreffen hauptsächlich die Bezieher niedriger Einkommen, insbesondere auf dem Lande und erhöhen die Kapital- und Konsumgüterpreise erheblich zu ungunsten der Landwirtschaft und damit der Landbevölkerung.

Solange jedoch ein erhebliches Einkommensgefälle zu ungunsten der Bauern besteht, wodurch natürlich auch ihre Sparfähigkeit niedrig gehalten wird, kann nicht erwartet werden, daß die Bauern freiwillig nennenswerte Überschüsse bilden.

Ebenso erscheint das noch heute bestehende Steuerlastgefälle zugunsten der Bauern bisher ihre Sparfähigkeit und freiwillige Spartätigkeit kaum erhöht und gefördert zu

haben.

d. Einkommensdisparität zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen

Die Tab. 40 zeigt die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen: auf der untersten Stufe der Skala stehen die Afrikaner mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 18 pro Jahr und auf der obersten die Nichtafrikaner mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1371 pro Jahr. ¹⁾

Gleiche Verhältnisse herrschen auch in Kenya und Uganda in unterschiedlichem Niveau.

Die Verteilung des Einkommens ist kein einfaches Phänomen. Sie ergibt sich aus dem komplizierten Zusammenwirken der verschiedenen Tendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Einkommensdisparität zwischen den ethnischen Gruppen in Tanzania kann nicht deshalb allein durch marktwirtschaftliche Kräfte oder durch Dynamik der ökonomischen Entwicklung, die durch Wandlungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen gekennzeichnet wird, erklärt werden. Hinzu kommen die Besitzverhältnisse, Rechtsordnung, Organisation der Wirtschaft, die Wirtschaftspolitik sowie das historische und politische Element. So beruhen beispielsweise die bestehenden ethnischen Wohlstandsunterschiede auf dem kolonialen, einseitigen, politischen, ökonomischen und sozialen System, das insgesamt auf die Förderung weniger Gruppen ausgerichtet werden war. ²⁾

Betrachtet man die drei Einkommensarten (Arbeitseinkommen, Unternehmereinkommen und monetäres Einkommen aus der Landwirtschaft) im Lichte der Unvoll-

1) Das Pro-Kopf-Einkommen eines Europäers und eines Afrikaners im "modernen" und "traditionellen" Sektor in der ehemaligen Föderation von Rhodesien und Nyasaland (1969) und im ehemaligen belgischen Kongo (1958) betrug 600 und 14 bzw. 10 oder 24 und (1000 bfr.) 150.00, 4.09 bzw. 1.39 oder 2.09. TAYLOR, W.L., Problems of Economic Development of the Federation of Rhodesia and Nyasaland ... ROBINSON, E.A.G. (Ed.) a.a.O. p. 238 und BEZY, Fernand, Problems of Economic Development of Congo, in derselbe, a.a.O. p. 84.

2) z. B. nach der Unabhängigkeit werden die Afrikaner stärker als die Nicht-Afrikaner gefördert.

Tab. 40

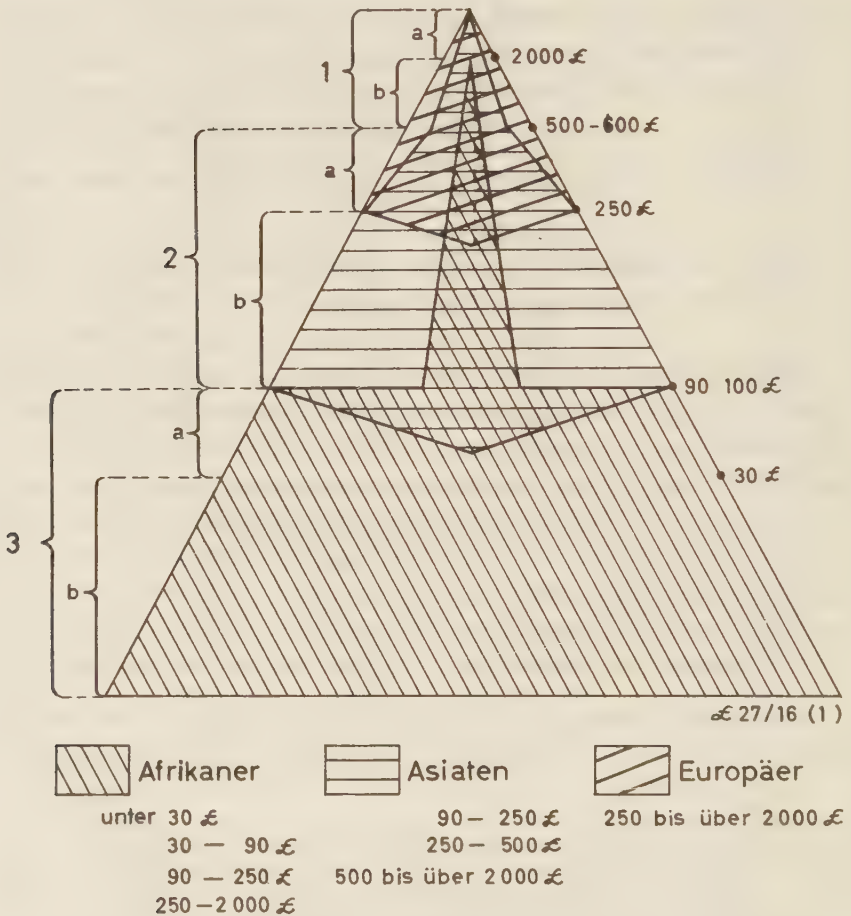
Einkommensverteilung zwischen Afrikanern und Nicht-Afrikanern in Tanzania, Kenya und Uganda - 1962

(Mill.)

Land	Tanzania	Kenya	Uganda
A. Bruttosozialprodukt	211.4	244.1	156.7
1. Monetäre BIP	136.8	180.9	107.9
2. nicht-monetäre BIP	74.6	63.2	48.7
B. Afrikaner: (in 1000)	9419	6920	8325
3. Arbeitseinkommen	36.5	44.9	23.2
4. Einkommen aus Landwirtschaft	30.0	11.7	40.0
5. Unternehmereinkommen	9.4	8.1	4.5
6. monetäres Einkommen	75.9	61.1	71.3
7. monetäres Einkommen Zwischensumme	150.5	124.3	120.0
C. Nicht-Afrikaner: (in 1000)	141	270	96
8. monetäres Einkommen	52.3	108.0	27.9
D. 9. (6) in % von (1)	55	33.8	66.1
10. (8) in % von (1)	38.2	25.9	59.7
E. 11. Pro-Kopf-Einkommen: Afrikaner (£)	8.1	7.3	10.3
12. Pro-Kopf-Einkommen: Nicht Afrikaner (£)	371	400	291

Quelle: B. van Arkadie, and D. Ghai, The East African Economies, Kenya, Uganda and Tanzania in: P. Robson and D.A. Lury, The African Economies, London 1969 p. 324

Jahres - Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen rassisch - ethnischen Gruppen in Kenya



Anmerkung (1): Außerhalb Nairobi und Mombasa sind die Löhne und Gehälter noch unter diesem Durchschnitt.

Quelle: Mary Parker, *Race Relations and Political Development in Kenya*

kommenheiten auf dem Arbeitsmarkt ¹⁾, nämlich der Schlüsselstellung der Nicht-Afrikaner auf dem Binnenmarkt und in Handel und Industrie, und der Bedeutung der von Nicht-Afrikanern geführten Plantagenproduktion in der Landwirtschaft, so läßt sich die Einkommensdisparität zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Tanzania, wie auch in Kenya (vgl. Abb. 5), Uganda und in anderen afrikanischen Ländern aus diesen Gegebenheiten heraus erklären. Erschwert schon der Kapitalmangel die Beteiligung der Afrikaner am Handel, an Industrie und landwirtschaftlicher Großproduktion, so hängt der Erfolg der Nicht-Afrikaner in Handel und Industrie mit der unterschiedlichen Behandlung von Afrikanern und Nicht-Afrikanern bei der Kreditgewährung durch ausländische Kreditgeber zusammen.

Trägt man der rassistischen "bewußten Isolation" im Unternehmungsbereich, auf dem sozialen und kulturellen Gebiet Rechnung und berücksichtigt man den von Nicht-Afrikanern dominierten nicht-organisierten Kredit- und Kapitalmarkt ²⁾, so sind die Chancen für die Beteiligung der afrikanischen Unternehmer in der Industrie nur gering, von dem Mangel an Ausbildung ganz abgesehen.

Die Nicht-Afrikaner haben meist Zugang zu Kapital und Kredit im In- und Ausland, der den Afrikanern verschlossen ist. ³⁾

Geht man davon aus, daß in Entwicklungsländern die meisten Unternehmer und die Ersparnisse für die industrielle und landwirtschaftliche Produktion aus der Tätigkeit im Handel hervorgehen, zeigt sich die Bedeutung der Konzentration der Nicht-Afrikaner im Handel für den wirtschaftlichen Aufstieg der Afrikaner, sowie für die Einkommensverteilung zwischen den ethnischen Gruppen.

1) So ist die Höhe der Löhne der Arbeitnehmer nicht rein leistungsbezogen, d. h. nicht nur von der Art, Menge und Qualität der angebotenen Arbeitsleistungen abhängig, sondern es spielen auch die Herkunft, ethnische und rassistisch-soziologische Gesichtspunkte eine große Rolle.

2) Empirische Studien Schädlers zeigen, daß der überwiegende Teil der im Bereich des Kleingewerbes und des Handels gewährten Kredite (50 %) aus nicht-institutionellen Quellen - hauptsächlich verwandtem und privatem Geldverleih - stammt; vgl. SCHÄDLER, K., a.a.O. p. 98.

3) Viele Afrikaner sind vermögenslos und haben nichts für eine Kreditsicherung anzubieten.

Bezüglich des Einkommensgefälles zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen konnte auch auf die Abhängigkeit der monetären Einkommen der Afrikaner von der Agrarproduktion hingewiesen werden. Die Einkünfte aus der monetären landwirtschaftlichen Produktion schwanken mit der Preis- und Absatzentwicklung im Ausland, ganz zu schweigen von ungünstigen internen "terms of trade" der Landwirtschaft.

Unterschiedliche steuerliche Behandlung ¹⁾ von Einkommen aus verschiedenen Quellen und Einkommensempfängern beider ethnischer Gruppen wie es bei der Besteuerung von Einkommen aus städtischem Grundvermögen, unternehmerischen Tätigkeiten im Handel und in der Agrarproduktion praktiziert wird, verstärkt das Einkommensgefälle zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen noch weiter.

e. Einkommensdisparität zwischen Ausländern und Tanzanianern sämtlicher ethnischer Gruppen

In Tanzania läßt sich das private monetäre Ausländer-Einkommen im Jahr 1967 folgendermaßen grob berechnen: ²⁾

Lohneinkommen 283 Mill. Shs. oder 25 %

Unternehmereinkommen 235 Mill. Shs. oder 15 % aus Agrarproduktion

Einkommen aus Vermögen 25 Mill. Shs. oder 20 %

Andere Gewinneinkommen 469 Mill. Shs. oder 65 %

So macht das Ausländereinkommen schätzungsweise etwa ein Drittel des Nationaleinkommens (3384 Mill. Shs. 1967) aus. Dies zeigt die Abhängigkeit Tanzanias von ausländischen Arbeitskräften und Kapital.

Wenn aber ein solches erhebliches Einkommensgefälle zugunsten der Ausländer

1) Der Grund für diese unterschiedliche steuerliche Behandlung ist nicht zuletzt darin zu sehen, daß es, wie noch zu zeigen sein wird, kaum steuertechnisch und administrativ gelungen ist, die Steuerpflichtigen und deren Einkommen etwa aus Grundbesitz, Geldverleih, Handel und Landwirtschaft zu erfassen bzw. zu bewerten.

Die Gewährung von beschleunigten Abschreibungen, Investitionsprämien, Zollfreiheit für Kapitalgüter und industrielle Rohstoffe und "tax holidays" begünstigen meist die Nicht-Afrikaner.

2) eigene Schätzungen, basierend auf Tabellen 37 S. 142 und 39 S. 134.

besteht, so kann erwartet werden, daß ein großer Teil der verdienten Einkommen, wie das in Entwicklungsländern nicht selten geschieht und wie noch gezeigt wird, in Form von Transfers und Aufwendungen für Importe, ins Ausland fließen würde.

Ist das Ziel der Entwicklungspolitik die Erhöhung der inländischen Ersparnisbildung, so liegt hier das Problem, Wege und Mittel zu finden, den Abfluß von im Inland von Ausländern verdienten Einkommen und den von ihnen gebildeten Ersparnissen ins Ausland zu verhindern.

Freilich bewirken Rechtsunsicherheit, politische und wirtschaftliche Instabilität die Expatriierung des Eigentums und die Transferierung von Einkommen ins Ausland. Es ist aber auch denkbar, daß, wie es teilweise schon geschieht, einige Einkommensbezieher einen nicht geringen Anteil ihres Einkommens auch dann ins Ausland transferieren würden, wenn die erforderliche Sicherheit für ihre Ersparnisse und Vermögen gegeben ist.

Geht man davon aus, daß die meisten Ausländer zu den Schichten der Bezieher hoher Einkommen gehören, wie es in Tanzania der Fall ist, und kann man weiterhin annehmen, daß das Sparverhalten der einzelnen ausländischen Einkommensempfänger unabhängig von der politischen Entwicklung ist, so läßt sich die Sparquote dadurch erhöhen, daß geeignete besonders kapitalintensive Anlagealternativen gegeben werden.

Eines ist klar, wenn geeignete Anlagealternativen fehlen und der Geld- und Kapitalmarkt im Inland unterentwickelt ist, übt das Ausland eine erhebliche Anziehungskraft auf die renditorientierten großen Sparer aus. Daraus folgt, daß die Konzentration der Einkommen in Händen von Ausländern die gesamtwirtschaftliche Sparquote und das Wachstum des Sozialproduktes weitgehend beeinflußt.

Berücksichtigt man das traditionell ausgerichtete und weitgehend politisch einflußbare Spar- und Investitionsverhalten der Ausländer in Tanzania, so sind der Erhöhung der Ersparnisbildung der Ausländer durch die Beeinflussung der Anlagemöglichkeiten enge Grenzen gesetzt.

Auch eine auf Einkommensnivellierung und Veränderung der gesellschaftlichen Leitbilder hinzielende Politik würde die Konsumneigung der Ausländer kaum ändern, im Gegenteil, sie würde die freiwilligen Ersparnisse vermindern.

In einer exakten Analyse kann gezeigt werden, daß die Ausländer bestimmte Sparformen bevorzugen. In der Regel zeigen sie Vorliebe für kurzfristige Anlagealternativen.

Eine Konzentration des größten Teils des Volkseinkommens in Händen von Ausländern begünstigt, bei gegebenem niedrigem Stand der Versorgung mit Inlandsgütern und gegebenen Konsumgewohnheiten der Ausländer, den Konsum importierter Güter. ¹⁾

f. Örtliche und regionale Unterschiede

Tanzania ist in 17 Hauptverwaltungsregionen und 58 Regierungsbezirke aufgeteilt. ²⁾ Da bei der Aufteilung in Regionen mehr historische und traditionelle als ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigt wurden, sind die Verwaltungseinheiten auch in ihrer Entwicklung verschieden. ³⁾

Geht man davon aus, daß politische Einheit und Stabilität die Grundvoraussetzungen jeder ökonomischen Entwicklung sind, so sind krasse ökonomische Unterschiede zwischen den Regionen, die die politische Stabilität und Einheit zu bedrohen scheinen, unerwünscht. So schreibt KENNETH,

"Tribal allegiances are strong in East Africa and the existence of very different income levels raises some extremely difficult problems for those responsible for policy with respect to economic development. Should the main objective be to concentrate resources in the less developed areas so as to increase per capita incomes in those areas; should all parts of the country have equal allocation of development finance; or should a purely national view be taken and investment concentrated in those areas where it will yield most profit - often these will be the areas already most highly developed. It is not easy for Governments to make up their minds on this sort of question." ³⁾

1) Lighardt und Abbai fanden im Kongo (K), daß die 0.11 Mill. Nicht-Afrikaner, die meisten Ausländer waren, 24 % bzw. 8 % ihrer verfügbaren Einkommen für Importe und Inlandsgüter verwendeten und die 12.7 Mill. Afrikaner dagegen nur 22 % für Importe und Inlandsgüter. Vgl. LIGHARDT and ABBAI, a. a. O. p. 40.

2) Siehe Karte Nr. 1.

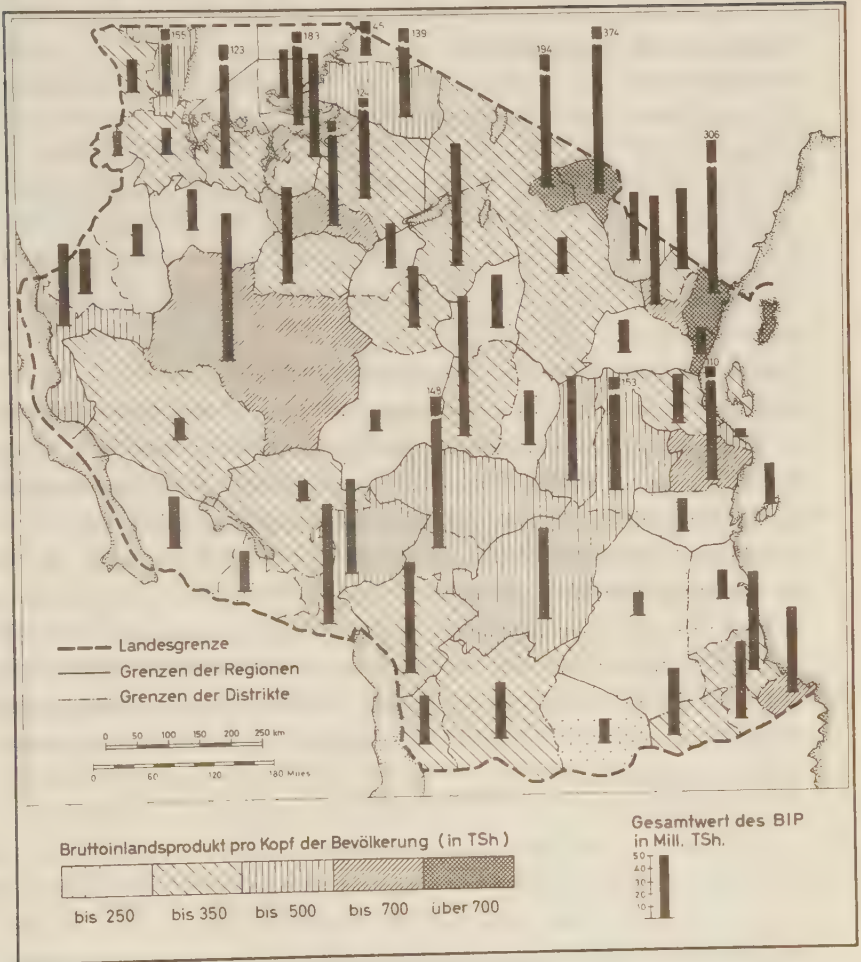
3) Siehe Karte Nr. 5 S.153 .

Eine eingehende Analyse der regionalen Unterschiede zwecks regionaler Entwicklungspolitik bedarf neben der Feststellung der Unterschiede in natürlichen Gegebenheiten , wie z. B. Bodenqualität (Abschwemmung, Verkrustung, Versalzung, Trockenheit, Bewässerung, Terrassierung), Klima, Bevölkerungsgröße und -wachstum, Produktion, Beschäftigung, Einkommensverteilung, Produktionsmethoden, Arbeitskräfte, Urbanisierung, Besitzverhältnisse, Bildungs- und Gesundheitsstand und allgemeiner Zustand der sozialen und ökonomischen Infrastruktur usw. .

4) KENNETH, T. A., u. a. On the Calculation and Interpretation of national accounting etc., a. a. O. p. 399.

Schaubild 6

Bruttoinlandsprodukt pro Distrikt 1967



Örtliche Unterschiede sind größer als regionale. Die Kommission der Weltbank stellte im Jahr 1960 ein durchschnittliches Geldeinkommen von $\text{£ } 5$ für einen afrikanischen Bauern fest. Es gab aber Regionen, in denen die Bauern im Durchschnitt $\text{£ } 45$ im Jahr verdienen.

Die Hauptursachen der regionalen Unterschiede liegen in dem Einkommensdifferierungseffekt der landwirtschaftlichen Marktproduktion (vgl. Karte 4), in der einseitigen Verteilung der gewerblichen Produktionsstätten, der Energieversorgungsanstalten (vgl. Karte Nr. 6), der öffentlichen Investitionen in Abhängigkeit von der Distribution der nichtafrikanischen Bevölkerung ¹⁾ und in der Unterentwicklung des Transport- und Kommunikationssystems (vgl. Karte Nr. 1), das eine gleichmäßige Versorgung der verschiedenen Landesteile mit Gütern und die Entwicklung von Handelsbeziehungen zwischen den Regionen einerseits und Städten und den landwirtschaftlichen Produktionsorten andererseits verhindert.

Angesichts dieser regionalen und örtlichen Unterschiede ergeben sich Fragen in der Anhebung der Spar- und Investitionsrate. Hierbei sind besondere, zusätzliche Gesichtspunkte maßgeblich, wie die Errichtung und der Ausbau von Sparinstituten in Anpassung an die regionale und örtlich vergrößerte Produktion.

Besonders wichtig ist die Anpassung der Sparinstitutionen an die von der örtlichen Bevölkerung bevorzugten Sparformen.

Es liegt nahe zu argumentieren, daß die Spartätigkeit - abgesehen vom Einkommen - mit der Sparsamkeit der örtlichen Bevölkerung und anderen besonderen Umständen, z. B. der Art der anfallenden Einkommen (Gewinn-, Renten- und Lohneinkommen), differiert, was eine Rolle für die Errichtung und den Ausbau von Spareinrichtungen und Sparpropaganda spielt.

1) Außerhalb der Städte hat die Verteilung der Nicht-Afrikaner ebenso wie in den Städten Einfluß auf die Investitionen und die Entwicklung der sozialen und ökonomischen Infrastruktur, wie Bau von Ausbildungs- und Krankenanstalten, Straßen, Kommunikation und Energieversorgung. Regionen mit hohem Bevölkerungsanteil an Christen und (ausländischen) Missionaren weisen eine bessere soziale Infrastruktur auf als andere Gebiete, mit evtl. höherer (potentieller) Marktproduktion.

VIERTER TEIL

PRIVATE ERSPARNISBILDUNG

A. Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis Tanzanias im internationalen Vergleich

Bevor wir in den nächsten Abschnitten den Beitrag der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung, das Sparverhalten der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen, die verschiedenen Sparformen und die Sparleistungen der verschiedenen Institutionen untersuchen, wollen wir zunächst die Höhe und die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse und deren allgemeine Bestimmungsgründe in Tanzania darstellen.

Das Ausmaß der Ersparnisse hängt davon ab, wie die Einkommensbezieher darauf verzichten, das laufende Einkommen zu konsumieren. Damit bestimmen die absolute Höhe des Einkommens oder der Produktion und der Konsumausgaben die Höhe der Ersparnisse.¹⁾ Während das absolute Einkommensniveau die Sparfähigkeit der Einkommensbezieher bestimmt, hängt die Sparneigung von einer Reihe von Faktoren ab, wie z. B. Konsumgewohnheiten, Anlagemöglichkeiten und anderen psychologischen und institutionellen Faktoren, die von Land zu Land verschieden sein können.

Ein großer Teil der Autoren ist der Meinung, daß die Sparquote (Anteil der Ersparnisse am Volkseinkommen) in Entwicklungsländern niedrig ist. Es läßt sich aber nicht eindeutig entscheiden, ob dies auf dem niedrigen Einkommensniveau oder/und auf der ungleichen Einkommensverteilung beruht.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß selbst die Länder mit relativ gleichem Volkseinkommen bzw. Pro-Kopf-Einkommen unterschiedliche Sparquoten haben können, so läßt sich die niedrige Sparquote auf das Einkommensniveau allein nicht zurückführen.²⁾ Es spielen noch andere Faktoren eine Rolle.

Wenn die Sparfähigkeit des einzelnen mit zunehmendem Einkommen steigt, so begünstigt die Einkommenskonzentration in den Entwicklungsländern die Ersparnisbildung.

1) Die Sparbereitschaft wird von einer Menge von externen psychischen sozialen religiösen, politischen und ökonomischen Faktoren subjektiven Charakters bestimmt.

2) Vgl. UN, World Economic Survey 1965 - Part I, New York 1966, p. 16.

Tab. 41 Ersparnisbildung in ausgewählten Entwicklungsländern ^{a)} und einigen entwickelten Staaten im Durchschnitt der Jahre 1962 - 1964 ^{b)} (i. v.H. des Bruttoinlandsprodukts)

	Gesamtan- gebot an Erspar- nissen ^{c)}	Gesamte Nettoer- sparnis ^{d)}	Außen- beitrag	Gesamte inländ. Brutto- ersparnis	Abschrei- bung	inländ. Netto- erspar- nis ^{e)}
Israel	31	22	- 23	8	9	- 1
Trinidad u. Tobago	28	18	- 9	19	10	9
Tunesien	22	20	- 12	10	2	8
Thailand	20	15	- 2	18	5	13
China (Taiwan)	20	13	- 2	18	6	11
Kolumbien	19	10	- 4	16	9	6
Jamaika	19	11	- 3	15	7	8
Rhodesien u. Nyasaland	19	12	-	18	6	12
Ver. Arab. Republik	18	16	- 4	14	2	12
Venezuela	18	9	+ 4	23	9	13
Burma	18	12	-	18	6	12
Malaysia	18	13	+ 2	20	5	15
Ghana	17	-	- 4	13	-	-
Mauritius	17	-	+ 5	22	-	-
Panama	17	11	- 9	8	5	3
Indien	-	13	- 3	-	-	10
Ecuador	17	12	- 3	14	5	9
Süd-Korea	16	11	- 10	6	5	1
Bolivien	16	10	- 7	9	6	3
Paraguay	16	10	- 2	14	6	8
Sudan	16	14	- 3	12	2	10
Costa Rica	15	10	- 5	10	5	5
Uruguay	15	11	- 2	13	4	10
Mexiko	15	-	- 2	13	-	-
Jordanien	14	-	- 21	- 6	-	-
Philippinen	14	8	+ 1	15	6	9
Ceylon	14	9	- 2	12	5	7
Honduras	14	9	- 2	12	5	7
Iran	14	9	- 1	13	5	8
Irak	14	8	+ 1	15	5	9
Chile	13	5	- 3	11	8	3
Marokko	12	8	- 1	10	3	7
Tanganjika	11	6	+ 1	12	5	7
El Salvador	11	7	-	10	3	7
Guatemala	11	7	+ 3	8	5	4
Süd-Vietnam	10	5	- 14	- 4	5	- 9
USA	17,5	7,7	+ 0,5	18,0	9,8	8,2
Großbritannien	16,3	9,0	+ 0,3	16,6	7,3	9,3
Bundesrepublik Deutschland	25,8	15,8	+ 0,2	26,0	10,0	16,0

Quelle: UN, World Economic Survey 1965, etc., S. 17, 30; UN, Yearbook of National Account Statistics 1965, New York 1966, S. 56, 114, 126, 390, 380; UN, Statistical Yearbook 1965, New York 1966, S. 542 - 545.

a) Die Entwicklungsländer wurden nach der Höhe des Anteils der inländischen Bruttoersparnis am Bruttoinlandsprodukt geordnet aufgeführt.

b) Für die folgenden Länder wurden andere Referenzperioden zugrunde gelegt: Burma, Indien und Iran: 1960/61 - 1962/63; Kolumbien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Israel, Irak, Jordan, Malaysia, Paraguay, Rhodesien und Nyasaland und Uruguay: 1961 - 1963; Panama und Trinidad u. Tobago: 1960 - 1962; Vereinigte Arabische Republik: 1960 - 1961; USA, Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland: 1963.

Für Indien wurde als Bezugsgröße das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten gewählt.

c) Das Gesamtangebot an Ersparnissen ergibt sich aus Abschreibung + inländische Nettoersparnis - Außenbeitrag (mit Abrundungs- und Aufrundungsfehlern).

d) Gesamte Nettoersparnis = inländische Nettoersparnis - Außenbeitrag (mit Abrundungs- und Aufrundungsfehlern).

e) Inländische Nettoersparnis = gesamte inländische Bruttoersparnis - Abschreibung (mit Abrundungs- und Aufrundungsfehlern).

Quelle: SCHELLE, H., a.a.O. Tab. 2 (Anhang)

Es läßt sich daher denken, daß die niedrigere Sparquote in diesen Ländern darauf zurückzuführen ist, daß die Bezieher hoher Einkommen weniger sparen als sie es nach ihren Einkommen könnten.

Diese Behauptung kann im Fall Tanzania nicht überprüft werden, da es an empirischen Untersuchungen über Sparquoten spezifischer Einkommensschichten fehlt.

Unabhängig von der Einkommenshöhe und -verteilung hängt die Ersparnisbildung eines Landes und einer Einkommensschicht davon ab, ob die durchschnittliche und marginale Sparquote eines Landes bzw. einer Einkommensschicht mit zunehmendem Volkseinkommen bzw. Schichteinkommen steigt. Eine positive Korrelation zwischen Durchschnittsneigung und Grenzneigung der Einkommensbezieher zum Sparen ist erforderlich. Sind die Grenzneigungen weit konstanter als die Durchschnittsneigungen, so beeinflußt eine Änderung der Einkommensverteilung die Ersparnisbildung wenig.

Eine Untersuchung der Vereinten Nationen in 26 Entwicklungsländern zeigt eine Abhängigkeit der inländischen Gesamtersparnis vom Außenhandel.¹⁾ Es konnte eine Abhängigkeit der staatlichen Einkommen und Ersparnisse und der individuellen Einkommen und Ersparnisse von Exporten nachgewiesen werden.

Tab. 41 läßt erkennen, daß Tanzania zu den Ländergruppen gehört, die am wenigsten sparen. Legt man einen Kapitalkoeffizienten von 3 zugrunde, kann eine Sparquote von 11 % des Bruttosozialproduktes kaum eine jährliche Zuwachsrate von 4 % hervorrufen. Damit entsteht die Notwendigkeit einer Erhöhung der Sparquote.

B. Allgemeine Ursachen für geringe Spartätigkeit in Tanzania

- niedriges Durchschnittseinkommen pro Kopf der schnell wachsenden Bevölkerung,
- Konzentration der Einkommen in den Händen von Ausländern,
- hohe durchschnittliche und marginale Verbrauchsneigung in allen Einkommensschichten der Bevölkerung,
- verbreitete Selbstversorgungs- und Bedarfsdeckungswirtschaft,
- begrenztes Angebot an Investitionsmöglichkeiten,
- verbreitete Neigung, investierbare Fonds in Sachwerten und in sog. "zero-sum enterprises" - Handel und Grundbesitz - anzulegen, anstatt die für die Investition erforderlichen Geldformen zu sparen und in "non-zero-sum enterprises" - indu-

1) Vgl. UN, World Economic Survey, 1965 a.a.O. p. 17.

striellen und landwirtschaftlichen Unternehmen - anzulegen.

- Mangel an ökonomisch-rationellem Verhalten der vielfach noch stark unter dem Einfluß von Herkunft, Tradition, Religion und Rassenbewußtsein lebenden Einwohner.
- Durchschnittlich niedriger Stand von Ausbildung, Wissen und Information und verbreitetes Analphabetentum.
- Der Mangel an investitionsbereiten afrikanischen Unternehmern.
- Veraltetes Bodenrecht,
- Mangel an Spar- und Kreditinstituten insbesondere auf dem Land,
- ungeeignete Betriebsgrößenstruktur,
- ein kleiner staatlicher Sektor.

Dies sind die wichtigsten sparbestimmenden Faktoren. Die einzelnen Faktoren sind voneinander nicht unabhängig und sie lassen sich auch nicht isoliert betrachten.

In dem bisherigen Teil dieser Arbeit wurden die strukturellen Aspekte der Produktion, der Wirtschaftsordnung, der Einkommensverteilung und der Investitionen im Hinblick auf die Kapitalbildung dargestellt. Es ließen sich die strukturellen Ursachen für die geringe Spartätigkeit erkennen.

Der Anteil des Gesamtkonsums am GNP betrug durchschnittlich 84 % und verzeichnete einen jährlichen Durchschnittszuwachs von 7.2 % (1964 - 1968). Der öffentliche Verbrauch stieg durchschnittlich um 15 % jährlich, der private dagegen um 5.5 %. Importgüter erreichten (1964 - 1968) einen Anteil von 23 % am Privatverbrauch (ohne Subsistenzsektor). Es ist bezeichnend für die Spartätigkeit in Tanzania, daß der größte Teil der Ersparnisse von Nicht-Afrikanern²⁾, die zum großen Teil Ausländer sind, aufgebracht wird.

Es kann nicht übersehen werden, daß selbst die Steigerung der Produktion und des Durchschnittseinkommens pro Kopf der Bevölkerung, bei unveränderter Struktur

1) Vgl. HÜBNER, Günther, a.a.O. S. 65, siehe auch SCHNITTGER, Lübke, Besteuerung etc. a.a.O. S. 2.

2) Siehe Tab. 43 HÜBNER berichtet von einer Stichprobenuntersuchung in Uganda, wo er feststellte, daß 38 % der Europäer, gegenüber 17 % der Asiaten und 3 % der Afrikaner eine Sparleistung von zwischen 500 und 1000 Shs. halten. HÜBNER, G., a.a.O. S. 217.

Tab. 42 Gesamtwirtschaftliche Ersparnis von Tanzania nach Wirtschaftssektoren, 1964 - 1968 (in Mill. Shs.)

Gegenstand/Jahr	1964	1965	1966	1967	1968
1. GNP	5 138	5 159	5 786	6 106	6 449
2. Minus Gesamtkonsum - als % von 1	4 299	4 299	4 820	5 082	5 518
3. Bruttoersparnis davon	851	860	966	1 024	931
4. Zentralregierung ^{a)} - als % von 3	36 4.2	36 4.1	27 2.8	54 5.3	81 8.7
5. Andere ^{b)} - als % von (3)	815 95.8	885 95.9	940 97.2	1 016 94.7	815 91.3

Anmerkungen:

a) definiert als Überschuß der laufenden Einnahmen über laufende Ausgaben.

b) Ersparnis der privaten Unternehmungen der öffentlichen Unternehmungen und der privaten Haushalte.

Quelle: Tanzania, Budget Survey 1965/66, Background to the Budget 1969/70 and Estimates of Revenue, Recurrent expenditure, Consolidated Fund Services and Development Expenditure 1969/70 zitiert nach IBRD and IDA, The Economic Development and Prospects of Tanzania, Vol. I: Main Report March 1970 Tab. 2.7. (unveröffentlicht).

der Einkommensverteilung, kaum die Zusammensetzung der Sparer und die Anlagegewohnheiten verändern kann.

Die Bemühung, eine höhere durchschnittliche und marginale Sparquote bei wachsendem Einkommen zu erzielen, muß darauf gerichtet werden, die Struktur der personellen Einkommensverteilung wesentlich zu verändern und die Elastizität des Steueraufkommens zu erhöhen.

Tab. 43 Schätzung des Umfangs und der Zusammensetzung der Ersparnisse nach ethnischen Gruppen. In Ostafrika - 1960

Sparer	BIP ¹⁾	Ersparnisse Mill. ²⁾	Ersparnisse ("saved") in %	Marginal Sparrate 1960/65
Europäer	102.5	37.6	36.7	0.55
Asiaten	88.1	20.2	22.9	0.29
Afrikaner	218.5	8.1	3.7	0.15
Afrikaner ²⁾	-	9.7	-	0.05
Unternehmungen ³⁾	27.3	9.3	34.1	0.34
insgesamt	436.4	75.2	17.2	

1) in laufenden Marktpreisen Mill. ; 2) sog. "Subsistence" Africans d. h. in Subsistenzproduktion stehende Afrikaner; 3) Corporations.

Quelle: CHERNIAVSKY, Mark, Development Prospects in East Africa and Uganda, A Draft Report, The Chr. Michelsen Institute Bergen, 1965, pp. 14 und 15.

C. Ersparnisbildung verschiedener sozio-ökonomischer Gruppen im modernen Sektor

1. Ersparnisbildung ländlicher Familien

Diese sozio-ökonomische Gruppe umfaßt ¹⁾ die selbständigen und abhängigen landwirtschaftlichen Arbeiter, die entweder von den selbständigen Bauern oder in den Plantagen gegen Lohn beschäftigt werden und eigene landwirtschaftliche Produktion neben ihrer unselbständigen Arbeit betreiben. Hierzu gehören auch die selbständigen Händler, Handwerker, Beamten und Angestellten, die auf dem Land wohnen und vorwiegend landwirtschaftliche Tätigkeit neben ihrer selbständigen bzw. unselbständigen Arbeit ausüben.

Bei der Ordnung der Landbevölkerung nach Einkommensquellen lassen sich zahlreiche Gruppen feststellen, deren Größe von Region zu Region bzw. von Distrikt zu Distrikt verschieden ist.

1) Es handelt sich nur um afrikanische Bevölkerung.

Den Hauptansatz der Einkommensdifferenzierung auf dem Land bildet die Plantagen- und die monetäre bäuerliche Produktion. Je größer die Verkaufsproduktion in einer Region bzw. einem Distrikt ist, um so höher sind auch die Einkommen. Der Anteil der gegen Lohn beschäftigten Personen hängt in der Hauptsache von der Plantagenproduktion ab.

Die Ermittlung der Einkommen landwirtschaftlicher Familien ist mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Ebenso schwierig ist damit eine Einteilung der ländlichen Einkommensbezieher in Schichten. Damit läßt sich die Sparfähigkeit der ländlichen Bevölkerung nicht genau ermitteln.

Angesichts der Schwierigkeiten bei der Einkommensermittlung ländlicher Familien und der damit fehlenden statistischen Angaben über schichtspezifische und durchschnittliche und marginale Sparquoten, beruhen die Ergebnisse über die Ersparnisbildung ländlicher Familien auf eigenen regionalen und überregionalen Stichprobenuntersuchungen der Haushaltseinkünfte und -ausgaben. (Vgl. Tab. 45 S.172.) Obwohl genaue Angaben über die Einkommenshöhe der ländlichen Einkommensbezieher nach Einkommensschichten fehlen, weisen fast alle empirischen Untersuchungen auf eine beträchtliche durchschnittliche Ersparnisbildung der höheren Einkommensbezieher ländlicher Familien hin. ¹⁾

Ebenso viele Berichte weisen auf eine größere durchschnittliche Sparneigung der Bezieher landwirtschaftlicher Einkommen hin. Es wird festgestellt, daß ländliche Familien deshalb größere Ersparnisse haben als die städtischen Arbeiter gleichen Realeinkommens, weil der Grundbedarf der Bauern durch Subsistenzproduktion gedeckt werden kann.

Diese Ergebnisse, die auch für einige andere afrikanische Länder ²⁾ festgestellt wurden, lassen sich auf Tanzania nicht ohne weiteres übertragen.

Angesichts des herrschenden Gemeineigentums an Grund und Boden in weiten Teilen des Landes, gibt es außer den Plantagenbesitzern keine Großgrundbesitzer, die Grundstücke verpachten und übermäßig hohe landwirtschaftliche Einkommen beziehen. In Tanzania dominieren kleine Bauern, die den Boden selbst bewirtschaften;

1) Vgl. RUTHENBERG, H., Landwirtschaftliche und anfängliche Kapitalbildung etc. a. a. O. S. 58 - 63; ferner FIRTH, Raymond-YAMEY, B.S. (Eds.) Capital, Saving and Credit in Peasant's Societies, London 1964.

2) HELLEINER, Gerdal, K., The Fiscal Role of the Marketing Boards in Nigerian Economic Development 1947 - 1961, Economic Journal, Vol. 74, 1964 pp. 582 - 620, hier S. 601.

die Größe der Grundfläche pro Familie ist von Gegend zu Gegend verschieden und sie entspricht in vielen Fällen der Flächengröße, die mit den traditionellen Anbaumethoden, Geräten und dem normalen Angebot an Familienarbeitskräften bewirtschaftet werden kann.

Aus diesem Grund sind die landwirtschaftlichen Einkommen auf dem Land gleichmäßiger verteilt als in Ländern, in denen der Besitz an Grund und Boden in wenigen Händen konzentriert ist. Damit ist die entsprechende, durchschnittliche Sparfähigkeit gering.

Berücksichtigt man auch das Rasche Wachstum der Landbevölkerung, die Arbeitslosigkeit und den Anteil der monetären landwirtschaftlichen Produktion, der von Region zu Region unterschiedlich ist, so ist die Sparfähigkeit der bäuerlichen Bevölkerung Tanzanias gering.

Was nicht feststeht, ist die Auswirkung der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit auf die Sparneigung der Landbevölkerung. Werden die Grundbedürfnisse der Bauern durch Selbstversorgung erfüllt, so muß die Beschäftigungslosigkeit nicht zu Geldausgaben führen.

Es liegt nahe, zu vermuten, daß die jährlichen Schwankungen ¹⁾ der landwirtschaftlichen Produktion und Verkaufserlöse die Sparneigung der Bauern mitbestimmen. Naheliegend ist die Ansicht, daß die Bauern ihre Einkommen bei guten Jahresernten mehr konsumtiv verausgaben als bei schlechten.

Die Neigung zum Konsum bzw. Sparen ist allerdings angesichts der fehlenden Kreditmöglichkeiten von den Einkommenserwartungen der einzelnen Bauern abhängig: Erwarten die Bauern, in diesem Fall, eine gute Ernte, werden sie ihre Konsumausgaben ausweiten und sie einschränken, wenn sie eine schlechte Ernte im nächsten Jahr erwartet.

Oft wird die Meinung vertreten, daß sich durch dauernde Kontakte der bäuerlichen Bevölkerung mit anderen Kulturen, insbesondere mit den städtischen Einkommensbezieher, ihre Konsumgewohnheiten ändern und sich damit ihr Konsumumfang er-

1) Dies hat auch Einfluß auf die Subsistenz- und Marktproduktion der Bauern: steigen die monetären Bauerneinkommen wegen steigender Produktion oder/und Absatzpreise, so können die Bauern die Marktproduktion nur fortgesetzt erweitern, wenn die Verkaufserlöse ihren Bedarf an Nahrungsmitteln decken. Werden die Nahrungsmittelpreise mit steigender Marktproduktion und zunehmenden Einkommen steigen, weil z. B. nur wenige Nahrungsmittel produziert werden, so könnte dies zum Rückgang der Marktproduktion zugunsten der Subsistenzproduktion führen.

weitert. Damit wird festgehalten, daß die Sparneigung der Bauern, ebenso wie die der städtischen Einkommensbezieher, abnimmt. ¹⁾

Wird eine Änderung der Konsumgewohnheiten der Bauern angenommen, so muß bei unverändertem landwirtschaftlichem Einkommen eine Abnahme der Ersparnisbildung erwartet werden, wenn die Konsumausgaben für "neue Güter" diejenigen für "traditionelle" übersteigen.

Geht man jedoch davon aus, daß die neuen "Erwartungen" und Konsumgewohnheiten zum verstärkten Arbeitseinsatz und damit zur Steigerung des Einkommens führen können, so lassen sich die Auswirkungen des sog. "demonstration effect" (Nurkse) auf die Ersparnisbildung nicht eindeutig feststellen. ²⁾

Untersuchungen über den Einfluß des traditionellen Lebens in Großfamilien auf die Höhe und Verteilung des Einkommens und damit auf die Ersparnisbildung der bäuerlichen Familien vermitteln in toto keine eindeutigen Ergebnisse. ³⁾

Der Grund für den vermuteten negativen Einfluß der Institution der "extended family" auf die Ersparnisbildung ist die verbreitete Ansicht, daß das Leben in einer Großfamilie die Eigeninitiative des einzelnen Familienmitgliedes lähmt, zusätzliche Einkommen zu erwerben und für sich allein Vorsorge zu treffen.

Andererseits übt die Großfamilie eine Kontrolle über die einzelnen Familienmitglieder aus und steuert damit das Konsumverhalten des Einzelnen.

Es erhebt sich daher die Frage, ob die Institution der Großfamilie den individuellen Arbeitseinsatz hemmt. Unter Wahrung des vollen Gemeineigentumsrechtes der Großfamilie an ihrem Grund und Boden, wobei die Feldbestellung gemeinschaftlich erfolgt und der Ertrag ausschließlich der Familie zukommt, wird der Arbeitswille und damit die Sparneigung des Einzelnen vermutlich beeinträchtigt werden.

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 81.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 81.

3) NAFZINGER, der die Effekte der "extended family" in Nigeria auf die Kapitalbildung und unternehmerische Initiative untersuchte, stellte fest, daß die Familien die Geschäftsgründung durch Kapitalhilfe erleichtert und die Weiterführung des Geschäfts durch ständige Entnahmen erschwert und sogar die Geschäftserweiterung unmöglich macht. "It is quite conceivable that in many cases, the positive contribution of the extended family and firm establishment of the entrepreneur exceeds the negative effect on firm expansion." NAFZINGER, a.a.O. p. 33, siehe auch Wolf Charles, Jr. Institutions and Economic Development, in American Economic Review Nr. 45, Dez. 1955 p. 872 - 873 hier S. 872, Kindleberger, Charles P., Economic Development, N.Y. 1965 p. 21-f., Higgins, Benjamin, Economic Development, Problems and Policies, N.Y. 1959 p. 255 - 256.

In vielen Fällen, und das gilt mindestens für den größten Teil Tanzanias, existiert jedoch die Großfamilie nicht als eine Produktions- bzw. Arbeitseinheit; der Bauer hat nicht die ständige Hilfe von erwachsenen Familienangehörigen. Letztere bekommen einen Teil des Grundes und Bodens zugeteilt, den sie selbständig bewirtschaften. Die Großfamilie bleibt nur die grundbesitzende Einheit.

Diese Tendenz zur Individualisierung der Produktion innerhalb des Familienverbandes wirkt sich positiv auf den Arbeitswillen und die Sparneigung des einzelnen Familienmitgliedes aus.

Die "innere Redistribution", d. h. die Transfers von Einkommen der der Großfamilie angehörenden, gut verdienenden Mitglieder an Verwandte mit niedrigen Einkommen (deficit spending units), beeinträchtigt jedoch, bei gleichbleibendem Einkommen, die Sparfähigkeit und bei unveränderter Sparneigung die individuelle Ersparnisbildung.¹⁾

Der Umfang der Unterstützung bestimmt sich nach der Zahl der zu unterstützen- den Verwandten und nimmt mit der Steigerung der Einkommen der Verwandten ab, es sei denn, daß der Umfang der Unterstützungsleistungen mit dem Sozialprestige der Bezieher hoher Einkommen wesentlich verbunden ist.²⁾

Über die Auswirkung der Vielweiberei auf die Kapitalbildung läßt sich keine eindeutige Aussage machen, auch wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die Vermehrung der Arbeitskräfte in der Familie die Produktion erhöhen kann oder die Frauen das Familienbudget durch Nebenerwerb aufbessern können.

Über den Einfluß der Anlagemöglichkeiten in der Landwirtschaft auf die Ersparnisbildung bäuerlicher Familien kann, aufgrund fehlender empirischer Angaben, keine Aussage gemacht werden.

2. Ersparnisbildung der städtischen Arbeiterschicht

Die Schicht der Arbeiter umfaßt die gelernten und ungelernten Arbeiter. Sie lassen sich von den Mittelschichten, wenn nicht durch die Art der Tätigkeit und Ausbildung, so durch die Einkommenshöhe abgrenzen.

Bezeichnet man alle Arbeitnehmer innerhalb der Lohngruppen bis 400 Shs. im Monat als Arbeiter, dann ergeben sich für das Jahr 1967 208000 erwachsene männli-

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 64 65.

2) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 65, 66.

che Arbeiter. ¹⁾ Ihre Zahl vergrößert sich mit der Monetisierung der Wirtschaft.

Der größte Teil der Arbeiter wohnt in Städten. Nur ein kleiner Teil arbeitet auf dem Land und zwar hauptsächlich auf den Plantagen, für die Lokalregierungen und in einigen verarbeitenden Industrien des Bergbaus und der Landwirtschaft.

Die Bedeutung der Arbeiterschicht liegt, im Gegensatz zu der Schicht des Mittelstandes, in der zahlenmäßigen Überlegenheit. Ihr Anteil am gesamten Einkommen läßt sich aufgrund fehlender Statistiken nicht feststellen.

Im Jahr 1965 waren 89 % aller Lohnempfänger der Lohngruppe 150 bis 250 im Alter von 20 bis 49 Jahren.

Nimmt man an, daß die Arbeiter kein anderes Einkommen aus Nebenbeschäftigungen und Vermögen bekommen, so kann man sich der allgemeinen Ansicht anschließen, daß die Arbeiterschicht bisher in keinem Entwicklungsland nennenswerte Ersparnisse gebildet hat. "Und daß dies auch für die Zukunft nicht erwartet werden kann." ²⁾

Eine Differenzierung der Arbeiterschicht nach ethnischen Gruppen in Tanzania ist hier, wie es bei den kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe und bei den mittleren und höheren Beamten und Angestellten unterschieden wurde, nicht erforderlich, da die Löhne fast aller Europäer und Asiaten über 400 Shs. im Monat liegen. (Vgl. Tab. 37.).

Eine Stichprobenuntersuchung (siehe Tab. 44), in der allerdings nicht nur Arbeiter erfaßt wurden, läßt nur darauf schließen, daß die Verbrauchsstruktur der städtischen Bevölkerung von Stadt zu Stadt verschieden ist. ³⁾

Von dieser Tatsache ausgehend, sind die Einwohner in den kleinen "ländlichen" Städten meist durchaus in der Lage, aus ihrem Lohneinkommen zu sparen, weil

1) Die Zahl enthält nicht die Gelegenheitsarbeiter, Wanderarbeiter und Hausangestellten aller Geschlechter. Vgl. hierzu S. 128 .

2) SCHELLE, H., a.a.O., S. 53. Siehe auch die dort zitierten Autoren. Vgl. auch EHRLICHER, W., Finanzierung des Wachstums in Entwicklungsländern, in Sieber, E. (Hrsgb.) Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin 1963, S. 118. Der Hauptunterschied liegt darin, daß die Stadtbewohner weniger als die Landbewohner für Nahrungsmittel, dafür aber mehr für andere Konsumgüter und Dienstleistungen, aufbringen.

3) Die Preise für Nahrungsmittel sind niedrig wegen der Subventionierungseffekte der Selbstversorgungswirtschaft.

Tab. 44 Struktur der Haushalts-(Familienbudget-)Einnahmen und -ausgaben im städtischen (urban) und ländlichen (rural) Sektor - 1956/57, 1961, 1963 und 1966

Gebiet Jahr	Stadt		Land
	Dar-es-Salaam	Bagamoyo	Mwanza
	1956/57	1963	1961
			1966
Anzahl der Haushalte	44	49	776
Familiengröße (Personen pro Haushalt)	4.5	5.0	6.6
Zahl der Einkommensempfänger pro Haushalt	1.3	n.a	n.a
Untersuchte Einkommensschichten	2)	1)	3)
<u>Einkommensquelle:</u>	<u>Einnahmen (Einkommen) in shs/Monat</u>		
Haushaltseinkommen (Total) ^{a)}	123	1077	21
davon in %			136
Ehemann u. Ehefrau + Kinder	88	98.2	13.4
eigene Beschäftigung ^{b)}	-	0.2	71.9
Vermögenseinkommen ^{c)}	-	0.4	-
Versicherung	-	-	-
Verschiedenes ^{d)}	4.0	1.2	14.7
			0.5
<u>Ausgabeposten</u>	<u>Ausgaben (Einkommensausgaben) in %</u>		
	<u>der Gesamtausgaben</u>		
Konsumausgaben pro Haushalt (Total) shs/Monat	139	738	21
davon in %			57
Nahrung und Getränke	65.4	38.4	83.1
Miete	8.5	14.2	-
andere Ausgaben ^{e)}	3.3f)	2.4f)	-
Licht und Brennstoffe	6.4	4.3	4.5
Wohnungsausstattung	0.8	5.0	5.2
andere Haushaltsausgaben ^{g)}	0.7	2.8j)	-
Kleidung	n.a	9.7	2.6
Verschiedenes ^{h)}	n.a	23.0	9.8
			18.4

Erläuterungen: 1) niedrige Lohngruppen 2) Mittlere Lohnneinkommensgruppe von Beamten mit 400 - 1000 £/Jahr

3) Baumwollanbauer in Lake Region

a) Einkommen aller Familienmitglieder; b) Gewinne aus regelmäßiger oder unregelmäßiger Geschäftstätigkeit; c) Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen; d) Geschenke, private und öffentliche Beihilfe; e) Reparatur, Steuern, Versicherungsbeiträge, Wasserabgaben; f) nur Wasserabgaben; g) Wäsche, dauerhafte Haushalts-Konsumgüter, Feuerzeuge, Waschmittel; h) Medizin, Körperpflege, Telefon, Post, Tabak- und Rauchwaren, persönliche Beiträge, Geschenke usw.; j) einschließlich haushaltliche Dienste

Quellen: ILO, Yearbook of Labour Statistics 1967, Geneva 1967, S.680 u.688
ILO, Yearbook of Labour Statistics 1969, Geneva 1969, S.699 712 u.722

diese weniger als andere Arbeiter für Dienstleistungen, Nahrungsmittel ausgeben müssen, und sie die Möglichkeit haben, in der Landwirtschaft nebenberuflich tätig zu sein. Dies gilt auch weitgehend für die Plantagenarbeiter und Wanderarbeiter, die überwiegend in ländlichen Siedlungen leben.

Weiter läßt sich feststellen, daß die Angehörigen der um eine Stadt lebenden Landbevölkerung, die neben ihrer selbständigen Tätigkeit noch eine Lohnarbeit in der Stadt annehmen und Vermögenseinkommen beziehen, in vielen Fällen beträchtliche Überschüsse bilden. ¹⁾

Der "Einfluß eines intensiveren Kontakts mit neuen Vorbildern" und einer "verringerten sozialen Kontrolle" ²⁾ auf die Ersparnisbildung der Arbeiter gilt besonders für junge und unverheiratete Arbeiter, die, wie gezeigt, den größten Teil der Arbeiterschicht in Tanzania ausmachen. Trotz der fehlenden statistischen Unterlagen ist die Annahme gerechtfertigt, daß ein derartiger Einfluß den Begehrkreis erweitert, die Verbrauchsstruktur der Einkommensbezieher verändert und damit die Ersparnisbildung mindert.

Im allgemeinen ist der Bildungsstand der städtischen Arbeiter niedrig. Akzeptiert man einmal eine positive Korrelation zwischen dem Ausbildungsgrad und der Einkommensverwendung, so erweitern die besseren Informationen über neue Verbrauchsmöglichkeiten und der intensivere Kontakt mit neuen Vorbildern (Demonstrationseffekt) den Begehrkreis dieser schlecht ausgebildeten Gruppe der Arbeiter.

Ist dagegen das Ausbildungsniveau der Arbeiter relativ hoch und beschränken sich die besseren Informationsmöglichkeiten nicht nur auf neue Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, sondern erstrecken sie sich auch auf die Erziehung zum Spar- und Investitionsgedanken, so sind die Auswirkungen der Demonstrationseffekte auf die Kapitalbildung nicht klar. ³⁾

Viele Arbeiter erhalten neben Wohnungsgeld auch Fahrtkostenzuschüsse, womit sie ihre laufenden Einkommen indirekt aufbessern können. Sie bekommen auch kostenlose Nahrungsmittel - insbesondere Plantagenarbeiter.

1) Diese Leute haben die Möglichkeiten, ihre Produkte in der Stadt abzusetzen, einen Job zu bekommen und Vermögen z. B. ein Haus, zu erwerben. Eine befriedigende Antwort auf die Frage des Einflusses der Stadt auf den Konsum, die Ersparnisbildung und Anlagealternativen der in Stadtnähe lebenden Landbevölkerung kann nicht gegeben werden. Die obige Feststellung gilt nur, wenn sich der Begehrkreis unter dem Einfluß des neuen Kontakts nicht erweitert.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 55.

3) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 56.

Ob diese Sonderzuwendungen, die eine Aufbesserung der eigenen Einkommen durch die Arbeitgeber darstellen, das Sparen beeinflussen, ist nicht sicher. Darüber entscheidet aber auch die Art und der Umfang der außerordentlichen oder regelmäßigen Zuwendungen.

3. Ersparnisbildung der Beamten und Angestellten

Beamte, Angestellte und Arbeiter bilden zusammen die Gesamtheit der gegen Lohn beschäftigten Personen.

Von insgesamt 275870 (1967) Lohnempfängern, waren 28248 Beamte und der Rest Angestellte im privaten Sektor. Von etwa 6754 im mittleren und gehobenen Dienst tätigen Beamten waren 1817 (28 %) Ausländer. Über die Größenordnung der mittleren und höheren Angestellten im privaten Sektor sind nur für den Industriesektor Zahlen erhältlich. Von insgesamt 38452 in der Industrie Beschäftigten im Jahr 1965, waren 3960 oder 11 % im mittleren und höheren Dienst, wovon 39 % Ausländer waren (siehe Tab. 44).

Schätzt man die Zahl der höheren Angestellten in der Landwirtschaft auf 800, so bekommt man eine Gesamtzahl an Beamten und Angestellten von etwa 6000. Nimmt man an, daß die Lohnempfänger mit einem Monatslohn bis zu 400 Shs. die untere Schicht (Arbeiter) bilden, und die Lohnempfänger mit einem Monatslohn von 400 bis 749 Shs. die mittlere und die Lohnempfänger mit einem Monatslohn von über 750 Shs. die obere Schicht darstellen (siehe Tab. 44), so bekommt man eine Vorstellung von der zahlenmäßigen kleinen Größenordnung dieser sozio-ökonomischen Gruppe nach Einkommen.

Daraus errechnen sich 17700 Arbeiter, 22000 Angehörige der "lower middle class" und 11000 Angehörige der "upper middle class" (1967). Aus diesen Zahlen läßt sich eine Einkommensgrößenordnung der Beamten und Angestellten nicht feststellen.

Im ganzen nimmt die Zahl dieser sozio-ökonomischen Gruppe mit zunehmendem Monetisierungsgrad der Wirtschaft, insbesondere mit fortschreitendem Wachstum des Industriesektors und mit der Ausweitung des staatlichen Sektors zu.

Da es weder Angaben über den Anteil am gesamten Lohneinkommen noch über die personelle Verteilung der Lohneinkommen der Beamten und Angestellten gibt, kann ihre Sparfähigkeit und ihr gesamtwirtschaftlicher Sparbeitrag nicht ermittelt werden.

Es bleibt nur die Möglichkeit, die Ersparnisbildung dieser sozio-ökonomischen

Gruppe vom Standpunkt der allgemeinen Sparneigung dieser Gruppe zu analysieren. Dieses Vorgehen hat den Nachteil, daß die Sparneigungen der speziellen Untergruppen der Mittelschichten z. B. der asiatischen und europäischen Minderheiten, die auch einen großen Teil dieser Mittelschichten neben den Afrikanern ausmachen, vernachlässigt werden.

Der von LEWIS ¹⁾ vertretene Ansicht der geringen Sparneigung dieser sozio-ökonomischen Gruppe kann hier, unter Berücksichtigung der verschiedenen ethnischen Gruppen in Tanzania und deren unterschiedlichen Lebensgewohnheiten (Beruf und Ansprüche), nicht beigespflichtet werden.

Die Ansicht LEWIS über "conspicuous consumption" und damit über geringe Sparneigung der Mittelschichten beruht auf der Tatsache, daß sie den europäischen Lebensstil bezüglich Ernährung, Wohnung und Wohnungseinrichtungen und Kleidung nachahmen, weil der größte Teil der Angehörigen dieser Schicht häufig im Ausland ausgebildet wurde.

Gibt man diese allgemeine Erscheinung für die Mittelschicht als Ganzes auf und geht man davon aus, daß der Kreis, der den europäischen Lebensstil nachahmt, klein ist, und daß die Konsumausgaben von der Höhe der einzelnen Einkommen und Konsumgewohnheiten abhängig sind, so kann man eine große Durchschnittsneigung und Grenzneigung innerhalb der Gruppe, sowie innerhalb einer bestimmten Einkommenschicht feststellen.

Der Versuch, die Sparneigung der verschiedenen ethnischen Gruppen der Mittelschicht mit unterschiedlichen Einkommen, Konsumgewohnheiten, Spar- und Investitionsverhalten einheitlich zu bestimmen, erscheint für Tanzania ungeeignet. Man muß differenzieren.

In exakter Analyse kann gezeigt werden, daß ausländische Mitglieder dieser Mittelschicht andere Sparneigungen haben als Inländer. Unsicherheit über die Beibehaltung des Arbeitsplatzes und die politische Entwicklung bestimmen die Sparscheidungen und die Form des Sparens der Ausländer.

Berücksichtigt man den sozialen Kontext und trägt der auffallenden Erscheinung Rechnung, daß die ethnischen Minderheiten aus Prestigeerwägungen versuchen, ihren materiellen Status gegenüber den Afrikanern beizubehalten und nach dem gesellschaftlichen Vorbild ihres Herkunftslandes zu leben, so lassen sich einige Faktoren leicht deuten, welche die Sparneigungen der Mitglieder dieser Schicht be-

1) Vgl. Lewis, W. A., Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1956 S. 253.

stimmen. So ist es möglich, daß die Ersparnisbildung der Asiaten und Europäer niedriger als die der Afrikaner gleichen Einkommens sein kann.¹⁾

Wenngleich die ethnischen Minderheiten der Asiaten und Europäer dieser Mittelschichten eine relativ höhere Ersparnisbildung als die Afrikaner derselben sozio-ökonomischen Gruppe aufweisen, liegt der Grund nicht so sehr in der höheren Sparneigung der Ersteren, als vielmehr in der Tatsache, daß Gehälter der Europäer und Asiaten fünf- bis zwölfmal so groß sind, als die der Afrikaner (vgl. Tab. 37 S. und Tab. 40 S.).

Die Behauptung, daß die afrikanische Mittelschicht kaum spart, läßt sich vorerst statistisch nicht belegen. Diese Annahme trifft lediglich für die untere Mittelschicht zu. Es läßt sich nur feststellen, daß die durchschnittliche Sparquote der afrikanischen Mittelschicht unter der der Europäer und Asiaten liegt (vgl. Tab. 43).

Der Hauptgrund für die niedrige Sparquote der afrikanischen Mittelschicht liegt nicht so sehr in der "conspicuous consumption" der oberen Einkommensschicht als vielmehr in der Tatsache, daß ein großer Teil ihrer Ersparnisse den notwendigen Konsum der Mitglieder der Großfamilie, deren Einkommen im allgemeinen niedriger ist, finanziert.²⁾

4. Ersparnisbildung der kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe

Aussagen über die Ersparnisbildung dieser sozio-ökonomischen Gruppe, lassen sich nur machen, wenn man einen Überblick über Zusammensetzung, Höhe und Verteilung der Einkommen der Händler und kleinen Gewerbebetreibenden hat.

Es gibt Händler und Gewerbebetreibende, die auf dem Land leben und zugleich auch Landwirtschaft betreiben, und solche, die keine eigenen landwirtschaftlichen Betriebe haben, sondern nur Handel betreiben und/oder zeitweise abhängige Lohnarbeit leisten.

Eine zweite Gruppe bilden diejenigen, die in Städten wohnen. Diese beziehen auch oft Einkommen aus anderen Quellen, wie z. B. aus gelegentlicher Lohnarbeit.

Die Höhe der Einkommen einzelner Mitglieder dieser sozio-ökonomischen Gruppe

1) Cherniavsky schätzt die marginale Sparneigung der Europäer, Asiaten, "monetized" Afrikaner und "subsistence" Afrikaner in Ostafrika auf 0.55, 0.29, 0.15 und 0.051 in der Zeit von 1960 bis 1965. CHERNIAVSKY, M., a.a.O. S. 15.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 36

sind verschiedener Art, je nach der Art der Tätigkeit im Handel und Handwerk.

Tab. 45 Monatliches Nettoeinkommen eines kleinen Gewerbetreibenden
und Größe des investierten Kapitals Pro-Betriebe nach Gewer-
ben (1966 - 1967)

Gewerbe	Monatl. Nettoeinkom- men Shs.	Anzahl der Antworten	Kapital pro Betrieb Shs.	Anzahl der Antworten
Bäcker	5700	11	130000	11
Friseur	500	34	1600	32
Elektriker	2200	10	6600	11
Schuster	700	67	4300	63
Goldschmied	3800	22	80000	23
Automechaniker	4300	12	107000	17
Metallarbeiter	300	26	1700	27
Schneider	1700	91	8200	137
Uhrenreparatur	900	19	10200 ^{a)}	13
Schreiner	600	68	8400	74
Gesamt	2100	360	358000	408

a) einschl. zwei großer Firmen und eines Optikers. Ohne sie wäre der Durchschnitt Shs. 1200.

Quelle: Schädler, Karl, a.a.O., S. 76 und 97.

Der größte Teil der Einkommen aus Handel und Kleingewerbe entfällt auf Nicht-afrikaner, die den Großhandel und zum Teil den Einzelhandel, den Transport und den Tourismus beherrschen.

Für das Realeinkommen dieser Gruppe, deren Bedeutung für die Ersparnisbildung wichtig ist, dürfte die Annahme zutreffen, daß das Realeinkommen der auf dem Lande lebenden Händler und Gewerbetreibenden höher liegt, als derjenigen gleichen Einkommens in den Städten. Diese Annahme erscheint angesichts der noch weit verbreiteten Selbstversorgung mit notwendigen Lebensmitteln, Dienstleistungen und Geschäfts- und Wohnräumen auf dem Lande gerechtfertigt zu sein.

Diese Schlußfolgerung ist weniger sicher, wenn man die Unterschiede der

terpreise zwischen Stadt und Land zugrunde legt.

Unterstellt man, wie es Schelle getan hat, daß die auf dem Land lebenden Händler und kleinen Gewerbetreibenden sich in ihren Spar- und Investitionsgewohnheiten nicht so sehr von den Einkommensbeziehern im Agrarbereich mit vergleichbarem Realeinkommen unterscheiden, ¹⁾ so bleibt noch eine Untersuchung der Ersparnisbildung der Händler und Gewerbetreibenden in den Städten, die nach Schelle vermutlich eine höhere Sparquote als die Lohnempfänger gleichen Einkommens aufweisen. ²⁾

Berücksichtigt man die allgemein bestehende "Unterbesteuerung" der kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe, weil ihre Einkommen auf Grund des noch weit verbreiteten Analphabetentums nicht durch ein kaufmännisches Buchhaltungssystem festgestellt werden können und weil es auch schwierig ist, die Zahl der Steuerpflichtigen zu ermitteln und zu erfassen, so läßt sich nur eine bescheidene Einflußnahme der direkten Besteuerung auf die Sparentscheidungen dieser sozio-ökonomischen Gruppe feststellen.

Ein Zusammenhang zwischen Steuerersparnis und Sparneigung der Händler und Gewerbetreibenden kann aufgrund fehlender empirischer Beweise jedoch nicht festgestellt werden. Die geringe Ersparnisbildung der afrikanischen Händler und Gewerbetreibenden beruht auch zum Teil auf der Tatsache, daß es an investitionsbereiten afrikanischen Unternehmern fehlt.

Die Feststellung einer hohen Ersparnisbildung der städtischen Händler und Gewerbetreibenden gilt nur unter Berücksichtigung der funktionellen Einkommensverteilung für die sozio-ökonomische Gruppe als Ganzes. Diese Annahme der hohen Sparquote erscheint nicht gerechtfertigt, wenn man die Einkommensbezieher dieser Schicht nach der Art der Tätigkeit, der Einkommenshöhe, der ethnischen, rassisch-religiösen ³⁾ und Stammeszugehörigkeit ⁴⁾, dem Ausbildungsniveau und dem Geschlecht ⁵⁾ einteilt.

Bei den unteren und mittleren Händlern und Gewerbetreibenden besteht kaum Nei-

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 88.

2) Vgl. derselbe a.a.O., S. 91.

3) z. B. arabisch-islamische Händler sind dafür bekannt, daß sie großen Wert auf Äußerlichkeiten legen und daher wenig sparen. Vgl. hierzu, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (Hrsgb.), Beiträge zur Frage fremder Verhaltensweise, Köln 1962 S. 4 und 25.

4) Einige Negerstämme z. B. Kikuyu (Kenya) sind allgemein als relativ sparsam bekannt.

5) In Westafrika z. B. bilden die weiblichen Händler die bedeutendste Sparschicht.

gung zum Sparen. Wenn es diesen Personen gelingt, einige Ersparnisse zu bilden, so beruht dies auf plötzlicher und starker Einkommenssteigerung.

Berücksichtigt man noch das geringe Bareinkommen, die auf seit langem unveränderten Arbeitsmethoden beruhende niedrige Produktivität, geringe Rücklagen und Lagerhaltung, minimale Umsätze und die Abhängigkeit von Krediten für Umsatz- und Betriebsfinanzierung, so läßt sich ein sehr geringer freiwilliger Beitrag der unteren und mittleren Einkommensschichten zeigen.

Es liegen keine statistischen Angaben über Nettoersparnisse der oberen Einkommensschichten der Händler und Gewerbetreibenden in Tanzania vor. Es wird vermutet, daß die asiatischen Minderheiten eine große Sparneigung aufweisen ¹⁾, weil sie weniger als Europäer zu konsumieren scheinen. Ihre Lebensweise ist aber von Tradition und Religion abhängig. Sie geben viel Geld aus zum Kauf von Edelmetallen ²⁾, für traditionsgebundene "soziale Verpflichtungen" z. B. Hochzeit, religiöse Festlichkeiten, Sterbefeiern.

Der hohen Sparneigung der Asiaten steht ihre allgemeine Scheu vor langfristiger Bindung der ersparten Beträge entgegen. Die Fonds werden in vielen Fällen liquid gehalten ³⁾, oder im Ausland angelegt. Es wird von den rassischen Minderheiten in Tanzania zwar gespärt, die Ersparnisse aber selten anderen Personen außerhalb der Marginalschichten zur Verfügung gestellt oder aber die Ersparnisse werden im Ausland angelegt, wenn es sich bei den Sparern um Ausländer ohne tanzanianische Staatsangehörigkeit handelt. ⁴⁾

Der Einfluß der Anlagemöglichkeiten im Handel und Kleinhandwerk und -gewerbe auf die Ersparnisbildung dieser sozio-ökonomischen Gruppe, kann wegen der fehlenden empirischen Untersuchungen nicht festgestellt werden.

1) Yaffey, M.J.H., a.a.O., S. 24.

2) Das Horten von Gold ist bei vielen Asiaten eine uralte Sitte; vgl. RAO, Probleme der Kapitalbildung in Indien, a.a.O., S. 60, ferner RUTHENBERG, H., Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung a.a.O. S. 67.

3) Etwa für Lagerspekulationen, Geldverleih, Akkumulation fremder Devisen.

4) Bei den Ismailis (Asiaten), Religionsanhänger des Aga Khan und eine der erfolgreichsten Händlergruppen in Tanzania, die zum größten Teil die Staatsangehörigkeit von Tanzania haben, muß beispielsweise jedes Mitglied 10 % seines Einkommens an das im Ausland lebende Religionsoberhaupt abgeben.

5. Ersparnisbildung der großen Unternehmer in der Industrie

Die Gruppe der Unternehmer, die auch als Gruppe der Oberschicht ¹⁾ bezeichnet werden kann und überwiegend in den Städten lebt, ist zahlenmäßig gering, aber im Hinblick auf die Ersparnisbildung bedeutsam.

Die meisten Unternehmer sind Ausländer asiatischer oder europäischer Abstammung. Ausländer besitzen auch einen überwiegenden Anteil an einheimischen Unternehmen (vgl. Tab. 29, S.112).

In den weiteren Ausführungen muß man bezüglich der Ersparnisbildung der Unternehmer zwischen Ausländern und Inländern einerseits und bei den Inländern wiederum zwischen Afrikanern und Nichtafrikanern, Europäern und Asiaten andererseits unterscheiden. Diese Unterscheidung erlaubt nicht nur eine weitergehende Analyse des Spar- und Investitionsverhaltens, sondern auch die Schätzung des im Inland verbleibenden Teils der Ersparnisse. So können vor allem die geringen inländischen Ersparnisse der Unternehmer in der Industrie und Großproduktion, in der Landwirtschaft und im Handel mit den Gewinntransferierungen ins Ausland erklärt werden.

Die Ersparnisbildung der Großproduzenten in der Landwirtschaft würde eine gesonderte Untersuchung verlangen, da bei ihnen vermutet werden kann, daß ihre Ersparnisse weitgehend von den "terms of trade" abhängig sind.

Soweit die Unternehmen den Ausländern gehören, wird ein großer Teil der erwirtschafteten Gewinne den Anteilseignern im Ausland zufließen müssen. Eine Wiederverwendung der Ersparnisse im Inland hängt weitgehend von Anlagemöglichkeiten ab.

Es läßt sich aber vermuten, daß die Sparquote der großen Unternehmer größer ist als der kleinen Selbständigen im Handel und Gewerbe. Über die Form und Verwendung der Ersparnisse dieser Gruppe lassen sich aber keine konkreten Aussagen machen. Es ist zu erwarten, daß die anfallenden Überschüsse ins Ausland fließen, da die großen Unternehmer mehr als die kleinen Händler und Gewerbetreibenden enge ökonomische Verbindung zum Ausland haben.

1) Sie umfaßt Unternehmereigner, Großaktionäre, reiche Kaufleute und Großgrundbesitzer.

D. Der Umfang der Sparleistungen der verschiedenen sozio-ökonomischen und ethnischen Gruppen nach Sparformen

Im letzten Abschnitt wurde das Problem der Ersparnisbildung der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen vom Standpunkt der Sparfähigkeit und Sparneigung untersucht. Es wurde versucht, Sparquote bzw. -beitrag der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen, gegebenenfalls der verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb einer sozio-ökonomischen Gruppe zu bestimmen.

In diesem Abschnitt geht es um den Versuch, den Umfang der Sparleistungen der verschiedenen sozio-ökonomischen bzw. ethnischen Gruppen nach Sparformen zu bestimmen. Damit läßt sich die Struktur der Ersparnisse erkennen. Denn es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Sparleistung und Anlageformen.

Im folgenden wollen wir folgende Sparformen unterscheiden: ¹⁾

- a) Kontensparen (Kontokorrentkonto, Sparkonto, Festgeldkonto, Postsparkonto, Bausparkonto)
- b) Wertpapiersparen (Prämiensparen, "Development Bonds", Schuldverschreibungen, Aktien, Beteiligungen)
- c) Versicherungssparen (Lebensversicherung, Pensionskassen, "Provident Fund", Altersversorgung)
- d) Bausparen.

1. Das Kontensparen

Eine Untersuchung der "Kreditanstalt für Wiederaufbau" in 20 Entwicklungs- und 9 Industrieländern über Ersparnisbildung ergab, daß der Anteil des Kontensparens in Entwicklungsländern 1.0 %, in Industrieländern dagegen 4.5 % der gesamten volkswirtschaftlichen Ersparnis von jeweils 12.5 % bzw. 25 % des Volkseinkommens ausmachte. ²⁾

Die geringe Bedeutung des Kontensparens ist eine Folge des allgemein niedrigen Volkseinkommens in Entwicklungsländern.

1) Im folgenden werden wir insbesondere die empirische Erhebung Hübners für Uganda berücksichtigen. Die Tabellen 46 und 50 beziehen sich auf Erhebungen Hübners in Uganda, das fast die gleiche Wirtschaftsstruktur wie Tanzania hat.

2) HÜBNER, G., a.a.O., S. 36.

Tab. 46 Kontensparen nach ethnischen und Berufsgruppen in Uganda

Sparkonto	Kto. Korr. Kto	Spar- kto.	Fest- geld- kto.	Post- spar- kto.	Kto. Korr. Kto. und Spar- kto.	Bank- und Post- spar- kto.	Bank- und Bau- spar- kto.
Gegenstand	Schriftlich Befragte und Zahl der Antworten						
Nach Rassengruppen:							
Afrikaner	226	454	62	143	90	76	20
absolut	21	41	6	13	8	7	2
vH							
Asiaten	66	70	14	8	29	7	4
absolut	46	48	10	6	20	5	3
vH							
Europäer	35	8	9	4	7	4	7
absolut	78	18	20	9	16	9	16
vH							
Alle Rassen	327	532	85	155	126	87	31
absolut	25	41	7	12	10	7	2
vH							
Nach Berufsgruppen:							
Privatwirt- schaft	162	321	38	94	55	38	17
absolut	18	36	4	11	6	4	2
vH							
Öffentlicher Dienst	134	193	39	58	57	45	12
absolut	38	54	11	16	16	13	3
vH							
Selbständige	31	18	8	3	14	4	2
absolut	65	38	17	6	29	8	4
vH							
Alle Berufe	327	532	85	155	126	87	31
absolut	25	41	7	12	10	7	2
vH							

Quelle: HÜBNER, G., etc., a.a.O., S. 243 und 250.

In erster Linie spielen die Einstellungen der Bezieher niedriger Einkommen (z. B. Bauern und Arbeiter) zum Kontensparen, der Mangel an Vertrautheit der Spar-
er mit der Sparform, Analphabetentum und das geringe Angebot an Sparinstituti-
onen, insbesondere auf dem Lande eine Rolle.

Die Voraussetzungen für Kontensparen der verschiedenen sozio-ökonomischen
Gruppen sind unterschiedlich: Auf dem Lande spielen die geringe Verbreitung der
Geldinstitutionen, die hohen Wegekosten, der ungewohnte Umgang mit Sparbüchern
und das allgemeine Analphabetentum der Landbevölkerung eine große Rolle.

Tab. 47 Die Ersparnisse von Haushalten ^{a)} und von Bezieher-
mittlerer Einkommen ^{b)} in Dar-es-Salaam

Sparformen	Sparsumme der gesamten Haushalte	
	Sparsumme pro Haushalt in Shs. 0.00	Prozent der totalen Spar- summe
Bargeld	34,23	28,54
Bank-Konten	33,69	28,09
Lebensversicherungs-Prämie	29,88	24,92
Wertpapiersparen (Kauf von Staats- wertpapieren)	7,73	6,44
Kredite	4,21	3,51
Verschiedenes	10,19	8,49
	119,93	100,00

a) aus 4 - 5 Personen bestehende Haushalte

b) mit Monatsverdienst (Gehalt) von £ 400 - £ 1000 per annum, d. h. 670 Shs. -
1670 Shs. pro Monat

Quelle: Family Budget Survey of Middle-grade African Civil Servants 1963, Cen-
tral Statistical Bureau, The Treasury, Dar-es-Salaam, March 1964, Tab. 15,
S. 38.

Das Kontensparen, solange es nur wenige Sparinstitutionen auf dem Lande gibt, ist
für die Bauern allzu kostspielig durch die meist hohen Reisekosten und die doch
recht kleinen Sparbeträge. In vielen Fällen wird dann die Bildung von Horten und
das Sparen in "Konservendosen" dem Kontensparen weitgehend vorgezogen, wenn

es darum geht, die Verfügbarkeit über das Geld jederzeit zu erleichtern und Wegekosten zu ersparen.

Die Abneigung der Kreditinstitutionen, den Bauern Darlehen für alle Verwendungszwecke zu gewähren, weil bei den Bauern oft Kreditsicherungsmöglichkeiten noch weitgehend fehlen, ist von nicht geringer Bedeutung für das Kontensparen. Der größte Teil der den Bauern gewährten Kredite stammt aus nicht-institutionellen Quellen, insbesondere von Verwandten, Bekannten und Freunden. Dementsprechend geben die Bauern ihr Geld auch an vertrauenswürdige Personen, Verwandte und Freunde oder sie vergraben das Geld in der Erde.

Ersparnisse bei den Sparinstituten anzulegen, ist bei den städtischen Arbeitern weiter als bei der Landbevölkerung verbreitet.

Verhindern das Fehlen von Sparinstitutionen und die Verbreitung des Analphabetentums unter der Landbevölkerung das Kontensparen auf dem Land, so begünstigen die höhere Bankendichte und die allgemeine Informiertheit der städtischen Bevölkerung das Kontensparen.

Darf unterstellt werden, daß die städtischen Arbeiter mit dem Kontensparen schon vertraut sind, daß die Wegekosten weniger ins Gewicht fallen und daß das Verlustrisiko z. B. durch Diebstahl höher eingeschätzt wird als bei der Landbevölkerung, kann dennoch von den Arbeitern in den Städten kein großes Kontensparen erwartet werden. Denn das Sparen der Arbeiterschicht ist konsumorientiert. Kommt es dennoch zum Kontensparen, so werden bestimmte Kontenformen bevorzugt, die schnelle Verfügbarkeit über die von ihnen regelmäßig gesparten Teile des laufenden Einkommens gestatten.

Nimmt man an, daß die städtischen Arbeiter weniger politisch und um so stärker zinsbewußt sind, so könnte die Höhe der Zinssätze das Kontensparen anregen. Berücksichtigt man aber die Unvollkommenheiten der Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte im Lande, die regionalen und örtlichen Unterschiede in den Zinssätzen und das geringe Angebot an laufenden Wirtschaftsinformationen, insbesondere über den Geld- und Kapitalmarkt, so ist der Einfluß der Zinssätze auf das Kontensparen der Arbeiter gering.

Ein großer Teil der städtischen Arbeiter ist auf Grund ihrer niedrigen Lohnneinkommen von der Einkommensteuer befreit. Der staatliche Charakter der Geldinstitutionen und die Möglichkeit, daß die Feststellung der Steuerschuld über die Bankkonten unterschiedslos erfolgen kann, ist ein wesentlicher Grund für das geringe Kontensparen.

Fragen wir uns nach dem Kontensparen der selbständigen kleinen Händler und Gewerbetreibenden, dann muß man nach ethnischen Gruppen unterscheiden.

Naheliegend ist, wie wir festgestellt haben, die Ansicht, daß diese sozio-ökonomische Gruppe mehr als die Gruppen "städtische Arbeiter" und "Beamte und Angestellte" sparen.¹⁾

Geht man davon aus, daß die Händler insbesondere, im Gegensatz zu den Gewerbetreibenden und industriellen Unternehmern, eine kurzfristige Bindung der Sparfonds einer langfristigen vorziehen, so kommt dem Kontensparen eine besondere Bedeutung zu.

Diese Feststellung der Scheu der Händler vor langfristiger Bindung der Ersparnisse erlaubt noch keineswegs den Schluß auf ein hohes Kontensparen, wenn man etwa die Furcht vor Steuern dieser sozio-ökonomischen Schicht mitberücksichtigt.

Es ist durchaus möglich, daß die Existenz von gespaltenen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkten andere, rentablere Möglichkeiten eröffnet, als das Kontensparen. Aus der Untersuchung von WAI geht hervor, daß die Zinssätze auf dem nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarkt weit über den Sätzen des organisierten Geld- und Kapitalmarktes liegen.

Angesichts der fehlenden Kreditsicherungsmöglichkeiten bei den Afrikanern und der hohen Risiken auf dem nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarkt beschränkt sich die Kreditgewährung auf bestimmte religiöse Gruppen, nämlich Asiaten und Europäer. Die afrikanischen Händler und Gewerbetreibenden haben, mit wenigen Ausnahmen, keinen Zugang zum nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarkt.

Die Bedeutung des nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarktes zeigt die Studie von SCHÄDLER, nach der in Tanzania der überwiegende Teil der Finanzierungsmittel im Bereich des Kleingewerbes aus nicht-institutionellen Quellen stammt.²⁾

Ein Motiv für das geringe Kontensparen zugunsten der Anlagen im nicht-organisierten Markt ist die Angst vor staatlicher Kontrolle der Bankkonten für steuerliche Zwecke. Diese gewinnt eine besondere Bedeutung, weil die Erfassung der Einkommen der kleinen Händler und Gewerbetreibenden selbst dem Staat besondere Schwierigkeiten bereitet.

1) Weil sie erstens oft keine irgendwie geartete staatliche Unterstützung im Rahmen der allgemeinen obligatorischen Versicherung zu erwarten haben und weil sie am ehesten bedacht sind, ihre Vermögen zu vermehren.

2) SCHÄDLER, K., a.a.O., p. 78.

Die Kontrolle des Devisenhandels, die seit 1965 eingeführt wurde, weist auf die geringe Neigung hin, Ersparnisse auf einem Bankkonto anzulegen, um illegale Geld- und Kapitalexporte zu ermöglichen. Daraus ergeben sich die Tendenzen der rassischen Minderheiten illegal Devisenbestände zu bilden.

Daneben mindert die Vorliebe der Asiaten für Anlagen in Gold und Schmuck das Kontensparen. Dabei spielt die Angst vor Inflation und Enteignung eine Rolle, die durch Preissteigerungstendenzen und den wachsenden staatlichen Zugriff in der Wirtschaft angezeigt werden.

Der Besitz von Gold und anderen Edelmetallen bei den Asiaten erleichtert den illegalen Schmuggel ins Ausland und dient als Vermögensgegenstand für die Kreditsicherung.¹⁾

Der Goldbesitz ist besonders bei islamischen Ehefrauen der Asiaten und Afrikaner beliebt, deren rechtliche Stellung in der Ehe allgemein ungesichert ist.

Aufgrund der beschränkten produktiven Anlagemöglichkeiten im Inland, des niedrigen Ausbildungsniveaus und des Spekulationsmotives verwenden die kleinen Händler und Gewerbetreibenden einen großen Teil ihrer Ersparnisse für den Erwerb von festen Vermögensanlagen, z. B. den Kauf von städtischen Grundstücken und den Bau von städtischen Wohnungen.

Diese Vermögensanlagen haben gegenüber anderen Arten von Besitz, z. B. Bankkonten, für Kreditsicherungen bei den Banken und anderen privaten Geldverleihern einen besonderen Vorteil. Denn der Besitz von Wohnanlagen stellt eine Sicherheit dar, bedeutet, bei steigender Verstädterung, eine ergiebige Einkommensquelle²⁾ und dementiert die Selbständigkeit der Händler und Gewerbetreibenden.

In vielen Fällen bieten die Anlagen in festen Vermögensgegenständen bei gleichzeitig fehlenden Vermögenssteuern in Tanzania die Möglichkeit, Steuern zu hinterziehen.

Solange noch keine genügend guten Wohnverhältnisse in Tanzania existieren, bedeutet der Besitz von Luxuswohnungen häufig Prestige und gesellschaftliches Ansehen.

Bei den hohen Beamten und Angestellten ist, obwohl sie wenig sparen, das Konten-

1) Die Anlagepräferenz in Gold und anderen Edelmetallen und Devisen verhindert nicht nur die produktive Verwendung von Ersparnissen, sondern mindert auch die Deviseneinnahmen aus der eigenen Produktion und Export von Gold und Edelmetallen und steigert den Devisenabfluß ins Ausland, falls diese auch noch importiert werden müssen. Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 75.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 70.

sparen verbreitet. ¹⁾ Das läßt sich auf den besseren Ausbildungsstand dieser sozio-ökonomischen Gruppe zurückführen.

Um das Sozialprestige aufrechtzuerhalten und sich eine Quelle künftigen Einkommens langfristig zu sichern, ziehen die hohen Beamten und Angestellten allerdings das Anlegen der Ersparnisse in festen Vermögenswerten dem Kontensparen vor. Dieses hängt mit der von einigen Autoren vertretenen Ansicht zusammen, daß die meisten Mitglieder dieser sozio-ökonomischen Gruppe die "Rolle des Rentnerkapitalisten" einer unternehmerischen Tätigkeit ²⁾ nach Beendigung ihrer Dienstzeit vorziehen.

Erhöhte Auskunftspflicht der verstaatlichten Banken gegenüber Behörden hindert die hohen Beamten und Angestellten auf Konten zu sparen, da gemäß der "Arusha Declaration" vom Jahr 1967 den Beamten und Angestellten mit einem Monatsgehalt von über 1600 Shs. unternehmerische Tätigkeiten und die Ausübung anderer Funktionen im privaten Sektor sowie der Besitz von vermietbaren Wohnstätten verboten ist. ³⁾

Sind diese hohen Beamten und Angestellten Ausländer, so erhalten sie einen Teil ihrer in Devisen zahlbaren Gehälter direkt auf feste Konten im Ausland überwiesen. ⁴⁾ Einige Ausländer können auch nach den geltenden Vorschriften des Devisenkontrollgesetzes einen Teil ihrer Gehälter ins Ausland überweisen. ⁵⁾

Die Abneigung der Ausländer gegen das Kontensparen im Inland verstärkt sich, wenn diesen die späteren legalen Transferierungen ihrer Ersparnisse aus Lohneinkommen ins Ausland erschwert werden.

Das Einzahlen der Gehälter von ausländischen Beamten und Angestellten auf feste Konten im Ausland, sowie die Transfers von einem Teil der Lohneinkommen be-

1) Der Umfang des Kontensparens dieser Gruppe ist nicht bekannt.

2) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 34.

3) Vgl. NYERERE, J., The Arusha Declaration etc., a.a.O., hier S. 21.

4) Etwa 50 % ihrer Gehälter, vgl. hierzu HÜBNER, G., a.a.O.. In welchem Umfang Lohneinkommen der Ausländer illegal ins Ausland transferiert werden, läßt sich nicht bestimmen. Siehe hierzu Tab. 87 S. .

5) Vgl. KROC, R., Wirtschaftsboom im Kongo (Kinshasha) in, "Afrika heute", Deutsche Afrika-Gesellschaft (Hrsg.), Heft 6 (1970), S. 85 - 87, hier S. 86.

deutet eine Schwächung der Devisenposition ¹⁾, sowie eine geringe Spartätigkeit der Ausländer im Inland.

2. Das Versicherungssparen ²⁾

Als Hemmnis für das Versicherungssparen in Entwicklungsländern wird von vielen Autoren das traditionelle Großfamiliensystem betrachtet. Die Großfamilie gilt als sozialer Schutzverband, von dem jeder Angehörige der Familie eine Unterstützung für seinen Lebensunterhalt im Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und jeglicher Not zu erwarten habe.

Solange die Großfamilie sozialen Schutz für die Arbeitslosen, Erwerbsunfähigen, Alten und die geschiedenen oder verwitweten Frauen bietet, besteht noch keine soziale Notwendigkeit für eine Sicherung des Lebensunterhaltes durch den Abschluß einer Lebensversicherung.

Die Notwendigkeit für eine soziale Sicherung wächst mit der Desintegration der familiären Bande etwa durch Verstädterung oder die zunehmende Industrialisierung und damit Individualisierung des Lebens und Eigentums.

Die Selbständigen, die keine staatliche Unterstützung wie die Beamten und Angestellten zu erwarten haben, bilden Rücklagen als soziale Sicherung. ³⁾

Inwieweit die staatliche Zwangsversicherung für Beamte und Angestellte Einfluß auf das private Sparen und insbesondere das private Versicherungssparen in Tanzania hat, kann nicht festgestellt werden, da es empirische Untersuchungen darüber nicht gibt.

1) Es kann jedoch nicht entschieden werden, ob und in welcher Form durch den sich hierdurch potentiell ergebenden Importgüterkonsumverzicht Auswirkungen entstehen auf die Importsteuern (durch verringerte Importe) einerseits und auf die Inlandsproduktion (durch einen möglicherweise mehr auf dem Inlandsmarkt orientierten Konsum) andererseits.

2) Bezieht sich auf privates Sparen.

3) Eine vollständige Aufzählung der verschiedenen Motive, auf denen die Notwendigkeit für die soziale Sicherung der Selbständigen basiert, ist weder möglich noch nötig. Es kann allerdings auf die vielen Risiken, Einstellungen und Erwartungen, die sich in verschiedenen Situationen ändern, hingewiesen werden. Das von Jaffey für die Asiaten festgestellte starke Versicherungssparen beruht auf ihren großen Vermögen und relativ hohen Einkommen, der Art des Berufs, den sozialen Unsicherheiten und Erwartungen, deren Absicht, Steuerersparnisse zu erzielen und der Tatsache, daß sie in Städten leben. Vgl. Yaffey, M.H.S., a.a.O., p. 24.

Tab. 48 Versicherungssparen nach ethnischen und Berufsgruppen

Versicherungsform	Lebens- versicherung	Pension- Scheme	Provident- Fund
Schriftlich Befragte und Antworten			
Nach Rassengruppen:			
Afrikaner			
absolut	298	393	229
vH	27	36	27
Asiaten			
absolut	93	47	39
vH	64	32	27
Europäer			
absolut	29	15	13
vH	64	33	29
Alle Rassen			
absolut	420	455	351
vH	33	35	27
Nach Berufsgruppen:			
Privatwirtschaft			
absolut	208	203	343
vH	24	23	39
Öffentlicher Dienst			
absolut	170	251	7
vH	48	70	2
Selbständige			
absolut	42	1	1
vH	87	2	2
Alle Berufe			
absolut	420	455	351
vH	33	35	27

Quelle: HÜBNER, G., etc., a. a. O., S. 243 und 250.

Es wird behauptet, daß das Sparen mit zunehmendem Vermögen zurückgeht. Im Gegensatz dazu scheint gerade der Mangel an Vermögen in weiten Bevölkerungskreisen Tanzanias das Versicherungssparen zu behindern.

Die Frage, ob ein Zunehmen des Vermögens in Form von Wohnungen oder anderen dauerhaften Konsumgütern den Anreiz zu stärkerem Versicherungssparen erhöhen würde, kann positiv beantwortet werden.

Als nicht zu unterschätzende Gründe für das geringe Versicherungssparen können, neben den geringen Einkommen und der Verbreitung des Analphabetentums, die geringe Zahl der Versicherungsgesellschaften auf dem Lande gelten. Die hohen Versicherungsbeiträge sind natürlich die Folge der besonders großen Risiken und Verwaltungsaufwendungen der Versicherungsgesellschaften.

Auch die kostenlose medizinische Behandlung und Betreuung schwächt die private Neigung zum Abschluß von Krankenversicherungen in Tanzania.

Inwieweit steuerliche Begünstigung für Versicherungsbeiträge das Versicherungssparen der Steuerzahler beeinflußt hat, läßt sich nicht entscheiden. Die Steuerzahler in ländlichen Gegenden werden keineswegs von solchen steuerlichen Erleichterungen entscheidend beeinflußt, weil sie über diese Maßnahmen zu wenig informiert und ihre Einkommen und damit die Steuerbelastung zu gering sind.

Die Bereitschaft zum Versicherungssparen kann nicht entscheidend gesteigert werden, solange die Steuerbelastung generell für alle sozio-ökonomischen Gruppen und auch innerhalb einer bestimmten Einkommensschicht gering ist.

Nimmt man an, daß nur Bezieher hoher Einkommen Vorteile von der steuerlichen Förderung einiger Versicherungen erlangen können, so ist die Chance für eine positive Wirkung dieser Maßnahme auf größeres Versicherungssparen gering, denn die Bezieher hoher Einkommen sind meist Ausländer, die an Versicherungssparen (z. B. Lebens- und Altersversicherung) im Inland nicht interessiert sind.¹⁾

Das geringe Interesse der Ausländer am Versicherungssparen bei einheimischen Versicherungsunternehmen beruht auf Angst vor politischen und wirtschaftlichen Gefahren, denen die oft kleinen und staatlich kontrollierten Unternehmen in einem

1) Wir nehmen an, daß nur einheimische Versicherungsgesellschaften an der Versicherungswirtschaft beteiligt sind.

Entwicklungsland ausgesetzt sind.¹⁾

Unabhängig von der Höhe der Prämiensätze und Versicherungssummen ist die Struktur der Einkommensverteilung für das Versicherungssparen mitbestimmend. So läßt die bestehende Einkommensdistribution in Tanzania keine allzu großen Hoffnungen auf eine Steigerung des Versicherungssparens zu, zumal unter den Beziehern hoher Einkommen, die ja meist Ausländer sind.

3. Das Wertpapiersparen

Wertpapiersparen umfaßt den privaten Kauf von festverzinslichen Wertpapieren privater oder öffentlicher Unternehmungen und des Staates.

Wertpapiersparen ist wichtig und zwar deshalb, weil hier eine unmittelbare Verbindung zwischen Sparen und Investieren besteht, so daß die produktive Verwendung der Ersparnisse gesichert ist.

Geht man davon aus, daß Sicherheit, Bequemlichkeit, Flüssigkeit der Mittel und Vertrautheit der Sparer mit den Sparformen die Wahl der Sparform bestimmen, so kann man die das Wertpapiersparen bestimmenden Faktoren feststellen.

Da familiegebundene Unternehmungen und Betriebe vorherrschen, die meist Ausländern gehören und die aus verschiedenen Gründen, hauptsächlich aus steuerlichen Gründen und Analphabetentum, keine Bücher über ihre Geschäftsvorgänge führen und keine Abschlußbilanzen veröffentlichen, ist das Interesse des Publikums an einer Beteiligung an solchen Unternehmungen und Betrieben gering.

Auskünfte über die Geschäftsvorgänge dieser Unternehmungen, selbst wenn man sie erhält, sind sehr unzureichend.

Unter diesen Umständen, selbst wenn eine Beteiligung an solchen Unternehmungs- und Betriebsformen möglich wäre, erscheint die Geldanlage in Wertpapieren zu risikoreich zu sein, so daß das Interesse für das Wertpapiersparen gering sein muß.

Sind die Ersparnisse konsumbezogen²⁾, so erschwert der geringe Liquiditätsgrad der Geldanlage in Wertpapieren im Vergleich zum Kontensparen das Wertpapier-

1) Je größer das Kapital und die internationale Verflochtenheit der Versicherungsunternehmen ist, umso größer die Risikostreuung und umso größer ist dann auch das Vertrauen der Versicherten. Kleine inländische Versicherungsunternehmen lassen sich bei großen ausländischen Versicherungsgesellschaften rückversichern. In Tanzania gibt es noch kein Rückversicherungunternehmen.

2) Dies ist wichtig für die Kleinsparer der unteren Einkommensschichten, deren Ersparnisse konsumorientiert sind.

sparen.

Der geringe Liquiditätsgrad beruht zum Teil auf dem Fehlen von Börseneinrichtungen in Tanzania, die den An- und Verkauf von Wertpapieren nach Bedarf und zum gewünschten Zeitpunkt der Marktlage gemäß ermöglichen. Eine laufende Notierung der Wertpapierkurse gibt es in Tanzania nicht.

Berücksichtigt man dazu noch die bestehende, rassische "bewußte Isolation" im unternehmerischen Bereich, so ist die Beteiligung von Afrikanern an asiatischen bzw. europäischen Unternehmungen und Betrieben und umgekehrt der Asiaten und Europäer an afrikanischen so gut wie unmöglich, da ja die Finanzierung der afrikanischen und asiatischen Unternehmungen hauptsächlich durch den nicht-organisierten Kapitalmarkt erfolgt. Die Europäer sind auf ausländische Finanzquellen angewiesen. ¹⁾

Gründe für das geringe Wertpapiersparen sind die verbreitete Selbstfinanzierung der Unternehmungen und Betriebe und die Existenz anderer Geldanlagemöglichkeiten, die, wenn sie auch weniger ertragreich sind, eine größere Sicherheit und Flüssigkeit gewähren.

Dazu kommt, daß die den Ausländern gehörenden großen Unternehmungen und Betriebe, trotz ihrer hohen Gewinne nicht geeignet sind für Geldanlagen von Kleinsparern. Es mangelt auch an Vertrautheit dieser Sparergruppe mit dem Wertpapiersparen.

Die Gewohnheit, Ersparnisse in Wertpapieren anzulegen, ist an sich nur bei den Beziehern hoher Einkommen, die meist Ausländer sind, verbreitet. Die geringen Gewinnchancen, Unvertrautheit mit den lokalen Verhältnissen und die schwer einzuschätzenden Risiken bei den oft kleinen Unternehmungen und Betrieben, die zugleich als Unternehmen und Haushalte gelten können, hindern sie jedoch an der Geldanlage in Aktien.

Wird vielfach angenommen, daß die meisten Sparer zinsbewußt sind, so daß die An-

1) Eine genauere Feststellung der Art und des Umfangs der Finanzierungsmittel bei den verschiedenen, bestimmten ethnischen Gruppen angehörenden Unternehmungen und Betriebe ist unmöglich. Für Afrikaner gelten in der Hauptsache die Bank- und Staatskredite als Finanzierungsquellen. Die staatlichen Finanzinstitutionen sind auch, im Hinblick auf die Förderung afrikanischer Unternehmer, nicht gewillt, den Nicht-Afrikanern unterschiedslos Darlehen zu gewähren. Die Nicht-Afrikaner scheuen sich andererseits auch (u. a. aus steuerlichen Gründen) vor einer Überprüfung ihrer persönlichen Verhältnisse.

Tab. 49 Wertpapiersparen und Transfer ins Ausland nach Sparformen, ethnischen und Berufsgruppen

Sparformen bzw. Geld- und Kapitaltransfer	Zahl der schriftlich abgegebenen Antworten					
	Aktien	Sparprämien	Beteiligungen an Geschäften	Anleihen	Darlehen an Dritte	Transfer ins Ausland
Gegenstand						
Nach Rassengruppen:						
Afrikaner absolut	30	245	28	9	39	1
vH	3	22	3	1	4	-
Asiaten absolut	22	38	17	5	12	29
vH	15	26	12	3	8	20
Europäer absolut	17	13	4	9	-	30
vH	38	29	9	20	-	67
Alle Rassen absolut	69	296	49	23	51	60
vH	5	23	4	2	4	5
Nach Berufsgruppen:						
Privatwirtschaft absolut	32	146	15	6	18	28
vH	4	17	2	-	2	3
Öffentlicher Dienst absolut	21	136	21	13	29	11
vH	6	38	6	4	8	3
Selbstständige absolut	16	14	13	4	4	21
vH	33	29	27	8	8	44
Alle Berufe absolut	69	296	49	23	51	60
vH	5	23	4	2	4	5

Quelle: HÜBNER, G., etc., a.a.O., S. 243 und 250

lage in Wertpapieren von der Höhe der Renditen der verschiedenen Wertpapiere abhängig ist, bzw. aus Spekulationsgesichtspunkten heraus erfolgt, so muß man einwenden, daß die Kleinsparer im Gegensatz zu den großen Sparern weniger zinsbewußt als vielmehr sicherheitsorientiert sind.

Während Zinsänderungen Einfluß auf das Wertpapiersparen der Bezieher hoher Einkommen haben können, beeinflussen sie dennoch nicht das Sparverhalten der Ausländer. Die Geldanlage der letzteren in Aktien ist mehr sicherheits- als renditeorientiert. ¹⁾

Akzeptiert man das Sicherheitsbedürfnis ²⁾ der meisten Wertpapiersparer, so erhebt sich die Frage der Auswirkung der steuerlichen Anreize auf das Wertpapiersparen, wenn etwa ein Mißtrauen gegenüber den Unternehmern und/oder dem Staat besteht. Eine eindeutige Aussage darüber gibt es nicht. ³⁾

Sieht man einmal von der Höhe der Rendite ab, die ein Geldanleger bei staatlichen Wertpapieren bekommen kann, so könnten die Erwartungen einer Rendite die, bei gegebener Kreditwürdigkeit des Staates, realisiert werden kann, maßgebend sein. Sicherheit und Vertrauen tragen wesentlich zur Geldanlage in staatlichen Wertpapieren bei.

Demgegenüber könnten Einstellungen zur allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung bei gegebener Wirtschafts- und Sozialordnung, Einstellungen zu öffentlichen Finanzen und Entwicklungsprogrammen und ihrer Finanzierung durch Anleihen, Kreditschöpfung und Steuern und die auf den Wahrnehmungen oder Erfahrungen beruhenden Erwartungen bezüglich der zukünftigen, politischen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung die Anlage in staatlichen Wertpapieren beeinflussen. Mit dem Zunehmen von Interesse und Informationen, also steigender Informiertheit, entwickeln sich auch andere Einstellungen und Erwartungen.

Es ist durchaus denkbar, daß sich die Neigung zur Geldanlage in staatlichen Wertpapieren bei den Beziehern hoher Einkommen der Marginalschichten, auf die der

1) Eine bedeutendere Rolle spielen jedoch Erfahrungen, die gemacht worden sind und die veränderten Situationen, die wahrgenommen werden müssen. Vgl. hierzu BOHN, Peter, Konsumenten- und Sparverhalten etc., a.a.O., S. 89.

2) Auch andere ökonomische Faktoren wie z. B. Inflation "bei nicht sicheren Erwartungen ihrer Fortsetzung in der Zukunft" würden das Aktiensparen nicht beeinflussen. BOHN, Peter, Konsumenten- und Sparverhalten etc., a.a.O., S. 90. Kleinsparer sind weder politisch- noch geldwertbewußt. Vgl. HÜBNER, Gunter, a.a.O., S. 228 ff.

3) Zimmermann, Gerd, Sozialer Wandel und ökonomische Entwicklung etc., a.a.O., S. .

Artikel von McWilliam für Kenya ¹⁾ hinweist, mit den politischen Geschehnissen ändert.

Vom September 1959 bis Juni 1961 legte die Regierung von Kenya eine öffentliche Anleihe auf. Von insgesamt 642 Käufern, hauptsächlich private Haushalte, waren 209 Europäer, 401 Asiaten und 32 Afrikaner. Die Europäer kauften staatliche Wertpapiere im Wert von £ 38830, die Asiaten £ 92375 und die Afrikaner £ 630.

Nach der Bekanntgabe des Datums, an dem Kenya die politische Unabhängigkeit erlangen sollte, verkauften 58 Europäer, 115 Asiaten und 2 Afrikaner ihre staatlichen Wertpapiere innerhalb eines Jahres im Wert von jeweils £ 21205, £ 54685 und £ 30.

Das bedeutet, daß 28 % Europäer, 29 % Asiaten und 6 % Afrikaner jeweils 54 %, 59 % und 5 % veräußerten.

Von großer Bedeutung für das Wertpapiersparen ist die Verwendung der Ersparnisse durch die Unternehmungen und den Staat, weil davon der Umfang der Rendite der Wertpapiere abhängig ist. Das bedeutet, daß bei gegebener marginaler Sparneigung eine ineffiziente Verwendung der Ersparnisse durch die Unternehmungen und den Staat das Konten- und insbesondere das Wertpapiersparen und damit die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse überhaupt negativ beeinflussen kann.

Weit wesentlicher sind dagegen die Bedenken, die gegen die staatliche Kontrolle der Unternehmungen und Geldinstitute im Hinblick auf die Überprüfung der wirtschaftlichen bzw. produktiven Verwendung der privaten Ersparnisse durch die Unternehmer und Geldinstitute vorgebracht werden können.

4. Das Bausparen

Die starke Nachfrage nach besseren Wohnverhältnissen vieler Einkommensbezieher in Tanzania könnte - so nimmt man an - ein gewisses Sparbedürfnis auslösen. Das Bedürfnis, ein standesgemäßes eigenes Haus zu besitzen, besteht besonders bei den Beziehern hoher und mittlerer Einkommen.

1) McWILLIAM, M.D., A Savings Experiment in Kenya. East African Economic Review, The Journal of the Economic Club of Kenya and the Uganda Economic Society, Vol. 8, Nr. 2, December 1961, p. 92 - 98, hier S. 97 - 98.

Wenn der Besitz eines eigenen Hauses ein realisierbares Ziel vieler Einkommensbezieher ist, dann würde man, so lautet die Argumentation, Ersparnisse bilden, um ein Haus zu bauen oder zu kaufen oder Sparkapital bilden, um damit Sicherheitsleistungen für einen Bank- oder Staatskredit zu ermöglichen. Die Kreditaufnahme könnte ein Grund für die Bildung von Ersparnissen sein, um damit die Schuldsomme abzutragen.¹⁾ Dies könnte auch zur regulären Sparbildung und Überführung von Ersparnissen in den Geld- und Kapitalmarkt führen.²⁾

Statistiken über die Kapitalbildung nach Kapitalanlagen bestätigen zwar in Tanzania, daß ein großer Teil der privaten Ersparnisse zur Finanzierung von Bauinvestitionen verwendet wird, sie geben aber keine Anhaltspunkte für eine Auswirkung der starken Bauinvestitionen auf die Ersparnisbildung der Haushalte.³⁾

Einen großen Einfluß auf die geringe Bauspartätigkeit hat die noch vorherrschende Selbstversorgung im Bausektor, insbesondere auf dem Lande.

Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß der allgemeine, unbeschränkte Erwerb von Bauland, die Art der Wohnbauten und der verwendeten Baumaterialien, die man selbst besorgen kann, ohne daß man dafür Geld ausgeben muß, kaum dazu geeignet sind, das Bausparen zu fördern.

Dazu kommt, daß den mittleren und gehobenen Beamten und Angestellten, aber auch Arbeitern stark subventionierte oder freie Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dies vermindert gerade bei den mittleren und gehobenen Beamten und Angestellten den Willen zum Bausparen.

Daß die Ausländer, oft Mitglieder der Marginalschichten, kaum zum Bau von Eigenheimen sparen, wie es die Staatsangehörigen tun würden, wenn sie sparen könnten, braucht nicht besonders hervorgehoben werden, zumal die Ausländer mit Rücksicht auf die Sicherheit des Eigentums vor längerfristigen Investitionen zurückscheuen.

Schließlich behindert das Bodenrecht das Bausparen, denn es gibt in Tanzania kein Eigentum an Grund und Boden. Das Land gehört dem Staat, der sich das Recht auf

1) OECD, Formation of Savings, Capital Markets Study II, Paris 1968, p. 31.

2) Vgl. dieselbe, etc., a.a.O., p. 31.

3) Vgl. dieselbe, etc., a.a.O., p. 32. Vgl. auch KROC, R., Wirtschaftsboom im Kongo etc., a.a.O., S. 86. Eine Antwort auf die Frage, ob die Sparer mit Steigen der Ersparnisse auch mit erhöhter Nachfrage nach Bauinvestitionen reagieren, kann aufgrund fehlender empirischer Untersuchungen nicht gegeben werden. Berücksichtigt man, die Abhängigkeit des Bausparens von dem Gefühl der Sicherheit und den Erwartungen des Sparerers in bezug auf Eigentum, muß auch hier die Antwort dahingestellt werden.

Tab. 50

Bausparen nach ethnischen und Berufsgruppen

		Zahl der schriftlich abgegebenen Antworten	
Sparform		Bauspar-konto	Bank- und Bausparkonto
Ethnische Gruppen			
Afrikaner			
absolut		24	20
vH	a)	2	2
Asiaten			
absolut		5	4
vH	b)	3	3
Europäer			
absolut		10	7
vH	c)	22	16
Alle Rassengruppen			
absolut		39	31
vH	d)	3	2
Berufsgruppen			
Afrikaner			
absolut		20	17
vH	e)	2	2
Asiaten			
absolut		15	12
vH	f)	4	3
Europäer			
absolut		5	2
vH	g)	8	4

a) in % der afrikanischen Sparer (1095)

b) in % der asiatischen Sparer (145)

c) in % der europäischen Sparer (45)

d) in % aller 1285 Sparer

e) in % aller Sparer, die in der Privatwirtschaft beschäftigt sind (880)

f) in % aller Sparer, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind (357)

g) in % aller Sparer, die einer freiberuflichen Tätigkeit nachgehen (48)

Quelle: HÜBNER, Gunther, etc. a.a.O., S. 243 und 250.

Aufteilung und Nutzung vorbehalten. Auf dem Land herrscht das System des Gemeineigentums vor. Die Baugrundstücke werden vom Staat unter eigentumsähnlichen Rechten verpachtet.

Tab. 51 Zahl der Beschäftigten mit den Arbeitgebern zur Verfügung
stellten freien Wohnungen - nach Sektoren - 1966

Wirtschaftszweig	Gesamte Beschäftigte (a)		Zahl der Beschäftigten mit freien Wohnungen (b)	
	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor
Landwirtschaft	8 913	90 728	1 339	68 985
Bergbau	244	5 128	-	2 807
Produz. Industrie	1 180	23 116	-	3 137
Baugewerbe	18 027	5 097	217	800
öffentliche Versorgung	2 462	1 846	58	232
Handel	-	17 430	-	622
Transport	15 416	10 370	5 031	124
Dienstleistungen	55 750	22 891	7 061	1 934
Total	101 992	176 543	13 706	78 641

Quelle: Tanzania, Statistical Abstract 1966

Die nomadisierenden und halbnomadisierenden Stämme, wie die Masai und Werkwafi würden eine gesonderte Untersuchung in bezug auf das Bausparen verlangen, da man bei diesen Stämmen vermuten kann, daß sie kein Bausparen betreiben können. Diese Stämme unterscheiden sich auch in ihren Traditionen und Lebensgewohnheiten von allen übrigen.

Auch das Erbrecht hat Einfluß auf das Bausparen, besonders in solchen Fällen, in denen, je nach Tradition und Stammesrecht, die Ehefrau von der Erbschaft ausgeschlossen wird.

Infolge der geringen Nachfrage nach Wohnräumen außerhalb der Städte bringen die Wohnungen in ländlichen Gegenden keine allzu großen Einkommen ein. Das bedeutet eine schwere Belastung für diejenigen Familien, die für ein Haus auf dem Land sparen.

Der langsame Fortschritt des privaten Bausparens beruht zum Teil auch auf den gesetzlichen Einschränkungen gemäß der "Arusha Declaration", die mittleren und gehobenen Beamten und Angestellten den Erwerb von mehreren Geschäfts- und Wohnbauten verbietet und den Marginalschichten und Ausländern den Erwerb von Bauland außerhalb bestimmter Gebiete ebenso erschwert.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß es in Tanzania neben einigen kleinen Baugenossenschaften und staatlichen Baugesellschaften kaum private Bausparkassen gibt. So ist es durchaus wahrscheinlich, daß die funktionsunfähigen Baugenossenschaften und die staatlichen Baufinanzierungsgesellschaften, von denen es auch nur wenige gibt, insbesondere auf dem Land dem privaten Bausparen nicht besonders förderlich sind.

Unter diesen Umständen erhebt sich die Frage, ob steuerliche Vergünstigungen das private Bausparen fördern könnten. Diese Frage wird man wohl generell verneinen können, zumal die Steuerbelastung allgemein noch gering ist und es eine generelle Steuer auf Anlagevermögen nicht gibt. Arbeiter und Landbevölkerung werden sich am wenigsten durch steuerliche Anreize in ihrer Haltung dem Bausparen gegenüber beeinflussen lassen, weil sie entweder gar keine oder nur geringe Steuern zahlen.

Steuerliche Begünstigungen bei den Zinserträgen oder der Sparsumme im Rahmen der Förderung des Bausparens, bei der die Bausparer auf die realisierten Sparbeträge vom Staat noch einen entsprechenden Betrag zugezahlt oder einen Kredit gewährt bekommen (was im Grunde dem Instrument der Sparprämien entspricht), weisen keine besonderen Vorteile gegenüber den direkten finanziellen Anreizen auf.

E. Ersparnisbildung verschiedener Institutionen und deren Einfluß auf private Ersparnisbildung

1. Allgemeines über institutionelle Förderung privater Ersparnisbildung

Im folgenden wird der Versuch unternommen, den Umfang und die Form der Ersparnisse verschiedener Organisationen - wie öffentliche Unternehmungen, Genossenschaften, Marketing Boards, Geldinstitute (Banken, Sparkassen und Versicherungen) und private Organisationen ohne Erwerbscharakter in Tanzania zu

untersuchen.

Behandelt werden zwei Fragenkomplexe: Erstens, ob diese Institutionen in ihren unternehmerischen Tätigkeiten beträchtliche Überschüsse erzielen, und zweitens, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang sie daneben private Ersparnisse mobilisieren. ¹⁾

Mit Ausnahme von einigen privaten Organisationen stehen die oben erwähnten Institutionen in Tanzania unter dem starken Einfluß des Staates. Sie werden betrachtet als staatliche Träger der Organisations-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, insbesondere im Hinblick auf Marketing, Investitions- und Beschäftigungspolitik und Propaganda.

Da diese Institutionen dem Staat näherstehen, als den privaten Haushalten und Unternehmungen, sind sie auch weit davon entfernt, das private Kapital zu mobilisieren. ²⁾

Es ist daher auch charakteristisch für viele dieser Institutionen, daß sie sich mehr um die Durchführung von Investitionen als um die Mobilisierung von privaten Ersparnissen bemühen. ³⁾

Einige dieser Institutionen und Organisationen - vor allem öffentliche Unternehmungen ohne Erwerbscharakter, Marketing Boards, religiöse und karitative Organisationen - tendieren dazu, ihre Investitionen auf die ökonomische und soziale Infrastruktur zu konzentrieren. Die Langfristigkeit dieser Investitionen ist ein genügender Grund dafür, daß solche Art von Investitionen keine Ersparnisse der von uns schon betrachteten sozio-ökonomischen Gruppen mobilisieren. ⁴⁾

Die privaten Beteiligungen sind eher bei denjenigen Institutionen zu erwarten, die in der Regel kurzfristige Investitionen mit großen Aussichten auf Gewinne finanzieren. ⁵⁾ Kleine sparwillige Einleger sind mehr liquiditäts- und sicherheits- als gewinnorientiert.

Große private Sparer, die eine starke Vorliebe für Gewinnerzielung zeigen, glauben

1) Etwa indirekt durch Kreditgewährung, Gewährung von Garantien und Bürgschaften und direkt durch Beteiligungen, Beiträge.

2) Ausnahmen machen die Geldinstitute, Genossenschaften und einige private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

3) Ausnahmen machen natürlich die Geldinstitute und Genossenschaften, die auf private Ersparnisse und Mitgliederbeiträge angewiesen sind, vgl. UN, World Economic Survey 1965, etc. a.a.O., p. 34.

4) Vgl. derselbe, a.a.O., p. 34.

5) Beispiele dafür sind Handelsbanken, Absatzgenossenschaften, Versicherungen, Teilzahlungsgeschäfte.

ben, bei den Geldanlagen in diesen vom Staat kontrollierten Unternehmungen und Geldinstituten, die auch üblicherweise einen großen Teil ihrer erwirtschafteten Gewinne an den Staat abgeben müssen ¹⁾, herrsche Gefahr, auf "insiders" angewiesen zu sein. Wegen der allgemein verbreiteten Unwirtschaftlichkeit dieser Unternehmungen und Organisationen werden Geldanlagen bei diesen für risikoreich gefunden, so daß sie auch oft an letzter Stelle der Anlagepräferenzen stehen.

So kann vor allem die Abneigung der Sparer gegen die Anlage in vom Staat kontrollierten Unternehmungen und Organisationen mit den niedrigen Gewinnen dieser Institutionen, aber auch mit den Bestimmungen über Gewinnverwendung erklärt werden.

Der Versuch, die privaten Anlagen in staatlich kontrollierten öffentlichen Unternehmungen und Genossenschaften steuerlich zu begünstigen ²⁾, kann die privaten Ersparnisse für die Anlage in solchen Unternehmungen und Organisationen mobilisieren. Aber selbst wenn die Steuergewinne hoch sind und die Anleger bereit sind, die Steuervorteile auszunutzen, bleibt ein Nachteil für den Fiskus bestehen, der Einnahmen in Höhe der Steuerersparnisse der Begünstigten verliert. ³⁾ Es ist auch denkbar, daß die Wirtschaftssubjekte im Hinblick auf die Ausnutzung der steuerlichen Vorteile der Kapitaleinlagen in solchen Institutionen eine Umschichtung ihrer Anlage vornehmen können. Sie können auch auf in der Vergangenheit gebildete Ersparnisse zurückgreifen. Im ersten Fall würden sich die privaten Ersparnisse nicht erhöhen; nur im zweiten Fall werden unausgenutzte Ersparnisse mobilisiert.

1) Der an den Staat abzuführende Teil des erwirtschafteten Gewinnes richtet sich oft nach der Höhe der staatlichen Beteiligung an den Unternehmungen und Organisationen aus. In Tanzania müssen die Banken den gesamten Gewinn nach Abzug des für Reservebildung bestimmten Teils an den Staat abgeben; die Versicherungen müssen 75 % ihrer Gewinne zum Kauf von Staatswertpapieren verwenden; die Marketing Boards verwenden ihre Überschüsse zur Bildung von Preisstabilisierungsfonds und die Genossenschaften müssen 25 % ihrer Gewinne, z. B. Befreiung der Zinserträge und Gewinne von der Einkommens- und Körperschaftsteuer, abführen. Werden nur Gewinnanteile steuerlich begünstigt, so hängt die Vergünstigung immer noch von der Höhe des von den öffentlichen Unternehmungen erwirtschafteten Gewinnes ab.

3) Konkrete Aussagen über die Auswirkungen der Anpassungen des öffentlichen Haushaltes lassen sich nicht machen.

Ob bei dem Instrument der Kreditgewährung bzw. Beteiligung an privaten Unternehmungen seitens öffentlicher Finanzierungsunternehmungen Aussichten bestehen, die privaten Ersparnisse entscheidend zu mobilisieren und zu erhöhen, ist zweifelhaft, da die Unternehmer mit Rücksicht auf ihre Selbständigkeit bei der Unternehmensleitung und -führung, sowie die steuerliche Kontrolle ¹⁾ zu einer solchen Beteiligung nicht bereit sein werden.

Da in Tanzania kleine, arbeitsintensive Betriebe und Unternehmungen vorherrschen, die auch nur geringes Kapital brauchen, sind die Chancen auf wesentliche Erfolge gering. ²⁾

Zumindest werden mit Hilfe dieses Instruments Ersparnisse der privaten Haushalte nicht nennenswert erhöht.

Geht man davon aus, daß es bei vielen potentiellen Unternehmern an technischem "know how" weitgehend fehlt, so kann man mit Sicherheit erwarten, daß durch das Angebot von technischer Hilfe seitens der staatlichen Institutionen an private Unternehmer ein positives Resultat bezüglich der privaten Ersparnisbildung erzielt werden kann, wenn es etwa die Produktivität erhöht oder die Expansion der technisch geförderten Unternehmungen ermöglicht.

2. Der Umfang von Ersparnissen der öffentlichen Unternehmungen

Die große Bedeutung der öffentlichen Unternehmen in Tanzanias gesamtwirtschaftlicher Produktion steht im Gegensatz zu ihrem Beitrag zur volkswirtschaftlichen Ersparnis.

Tab. 53 zeigt den Umfang der im Jahr 1967 von öffentlichen Unternehmungen erzielten Gewinne. ³⁾ Im Gegensatz zur großen Zahl, zu der Art der wirtschaftli-

1) Vgl. SCHELLE, H., Steuerpolitik etc. a.a.O., S. 126. Es muß auch auf die Unterversorgung dieser Institutionen mit Kapital hingewiesen werden, so daß viele dieser Institutionen keine großen Kredite gewähren und Garantieverpflichtungen übernehmen können. Vgl. UN, World Economic Survey 1965, a.a.O., p. 34 - 35.

2) einen aufnahmefähigen Markt vorausgesetzt, besteht mit diesem Instrument nur Aussicht auf Erfolg, wenn Bedarf an Finanzierung von großen und kapitalintensiven Projekten des industriellen und landwirtschaftlichen Bereichs besteht.

3) Aus den Statistiken lassen sich die Methoden zur Ermittlung der Gewinne verschiedener öffentlicher Unternehmungen feststellen. Da diese Unternehmensgruppen aus voll- und halbstaatlichen Unternehmungen - Para-statal Organisationen - zusammengesetzt sind, wäre eine saubere Trennung der staatlichen Gewinne in halbstaatlichen oder gemischten Unternehmungen erforderlich und für eine vollständige Analyse der Ersparnisbildung angebracht.

Tab. 52

Einige Statistiken über Parastatal-Organisation - 1967

Wirtschafts- zweig a)	Zahl der Orga- nisa- tio- nen	Zahl der Beschäf- tigten	Lohn- u. Gehäl- ter Mill. shs.	Einkom- men Mill. shs.	Laufen- de Aus- gaben Mill. shs.	Netto- Gewinn/ Verlust	Anla- gever- mögen Mill. shs.
Landwirt- schaft b)	5	4847	16	33	36	- 3	6
Bergbau	2	2638	29	279	66	212	5
Produz.Gewerbe	26	5302	37	418	393	25	27
Baugewerbe	2	5027	13	54	53	1	6
Elektrizität	1	2010	14	62	40	22	32
Handel	14	3289	15	890	877	13	21
Finanzwesen	9	2049	31	160	90	70	4
Transport	2	965	6	32	32	- a)	23
Dienstleistun- gen	3	518	2	6	6	0	2
Gesamt	46	26645	162.7	1933	1593	126	126

a) ohne ausländischen Anteil am Friendship Textile Mill, privaten Anteil an NHC und EA-Corporations

b) ohne Tanzania Sisal Corporation, gegründet im November 1967

Quelle: Tanzania Background to the Budget 1969/70, The Annual Economic Survey, a.a.O., p. 77.

chen Tätigkeiten, des Umsatzes der betrieblichen Größe, Kapitalausstattung und monopolistischen Marktstellung dieser Unternehmen und Betriebe sind die Gewinne niedriger als man hätte erwarten können.

Die Gründe für die geringen Gewinne der öffentlichen Unternehmungen sind nicht schwer zu finden: den hohen Produktionskosten und Ausgaben stehen geringe Einnahmen¹⁾ der Unternehmen gegenüber.

Die Einnahmen dieser Unternehmen setzen sich zusammen aus Verkaufserlösen eigener Produkte und Dienste und Profiten aus Beteiligungen und eigenen Investitionen. Wird keine monopolistische Preispolitik beim Absatz eigener Produkte und Dienste betrieben, so mindern die wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen die Einkünfte dieser Unternehmen.²⁾ Kredite werden auch zu niedrigen Zinssätzen vergeben.

Die Verbreitung der Anlageinvestitionen in der ökonomischen und sozialen Infrastruktur und die Langfristigkeit und die geringen Erträge derartiger Investitionen mindern die Einkommen dieser Unternehmen.

Andererseits sind die Produktionskosten und die laufenden Ausgaben hoch: die Produktionsgüter werden importiert. Ein großer Teil der Angestellten im gehobenen Dienst, die entsprechend überdurchschnittlich honoriert werden, sind Ausländer. Die Aufwendungen für Verwaltung sind hoch.

Von nicht geringer Bedeutung ist die Tatsache, daß diese Unternehmen häufig der Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung dienen. Damit richtet sich die Lohnpolitik mehr nach sozialpolitischen Erwägungen als nach dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität aus. Die Produktivität ist allgemein niedrig.

Da diese Unternehmen oft mit ausländischen Finanzierungsmitteln operieren, müssen sie neben Schuldenrückzahlungen auch noch Ausgaben für Patente, Dienste und Zinsen ans Ausland leisten.

Betätigen sich die Unternehmen auf dem Exportsektor, so sind die Einflüsse der Absatz- und Preisschwankungen auf den Weltagrarmärkten auf die Gewinnlage dieser Unternehmen noch zu berücksichtigen.

Unter diesen Umständen sind die Hoffnungen der Regierung, die erwartet, daß die von ihr gegründeten und finanziell abhängigen Unternehmen, die bereits produzie-

1) Güter und Dienste werden beinahe zu kostendeckenden Preisen abgesetzt.

2) Angaben über die Aufteilung der Einkommen der Unternehmungen in Zinsen, Provisionen, Erträgen aus Wertpapieren, Beteiligungen, Immobilien, usw. gibt es nicht.

ren, selbständig werden, bisher nur teilweise erfüllt worden. Die Beiträge der Zentral- und Lokalregierung an die "parastatal" Unternehmen nehmen ständig zu.

3. Ersparnisse der Versicherungsgesellschaften

a. Gesetzliche Sozialversicherungsgesellschaften ¹⁾

Seit der Verstaatlichung des Versicherungswesens im Februar 1967 existieren zwei Arten von Versicherungen, die dem Staat unterstehen: NPF und NIC. Erstere ist eine Sozialversicherungsanstalt und letztere betreibt private Versicherungsgeschäfte aller Art.

Das Versicherungssparen wurde im Abschnitt C. 2. diskutiert. Im folgenden werden wir uns deshalb nur auf den Umfang der Nettoersparnis der Versicherungsgesellschaften beschränken.

Nach offiziellen Angaben erzielt das NPF beträchtliche Nettogewinne, die fast hundertprozentig in staatlichen Wertpapieren angelegt werden.

Auf der Einnahmeseite sind Versicherungsbeiträge und Investitionseinkommen die Haupteinnahmequellen. Hauptausgabeposten sind die Investitionsausgaben, Verwaltungsaufwendungen und Auszahlungen an Versicherte.

Man kann die finanziellen Elemente der NPF nicht laufend und genau verfolgen.

Wenn auch die Nettogewinne des NPF zugegebenermaßen hoch sind, so kann doch auf einige Mängel hingewiesen werden:

1. Die niedrige Erfassungsquote der Zahl der Versicherten etwa, im Verhältnis zu der gesamten Anzahl der erwachsenen Einwohner oder der Zahl der Haushalte oder der ökonomisch aktiven Bevölkerung. ²⁾ Im Jahr 1967 gab es etwa 8 Mill. Menschen im Alter von über 15 Jahren und 2.7 Mill. Haushalte, aber nur 363.710 Personen waren bei NPF sozialversichert. Dabei war auch eine geringe Anzahl

1) Umfaßt hauptsächlich Altersversorgung im Alter von 55 Jahren und Arbeitsunfallversicherung (Gesetz von 1948). Arbeitslosen-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung gibt es bisher in Tanzania nicht. Hierzu, The United Republic of Tanganyika and Zanzibar, An Act to Establish a National Provident Fund, to provide for Contributions to the Payment of Benefit out of the Fund, and for Matters Connected there with and Incidental thereto, Act No. 36 vom 30. 7. 1964.

2) Z. B. die Selbständigen im Handel, Gewerbe und in der Landwirtschaft werden nicht erfaßt und sie sind auch nicht sozialversichert. Der Mangel an Angaben über exakte Geburtsdaten spielen auch eine Rolle bei Altersbestimmungen.

Tab. 53

Versicherungsstatistiken der NPF - 1964 bis 1968

Finanzjahr per 305 und	1964	1965	1966	1967	1968 a)
Beitragszahler (in 1000)	135.1	238.5	311.1	367.7	426.4
davon					
Arbeitgeber (in 1000) b)	1.1	2.1	2.4	4.0	5.9
Arbeitnehmer (in 1000)	134.0	236.4	308.7	363.7	420.5
(Sozialversicherte)					
Versicherungsbeiträge					
(in Mill. shs) c)	1	36	49	49	49
Auszahlungen an Versicherte					
(in Mill. shs)	-	0.2	0.7	2.8	6.8
Investitionseinkommen					
(in Mill. shs)	-	0.7	3.4	7.4	9.0
Investitionsausgaben					
(in Mill. shs)	-	34	48	50	60
Verwaltungsausgaben					
(in Mill. shs)	0.5	2.0	3.0	2.0	1.2
Gesamteinnahmen (in Mill. shs)	1.0	36.3	52.4	56.0	58.0
Gesamtausgaben (in Mill. shs)	0.5	36.1	52.1	55.3	57.8

a) Schätzungen

b) Bis 1968 wurden nur Arbeitgeber mit 4 - 9 Arbeitnehmern, ab 1969 jedoch auch Arbeitgeber mit einem oder mehr Arbeitnehmern erfaßt.

c) Ein Beitrag von 5 % des Verdienstes muß zur Hälfte vom Arbeitnehmer und -geber entrichtet werden.

Quelle: Tanzania, Background to the Budget 1968 - 1969 und 1969 - 1970, a. a. O. p. 43 und p. 40.

Die obigen Statistiken sind für eine vollständige Analyse mangelhaft: Die Arbeitnehmer und deren Beiträge sind nicht nach irgendwelchen Merkmalen, z. B. nach Wirtschaftszweigen und Sektoren, Einkommensgrößen, sozio-ökonomischen Gruppen, Rassenzugehörigkeit usw. gesondert. Die Investitionseinkommen sind nicht ausführlich aufgegliedert. Die Renten- und Pensionsbezüge und Investitionsausgaben sind ebenfalls nicht in allen Einzelheiten dargestellt.

von Arbeitgebern erfaßt.

2. Geringes Investitionseinkommen im Verhältnis zu den Investitionsausgaben. Das hängt mit der geringen Verzinsung zusammen, falls die investierbaren Fonds im privaten Sektor angelegt werden.

3. Die Höhe der Verwaltungsausgaben im Verhältnis zu der Zahl der Arbeitgeber und der Sozialversicherten sowie der im privaten Sektor investierten Fonds.

b. Andere Versicherungsgesellschaften ¹⁾ - "National Insurance Corporation"

Wie schon ausgeführt, besteht in Tanzania seit 1967 nur eine staatliche Versicherungsgesellschaft, NIC, die Personen- und Sachversicherungen betreibt.

Im Jahr 1966/67 hatte die NIC Einnahmen von Shs. 27.8 Mill. und Shs. 51.8 Mill. im Jahr 1967/68. Im Jahr 1967/68 betrugen die Einnahmen aus Lebensversicherungen Shs. 4.1 Mill. und Shs. 47.7 Mill. stammten aus Sachversicherungen. Die NIC hat eine Kapitalreserve von Shs. 22.5 Mill. ²⁾.

Vertritt man die Ansicht, daß vom Standpunkt der Finanzierung langfristiger Investitionen die Einnahmen aus den Lebensversicherungen von größerer Bedeutung seien als die Einnahmen aus Sachversicherungen, so gilt das Übergewicht des Einkommens aus Sachversicherungen als großer Nachteil. ³⁾ Trifft diese Ansicht zu, so kann mit Sicherheit behauptet werden, daß die Nettoeinnahmen aus den Sachversicherungen überwiegend zur Finanzierung von mittel- und kurzfristigen Finanzinvestitionen verwendet werden müssen, solange die Risiken allgemein hoch eingeschätzt werden.

Es sei noch vermerkt, daß ein nicht geringer Teil der Einkommen der Versicherungsgesellschaft für Rückversicherungen abgezweigt wird. ⁴⁾

Zwar sind auf Grund des unzureichenden Materials keine allgemeinen Aussagen über die Höhe der Verwaltungskosten und Aufwendungen für Schadensregulierungen sowie über die Versicherungsleistungen möglich, doch lassen sich immerhin

1) Es handelt sich hauptsächlich um Unfall-, Krankheits-, Kraftfahrzeug-, Einbruch-, Diebstahl-, Feuer- und Transport- (mit Ausnahme von Überseetransport)-versicherungen. Zur Zeit 1969/70 gibt es keine Rückversicherungsgesellschaften.

2) Tanzania Background to the Budget 1969/70 etc., a.a.O., p. 38.

3) Während bei der Lebensversicherung das Sparmotiv dominiert, überwiegt bei der Sachversicherung das Motiv der Risikoabdeckung.

4) Derselbe, etc., a.a.O., p. 39.

Anzeichen erkennen, die darauf hinweisen, daß durch den vorherrschenden Mangel an qualifiziertem Personal, die Kommunikationsschwierigkeiten, die unklaren gesetzlichen Grundlagen und die allgemein hoch einzuschätzenden Risiken (insbesondere bei Kraftfahrzeug-, Kranken-, Diebstahl-, Einbruch- und Feuerversicherungen), die Verwaltungskosten und die erbrachten oder zu erbringenden Versicherungsleistungen (wie Krankengeld, Schadenersatzleistungen usw.) hoch sind.

Mit der Frage, ob diese organisatorischen und verwaltungsmäßigen Mängel hingenommen werden und bewußt als unternehmungspolitisches Instrument der Anpassung der Versicherungssumme und Prämiensätze genutzt werden sollen, um die Gewinnlage der NIC zu verbessern, wie es jetzt praktiziert wird, wird ein Problem angesprochen, das wir hier nicht im einzelnen diskutieren wollen.

4. Ersparnisse der Geschäftsbanken

Die Ersparnisbildung der monetären Institutionen hängt von der Höhe und Struktur der Spareinlagen der privaten Haushalte, Unternehmungen und des Staates bei diesen Institutionen einerseits und von der wirtschaftlichen Verwendung dieser Spareinlagen andererseits ab.

Werden die von den Wirtschaftssubjekten bei den monetären Institutionen ersparten Beträge (Ersparnisse) nicht zur Finanzierung von Investitionen verwendet, woraus die monetären Institutionen wiederum Einnahmen bekommen, so können die monetären Institutionen keine eigenen Ersparnisse bilden.

Die Investitionstätigkeit der monetären Institutionen wird durch die Höhe, aber auch durch die Struktur der Spareinlagen der Wirtschaftssubjekte bei diesen Institutionen bestimmt. So beeinflusste z. B. die Zusammensetzung der Spareinlagen nach Fristigkeit die Art und den Umfang der von den monetären Institutionen durch Kredite zu finanzierenden Investitionen.

Neben dem Umfang und der Art der direkten Investitionen der monetären Institutionen, die die Höhe der Investitionseinkommen bestimmen, hängen die Zinseinkommen von der Höhe der Zinssätze für die vergebenen Kredite ab.

Bestimmend für die Sparfähigkeit der monetären Institutionen sind daher auf der Einnahmeseite u. a. die Höhe und Zusammensetzung der Einlagen nach Art und Fristigkeit, die Höhe der Investitionseinkommen, die ihrerseits vom Umfang und von der Zusammensetzung der direkten Investitionen abhängig sind, und die Höhe der Zinssätze.

Sind die Einnahmen gegeben, so bestimmt der Umfang des Verwaltungsaufwandes die Höhe der Ersparnisse der monetären Institutionen.

Auf die sparrhemmenden Faktoren bei den monetären Institutionen wurde in anderem Zusammenhang bereits hingewiesen.

Tab. 54 Übersicht über die Aktiva der Geschäftsbanken 1954 - 1967 in Mill.£

Jahr (Ende)	Bar- geld (Kasse)	Forderungen (Depositen) geg. Banken		Anleihen und Kredite an				Inve- sti- tio- nen in Ost- afri-	Son- sti- ge For- de- run- gen	Gesamt
		in Tan- za- nia	im Aus- land	In- du- strie	Land- wirt- schaft	Son- stige	Gesamt			
1954	2.1	a)	14.3	2.2	2.7	3.1	8.9	c)	0.6	24.2
1955	1.7	0.1	12.9	1.5	2.6	5.6	10.8	c)	1.4	28.4
1956	1.5	0.1	14.2	2.2	2.0	3.5	9.2	c)	1.4	26.6
1957	1.3	b)	11.3	4.2	2.4	4.1	12.0	d)	1.3	26.1
1958	1.6	0.4	12.8	2.0	2.6	4.2	10.2	e)	2.1	27.0
1959	1.4	0.3	13.2	2.5	4.0	6.3	13.8	f)	2.8	31.5
1960	2.1	0.3	11.3	2.3	5.1	7.3	15.7	0.3	2.9	32.6
1961	1.2	0.4	13.1	2.3	3.7	12.9	19.6	1.5	3.2	39.1
1962	1.7	0.5	4.3	3.5	6.0	13.8	23.3	0.7	4.1	34.6
1963	1.6	0.8	5.7	2.8	9.5	10.0	23.3	1.5	4.7	37.7
1964	2.2	0.4	5.6	2.8	9.7	19.6	31.6	0.9	4.8	45.6
1965	1.6	1.2	-	3.7	12.2	27.3	43.2	0.7	3.9	50.6

a) £48000; b) £80000; c) £50000; d) £57000; e) £58000; f) £80000;

1) "Sonstige" Kredite an Bergbau, Hausbau, Transport und Versorgungswesen

Quellen: Tanganyika, Statistical Abstract 1961 etc., a.a.O., p. 98;

Tanzania, Statistical Abstract 1966 etc., a.a.O., p. 116.

Tab. 56 zeigt den Umfang, die Entwicklung und die Zusammensetzung der Einlagen der Wirtschaftssubjekte. Es läßt sich ein Übergewicht der Sichteinlagen auf Kontokorrentkonten feststellen.

Sichteinlagen werden nicht verzinst und sie können jederzeit auf Verlangen abge-

hoben werden.

Termineinlagen¹⁾ setzen sich aus kurzfristigen Depositen und Festgeldern zusammen, deren Verzinsung von der Anlagezeit und Höhe der Einlagen abhängig ist; z. Z. (1967) 3.5 % p.a., 3.75 % p.a. und 4.0 % p.a. für eine Anlagezeit von jeweils 3 bis 6 Monaten, 6 bis 9 Monaten und über 9 Monate. Die Banken entrichten Zinssätze von 3 % p.a. und 3.5 % p.a. für Termineinlagen jeweils von 500000 Shs. und über 500000 Shs.

Tab. 55 Analyse der Passiva der Geschäftsbanken in Mill. £ und die Entwicklung des Bankfilialnetzes in Tanzania von 1954 - 1970

Jahr (Ende)	Einlagen				Guthaben bei Banken		Sonstige Gut- haben	Gesamt	Zahl der Bank- filial- en
	Sicht- einla- gen	Termin- einla- gen	Spar- ein- lagen	Gesamt	in Tan- za-	im Aus- land			
1954	17.4	2.4	1.0	20.8	a)	2.8	0.5	24.2	34
1955	16.9	2.7	1.5	21.2	b)	5.8	1.2	28.4	
1956	14.6	3.8	1.8	20.2	a)	2.8	0.5	24.2	43
1957	13.8	3.5	2.0	19.3	0.1	5.5	1.1	26.1	
1958	14.5	3.4	2.2	20.1	0.4	5.3	1.2	27.0	57
1959	16.0	3.0	2.9	21.8	0.3	7.7	1.7	31.5	
1960	14.8	2.2	2.5	19.5	0.2	10.9	1.9	32.6	81
1961	21.4	3.7	2.6	27.6	0.4	9.2	1.8	39.1	
1962	24.2	4.8	3.0	32.1	-	-	2.6	34.6	88
1963	24.9	6.2	4.0	35.1	-	-	2.5	37.7	
1964	28.2	5.1	4.5	37.8	-	3.9	3.9	45.6	92
1965	33.1	6.7	5.0	44.9	-	1.3	4.4	50.6	
1966									94

a) £ 4000; b) £ 98000;

Quellen: Tanganyika, Statistical Abstracts 1960 und 1962, a.a.O., jeweils p. 96 and p. 104 und Economic and Statistical Review Nr. 9, P. 83, Nr. 14, p. 74, Nr. 20, p. 70 und Nr. 21, p. 70. Loxley, J., The Development of the Monetary and Financial System of the East African Currency Area 1950 - 1964, Diss. Kampala 1966, p. 104, zitiert nach HÜBNER, G., etc., a.a.O., S. 100 und 107.

1) Angaben über gruppierte Termineinlagen nach Laufzeit und Einlagehöhe sind nicht erhältlich.

Spareinlagen ¹⁾ unter 20000 Shs. pro Person p.a. werden nicht verzinst und es werden maximal 150000 Shs. pro Person p.a. verzinst.

Gegenwärtig beträgt der Zinssatz für Spareinlagen 3 % p.a.

Einlagen in Fremdwährungen sind sehr selten. Sie betrugen jeweils 100000 in den Jahren 1965 und 1966.

Von insgesamt 59,7 Mill. £ im Jahr 1965 und 48,2 Mill. £ im Jahr 1966 betrugen die nicht-bankenmäßigen Einlagen 48,1 Mill. £ und 46,4 Mill. £ jeweils im Jahr 1965 und 1966. Entsprechende Einlagen des Staates betrugen in den Jahren 1965 und 1966 jeweils 11,6 und 1,8 Mill. £ .

Orientiert sich die Kreditpolitik der Banken an dem Volumen und der Struktur der Einlagen, wie dies üblich ist, so bestimmen deren Höhe und Zusammensetzung den Kreditspielraum und die Art der Investitionen. Für viele Banken bestimmt das Übergewicht der Sichteinlagen die maximale Grenze, so daß über einen bestimmten Prozentsatz der Einlagen hinaus keine langfristigen Kredite gewährt bzw. Investitionen finanziert werden können.

Die Höhe und Struktur der Einlagen bestimmen aber nicht nur das Kreditpotential und die Höhe und Struktur der Investitionen der Banken, sondern auch die Kreditkonditionen, unter denen die Banken bereit sind, Kredite zu gewähren.

Das Volumen und die Zusammensetzung der Depositen erklärt zum Teil die Abneigung der Banken in Tanzania gegen längerfristige Investitionen im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich und die traditionelle Vorliebe dieser Banken für Anlagen im Handel, Transport und Hausbau, die große Gewinnchancen und geringe Risiken beinhalten.

Geringe Inlandsproduktion, das Fehlen von Anlagemöglichkeiten im Inland, der "offene" Charakter der Wirtschaft, hohe Einlagezinsen im Ausland und die Spekulationsgeschäfte um ausländische Devisen bilden zusammen die Faktoren, die die Anlagepräferenzen der Banken im Ausland bestimmen.

Obwohl eine solche Anlagepräferenz der Geschäftsbanken und die Tatsache, daß hierdurch ganz beträchtliche Gewinne erzielt werden können, unternehmungspolitisch vertretbar erscheinen, muß doch festgehalten werden, daß diese "traditionellen" Anlagemöglichkeiten der Banken bisher keinen nennenswerten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur inländischen Ersparnisbildung geleistet haben.

1) Angaben über gruppierte Spareinlagen nach Einlagehöhe und Kündigungsfristen z. B. gesetzliche und vereinbarte Kündigungsfristen und prämienbegünstigte Spareinlagen, sind nicht erhältlich.

Betrachtet man den finanziellen Einnahmeaspekt der Banken, so ist der Anteil der Einkommen aus direkten Investitionen im Verhältnis zu den Zinseinkommen beträchtlich geringer.

Es soll auch darauf hingewiesen werden, daß die finanziellen Einnahmen der NBC noch erheblich durch ihre Monopolstellung auf dem Kreditmarkt und ihre hohen Zinssätze für Kredite (7 % bis 8.50 %) im Verhältnis zu den niedrigeren Zinssätzen für Einlagen (3.50 % bis 4.50 %) erhöht werden.

In exakter Analyse kann gezeigt werden, daß nicht nur die hohen Verwaltungskosten¹⁾ als Folge des Mangels an ausgebildeten Fachkräften, der begrenzten außerbetrieblichen Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten und der traditionsgebundenen Anlagepräferenzen, sondern auch die Bereitschaft der staatlichen Geschäftsbanken und anderer monetärer Institutionen, aus politischen und sozialen Gründen zinsverbilligte Kredite zu gewähren,²⁾ Einfluß auf die Ersparnisse der Kreditinstitute haben.

5. Postsparkassen

a. Förderung privater Ersparnisbildung durch die Postsparkassen

Die POSB ist eine öffentliche Institution, deren Aufgabe es in erster Linie ist, kleine Ersparnisse zu mobilisieren und die Ersparnisse in staatlichen Wertpapieren anzulegen.

Zur Eröffnung eines Kontos bei einem Postsparinstitut muß man eine Einzahlung von Shs. 5 leisten. Es gibt kein Einlagelimit, jedoch muß jede weitere Einzahlung mindestens Shs. 5 betragen.

Auszahlungen über Shs. 200 müssen bei der Zentralverwaltung in Nairobi genehmigt werden. Nur eine Auszahlung pro Woche ist zulässig.

Spareinlagen werden mit 2.5 % p. a. - bei Geschäftsbanken jedoch 3.5 bis 4.5 % p. a. - verzinst. Beträge unter Shs. 20 werden nicht verzinst. Die Sparzinsen bei

1) Die laufenden Ausgaben betrugen im Jahr 1965/66 5.5 Mill. Shs. oder 22 % des 28.0 Mill. laufenden Einkommens; die gesamten Verwaltungskosten 47 % des laufenden von insgesamt 7.5 Mill. Shs. oder 29 % des laufenden Einkommens.

2) Die hohen Abschreibungskosten und Provisionen deuten darauf hin, daß beträchtliche gewährte Kredite nicht rückgezahlt und daß eine nicht geringe Summe von zinsverbilligten Krediten gewährt werden. Bank of Tanzania, Economic and Operations Report, June 197, Dar-es-Salaam 1967, p. 25.

den Postsparkassen sind einkommenssteuerfrei.

Tab. 56 Übersicht über die Entwicklung der Konten Zahl (= Zahl der Sparer) und Ein- und Auszahlungen, Spareinlagen und Sparzinsen der Postsparkassen in Tanzania - 1954 - 1967

Jahr (Ende)	Zahl der Konten- sparer (= Zahl d. Kon- ten) (in 1000)	in dem Jahr neuer- öffne- te Spar- konten (in 1000)	Einzah- lungen in Mill. £	Auszah- lungen in Mill. £	absolute Einzahl- ungen in 1000 £	absolute Auszah- lungen	Spar- ein- lagen zu- in Mill. £	Zin- sen in gun- sten der Spar- er in Mill. £
1954	79	7	0.8	0.8	73	57	2.4	54
1955	86	9	0.9	0.7	93	76	2.6	59
1956	92	10	0.8	1.0	104	85	2.5	60
1957	100	10	0.8	1.0	112	101	2.4	57
1958	109	11	0.7	0.9	119	108	2.2	53
1959	119	13	0.8	0.9	133	118	2.2	52
1960	128	13	0.7	1.3	136	126	1.6	44
1961	140	16	0.8	0.9	169	147	1.5	36
1962	152	16	0.9	0.9	199	166	1.6	35
1963	166	17	0.9	0.9	218	171	1.6	36
1964	177	14	0.9	0.9	215	170	1.7	37
1965	188	15	0.8	0.9	171	188	1.7	38
1966	201	16	0.9	0.8	158	189	2.0	n.a.
1967	226	27	0.9	0.9	153	204	2.1	n.a.
1968	283	n.a.	1.3	22.2	n.a.	n.a.	2.2	n.a.

Quellen: Hübner, G., a.a.O., S. 111, 112 und 114

Tanzania, Background to the 1969/70 Budget, a.a.O., p. 38

ders., Statistical Abstract 1966, a.a.O., p. 117.

Aus Tab. 57 läßt sich eine rückläufige Tendenz der Spareinlagen bei steigender Anzahl von Sparkonten feststellen, was darauf schließen läßt, daß das durchschnittliche Sparguthaben auf einem Postsparkonto ständig abnimmt.

Da die Postsparkassen anders als die Geschäftsbanken und Geldverleiher des unorganisierten Geld- und Kapitalmarktes niedrigere Sparzinsen gewähren, und kaum Termineinlagen akzeptieren, können sie auch keine Ersparnisse der Bezieher von Spitzeneinkommen anziehen.

Ebenso kann es als Tatsache gelten, daß die gesetzliche Bestimmung, wonach die Postsparkassen ihre Spareinlagen nur zum Kauf von staatlichen Wertpapieren oder von den vom Staat garantierten Wertpapieren verwenden müssen, eine Wirkung auf das Sparen bei den Postsparkassen hat, da die Ertragschancen der großen Sparer, deren Hauptsparmotiv es ist, höhere Gewinne zu erzielen, eingeschränkt werden.

Werden neben Vertrauen und ökonomischen Faktoren (Zinsertrag und Wertzuwachs) noch Bequemlichkeit und Flüssigkeit beim Postsparen berücksichtigt, so kann eine geringe Neigung von Beziehern hoher Einkommen und von Unternehmungen für das Sparen bei den Postsparkassen festgestellt werden.

Auch auf die Spartätigkeit der Kleinsparer haben einige dieser Faktoren große Wirkung. Der Einfluß der einzelnen Faktoren auf die Sparneigung der Kleinsparer kann allerdings aufgrund fehlender empirischer Untersuchungen nicht genauer festgestellt werden.

Wohl kann aber behauptet werden, daß die eingeschränkten Anlagemöglichkeiten der Postsparkassen eine Wirkung auf die Sparneigung derjenigen potentiellen Sparer haben, die das Sparen mit der Aussicht auf Kredite verbinden wollen.

Ebenso kann als erwiesen gelten, daß Kleinsparer - das gilt auch für viele afrikanische Kleinsparer - nicht zinsbewußt sind. Wenn sie bei der Postsparkasse sparen, dann geht es u. a. um die Sicherheit der Ersparnisse.¹⁾

Die Steuerfreiheit der Sparzinsen bei den Postsparkassen kann nur die Ersparnisse der steuerbewußten großen Sparer, insbesondere der selbständigen Gewerbetreibenden und Händler, anziehen.

Die Bedingung einer einmaligen Abhebung pro Woche von nicht über Shs. 200, wie schon angedeutet, limitiert jedoch den für den Händler und Gewerbetreibenden erforderlichen Liquiditätsgrad.²⁾

1) Vgl. HÜBNER, a.a.O., S. 238 ff.

2) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 244.

Es läßt sich auch zeigen, daß die Steuerfreiheit des Zinsbetrages um so weniger anziehend wirkt, je kleiner die Steuerbelastung und je größer die Furcht vor der Steuerbehörde ist. Entscheidend ist die relative Nettogewinnhöhe, die bei alternativen Anlagemöglichkeiten im organisierten und nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarkt erzielt werden kann.

b. Ersparnisse der Postsparkassen

Die offiziellen Angaben geben keinen ausreichenden Überblick über Höhe und Quellen der Einkommen und Höhe und Struktur der Kosten der Postsparkassen.

Das ungünstige Ergebnis der Postsparkassen als Sparer kann von der Einlagenentwicklung, Anzahl und Differenz zwischen Ein- und Auszahlungen abgeleitet werden (vgl. Tab. 56).

Auf der Einnahmeseite - abgesehen von der Höhe und Entwicklung der Spareinlagen - spielen die Zusammensetzung der Spareinlagen und die beschränkten Anlagemöglichkeiten in staatlichen Wertpapieren oder in vom Staat garantierten Wertpapieren eine Rolle.

Die Postsparkassen können nur Sichteinlagen von Kleinsparern akzeptieren, weil sie auch die niedrigsten Sparzinsen gewähren. Einlagen wie z. B. Termineinlagen großer Sparer bekommen die Postsparkassen deshalb nicht.

Die gesetzliche Regelung, wonach die Postsparkassen verpflichtet sind, in staatlichen Wertpapieren und nicht im privaten Sektor, z. B. in der Landwirtschaft und Industrie zu investieren, bzw. langfristige Investitionen des privaten Sektors zu finanzieren, ist ein schwer einschätzbares Hemmnis, das den Umfang und die Form der Einlagen der Sparer bei den Postsparkassen bestimmt. Sie hat damit auch Einfluß auf die Höhe des Einkommens der Postsparkassen.

Den geringen Einkommen stehen hohe Aufwendungen für Zinsen und Verwaltungskosten ¹⁾ gegenüber. Die hohen Verwaltungskosten beruhen zum Teil auf dem ständigen Bemühen der Postsparkassen, ihr Filialnetz auch in den entferntesten und kommunikations- und transportmäßig unerschlossenen und schlecht gelegenen Gebieten des Landes - oft ohne sorgfältige Vorstudien - auszubauen, um neue Kunden zu gewinnen.

1) Es werden auch keine Verwaltungsgebühren erhoben.

6. Genossenschaften

a. Bedeutung der Genossenschaften für die private Ersparnisbildung

Sind die Genossenschaften im Stande, die Produktion, die privaten Einkommen, die Faktor- und Güterpreise und die Spar- und Konsumgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte zu bestimmen, so können sie die Sparfähigkeit und -neigung der Bevölkerung beeinflussen.

Abgesehen von ihrer politischen erzieherischen Bedeutung, ist der Einfluß der Genossenschaften in Tanzania auf Produktion, Einkommen aller Art, Preise der Produktionsfaktoren und Güter, Konsum und Sparen sehr gering.¹⁾ Das läßt sich allein schon aufgrund der Zahl der verschiedenen Genossenschaften, der Größe der Genossenschaften, der Höhe der Umsätze und der Zahl der bei den Genossenschaften beschäftigten Personen feststellen. Nicht alle Haushalte, aber der größte Teil der privaten Haushalte, sind Mitglieder von Genossenschaften. Selbst die Absatzgenossenschaften, die über 90 % der Genossenschaften ausmachen, umfassen nicht alle Agrarprodukte und sie sind nicht in allen Regionen und Orten gleich stark vertreten.

In Tanzania sind die Genossenschaften Mehrzweckorganisationen, die neben den wirtschaftlichen Aufgaben auch politische, sozialpolitische und andere meta-ökonomische Ziele verfolgen.

Die Frage, ob mit dem Instrument der Kreditvergabe die Genossenschaften die Bevölkerung zu größerer Sparsamkeit anspornen können, kann nicht exakt beantwortet werden.

Die Reserven dieser oft kleinen Genossenschaften sind zu beschränkt, um ihren Mitgliedern zinsverbilligte Kredite zu gewähren.

Gelingt es den Genossenschaften, aus ihren oft bescheidenen Geldmitteln dennoch den Mitgliedern verbilligte Kredite zu gewähren, so ist der Umfang solcher Kredite sehr klein. Es ist deshalb zu erwarten, daß diese Kleinkredite konsumtiv verwendet werden.

Nimmt man an, daß die Mitglieder der Genossenschaften in der Regel Bauern sind, die oft ein sehr niedriges Einkommen beziehen, das sowieso dem Konsum dient, können sie die ihnen gewährten, meist sehr kleinen Kredite auch selten produktiv

1) Die wenigen Genossenschaften in Tanzania üben die üblichen Funktionen im Kredit im Bezug und Absatz aus.

verwenden.

Verwenden die Kreditempfänger, z. B. Bauern, die Kredite zur Anschaffung von Kapitalgütern - Traktoren, kleine Arbeitsgeräte -, ist die Kreditrückzahlung nicht gesichert, wenn z. B. die erwartete Ernte und infolge der Witterungsverhältnisse und des Preisrückgangs nicht eintritt.

So ist es durchaus wahrscheinlich, daß aufgrund des niedrigen Ausbildungsniveaus, der geringen Disziplin und Erfahrung der Mitglieder, ein großer Teil der Kreditmittel wenig wachstumswirksam angelegt werden.

Werden die erzielten Überschüsse nicht in den Genossenschaftsunternehmen einbehalten, sondern an die Mitglieder ausgezahlt, um damit die Mitwirkung und Sparsamkeit ihrer Mitglieder zu sichern, so kann wiederum nur vermutet werden, daß der kleine Umfang solcher sog. "second payments" die private Ersparnisbildung am wenigsten erhöht. ¹⁾

Wenn sich auch zeigt, daß durch die Bildung von Preisstabilisierungsfonds, die den Schwankungen der Absatzpreise entgegenwirken, die ökonomischen Unsicherheiten der Wirtschaftssubjekte gemindert werden, so läßt sich doch weiter fragen, wie die individuellen Einkommensbezieher bezüglich der Einkommensverwendung reagieren, die bereits oder noch nicht eine hohe Anpassungsfähigkeit haben.

Zwar kann durchaus eine Korrelation zwischen der Höhe der bäuerlichen Einkommen aus Marktproduktion und der privaten Ersparnis bestehen, doch erfordert eine Beurteilung der Parallelität noch bestimmte Annahmen über die individuellen Spar- und Investitionsfunktionen.

Daß gleichbleibendes Einkommen der Bauern für mehrere Jahre aufgrund der stabilisierten Absatzpreise eine hohe Ersparnis sicherstellt, ist zweifelhaft. Es ist durchaus denkbar, daß Unsicherheiten über zukünftiges Einkommen vielmehr die Neigung verstärken würde, Reserven, d. h. Ersparnisse, zu bilden.

Nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit über zukünftige Einkommen bildet hier die psychologische Grundlage für die Bauern, zukunftsbezogene Konsum- oder Sparscheidungen zu treffen.

Gibt es aber viele Einkommensbezieher, die dazu neigen, ihre Konsumausgaben mit steigenden Einkommen und Einkommenserwartungen auszuweiten, wie das

1) Oft handelt es sich um wenige Cents oder Schillinge, die oft in den Konsum der Haushalte fließen, denn die Gewinne der Genossenschaften sind im Verhältnis zu der Zahl der Genossenschaftsmitglieder sehr klein. Vgl. hierzu Tanzania, Report of the Presidential Special Committee of Enquiry into Co-operative Movement and Marketing Boards, pp. 27-8; vgl. PAULUS, M., a.a.O., S. 104.

nicht selten geschieht, entfällt jede Wirkung der Einkommensstabilisierungsversuche.

Der Anreiz zum erhöhten privaten Sparen kann davon ausgehen, "daß die Bauern fühlen, daß die Spareinlagen, die sie getätigt haben, für lokale Zwecke verwendet und nicht an fremde Leute und andere Gegenden weitergeleitet werden." ¹⁾

b. Ersparnisse der Genossenschaften

Neben dem Einfluß der Genossenschaften auf die private Ersparnisbildung, können die Genossenschaften selbst als Geschäftsbetriebe oder Unternehmen (Gesellschaft) Überschüsse bzw. Gewinne erzielen und somit Ersparnisse zur Finanzierung von Investitionen bilden.

Verschiedene Faktoren sprechen dafür, daß die Genossenschaften in Tanzania keine großen Gewinne erzielen können. Auch wenn wir die Genossenschaften nicht als jene Organisationen, die keine eigene Gewinnabsichten verfolgen, sondern als erwerbswirtschaftliche Unternehmungen betrachten, so muß man auf die Konkurrenzverhältnisse in der Wirtschaft zwischen den verschiedenen Arten, Gruppen und Formen der Genossenschaften einerseits und privaten Unternehmungen andererseits hinweisen. Bei der bestehenden Konkurrenz in Handel, Transport und Industrie ist die Erzielung von lohnenden Überschüssen bei den Genossenschaften zweifelhaft. ²⁾

Gegenüber den kleinen "family type of firms", die in Tanzania dominieren, haben die Genossenschaften nicht nur höhere fixe und laufende Kosten, sondern sie können auch aus anderen Gründen nicht mit privaten Unternehmungen konkurrieren.

Diese Gründe liegen im Wesen der Genossenschaften als soziale Einrichtungen und bedarfswirtschaftlich ausgerichtete Institutionen. Die Struktur der Organisation und Verwaltung der Genossenschaften erschwert, im Gegensatz zu privaten Unternehmungen, die Betriebs- und Unternehmensführung.

Nur wenn Genossenschaften eine monopolistische Stellung inne haben, haben sie Aussichten, Überschüsse zu erzielen. Aus diesem Grund erzielen nur die mono-

1) RAO, N., a.a.O., S. 71; vgl. auch PAULUS, M., a.a.O., S. 105.

2) Man muß in diesem Zusammenhang auch auf das Risiko des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern und des Kapitalentzugs hinweisen. Oft gewähren die privaten Konkurrenten den Genossenschaften Kredite. Damit wird jedoch bei der Rückzahlung (durch Kündigung) des Kredits die Wirtschaftslage der Genossenschaften gefährdet.

Tab. 57 Zahl der Genossenschaften und Genossenschaftsmitglieder, -kapitaleinlagen, -reserven und -gewinne und Gesamteinlagen der Mitglieder in Tanzania
1949 - 1964

Jahr	1949	1954	1955	1956	1957	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Zahl der Genossenschaftsmitglieder (in 1000)	54	175	216	257	283	304	323	340	361	453	523
Zahl der Genossenschaften	n.a	n.a	n.a	n.a	462	603	679	763	925	1119	1233
Kapitaleinlagen (in 1000)	6	39	85	116	158	201	219	227	238	306	760
Reserven und Überschüsse (in £)	268	1048	1300	1562	1947	2604	3004	3004	3004	2598	3167
Gesamteinlagen der Mitglieder (in 1000 £)	15	109	215	4	143	n.a	n.a	n.a	n.a	n.a	n.a

Quelle: Tanzania, Statistical Abstracts, a.a.O., verschiedener Jahre

polistischen Absatzgenossenschaften in Tanzania nennenswerte Überschüsse.

Die Abhängigkeit vieler Genossenschaften von (insbesondere staatlichen) Krediten zur Finanzierung von Investitionen und laufenden Ausgaben, mindert die eigene Überschußbildung, wenn etwa ein großer Teil der erzielten Gewinne für die Abzahlung von Schulden verwendet wird.

Die Bestrebungen mehrerer Genossenschaften, die erzielten Überschüsse an die Mitglieder zu verteilen, um damit ein weiteres Verbleiben der Mitglieder in der Genossenschaft zu sichern, mindern die Überschüsse zur Finanzierung eigener Investitionen.

Die Mitglieder, die zumeist Bauern oder Arbeiter aus den unteren Einkommenschichten sind, die vermutlich auch keine oder nur wenig Steuern bezahlen, drängen auf größere Überschußbildung.

Da jedoch die Möglichkeit besteht, die ausgezahlten Gewinneinkommen aus privaten Anlagen in vom Staat unterstützten Genossenschaften mit ermäßigten Sätzen zu besteuern, drängen die Kapital- und Kreditgeber aus Gründen der Steuerersparnisse auf möglichst große Ausschüttung.

Gewähren die Einzelgenossenschaften den Mitgliedern aus den ihnen von den Geschäfts- und Genossenschaftsbanken zur Verfügung gestellten Geldmitteln Kredite zu niedrigeren Zinssätzen als die privaten Geldverleiher, so sind die Zinseinnahmen - die hohen Verwaltungskosten ungerechnet - unbedeutend.

Werden die Kredite - wie das nicht selten geschieht - überhaupt nicht zurückgezahlt, so entstehen den Einzelgenossenschaften, insbesondere den kleinen, unüberwindbare finanzielle Nachteile. Bei den meisten kleinen Krediten, ist auch der Verwaltungsaufwand groß.

Die hohen laufenden Kosten, die die Genossenschaften generell charakterisieren, beruhen auf dem Mangel an Facharbeitskräften und nicht zuletzt auch auf der "Unkenntnis der Mitglieder über das Wesen der Genossenschaften, der Vetternwirtschaft (nepotism), Selbstherrlichkeit der Genossenschaftsbürokratie und Korruption". ¹⁾

1) PAULUS, M., a.a.O., S. 147.

FÜNFTER TEIL

STAATLICHE ERSPARNISSE

Die Steuern als Instrumente der staatlichen Kapitalbildung der staatlichen Förderung der privaten Kapitalbildung

Die Erzielung von Steuereinnahmen zur Finanzierung der staatlichen laufenden und der Investitionsausgaben ist eine, und die Förderung der privaten Ersparnisbildung und Investition und die Beeinflussung der Anlage-Alternativen eine andere Funktion der Besteuerung.

Das Angebot an Finanzierungsmitteln für die staatlichen Ausgaben hängt in erster Linie von Steuereinnahmen ab. Die Hauptaufgabe der Besteuerung besteht also in der unmittelbaren Einnahmebeschaffung zur Finanzierung von Staatsausgaben. Unter diesen Umständen wirken sich die steuerlichen Sondervergünstigungen der privaten Haushalte und Unternehmungen, in welcher Form auch immer, steuereinnahmemindernd aus. Das gilt auch, wenn die eingenommenen Steuern nicht ausschließlich für staatliche Investitionen verwendet werden.

Führen die steuerlichen Vergünstigungen zu hoher privater Ersparnisbildung und Investition, dann bewirkt die Einkommenssteigerung über die Besteuerung der gestiegenen privaten Einkommen eine Erhöhung der Staatseinnahmen. Die Steuerverluste können kompensiert oder überkompensiert werden.

Gelingt es dagegen nicht, die private Ersparnisbildung und Investition durch steuerliche Vergünstigungen bzw. Steuersenkung anzureichern und zu steigern, dann tritt auch keine Steigerung des Volkseinkommens und der Steuereinnahmen ein. Die Steuerverluste können nicht kompensiert werden. Damit entstehen Probleme der Budgetanpassung, um die Einnahmeverluste doch noch irgendwie, z. B. durch Senkung der Staatsausgaben, zu decken.

Vom Standpunkt der privaten und staatlichen Ersparnisbildung und Investition her ist es daher wichtig, daß die Besteuerung - abgesehen von der Steigerung der Steuereinnahmen - die Aufgabe hat, die privaten Anlagealternativen zugunsten der produktiven Bereiche der Wirtschaft zu beeinflussen.

Die privaten Investitionen in den produktiven Bereichen der Wirtschaft sichern die Erhöhung der Produktionskapazität und des Sozialproduktes, aus dem Einkommensteile für den Staat in Form von Steuereinnahmen abgezweigt werden können. Damit erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote.

Im folgenden liegen daher die Schwerpunkte der Untersuchung auf

- a) der fiskalischen Ergiebigkeit der einzelnen Steuern,
- b) den steuerlichen Möglichkeiten,
 - ba) der Förderung der privaten Ersparnisbildung und
 - bb) der Beeinflussung der privaten Anlagealternativen.

1. Probleme der Verteilung der Steuer- und Finanzkompetenzen auf die einzelnen Staatsorgane in Tanzania

Tab. 57 zeigt die Distribution der Einnahmen aus Steuern, Abgaben und Gebühren auf die verschiedenen öffentlichen Körperschaften: Zentral- und Lokalregierung.

Der Anteil der Zentralregierung am gesamten Aufkommen beträgt etwa 83 % und der der Lokalregierung 17 %, wobei 14 % und 3 % jeweils auf die ländlichen und städtischen Gemeinden entfallen.

Indirektsteuern machen 53 % und Direktsteuern 27 % der Zentralregierung aus.

Dagegen stammen 63 % der gesamten Einnahmen der Lokalregierung aus Direktsteuern und nur 19 % aus Indirektsteuern.

Ländliche Gemeinden beziehen 75 % ihrer gesamten Einnahmen aus Direktsteuern und nur 7 % aus Indirektsteuern.

Indirektsteuern bilden dagegen 78 % und Direktsteuern 7 % der gesamten Einnahmen.

Dar-es-Salaam bezieht 82 % seiner Einnahmen aus Indirektsteuern.

Gebühren und Abgaben spielen in jedem Fall eine untergeordnete Rolle: 14 % für die Zentralregierung, 18 % für die Lokalregierungen, 19 % für ländliche und 15 % für städtische Gemeinden.

Die Hauptaufgabe der Kapitalbildung fällt der Zentralregierung zu, deren Einnahmeanteil am monetären Sozialprodukt zwischen 19 % und 20 % liegt.¹⁾

Akzeptiert man zunächst grundsätzlich die strukturelle Verteilung der Staatseinnahmen auf die verschiedenen Verwaltungskörperschaften als geeignet, so können vor allem die prozentual geringen Einnahmen der lokalen Behörden verglichen mit den gesamten Staatseinnahmen damit erklärt werden, daß die Steuerverwaltung insbesondere der direkten Steuern, die über 63 % der gesamten Einnahmen der Lo-

1) im Jahr 1963 und 1964 HELLEINER, G.K., Agricultural Export Pricing Strategy in Tanzania, in East African Journal of Rural Development, Vol. 1 (1968) pp. 1-17, hier S. 3.

Tab. 58 Struktur der laufenden Einkommen der Lokal- und Zentralregierung 1961
in 1000 £ und Prozenten

Einkommensquelle	Lokalregierung					Gesamt
	Ländl. Gemein- den	Städt. Gemein- den	Dar-es- Salaam	Zwischen- summe	Zentral- regierung	
<u>Steuern vom Einkommen</u>	2954	24	-	2978	6266	9244
%	75.0	5.6	-	62.5	26.8	32.8
Einkommensteuern	-	-	-	-	4754	4754
%	-	-	-	-	20.3	16.9
Personalkosten	-	-	-	-	1264	1264
%	-	-	-	-	5.4	4.5
Exportsteuern	-	-	-	-	59	59
%	-	-	-	-	0.3	0.2
Cesses	599	-	-	599	-	559
%	14.2	7	7	11.7	-	2.0
Localrate	2390	-	-	2390	-	2390
%	60.7	-	-	50.2	-	8.5
Andere	5	24	-	29	189	218
%	0.1	5.6	-	0.6	0.8	0.7
<u>Steuern an Pro- duktion und Ein- kommensausgaben</u>	253	333	321	909	12416	13325
%	6.5	77.9	81.5	19.1	53.2	47.5
Importsteuern	-	-	-	-	8264	8264
%	-	-	-	-	35.4	29.4
Verbrauchssteu.	-	-	-	-	2612	2612
%	-	-	-	-	11.2	9.3
Royalties	-	-	-	-	973	973
%	-	-	-	-	4.2	3.5
Kfz.-Steuern	2	64	47	113	365	478
%	0.1	15.0	11.9	2.4	1.6	1.7
Alkoholsteuern	221	27	10	258	-	258
%	5.6	6.3	2.5	5.4	-	0.9
Handelslizenzabg.	12	19	13	44	151	195
%	0.3	4.4	3.3	0.9	0.6	0.7
Site Rates	-	222	250	472	-	472
%	-	52.0	63.5	9.9	-	1.7
Andere	18	1	1	22	51	73
%	0.5	0.2	0.3	0.5	0.2	0.3
<u>Gebühren</u>	386	38	15	439	557	996
%	5.6	6.1	12.7	6.3	11.6	10.7
Schuldgebühren	9	-	-	9	204	213
%	0.2	-	-	0.2	0.9	0.8
Krankenhausgeb.	-	-	-	-	167	167
%	-	-	-	-	0.7	0.6
Miete	55	11	-	66	633	699
%	1.4	2.6	-	1.4	2.7	2.5
Güterverkauf	97	-	1	98	-	98
%	2.5	-	0.3	2.1	-	0.3
Andere	59	15	49	123	1698	1821
%	1.5	3.5	12.4	2.6	7.3	6.5

Abgaben	386	38	15	439	557	997
%	9.8	8.9	3.9	9.2	2.4	3.5
Abgaben für Gerichte	209	-	1	210	81	291
%	5.3	-	0.3	4.4	0.3	1.0
Andere	177	38	14	229	476	705
%	4.5	8.9	3.6	4.8	2.0	2.5
Zinsen und Dividenden	58	5	7	70	1164	1234
%	1.5	1.2	1.8	1.5	5.0	4.4
Andere	6.5	1	1	67	263	330
%	1.7	0.2	0.3	1.4	1.1	1.2
Summe	3936	427	397	4759	24816	29575

Quelle: Lee, Eugene; a.a.O., S. 14 - 15.

kalregierungen ausmachen, durch ein Personal durchgeführt wird, das relativ weniger leistungsfähig ist, als das bei der Zentralregierung der Fall ist. Die Überschneidung von Kompetenzen zwischen den verschiedenen Staatsorganen führt dazu, die Kosten der Steuerverwaltung zu vergrößern, weil sich eine Vielzahl von verschiedenen Verwaltungsstellen mit denselben Aufgaben beschäftigt.

Unterstellt man bei den direkten Steuern höhere steuertechnische Erfordernisse in der Ausgestaltung und Erhebung als bei den indirekten Steuern, die den größten Teil der Steuereinnahmen ausmachen, so fehlt den meisten Beamten der Lokalregierungen die notwendige Ausbildung und Fähigkeit, die für die Besteuerung der Einkommen aus der Landwirtschaft und städtischen Grundvermögen erforderlich wäre.

Die Beamten der lokalen Behörden sind wegen ihrer niedrigen Ausbildung weit weniger als die Beamten der Zentralregierung fähig, mit den Fragen der Ermittlung von Einkommen und Zinsen in Stadt und Land fertig zu werden.

Nimmt man an, daß die Steuerbelastung durch direkte Steuern der lokalen Behörden aus den hier dargestellten Gründen gering ist, und berücksichtigt man auch die Tatsache, daß der größte Teil der direkten Steuern der Zentralregierung aus Körperschaftssteuern stammt (vgl. Tab. 66, S. 235), so kann doch festgestellt werden, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung durch direkte Steuern weit weniger belastet wird. Im Jahr 1965 zahlten nur 2 Mill. der 9.5 Mill. Bevölkerung Steuern und 200000 direkte Steuern der Zentralregierung. ¹⁾

1) LEE, E., a.a.O., p. 27.

Gerade diese Tatsache erhöht die privaten Konsumausgaben bei steigenden Einkommen, ein Sachverhalt, der gerade auch in anderen Entwicklungsländern mit hoher Konsum- und Importneigung nicht selten ist.

Die Länder Ostafrikas - Kenia, Uganda und Tanzania - haben eines der am weitesten entwickelten und am weitgehendsten integrierten Steuersysteme. Die beiden Unterorganisationen der EAC: The East African Income Tax Department und The East African Customs and Excise Department, sind institutionelle Einrichtungen für die Verwaltung von jeweils Einkommens- und Körperschaftsteuern einerseits und Einfuhr, Umsatz- und Verbrauchssteuern andererseits. Diese Steuern machen zusammen mehr als 89 % der gesamten Steuereinnahmen in Kenia, 84 % in Tanzania und 78 % in Uganda ¹⁾ aus.

Während das Recht der Steuergesetzgebung der East-African Central Legislative Assembly unterliegt, steht den Einzelstaaten nur noch das Recht auf die Gestaltung der Steuersätze zu, die nach internen Konsultationen und umfassender Koordination gemeinsam aufgestellt werden. ²⁾

Die Bestrebungen nach Harmonisierung der Steuerpolitik innerhalb des "Ostafrikanischen Gemeinsamen Marktes" ohne Koordinierung der Finanzpolitik erheben zahlreiche Fragen nach den Einsatzmöglichkeiten der einzelnen Steuern für die Befriedigung des Finanzbedarfs der einzelnen Länder.

Es ergeben sich Probleme der Anpassung der einzelnen Steuern und Steuersätze bezüglich der unterschiedlichen finanzpolitischen Maßnahmen an die jeweilige Entwicklung und Struktur der Einfuhr, Produktion, des Einkommens, Konsums, der Preise und Zahlungsbilanz.

2. Die Zusammensetzung der Einnahmen der Zentralregierung nach Einnahmekategorien und Sektoren (private Haushalte und Unternehmungen)

Tab. 59 gibt den Anteil jeder Einnahmekategorie an den gesamten Staatseinnahmen an.

Es läßt sich deutlich feststellen, daß die indirekten Steuern mit einem Anteil von 75 % am gesamten Steueraufkommen und 63 % an den gesamten Staatseinnahmen

1) SCHNITTGER, L., Besteuerung etc., a.a.O., S. 13.

2) Die neuen steuerpolitischen Maßnahmen werden getrennt bei den Partnerstaaten am gleichen Tag jedes Jahres bekanntgegeben.

Tab. 59

Die Einnahmen der Zentralregierung nach Sektoren

		1960 - 62 (in Mill. £)		
Gegenstand		1960	1961	1962
I	Steuereinnahmen:			
1.	Indirekte Steuern:			
	Haushalte	10.4	11.1	{ 14.4
	Unternehmungen	0.7	0.8	
	Zwischensumme	11.1	11.9	14.4
2.	Direkte Steuern:			
	Haushalte	6.0	6.7	{ 10.8
	private Unternehmungen	2.3	2.5	
	andere Unternehmungen	0.4	0.6	
	Zwischensumme	8.7	9.8	10.8
3.	Andere Einnahmen von Haushalten	1.1	1.1	1.2
II	Nicht Steuerneinnahmen vom Vermögen und von unternehmerischen Erwerbstätigkeiten:			
4.	"Royalties":	1.0	1.0	1.0
5.	Miete von Haushalten	0.8	0.9	0.9
	von Unternehmungen	0.4	0.4	0.4
	unbewohnbare Bauten	1.0	1.1	1.4
	Zwischensumme	2.2	2.4	2.7
6.	Zinsen und Dividenden:			
	von Haushalten	0.1	0.1	{ 1.2
	von Unternehmungen	0.5	0.5	
	vom Ausland	0.6	0.6	{ 1.2
	Sub.-Total	1.2	1.2	
III	Andere laufenden Einnahmen vom Ausland	1.1	1.1	1.2
	Insgesamt	24.9 ^{a)}	28.3 ^{a)}	32.2 ^{a)}

a) Netto von Zinsen und Tilgungsbeträge an Staatsschuld

Quelle: United Republic of Tanganyika and Zanzibar, The National Accounts of Tanganyika 1960 - 1962, Central Statistical Bureau, the Treasury, May 1964, Dar-es-Salaam 1964 p. 58.

weitaus dominieren.

Der Anteil der Direktsteuern liegt bei 25 % am gesamten Steueraufkommen und 27 % der gesamten Staatseinnahmen.

Steuereinnahmen (direkte und indirekte Steuern) machen etwa 90 % der gesamten Staatseinnahmen aus. Die Einnahmen aus Nichtsteuern machen 10 % der gesamten Staatseinnahmen aus.

Eine Verschiebung der fiskalischen Bedeutung der einzelnen Steuern und Steuergruppen ist aus Tab. 60 deutlich feststellbar. So verlagerten sich die Schwergewichte der Besteuerung entgegen dem allgemeinen Trend langsam von direkten auf indirekte Steuern. Dies läßt sich auf die zunehmende Bedeutung der Import- und Exportabgaben zurückführen. Tab. 59 zeigt, welcher Anteil der Staatseinnahmen auf die privaten Haushalte bzw. Unternehmungen entfällt. Im Jahr 1961 war der Steuerbeitrag der Haushalte £ 18.9 Mill.. Die Haushalte werden mehr durch Indirektsteuern als durch Direktsteuern belastet.

Die privaten Unternehmungen versteuern im gleichen Jahr £ 3.9 Mill.. Sie werden mehr durch Direktsteuern als durch Indirektsteuern belastet.

Private Haushalte und Unternehmungen werden durch Gebühren und Beiträge fast gleich belastet.

Geht man von dem eben festgestellten Tatbestand aus, daß die Haushalte mehr durch indirekte als durch direkte Steuern belastet werden, so ist eine starke Degression im Steuersystem deutlich dadurch, daß die Bezieher niedriger Einkommen relativ mehr Steuern entrichten, als die Bezieher hoher Einkommen.

Es erhebt sich gleichzeitig die Frage der degressiven Wirkung der Indirektsteuern und anderer Zwangsabgaben auf die Ersparnisbildung privater Haushalte.

Eine genauere Aussage über die Auswirkungen der Steuerdegression auf die Ersparnisbildung privater Haushalte ist unmöglich, solange nicht feststeht, welche Arten von privaten Haushalten - Haushalte von Bauern, Arbeitern, Unternehmern, Händlern, Gewerbetreibenden - steuerlich begünstigt werden.

Betrachtet man die Angaben auf Tab. 59, so läßt sich feststellen, daß in den Jahren 1960 und 1962 die privaten Haushalte 24 % und 23 % und die Unternehmen 17 % und 19 % ihrer Einkommen an den Staat abgaben. Direkte und indirekte Steuern beanspruchten insgesamt £ 20 Mill. und £ 17.8 Mill. der monetären Haushalts-einkommen aus Landwirtschaft und Lohn von £ 78.5 bzw. £ 81.7 im Jahr 1960 und 1961. Dagegen zahlten Unternehmen in Form von direkten und indirekten Steuern £ 3.4 Mill. im Jahr 1960 und £ 3.9 Mill. im Jahr 1961.

Tab. 60 Die laufenden Einnahmen der Zentralverwaltung nach Einnahmekategorien 1958 und 1968 - (in laufenden Preisen)

Einnahmekategorie	1958			1968		
	Betrag in Mio	Als % d.Zwi- schen- summe	Summe in %	Betrag in Mio	Als % d.Zwi- schen- summe	Summe in %
<u>Direkte Steuern</u>						
Einkommensteuer	4,28			8,50		
Personalsteuer	1,41			4,00		
Andere Steuern vom Einkommen	0,32			-,--		
Direkte Steuern	6,01	39,4	31,6	12,50	25,4	26,6
<u>Indirekte Steuern</u>						
Erbschaftsteuer	0,05			0,05		
Exportsteuer	0,03			2,33		
Importsteuer	6,00			17,50		
Andere Ausgaben St.	3,16			9,77		
Indirekte Steuern	9,24	60,6	48,8	29,65	74,6	63,1
<u>Zwischensumme</u>	15,25	100,0	80,4	42,15	100,0	89,7
<u>Einnahmen aus Staatsvermögen</u>						
Gebühren	2,54			2,01		
	0,98			-,--		
Andere Einnahmen	0,15			2,77		
Dividenden und Zinsen	0,05			0,04		
Verschiedenes	3,75		19,6	4,82		10,3
Summe	18,97		100,0	46,97		100,0
<u>Summe als Prozent des Bruttonational- produktes</u>				19,2		

Quelle: UN, Statistical Yearbook 1967, New York 1968, S. 621.

Damit läßt sich nichts eindeutiges über die Steuerbelastung der privaten Haushalte und Unternehmen in Tanzania aussagen.

Da in Tanzania die Einkommen aus Vermögen keiner besonderen Besteuerung unterliegen, sondern im Rahmen der allgemeinen Einkommensteuer veranlagt werden, sind die privaten Haushalte und Unternehmen, die überwiegend Einkommen aus Vermögensanlagen beziehen, steuerlich begünstigt.

3. Besondere Probleme der Erfassung und Ermittlung von Zensiten und Einkommen

a. Probleme der Erfassung der Einkommensbezieher

Die Ermittlung der Einkommen und Zensiten bei der Erhebung von Einkommen- und Körperschaftsteuern wirft zahlreiche besondere Probleme auf. Die Ermittlungsprobleme variieren je nach der Art der Besteuerung. Im folgenden werden wir uns besonders auf die Ermittlung der Zensiten und Einkommensteuerbemessungsgrundlagen beschränken. Einkommensteuerpflichtig sind alle arbeitsfähigen männlichen Personen über 18 Jahre. Frauen sind steuerpflichtig, wenn sie über 18 Jahre alt sind, unverheiratet und über ein eigenes Einkommen verfügen.

Es erweist sich daher als schwierig, verheiratete Frauen in unabhängiger Tätigkeit mit eigenem Einkommen zu besteuern.

Die Ermittlung der Steuerzahler scheitert oft auch am Fehlen von ausführlichen Bevölkerungsstatistiken hinsichtlich Geburtenzahl, Sterbeziffer, örtlicher Einwohnerzahl nach Staatszugehörigkeit, Erwerbstätigkeit, Alter, Geschlecht usw..

Dazu schreibt LEE:

"How many persons should pay local rate, how many are assessed and appear on the rate registers and how many actually pay? These questions cannot be easily established in Tanganyika. No census has been taken in the country since 1957 ¹⁾ and no records are kept at either district, regional or central levels which report numbers of persons who pay the local rates." ²⁾

1) Eine Volkszählung fand im Jahr 1967 statt. Es gibt alle 10 Jahre eine Volkszählung.

2) LEE, E., etc., a.a.O., p. 36. Nach LEEs Schätzungen zahlen 15 % der Steuerpflichtigen der männlichen Erwachsenen keine Einkommensteuer, weil sie von der Steuerbehörde nicht erfaßt wurden. Vgl. LEE, E., etc., a.a.O., p. 40

Es hat sich gezeigt, daß die Erfassung von Zensiten in den Städten genauso schwierig ist, wie auf dem Lande, wo die geringe Bevölkerungsdichte und starke Bevölkerungsbewegungen besondere Probleme in der Ermittlung der Zensiten aufwerfen.¹⁾

Die Erfassung der Selbständigen im "modernen" Sektor, d. h. Händler und kleine Gewerbetreibende und Unternehmer, ist nicht weniger schwierig als die Ermittlung der Unselbständigen.²⁾

Zwar enthält das Gesellschaftsrecht Bestimmungen und Vorschriften über die Meldepflicht bei Gesellschaftsgründungen³⁾, Berichte zeigen aber, daß eine genauere Registrierung gewerblicher und Handelsbetriebe nicht eingehalten wird. Bei der Eintragung ins Handelsregister, ein Monat vor Geschäftsgründung, wird eine Gebühr von Shs. 20 erhoben. Ebenso entrichtet der Geschäfts- bzw. Betriebsinhaber jährliche Gebühren für Lizenzen.

"Applicants often apply only for provisional purposes, pending permanent establishment which perhaps never occurs. Nor does the registration of a factory mean that it still exists even if it had been operating, for the shop owner is not required to announce the closing down of his factory and have his license withdrawn. Hence there are a number of registered but actually dead enterprises which are only as such recognized if the factory inspector happens to come across them usually once in two or three years. the share of these silenced workshops or factories is about 25 %. On the other hand there is a considerable number of small entrepreneurs and craftsmen who operate a workshop but did not apply for registration, be it to save the Shs. 20/- or for some other reason (fear of refusal because of inadequate premises etc.". ⁴⁾

Zieht man einmal die Untätigkeit der Administration nicht mit in Betracht, so erschwert die "Unzahl kleiner selbständiger Produktionseinheiten, die Unternehmer und Haushalte zugleich sind, und sich auf vielen Gebieten betätigen"⁵⁾, die Erfas-

1) Ebenso unvollkommen sind die Ein- und Auswanderungsstatistiken.

2) Es gibt etwa 30000 Hausangestellte (1963), LEE, E., a.a.O.. Häufig handelt es sich um Minderjährige unter 18 Jahren, die noch keine Steuern zahlen müssen.

3) "Factories Ordinance, Chapter 297 of the Laws 1950 - 1954.

4) SCHÄDLER, K., a.a.O., p. 179.

5) SCHNITTGER, L., Besteuerung etc., a.a.O., S. 60.

Tab. 61 Prokopfeinkommen, Lohnempfänger pro 1000 Einwohner, Prokopflohnneinkommen und Erfassungsquote der Steuerzahler nach Regionen 1967 und 1963

Region	1 9 6 7				1 9 6 3	
	Prokopf- Eink.	Lohn- empf. Pro- 1000- Einw.	Prokopf- Lohn- eink.	Steuer- zahler pro-1000 Einwohn.	A %	B %
Arusha	19.9	43,5	15.9	203	65	100
Coast	12.0	30.2	154.8	253	81	127
Dodoma	6.6	12.1	35.0	221	90	118
Iringa	8.1	28.8	52.0	215	55	86
Kigoma	9.5	10.0	51.1	247	90	83
Kilimanjaro	19.9	40.9	35.5	172	83	82
Mara	11.3	11.0	10.7	200	95	84
Mbeya	8.1	16.8	42.8	217	83	73
Morogoro	12.0	43.8	23.0	212	75	114
Mtwara	8.3	13.4	9.0	239	72	94
Mwanza	11.3	14.1	21.4	230	90	101
Ruvuma	8.3	11.5	72.6	234	76	82
Shinyanga	11.3	10.2	16.4	274	98	100
Singida	6.6	7.5	41.4	212	100	107
Tabora	9.5	19.0	57.8	203	91	102
Tanga	24.7	79.9	7.0	237	83	102
West Lake	7.1	16.1	39.1	255	87	86
Tanzania		29.2	35.2	233	84	97

A = Das Verhältnis der gesamten Steuerpflichtigen (ratepayers assessed) zu erwachsenen Männer (adult males);

B = Steuerzahler (ratepayers paying) zu Steuerpflichtigen (those assessed)

Quelle: LEE, E., etc., a.a.O., pp. 37 - 39.

Tanzania, District Data etc., a.a.O., verschied. Seiten

Wir Tab. 61 zeigt, kann zwischen der Erfassungsquote der Steuerzahler, der Bevölkerungsdichte, der Urbanisierung, der Bevölkerungsbewegungen und der Beschäftigung kein Zusammenhang hergestellt werden.

sung der Steuerzahler und Steuerpflichtigen im Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungsbereich.

Statistische Erhebungen SCHÄDLERs über Dar-es-Salaam zeigten, daß es mehr kleine selbständige Gewerbetreibende in Dar-es-Salaam gab, als offiziell angemeldet bzw. eingetragen worden waren:

"Taking the Ministry of Labour's Factory Registration figures as 100 %, the coverage of Dar-es-Salaam Survey for example would be 112 % for wood working, 133 % for goldsmiths, 145 % for footwear and for sheet-metal working even 180 % - not taking into account that about 25 % of the artisans registered by the Ministry have in fact already closed down their shops and therefore should be deducted." ¹⁾

SCHÄDLER fügt hinzu:

"The ex-post calculated coverage for the survey based on these findings, is 44 % for crafts and small scale industries together, and 45 % for crafts alone, but varies considerably from trade to trade and from town to town - it is for example in Dar-es-Salaam 73 % and in Mwanza 12 %." ²⁾

Noch komplizierter sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Große Schwierigkeiten in der Erfassung bereiten das kommunale und Stammeseigentum an Grund und Boden, und die ungeklärten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, soweit sich bereits das Privateigentum durchgesetzt hat.

Es fehlt auch weitgehend eine Registrierung der einzelnen landwirtschaftlichen Grundstücke oder Betriebseinheiten nach Größe, Nutzungsart, Ertragsfähigkeit, Besitz- oder Nutzungsrecht, oder Anzahl an Vieh, Geflügel oder Bauernkulturen usw..

Ebenso gibt es keine Registrierung von städtischen Grundstücken und Bauten nach Eigentümern, Wohnflächen und Nutzungsart der Bauten, neuen und alten Bauten, Wert der Bauten usw..

Hinsichtlich der Lohnempfänger stellt die Erfassung der Angestellten in häuslichen Diensten und der Beschäftigten im Bausektor, Handel, Agrar- und Dienstleistungsbereich ein besonderes Problem dar.

1) SCHÄDLER, K., etc., a.a.O., p. 179.

2) derselbe, a.a.O., p. 179.

In Tanzania werden nur Betriebe mit über 10 Angestellten in Dauerstellung am 30. Juni jeden Jahres erfaßt. Die Erfassung erfolgt durch einen vom Arbeitgeber auszufüllenden Fragebogen. Angestellte in privaten Haushalten, Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben und ausländische Diplomaten und Entwicklungshelfer werden nicht erfaßt.

Unterstellt man, daß die Größe der Zahl der Lohnempfänger nicht nur von dem Zeitpunkt der Erfassung (z. B. Trocken- oder Regenzeit), der Methoden der Erhebung (z. B. regelmäßige Reporte, Census usw.), sondern auch von der Vollständigkeit der Erfassung aller Betriebe abhängig ist, so liegt in diesem Fall eine Unterzählung der Lohnempfänger vor.

Wenn sich aber die Besteuerung der Lohnempfänger nach derartig unvollständigen Angaben über die Lohnempfänger ausrichtet, werden dadurch Steuerverluste entstehen, weil nicht alle Empfänger von Lohneinkommen vollständig erfaßt werden.

Es ist schwierig, Angaben über die Größenordnung der Steuerverluste ¹⁾ zu machen, die dadurch entstehen, daß nicht alle Einkommenbezieher, die Steuern zahlen können und müssen, nicht vollständig erfaßt werden bzw. nicht erfaßt werden können.

b. Probleme der Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen

Die geschilderten Umstände bei der Erfassung der Einkommensbezieher deuten auch auf die Schwierigkeiten bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen hin.

Besteuert wird das Brutto-Individualeinkommen aus allen Einkommensquellen, solange das Bruttoeinkommen die Steuerfreigrenze für Unverheiratete, Verheiratete ohne oder Verheiratete mit Kindern überschreitet.

Vom Bruttoeinkommen können eine Reihe von Ausgaben und Kosten - "all outgoings and expenses wholly and exclusively incurred in the production of the income" ²⁾ abgezogen werden.

Voll abzugsfähig sind auch Prämien für Lebensversicherungen bis zu einer gewissen Höhe, wenn der Versicherungsbetrag bei einer heimischen Versicherungsgesellschaft abgeschlossen wurde.

1) LEE schätzt einen Steuerverlust von £ 500000 pro Jahr für die ländlichen Gemeinden. LEE, E., a.a.O., p. 40.

2) SCHNITTGER, L., a.a.O., S. 77.

Während die Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen der unselbständigen Einkommenbezieher (Lohn- und Gehaltsempfänger) wegen ihrer kleinen Zahl einfach ist, bereitet die Ermittlung der steuerpflichtigen Einkommen selbständiger Unternehmer, Händler, Kleingewerbetreibender und anderer Freiberuflicher große Schwierigkeiten, da diese zahlreich und über das ganze Land weit verstreut sind.

Das Einkommen der Selbständigen besteht "in einer Unzahl kleiner selbständiger Produktionseinheiten, die Unternehmer und Haushalte zugleich sind . . . , die sich auf vielen Gebieten betätigen (und) die über ihre Geschäftsvorgänge und ihre Einnahmen keine Aufzeichnungen machen und Auskünfte darüber, selbst wenn sie es wollten, nur unzureichend machen könnten." ¹⁾ Es ist daher schwierig, das steuerpflichtige Einkommen zu erfassen.

Einkommen aus der Selbstversorgungswirtschaft in der Land-Bauwirtschaft und im Handwerk, kann wegen fehlender Bewertungsmaßstäbe nicht genau erfaßt werden. Auch finden Güterumsätze in kleinen Mengen und an verschiedenen Orten statt. ²⁾

Die Ermittlung von versteuerbarem Einkommen wird auch durch fehlende Preisstatistiken erschwert. Die Höhe der Preise ist u. a. aufgrund von Unvollkommenheiten auf den Faktor- und Gütermärkten, örtlich und auch regional so sehr verschieden, daß die Bewertung von Steuerobjekten und die Schätzung der Höhe des Individualeinkommens erschwert wird.

Je nach Einkommensquellen und Steuergegenstand bieten sich besondere Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Einkommen. Eine Besonderheit zeigt die Erfassung der Wertsteigerungseinkommen - d. h. Einkommen aus städtischem und landwirtschaftlichem Grundbesitz, Wertpapiervermögen, Geldanlagen im nichtorganisierten Geld- und Kapitalmarkt - ganz gleich, ob diese aus Vermögen im In- oder im Ausland bezogen werden.

Ebenso schwierig zu erfassen sind die Einkommen aus der Nutzung von Eigentumswohnungen. Hier steht die Bewertungsproblematik im Vordergrund.

Auch die Ermittlung der landwirtschaftlichen Einkünfte stellt besondere Probleme dar, da ein großer Teil der Inhaber bäuerlicher Betriebe keine Buchführung betreibt.

1) SCHNITTGER, L., a. a. O., S. 60.

2) vgl. SCHNITTGER, L., a. a. O., S. 61.

4. Fiskalische Ergiebigkeit der einzelnen Steuern

a. Allgemeine Ursachen für die geringe Steuerergiebigkeit in Tanzania

Das Steueraufkommen wird als elastisch bezeichnet, wenn eine Korrelation zwischen Steueraufkommen und Entwicklung des Einkommens hergestellt werden kann.

Vergleicht man das Prokopfeinkommen und das Steueraufkommen verschiedener Jahre in Tanzania, so läßt sich keine Korrelation zwischen Steueraufkommen und Volkseinkommen pro Kopf feststellen. Ein Grund für die stagnierenden Steuererträge dürfte darin liegen, daß ein großer Teil der Einkommenszuwächse Wirtschaftssubjekten zugeflossen ist, die aus verschiedenen Gründen vom Fiskus steuerlich nicht oder nur unzureichend erfaßt werden.

Eine andere Erklärung für die stagnierenden Steuererträge dürfte die sein, daß die zusätzlichen Einkommen dem Konsum zugeflossen sind und von den Verbrauchssteuern nur unvollständig erfaßt wurden, oder in jenen "traditional activities" angelegt werden, die gerade nicht als produktiv bezeichnet werden können.

Eine dritte Erklärung könnte die sein, daß die staatlichen Ausgaben für Güter und Dienste an keine entsprechenden Einnahmen gebunden sind. Der größte Teil der staatlichen Dienste ist kostenlos. Auch die Transfereinkommen der privaten Haushalte werden nicht besteuert.

Tab. 62 Monetäres BIP, Prokopfeinkommen, Direkt- und Indirektsteuern

1956 - 1965

Jahr	Monetäre BIP (Mill. £)	Mon.Pro- kopfeink. (£)	Direkte Steuern (Mill. £)	Indirek. Steuern (Mill. £)	Steuern insges. (Mill. £)
1956	89	17.6	7.7	8.0	15.7
1957	93	18.5	7.8	8.4	16.2
1958	98	18.7	7.8	9.6	16.4
1959	106	19.5	7.8	10.8	18.6
1960	114	20,2	8.4	11.4	19.8
1961	126	20.0	9.0	11.5	20.5
1962	135	21.1	8.8	12.7	21.5
1963	151	23.6	10.0	14.8	24.8
1964	171		14.4	16.8	31.2
1965	176		17.7	n.a.	

Quelle: FAALAND etc., a.a.O., p. 227 - 228;

SCHNITTGER, L., Entwicklung und Entwicklungspolitik etc., a.a.O., S. 17.

Der Umfang der Steuereinnahmen wird unter anderem durch die Höhe und Form der Steuerfreibeträge bestimmt. Ausgedrückt als Vielfaches des Prokopf-Einkommens betrug die Steuerfreigrenze ¹⁾ im Jahr 1962 in Tanzania 50,0, in Kenia und Uganda dagegen 35,3 und 45,2 im selben Jahr, in Argentinien 7,7 (1960), in Burma 29,0 (1956), in Ceylon 12,5 (1959), in Indien 11,5 (1959), in Malaya 9,8 (1957), in Mexiko 1,9 (1959) und in den Philippinen 15,6 (1959), in Australien 0,7 (1959), in der Bundesrepublik Deutschland 2,2 (1960), in Frankreich 2,1 (1959), in den Vereinigten Staaten von Amerika 1,3 (1960) und in Großbritannien 1,9 (1959).

Ordnet man den Steuersatz der Personalsteuer den Lohngruppen der Lohnempfänger zu, so ergibt sich, daß 19 % der Lohnempfänger im Jahr 1963 keine Personalsteuer zahlten. Etwa 47 % der Lohnempfänger wurden mit dem niedrigsten Steuersatz besteuert.

Tab. 63 Männliche erwachsene Lohnempfänger nach
Lohngruppen und Personalsteuer - 1963

Einkommens- klasse (Lohngruppe) Shs/Jahr	Zahl von Lohn- empfängern in 1000	Steuersatz Shs/Jahr	Steuersumme in Shs
weniger als 1200	57	-	-
1200 bis 1888	139	200	27 800
1800 bis 2388	46	800	36 800
2400 bis 3588	28	1200	33 600
3600 bis 4788	13	3600	46 800
4800 bis 5888	5	7000	35 000
6000 bis 8988	5	9000	45 000
9000 bis 11988	1	10502	10 502
12000 und darüber	2	12000	24 000
Zusammen	295		

Quellen: Tanzania, Background to the Budget 1968 - 1969, a.a.O., p. 31,
LEE, E., a.a.O., p. 21.

1) Berechnet für einen Steuerpflichtigen mit fünfköpfiger Familie siehe UN, Taxation and economic development in Asia countries, in Papers and Proceedings of the Conference on Agricultural Taxation and Economic Development, H. P. Wald (Ed.), Cambridge (Mass.) 1954, p. 98; UN, Economic Survey of Asia 1960 p. 94, Income tax Commissioner, Nairobi; Economic and Statistical Review, No. 9 (1963) p. 108, zitiert nach SCHNITTGER, L., a.a.O., S. 119.

Angesichts der niedrigen Löhne können mehr Lohnempfänger nur dann direkt besteuert werden, wenn eine "downward extension" der Freigrenze nach unten bei gegebener Tarifstruktur, eingeführt werden kann. ¹⁾

Neben der Grenze der Freibeträge mindern auch die im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftssteuern gewährten Sondervergünstigungen (allowances), Abschreibungen und Freibeträge für Verheiratete, Kinder, Ausbildung, Transport, Lebensversicherung usw. das Steuereinkommen.

Wie aus Tab. 64 zu ersehen ist, werden die tatsächlichen Steuereinnahmen durch diese steuerlichen Vergünstigungen um 40 % und 51 % für "residents" und 10 % und 41 % für "non-residents" vermindert.

Tab. 64 Individualeinkommen und Steuerabzüge für "residents" und "non-residents" in Uganda - 1951 - 1965

Jahr	Residents 1)			Non-Residents 2)		
	Einkommen	Abzüge	b/a	Einkommen	Abzüge	d/c
	in Mill. £ (a)	in Mill. £ (b)		in Mill. £ (c)	in Mill. £ (d)	
1954	11.6	4.6	40	0.6	10	2
1955	13.0	5.3	41	0.5	10	2
1956	13.3	5.4	41	0.4	16	4
1957	13.9	7.0	51	0.4	11	3
1958	15.7	8.0	51	0.6	16	3
1959	16.5	8.2	50	0.6	8	1
1960	16.9	8.0	48	0.6	n.a.	-
1961	16.7	7.6	46	0.8	35	5
1962	17.5	7.8	45	0.5	41	8

Erläuterungen:

1) "Residents" = Staatsbürger wohnhaft in Uganda

2) "Non-residents" = Ausländer wohnhaft in Uganda

a) und c) sind tatsächlich erfaßte Einkommen minus Abzüge für Schuldzinsen, Verluste, Transport;

Abzüge b) und d) Rente usw. umfassen Ermäßigungen für Unverheiratete, Verheiratete, Kinder und Lebensversicherungen.

Quelle: Annual-Reports of the East African Income Tax Department: 1950 - 1962, zitiert nach DHARAM, P. Ghai, Taxation for Development, A Case, Study of Uganda, East African Studies 23, Nairobi-Kampala 1966 p. 56.

1) Da etwa 90 % der Steuerzahler unteren Einkommensgruppen angehören, bedeutet eine Heraufsetzung der Steuerfreigrenze einen Steuerverlust von etwa 66 % der gesamten Steuereinnahmen. Vgl. LEE, E., a. a. O., p. 20.

LEE berichtet, daß im Finanzjahr 1962 - 1963 etwa 1676 Personen von insgesamt 16393 Steuerpflichtigen und 236 von insgesamt 883 Vereinen und Gesellschaften aufgrund der gewährten hohen Steuerabzüge keine Einkommen- und Körperschaftssteuern gezahlt haben. ¹⁾

Ebenso mindern die hohen administrativen Aufwendungen der Steuerbehörden die Nettosteuerereinnahmen. Es kostet die Zentralregierung £ 0,5 Mill. jährlich, etwa £ 1,5 Mill. (1965) Personalsteuern einzuziehen. ²⁾

Die nachstehende Tabelle zeigt, daß die kleine Anzahl von rassischen Minderheiten, die etwas weniger als 1 % der gesamten Bevölkerung ausmachen, den größten Teil der Steuern aufbringt.

Tab. 65 Prozent der Steuerzahler jeder Einkommensgruppe nach
Rassenzugehörigkeit - 1962

Einkommens- gruppe (in)	Afrikaner	Araber + Somali	Asiate	Europäer
	in Prozenten			
Unter 120	91.4	86.0	11.0	1.5
120 bis 159	4.7	7.2	4.3	3.2
160 bis 199	1.7	1.9	3.3	0.6
200 bis 399	1.7	2.0	13.0	2.5
400 und darüber	0.5	2.9	68.4	92.2
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0

Quelle: Abdelmalek, Ben-Amor and Clairmonte, Frederick, a.a.O., S. 480.

1) LEE, E., a.a.O., S. 18.

2) Vgl. Lee, E., a.a.O., S. 55. Die gemeinsame Steuerverwaltung an Ostafrika ermöglicht es, den Verwaltungsaufwand für Einkommen-, Einfuhr- und Umsatzsteuern niedrig zu halten. Er lag für Einkommensteuer zwischen 24000 (1954) und 156000 (1960) und für Einfuhr- und Umsatzsteuern 151000 (1954) und 279000 (1960). Der Verwaltungsaufwand, der pro Einkommensteuerzahler (16393 im Jahre 1962/63) zur Eintreibung der Steuer nötig ist, verursacht doch allzu hohe Verwaltungskosten. Die Erhebungskosten der Einfuhr- und Umsatzsteuern erscheinen auch zu groß angesichts der Einfachheit der Einfuhrbesteuerung und der wenigen Produzenten von umsatzsteuerpflichtigen Gütern - etwa 12 Güterkategorien.

Diese Abhängigkeit des Steueraufkommens vom Einkommen der ethnischen Minderheiten wirft Probleme auf, weil die Steuermoral der rassischen Minderheiten, die meist Ausländer sind, am geringsten ist. Die geringe Steuermoral der rassischen Minderheiten dürfte auch darin begründet sein, daß im Gegensatz zur Kolonialzeit die Afrikaner mehr als die Nichtafrikaner die Hauptnutznießer von Steuergeldern geworden sind ¹⁾ und in der Tatsache, daß die politische und ökonomische Macht in Tanzania ungleich und einseitig verteilt ist: die politische Macht liegt in den Händen der ökonomisch schwachen und benachteiligten Bevölkerungsgruppe, die aber die Steuergesetze erläßt.

Die tatsächliche politische und wirtschaftliche Machtverteilung in Tanzania stellt infolgedessen keine großen Hindernisse zur verschärften Besteuerung der Bezieher hoher Einkommen dar. ²⁾

Die Absicht der rassischen Minderheiten, die Steuern zu vermeiden, begünstigt aber die Anlagen in unproduktiven "traditional activities", die auch bekanntlich steuerlich verschont sind.

b. Einkommens- und Körperschaftssteuern

Gewinne von Einzelunternehmen, Partnerschaftsunternehmen und organisierten Unternehmen, sog. kontrollierten und unkontrollierten Gesellschaften (controlled and uncontrolled companies) unterliegen der Körperschaftssteuer.

Die Gewinne aus Einzel- und Partnerschaftsunternehmen gelten als persönliches Einkommen der Eigentümer der Unternehmen und werden entsprechend besteuert.

Uausgeschüttete Gewinne der organisierten Gesellschaften unterliegen der Körperschaftssteuer und ausgeschüttete Gewinne der Einkommensteuer. Im ersten Fall sind die Unternehmen und im zweiten Fall die Anteilseigner steuerpflichtig.

Tab. 67 zeigt die dominierende Rolle der Körperschaftssteuern innerhalb der Einnahmen aus den Direktsteuern. Ihr Anteil beträgt über 50 % der gesamten Direktsteuern und 66 % der Direktsteuern der Zentralregierung (1964) und 18 % der gesamten Überschüsse der Unternehmer (1964).

1) Im allgemeinen ist die Steuermoral groß, wenn sicher ist, tatsächlich in den Genuß von Steuergeldern zu kommen.

2) Vgl. HOFFMANN, W., a.a.O., S. 87 - 88

Tab. 66

Direktsteuern der Zentral- und Lokalregierung
und Körperschaftssteuern - 1956 - 1965 (in Mill. £)

Jahr	Summe der Direktst. d.Zentral- regierung einschl.(d) (a)	Summe der Direktst. d.Lokal- regierung (b)	Zwischen- summe (c)	Körper- schafts- steuer (d)	Summe d.Un- terneh- merge- winne (Mill.) (e)
1956	6.0	1.7	7.7	4.3	n.a.
1957	5.8	2.0	7.8	4.2	n.a.
1958	5.7	2.1	7.8	3.9	n.a.
1959	5.5	2.3	7.8	3.7	n.a.
1960	5.9	2.5	8.4	4.1	23.3
1961	6.2	2.8	9.0	4.6	23.5
1962	6.5	2.3	8.8	5.0	26.7
1963	7.4	2.6	10.0	5.7	30.6
1964	9.8 ^{a)}	4.6	14.4	6.5	37.0
1965	12.3 ^{b)}	5.4	17.7	n.a.	37.0 ^{b)}

a) Schätzungen auf der Basis der offiziellen Angaben von 1963/64 und 1964/65.

b) Schätzungen auf der Basis der offiziellen Angaben von 1964/65 und 1965/66.

Quelle: Faaland Just. and Dahl, Hans-Erik, The Economy of Tanzania etc., a.a.O.,
p. 227, Tanzania, Statistical Abstract 1966, p. 142.

Da die offiziellen Angaben nur die Einnahmen aus Körperschaftssteuern aufweisen, aber nicht die Unternehmerngewinne, kann die Entwicklung der Körperschaftssteuern im Zusammenhang mit den erzielten Gewinnen nicht festgestellt werden.

Ebenso kann der Umfang der Abzüge für Abschreibungen, Investitionen und andere Sondervergünstigungen nicht ermittelt werden, mit deren Hilfe wiederum die Steuerbelastung festgestellt werden könnte.

Will man das Aufkommen der Körperschaftssteuern ohne Erhöhung der Körperschaftssteuersätze steigern, so muß man unbedingt alle körperschaftlichen Einkommen aller Unternehmen erfassen und besteuern. Damit ergibt sich wiederum die Schwierigkeit der Erfassung der kleinen Einzelunternehmen und Personengesellschaften im Handel und Gewerbe und der Ermittlung ihrer Steuerbemessungsgrund-

lagen, da ihre Zahl groß ist und sie über kein geordnetes Rechnungswesen verfügen.

Große Kapitalgesellschaften haben weniger Möglichkeiten als die Einzelunternehmen, legal oder illegal die Körperschaftssteuer zu umgehen, weil sie vom Gesetz her zum Schutz der Anteilseigner verpflichtet sind, ein geordnetes Rechnungswesen nach Vorschrift zu führen, und weil es nur wenige solche Unternehmen gibt, die auch von der Steuerbehörde sorgfältig kontrolliert werden können.

Sind die großen Kapitalgesellschaften ein Teil weltumspannender internationaler Konzerne, so haben diese dagegen große Möglichkeiten, sich durch interne konzern eigene Preisberechnungen der Körperschaftssteuer illegal zu entziehen.

Da die Gesellschaften mit Niederlassungen in allen ostafrikanischen Ländern Geld und Kapital innerhalb Ostafrikas transferieren können, besteht für solche Gesellschaften die Möglichkeit, die "Schlupflöcher" in der Steuerverwaltung in den drei Territorien auszunutzen. Eine derartige Möglichkeit bietet sich geradezu an, wenn die Steuerbestimmungen und Vorschriften trotz einheitlicher Steuergesetze durch die Steuerbeamten in allen Ländern verschieden gehandhabt werden.

Wenn für die Einzel- und Partnerschaftsunternehmen, die im Rahmen der Körperschaftssteuer in Tanzania als natürliche Personen behandelt werden, größere Möglichkeiten bestehen, durch Freibeträge und Steuerermäßigungen die Einkommensteuer niedriger als die der juristischen Personen - kontrollierte und unkontrollierte Gesellschaften - zu halten, so begünstigt dies möglicherweise die Bildung kleiner Familienfirmen. Damit erhöhen sich auch wieder die Schwierigkeiten in der Ermittlung der Bemessungsgrundlagen und der Zensiten.

Es spricht einiges dafür, daß die heute bestehenden Steuerregelungen in Tanzania die Bildung von organisierten Gesellschaften nicht wesentlich gefördert haben, weil bei der Einkommensteuer großzügigere Abzüge als bei der Körperschaftsbesteuerung gewährt werden.

Bei den vorhandenen Schwierigkeiten der Ermittlung der Einkommen bzw. Gewinne aus Dienstleistungen, Anlagen im nichtorganisierten Geld- und Kapitalmarkt und städtischem Grundbesitz, unterliegen die Bezieher solcher Einkommen kaum der Körperschafts- und Einkommensbesteuerung.¹⁾

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 114.

Tab. 67

Direktsteuern der Zentralregierung 1954 - 1965

(in 1000 £)

Jahr/Steuer	Einkommens- und Körper- schaftssteuern	Erbschafts- steuern	Personal- steuern	Erzie- hungs- steuern	Muni- cipal- steuer	Ge- samt
1954	4601	63	1946	160	35	6805
1955	4507	58	1537	175	38	6315
1956	4066	65	1165	284	25	15603
1957	4283	50	1413	289	26	6061
1958	3525	252	1306	287	24	5384
1959	3781	145	1317	291	27	5561
1960	4489	32	1310	286	18	6035
1961	4732	43	1254	23	21	6070
1962	5331	4	834	-	15	6084
1963	6018	45	1016	-	1	7080
1964	6542	63	1063	-	1	7969
1965	7694	33	1480	-	-	9207

Die Absicht, private Ersparnisbildung und Investitionen durch steuerliche Anreize im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftssteuern zu fördern, ist mit einer sehr großzügigen Handhabung bei der Gewährung von Abzügen verbunden.

Sieht man die Hauptaufgabe der Körperschaftsteuer in der Beschaffung von Einnahmen für den Fiskus, so mindern die staatlichen steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung der privaten Investitionen im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftssteuern die Steuereinnahmen. So wirken die vollständige oder teilweise Befreiung von Unternehmen von der Einkommen- und Körperschaftsteuer und die Gewährung von beschleunigten Abschreibungen und Investitionsprämien mindernd auf die fiskalischen Einnahmen des Staates.

Die staatlichen Einnahmeverluste bestimmen sich nach Art, Umfang und Geltungsdauer der Förderungsmaßnahmen.

Nimmt man an, daß die Unternehmerinvestitionen um die Steuerersparnisse steigen würden, so könnten diese den Unternehmern zugeflossenen Steuerersparnisse zur Erhöhung der Produktionskapazität und des Sozialproduktes führen, aus dem der Staat wiederum nun Steuereinnahmen beziehen kann.

Die Annahme jedoch, daß die erzielten Steuerersparnisse voll oder teilweise investiert werden, daß die Investitionen zur Steigerung des Sozialproduktes und Einkommens führen würden und daß dieses Einkommen zu höheren Steuereinnahmen führen würde, widersprechen den inzwischen gemachten Erfahrungen.¹⁾

Es steht nicht fest, daß die Steuerersparnisse der Unternehmer weiter investiert werden, sie können genauso exportiert oder sogar konsumtiv verwendet werden. Empirische Beweise liegen nicht vor.

Aber auch wenn diese investiert werden, läßt sich a priori über eine Produktionssteigerung durch die Investitionen zunächst nichts genaues aussagen, denn es besteht immer noch die Möglichkeit, daß die Steuerersparnisse unproduktiv angelegt werden.

Käme es dennoch zu einer Steigerung der produktiven Investitionen und damit des Sozialproduktes, so ist auch nicht sicher, ob dadurch der Anteil der Steuereinnahmen, etwa aus Einkommen- oder Körperschafts- oder indirekten Steuern, am Sozialprodukt erhöht oder mindestens konstant gehalten werden kann.

1) Vgl. SCHNITTGER, L., a. a. O., S. 53, vgl. hierzu auch SCHELLE, H., a. a. O., S. 118 ff.

Man muß auch damit rechnen, daß die Steuererträge, insbesondere die Einnahmen aus der Einkommensteuer, nur wenig steigen würden, wenn z. B. "die zusätzlichen Einkommen vor allem an Wirtschaftssubjekte gehen, die vom Fiskus kaum erfaßt werden können" ¹⁾, beispielsweise Lohnempfänger, kleine Gewerbetreibende, Bauern und Händler.

SCHELLE fügt hinzu: "Das Aufkommen wird auch dann nur wenig zunehmen, wenn ein großer Teil des Einkommenszuwachses als Gewinn bei 'Pionierunternehmen' anfällt, die noch für längere Zeit Steuerfreiheit genießen." ²⁾

Im Falle der Steuereinnahmeverluste infolge der erfolgreich oder erfolglos durchgeführten steuerpolitischen Förderungspolitik erhebt sich zusätzlich die Frage nach den Auswirkungen der Budgetanpassungen auf Kapitalbildung und Wachstum.

Die Ergebnisse empirischer Untersuchungen über die Wirkungen der steuerlichen Investitionsförderungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zeigen, daß ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Einnahmefall des Staates einerseits und privaten Steuerersparnissen und Investitionstätigkeit andererseits hergestellt werden kann, wenn sich der Staat keinerlei Kontrolle über die Verwendung der Steuerersparnisse durch die Unternehmen und natürliche Personen vorbehält. ³⁾

Die Aussichten auf die Förderung des Kapitalmarktes durch steuerliche Erleichterungen der ausgeschütteten und Diskriminierung der unausgeschütteten Gewinnanteile sind gering, solange es keine Börseneinrichtungen gibt und eine starke Tendenz besteht, die Gewinne zu transferieren und im Ausland anzulegen oder konsumtiv zu verwenden, oder außerhalb des industriellen Bereiches in traditionellen Aktivitäten anzulegen.

Ist das Ziel bei der steuerlichen Vergünstigung der Unternehmungen durch Körperschaftssteuer die Beeinflussung der Anlagealternativen der investierbaren Überschüsse, so bestehen wenig Aussichten, die Investitionsentscheidungen der Unternehmer mit bloßen steuerlichen Anreizen zugunsten der gewünschten ökonomischen Aktivitäten zu beeinflussen, wenn es gleichzeitig nicht möglich ist, die Gewinne der kleinen Unternehmen im Handel, Gewerbe usw. aufgrund der Schwierigkeiten bei der Ermittlung der zu besteuernenden Einkommen und Zinsen effektiv zu besteuern. ⁴⁾

1) Vgl. SCHELLE, H., a. a. O., S. 128.

2) Vgl. derselbe, a. a. O., S. 128.

3) Vgl. derselbe, a. a. O., S. 127 - 129.

4) Vgl. derselbe, a. a. O., S. 125.

Es besteht aber wenigstens die Hoffnung, durch Körperschaftssteuerbefreiung und durch Gewährung von Investitionsprämien und Abschreibungen Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit positiv zu beeinflussen, wenn angenommen werden kann, daß diese Unternehmungen ausreichend besteuert werden.¹⁾ Es ist aber fraglich, ob durch diese Instrumente die Anlageentscheidungen der Unternehmer zugunsten der produktiven Bereiche beeinflußt werden können.

Aus diesem Grund empfiehlt z. B. CHELLIAH die Reinvestition von Gewinnen zu fördern und die ins Ausland zu transferierenden Gewinne voll zu besteuern.²⁾ Man muß sich hierbei aber auch nach den Auswirkungen fragen, die eine Schmälerung und erhöhte Kontrolle der exportierbaren Gewinne durch Körperschafts- und Einkommensteuern auf die weiteren privaten Kapitalimporte hätte, da die meisten der begünstigten Unternehmungen ausländischen Anteilseignern gehören.

Ist es die Hauptaufgabe der Körperschaftssteuer, die Selbstfinanzierung der Unternehmen durch Begünstigung der nichtausgeschütteten Gewinne zu fördern, so steht jedem Fiskus die Möglichkeit offen, Gewinnausschüttungen durch die Unternehmen zu verhindern.

Geht man davon aus, daß die Gesellschaften mit proportionalem Körperschaftstarif belastet und die Dividenden zusätzlich von der Einkommensteuer besteuert werden, so entscheidet in der Regel die Gestaltung der beiden Steuertarife über das Steuerlastgefälle und damit über den Erfolg einer derartigen Steuerpolitik.

Die Neigung, die Gewinnanteile in den Gesellschaften zu belassen, ist gering, wenn die Spitzensätze der progressiven Einkommensteuer auf Individualeinkommen dem proportionalen Körperschaftssteuertarif unterliegen.

Diese Möglichkeit ist in Tanzania gegeben, da die Spitzensätze der progressiven Einkommensteuer auf Individualeinkommen, d. h. einschließlich der ausgeschütteten Gewinne mit 75 % höher liegt als der proportionale Körperschaftsteuertarif von 37,5 %.³⁾

Sind die Aktionäre Bezieher niedriger Einkommen, die von der Einkommensteuer nicht ausreichend erfaßt werden, dann werden die Anteilseigner auf Gewinnausschüttung drängen.

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 126

2) CHELLIAH, R., Fiscal Policy in Underdeveloped Countries, London, 1960, pp. 67 ff.

3) Vgl. SCHNITTGER, L., a.a.O., S. 128.

Solange erhebliche Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Steuerschuld der individuellen natürlichen Personen oder größere illegale Möglichkeiten der Steuervermeidung und -hinterziehung bestehen ¹⁾ oder großzügige Steuerabzüge im Rahmen der Einkommensteuer gewährt werden, wie das nicht selten in Tanzania geschieht, so lange wird die Gewinnausschüttung begünstigt.

c. Die Besteuerung des Einkommens aus Vermögen

Viele Autoren sind der Meinung, daß das Ausmaß der Vermögensbesteuerung in Entwicklungsländern aufgrund der gering entwickelten Steuertechniken bei den gegebenen Schwierigkeiten der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlagen und den zahlreichen Möglichkeiten der Steuervermeidung und -hinterziehung unbedeutend ist. ²⁾

In Tanzania gibt es keine besondere Vermögensstruktur; Einkommen aus Vermögen unterliegen der allgemeinen Einkommensteuer.

Angaben über Umfang und Quellen der Steuern auf Vermögenseinkommen in Tanzania fehlen völlig, weil diese Steuern nicht gesondert statistisch ausgewiesen werden.

Man teilt die Vermögensgegenstände ein in:

- Landwirtschaftliches Grundvermögen,
- Viehbesitz,
- städtischen Grundbesitz,
- ländlichen Hausbesitz,
- Wertpapiervermögen,
- Vermögensbesitz im Ausland.

Besteuert werden können der Wert der Vermögensgegenstände, das Einkommen aus dem Vermögen, die Wertsteigerungseinkommen ("Kapitalgewinne") oder die Veräußerungserlöse bei der Übertragung des Vermögens oder der gesamte Wert des Vermögens bei Erbgang.

Das Ziel bei der Vermögensbesteuerung kann die Erzielung von Steuereinnahmen oder/und steuerliche Beeinflussung der Anlagealternativen sein, insbesondere die Verlagerung der Geldanlage von "traditional activities" mit geringen Wachstums-

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 116.

2) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 107 - 108, hier: S. 106.

effekten zugunsten der "Wachstumsindustrien".

Auch spielen bei der Vermögensbesteuerung neben den ökonomischen Zielsetzungen soziale Gesichtspunkte eine Rolle, so etwa das Ziel, Einkommen und Vermögen umzuverteilen und politische Machtkonzentration zu verhindern.

Mit dem Ziel der steuerlichen Förderung der Kapitalbildung erhebt sich die Frage der Ergiebigkeit der Vermögenssteuern, der Auswirkungen der Vermögenssteuern auf Ersparnisbildung und Investition in "Wachstumsindustrien".

ca. Steuerliche Behandlung von landwirtschaftlichem Grundvermögen

Berücksichtigt man die Agrarverfassung und das Recht über Gemeineigentum an Grund und Boden in Tanzania, können keine allgemeinen Steuern auf landwirtschaftliches Grundvermögen erhoben werden.

Der Staat bezieht Einkommen aus Grundverpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an große Agrarproduzenten und Bergbauunternehmen. Die fiskalischen Einnahmen aus dieser Steuerart gibt Tab. 61⁶⁰ wieder.

Die geringe fiskalische Ergiebigkeit beruht nicht nur allein auf den Schwierigkeiten bei der Bewertung landwirtschaftlicher Grundstücke und Bodens¹⁾, den Problemen der progressiven Gestaltung des Grundsteuertarifs bei starren Steuerbemessungsgrundlagen, sondern auch auf den vielen Möglichkeiten der Besitzer bzw. Pächter, die Steuerbelastung möglichst niedrig zu halten.

Da die landwirtschaftlichen Grundstücke in Tanzania nicht veräußerlich sind, können auch keine Grunderwerbsteuern erhoben werden.

cb. Steuerliche Behandlung von Viehbesitz und Dauerkultur

Trotz des großen Viehbestandes in Tanzania sind die fiskalischen Einnahmen aus der Viehbesteuerung gering geblieben. Das beruht auf dem Fehlen von Abstufungsmöglichkeiten in der Steuerbelastung.

Da dem Viehbesitzer nur durch gelegentlichen Viehverkauf Einkommen entstehen - die Einnahmen aus Milchverkauf sind unbedeutend - kann nur der Verkaufserlös zur Vermögensbesteuerung herangezogen werden. Die Viehbesitzer haben, mit einigen Ausnahmen, keine andere Einnahmequelle, so daß ihre Einkommen auch

1) z. B. etwa nach Anbauprodukten und -flächen, Bodenfruchtbarkeit, Lage der Anbauflächen usw..

bescheiden sind und kaum für den Lebensunterhalt ausreichen.

Würde man die Besteuerung nach der Zahl bzw. dem Bestand des Viehs ausrichten, so ergäbe sich dennoch die Möglichkeit des frühzeitigen Verkaufs oder des Viehschlachtens oder der Zersplitterung des Viehbesitzes. Unter diesen Umständen würde das Ziel der Einnahmebeschaffung nicht erreicht.

Was damit allenfalls erreicht werden könnte, ist u. U. die alternative Beeinflussung der Geldanlagen.

Ob aber durch die Besteuerung des Viehbesitzes eine bessere wirtschaftliche Nutzung und Verwertung des Viehs herbeigeführt werden kann, ist fraglich. ¹⁾

cc. Besteuerung von Einkommen aus städtischem Grundbesitz

Von großer Bedeutung für die Steuerung der Anlagealternativen und Einnahmebeschaffung ist die Besteuerung des städtischen Grundbesitzes.

Obwohl es noch keine Angaben über den größenordnungsmäßigen Anteil der in dieser Vermögensform angelegten Ersparnisse gibt, kann man trotzdem aufgrund der sozialen und ökonomischen Bedeutung in traditionellen Gesellschaften, der schnell wachsenden Verstädterung und der geringen Anlagemöglichkeiten und unternehmerischen Kenntnisse annehmen, daß ein geringer Anteil der Ersparnisse in dieser Art verwendet wird.

Würde man davon ausgehen, daß die Besteuerung des Grundbesitzes mit der Absicht geschieht, die Geldanlage in städtischen Grundbesitz und Eigentumswohnungen zu verhindern, so würde man doch aus sozialpolitischen Gründen darauf verzichten müssen, da sich, bei gegebenem Angebot an städtischen Wohnräumen, die Mieten die schon hoch sind, noch weiter erhöhen würden.

Beschränkt man die Besteuerung auf die Mieteinnahmen, so ergeben sich Bewertungsprobleme und Ermittlungsprobleme bei der Besteuerung von Eigentumswohnungen. Eine Beeinflussung der Verwendung von Ersparnissen wird somit kaum erreicht.

Es gibt außerdem noch zahlreiche Möglichkeiten, durch Besitzverteilung unter den Mitgliedern der Großfamilien die Besteuerung zu umgehen.

Sind die Besitzer von städtischem Grundbesitz Rentner, wie es oft der Fall ist, die

1) Hierzu die Ausführungen von ZIMMERMANN, Gerd, a. a. O., S. 56 - 58.

über keine anderen Erwerbsquellen verfügen, so wird diese sozio-ökonomische Gruppe, soweit sie von der Besteuerung ausgenommen wird, von der Besteuerung hart getroffen.

In jedem Fall hängt die Durchsetzung der Besteuerung des städtischen Grundvermögens von der ökonomischen und politischen Machtverteilung ab. Sind die Anlagen in städtischen Grundbesitzen von den Angehörigen der sog. traditionellen Oligarchie und der Eliten, die, wie SCHELLE mit vollem Recht feststellt, die "Rolle des Rentnerkapitalisten" (SCHELLE) am meisten bevorzugen, favorisiert, so ergibt sich keine Möglichkeit der Durchsetzung der Vermögensbesteuerung des städtischen Grundbesitzes, wenn diese die politische Macht innehaben. ¹⁾

Die Frage, ob die geringe steuerliche Belastung der Einkommen aus städtischem Grundbesitz die Sparneigung der betreffenden Einkommensbezieher bisher positiv beeinflußt hat, kann man positiv beantworten.

Allerdings sind die Ersparnisse, soweit sie nicht exportiert oder für Investitionen im Handel verwendet werden, in denselben Anlageformen reinvestiert worden.

cd. Besteuerung der Einkommen aus in- und ausländischen Anlagevermögen (Kapitalverkehr und Kapitalerträge)

Die Förderung des Wertpapiersparens ist in Tanzania mit Steuererleichterungen verbunden. Das gilt noch in starkem Ausmaß bei den Käufen von Wertpapieren des Staates und der öffentlichen Unternehmungen und des privaten Kapitalimportes.

Einkommen aus Wertpapiervermögen werden nicht gesondert besteuert, sondern unterliegen den allgemeinen Einkommensteuern.

Da Geldanlagen in Wertpapieren nur bei den Beziehern von Spitzeneinkommen in Frage kommen, die zum großen Teil Ausländer sind, sind für Anlageentscheidungen die Steuer- und Zinsgefälle zwischen In- und Ausland und die Transfermöglichkeiten von Bedeutung.

Die in erster Linie sicherheitsbewußten Bezieher hoher Einkommen, die auch eine große Neigung zu Geldanlagen in Wertpapieren aufweisen, würden nur dann in inländischen Wertpapieren investieren, wenn Sicherheit für ihre Anlagen besteht.

Sind die Sicherheitsverhältnisse im In- und Ausland gleich, dann spielen Zins- und Steuergefälle zwischen In- und Ausland eine große Rolle. Bei gegebenen gleichen

1) Vgl. HOFFMANN, W.G., a.a.O., S. 87 - 88.

steuerlichen Erleichterungen für Einkommen aus Wertpapiervermögen im In- und Ausland würde, bei der augenblicklich bestehenden Zinsstruktur zwischen In- und Ausland, die Entscheidung zugunsten des Inlandes fallen. Jedoch nicht, wenn die Wertsteigerungen bei Wertpapiervermögen im Inland der Besteuerung unterworfen sind, denn das Ausland (Industrieländer) mit entwickelten Kapitalmärkten, bietet mehrere Anlagemöglichkeiten an, als das Inland mit zwar hohen Zinssätzen, aber begrenzten Anlagealternativen.

Es besteht noch die Möglichkeit, daß, aus devisenmäßigen Erwägungen heraus, die Einkommen aus Wertpapiervermögen bei Kapitalimport in die Entwicklungsländer nicht besteuert werden.

Fördert das Ausland den Kapitalexport in Entwicklungsländer und werden den Einkünften aus Wertpapieranlagen sowohl im Aus- und Inland Steuerfreiheit gewährt - dies kann auch aus steuertechnischen Gründen im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens erfolgen - ¹⁾, so könnten dadurch die Kapitaltransfer und Gewinnpatriierungen gefördert werden.

Bei gespaltenem Geld- und Kapitalmarkt würde eine Besteuerung des Einkommens aus Wertpapieren die Anlage im nicht-organisierten Geld- und Kapitalmarkt begünstigen. In diesem Fall sind die administrativen Probleme ganz erheblich.

Auch wenn es gelingt, alle Einkommen aus Wertpapieranlagen, ohne Rücksicht auf die persönlichen Umstände des Zensiten, zu besteuern, sind die Steuereinnahmen gering. Der Staat als der einzige größte Anbieter an Wertpapieren in Tanzania würde noch größere Einnahmeverluste hinnehmen müssen.

Die Einkommen aus Wertpapieranlagen mögen die Ersparnisse der großen Anleger erhöhen. Die Erhöhung des gesamten Angebots an Ersparnissen hängt davon ab, ob die zusätzlichen Ersparnisse von den betreffenden Wirtschaftssubjekten investiert, konsumiert oder exportiert werden.

d. Die Importsteuern

Die Einnahmen von Importsteuern hängen - bei gegebenen Zollsätzen und unter der Annahme, daß alle Importe besteuert werden - von der Höhe der Importe ab. Unabhängig von den Formen der Importabgaben bestimmen daher neben der Höhe der Zollsätze, die Menge der importierten Güter und die Güterpreise die Einnahmen aus Importsteuern.

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 109.

Da nicht alle importierten Güter und Transaktionen mit dem Ausland besteuert werden, so bestimmt auch die Art der Güter und Dienste, die der Importbesteuerung unterliegen, die Höhe der Importabgaben.

In Tanzania werden Kapitalgüter, Rohstoffe und einige Dienste von der Importbesteuerung ausgenommen oder weniger besteuert als Konsumgüter gehobenen Konsums.

Ist der Umfang der zu steuernden Luxusgüter klein, so ergeben sich auch geringe Steuereinnahmen. Der Umfang der Importe von Luxusgütern hängt weitgehend von der Struktur der Einkommensverteilung ab: Eine Einkommenskonzentration begünstigt die Importe von Luxusgütern.

Geht man davon aus, daß die Produktionsgüter importsteuerlich begünstigt werden, so bestimmt der Umfang solcher Güter die Höhe der Steuereinnahmen.

In Tanzania werden die staatlichen Importe nicht besteuert. In diesem Fall nehmen die Importabgaben mit steigenden staatlichen Importen ab.

Konzentrieren sich die staatlichen Importe auf diejenigen Güter, die besteuert werden könnten, wenn es sich um private Importe handeln würde, so ist der Steuerverlust beträchtlich.

Wie Tab. 69 zeigt, haben die staatlichen Importe geringe Auswirkung auf Importabgaben, da sie sich auf diejenigen Importgüter konzentrieren, die auch am geringsten besteuert werden.

Tab. 70 zeigt ferner, daß die Güterkategorien von ISIC-Posten Nr. 3, 1 und 9 stark besteuert werden und ISIC-Posten Nr. 7, 5 und 4 wenig besteuert werden.

Hohe Steuereinnahmen werden durch Besteuerung von Massenkonsumgütern erzielt, da diese eine relativ große Einkommenselastizität aufweisen.¹⁾ Werden diese Güter aus sozialpolitischen Erwägungen nicht besteuert, so verringert sich die Bemessungsgrundlage der Importbesteuerung und es mindern sich auch die Importabgaben.

Besonders günstig erscheint die Zollbelastung von dauerhaften Konsumgütern, wie Fotoapparate, Automobile, Kühlschränke usw., die sowohl von den Beziehern höherer als auch von Beziehern mittlerer Einkommen konsumiert werden.

1) Voraussetzungen dafür sind die Elastizität der Nachfrage im Inland und des Angebots im Ausland. Die Erhebung von Importzöllen ist umso günstiger, je elastischer die Importnachfrage und je unelastischer das Auslandsangebot ist.

Tab. 68

Zusammensetzung von Import- und Exportabgaben - 1955 - 1965

(in 1000 £)

Jahr	Import- steuern	Export- steuern	Verschiede- nes	davon				Ins- ge- samt
				Lager- gebühr	Verkaufs- erlös 1)	Certiffi-2) categoeb.	Andere	
1955	5837	166	5	1	1	1	2	6008
1956	4758	26	11	3	5	1	2	4795
1957	5450	25	8	3	3	1	2	5483
1958	5820	27	10	3	3	1	4	2857
1959	7212	31	8	2	2	1	3	7251
1960	7649	58	23	3	16	1	3	7730
1961	7876	67	14	3	5	2	4	7957
1962	9646	114	19	3	7	2	6	9779
1963	11044	1710	20	3	7	3	7	12774
1964	12505	2229	27	3	5	3	17	14762
1965	13213	259	20	n.a	n.a	n.a	n.a	13492

1) "Surplus proceeds of auction sales"

2) certificate fees

Quelle: Tanzania, Central Statistical Bureau, Statistical Abstract 1961 p. 113, 1962, p. 119 und 1966, p. 137.

Tab. 69

Staatliche und private Import und Importabgaben nach ISIC - 1967

ISIC	Staatl. Importe £ 1000	Private Importe £ 1000	VH	Import Abgaben £ 1000	VH
0	187	4160	7.3	894	5.8
1	-	341	0.6	638	4.1
2	13	540	0.9	74	0.4
3	9	4525	8.0	4675	30.4
4	6	387	0.7	8	0.1
5	493	3540	6.2	409	2.7
6	2339	19646	34.5	4940	32.1
7	3804	19313	33.9	2191	14.2
8	489	3294	5.8	885	5.8
9	255	1238	2.2	664	4.3
Total	7564	56984	100.0	15379	100.0

Benützt man die Importabgaben als Instrument der Investitionsförderung, wie es in Tanzania geschieht, so bestimmen Art, Umfang und Dauer solcher Sondervergünstigungen die Höhe der Importabgaben.

In Ostafrika, also auch in Tanzania, haben die Regierungen noch keinen allzu großen Gebrauch von diesem Instrument gemacht. So gewährten die drei Länder im Jahr 1967 den Importeuren 2.1 Mill. £, den Exporteuren £10000 und inländischen Produzenten (Umsatzsteuerpflichtigen) £20000 in Form von Steuerrückstellungen. Insgesamt betrugen die Steuerermäßigungen bzw. Zurückerstattungen 2,2 Mill. für alle drei Länder. ¹⁾

Bei fortschreitender Importsubstitution von Konsumgütern nehmen die staatlichen Einnahmen aus Importabgaben ab.

Gelingt es nicht, die durch die Politik der Importsubstitution entstandenen Steuerverluste durch Umsatz- bzw. Verbrauchsbesteuerung der inländischen Produktion aufzufangen, ²⁾ so ergeben sich Budgetanpassungsprobleme.

Betrachtet man die Importsubstitution als eines der wichtigsten Instrumente der Entwicklungspolitik, durch welche die marginale Sparquote überdurchschnittlich angehoben werden kann, so sind dieser Politik enge Grenzen gesetzt, solange die durch Einfuhrbeschränkungen freigesetzten Einkommensteile nicht gespart, sondern für heimische Güter verausgabt werden, mit dem Ergebnis, daß Produktionskräfte aus der Export- und Investitions- in die Konsumgüterindustrie umgeleitet werden. ³⁾

Es besteht auch die Möglichkeit, daß die zollgeschützten Unternehmen schon aus anderen Gründen, z. B. hohen Produktionskosten, keine beststeuerbaren Überschüsse erzielen. ⁴⁾

Bilaterale und multilaterale Handelsabmachungen, die darauf abzielen, die Handelsschranken durch den Abbau von Zöllen abzuschaffen, oder zu reduzieren, haben Einfluß auf die Höhe und Struktur der Zolleinnahmen.

1) EAC, East African Customs and Excise Department, Annual Trade Report of Tanganyika, Uganda und Kenia, 1967, Mombasa Tab. 9.

2) Das Auffangen von Steuerverlusten durch Gewinnbesteuerung ist nur zu verwirklichen, wenn die Produzenten beststeuerbare Überschüsse erzielen. Ebenso schwierig ist die direkte Besteuerung der Einkommensbezieher.

3) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 218.

4) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 216.

Der Umfang der durch die einzelnen bilateralen und multilateralen Handelsverträge entstehenden Einnahmeverluste/Gewinne kann nur auf Grund einer eingehenden Analyse der sich im einzelnen dadurch ergebenden Exporteinnahmen einschließlich Exportabgaben, Höhe und Struktur der Einfuhren und Importabgaben ermittelt werden.

e. Die Umsatz - und Verbrauchsteuern

Tab. 71 zeigt, daß die allgemeinen und speziellen Verbrauchssteuern auf die im Inland erzeugten und abgesetzten Güter erhoben werden. Die Besteuerung beschränkt sich daher auf einige wenige Konsumgüter ¹⁾ des täglichen Bedarfs, wie Tabakwaren, Salz, Zucker, Getränke und Feuerwaren.

Es ist eindeutig, daß der Umfang der zu besteuern den Waren mit der fortschreitenden internen Produktion (Importsubstitution) von Konsumgütern zunimmt. Andererseits hängen die Steuereinnahmen ab vom Umfang der Konsumausgaben, die auf die zu besteuern den Waren entfallen und von der Höhe der Steuersätze.

Das Steueraufkommen der Umsatz- und Verbrauchssteuern ist, trotz der fortwährenden Produktionssteigerung, geringer als das der Im- und Exportabgaben und eine Korrelation zwischen dem Steueraufkommen und der Produktion ²⁾ der den Umsatz- und Verbrauchssteuern unterliegenden Güter besteht nicht. Das bedeutet, daß die Konsumausgaben für diese Güter mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen nicht steigen. ³⁾ Der Grund kann auch darin liegen, daß mit steigendem Einkommen der Bevölkerung die Konsumausgaben für importierte Güter zunehmen oder

1) Die Abgaben auf die Marktlieferungen agrarischer Erzeugnisse für inländischen Konsum gelten als besondere Steuern für die Erzeuger. Eine Besteuerung von Rohstoffen und Kapitalgütern, wie es aus der Tab. 71 zu ersehen ist, gibt es noch nicht, da diese nur in geringem Ausmaß produziert werden und somit auch steuerlich begünstigt werden. Die Steuern werden auf der Stufe der Herstellung und des Großhandels erhoben.

2) Die Inlandsproduktion industrieller Güter hängt von ausländischen Investitionen ab. Andererseits wären feste interindustrielle Lieferbeziehungen von großer Bedeutung für die Umsatz- und Verbrauchsbesteuerung.

3) Man kann auch den Einfluß der Substitutionsmöglichkeiten durch Selbstversorgung, Naturalaustausch und Verbrauchsänderungen erwähnen, z. B. im Fall von Tabak, Bier und Kaffee.

Tab. 70

Umsatz- und Verbrauchssteuern - 1955 - 1965
(in 1000 £)

Jahr	Zigar- retten	Bier	Zucker	Jagd- u. Elfenbein	Kaffee	Leder und Häute	Tabak	Salz	Zunder- holzer	Alkohol- Getränke	Minera- lien
1955	1144	428	60	82	10	32	9	4	-	-	
1956	1331	479	91	66	12	32	11	1	-	-	
1957	1485	500	140	81	10	34	10	1	-	-	
1958	1481	400	178	68	20	36	10	2	-	-	
1959	1639	520	184	99	30	49	10	2	-	-	
1960	1595	546	188	90	43	55	9	1	-	-	
1961	1622	655	289	80	63	57	9	1	3	-	
1962	1857	832	500	86	138	12	11	17	8	-	
1963	2172	1021	834	121	126	-	11	9	17	20	
1964	2213	1228	1003	126	181	-	10	7	18	18	34
1965	2449	1415	1206	137	105	-	14	4	22	19	36

daß bei steigendem Konsum von Umsatz - und Verbrauchssteuern unterliegenden Güter die Steuersätze der internen Produktions- und Konsumententwicklung nicht schnell genug angepaßt werden.¹⁾ Ferner erschweren die Produktion und Distribution der erzeugten Güter durch zu kleine Betriebseinheiten und Handelsgeschäfte die Erhebung von Umsatz- und Verbrauchssteuern und sie erhöhen den Verwaltungsaufwand.

Bei gegebenen großen Einkommensunterschieden und niedrigem Einkommen des größten Teiles der Bevölkerung ist eine steuerliche Befreiung der Grundnahrungsmittel und eine höhere Besteuerung von Gütern mit Luxuscharakter erforderlich. Unter diesen Umständen sind hohe Steuereinnahmen nur dann zu erwarten, wenn ein größerer Anteil der besteuerten Güter konsumiert wird, wie z. B. im Fall von Bier, Zigaretten und Zucker.

f. Einnahmen aus Staatsvermögen

Die nachstehende Tab. 71 zeigt die Bedeutung der verschiedenen einzelnen Einnahmen aus Staatsvermögen innerhalb der gesamten nichtsteuerlichen Einnahmen und Staatseinnahmen der Zentralregierung. Zinsen und Dividenden, Mieten, Pachtzinsen und Konzessionsabgaben bilden die Haupteinnahmequellen.

Die Einnahmen aus Staatsvermögen sind zwar im Verhältnis zu dem geringen Verwaltungsaufwand relativ hoch, absolut gesehen sind sie jedoch bescheiden, weil die Sätze (Vermietung, Pachten) aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen niedrig gehalten werden.

Die Einnahmen aus Zinsen und Dividenden hängen von der Art und dem Umfang der Staatskredite und der Zinsentwicklung sowie von der staatlichen Beteiligung an der Privatwirtschaft ab. Die Einnahmen stehen daher im Zusammenhang mit der Ausbreitung der staatlichen Wirtschaftstätigkeit auf dem Kredit- und Unternehmenssektor.

Die Ertragssätze richten sich für Zinsen häufig nach verschiedenen Kreditbedingungen aus, wobei die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Staates berücksichtigt werden, so z. B. die Absicht, mit Hilfe von Staatskrediten einer Sozial-

1) Vgl. Ghai, D. P., Taxation for Development, A case Study of Uganda, East African Studies 23 Nairobi 1966 p. 50. Die Wirkung von Steuersätzen läßt sich auch aufgrund des von Jahr zu Jahr abrupten Anstiegs der Steuererträge z. B. im Fall von Kaffee- und Zuckersteuern und Abgaben für Jagd und Elfenbein feststellen.

Tab. 71 Einnahmen aus Staatsvermögen 1954 - 1965
(in 100 £)

Jahr	Landabgaben	Abgabe für Bauland	Miete	Konzessionsabgaben für Bergbau	Konzessionsabgabe für Forstung	Anderere Vermögensabgaben	Zinsen und Dividenden	Schuldenrückzahlungen und Verkaufsmögen	Summe
1954	185	62	148	621	160	29	388	175	1768
1955	230	86	176	491	164	9	513	170	1839
1956	207	173	232	348	164	26	450	186	1786
1957	271	86	234	659	167	18	404	133	1972
1958	274	82	242	601	142	42	358	112	1853
1959	292	108	241	870	146	22	899	119	2578
1960	286	53	242	819	133	24	558	290	2405
1961	296	51	294	904	108	16	838	114	2621
1962	327	53	249	819	115	19	674	189	2445
1963	358	71	239	856	131	1	872	49	2577
1964	341	55	248	1076	159	-	1287	39	3205
1965	345	60	278	930	164	5	344	223	2343

Quelle: Tanzania, Statistical Abstract 1966 p. 135.

schicht, oder einem Produktionszweig zu helfen. Es stellt sich oft dabei heraus, daß die Zinssätze unter dem tatsächlichen Marktzins liegen. Die Zinseneinnahmen sind dann auch entsprechend gering.

Ebenso bestimmen die Höhe der staatlichen Beteiligungen und der erzielten Gewinne die staatlichen Einnahmen aus Dividenden. Entscheidend für die Staatseinnahmen aus Dividenden ist die Höhe der Gewinne, die von staatseigenen Unternehmungen und Betrieben sowie von privaten Unternehmen gemacht werden, an denen der Staat beteiligt ist. Nimmt man an, daß sich der Staat bei der Errichtung eigener Betriebe und Unternehmungen und bei den Beteiligungen an privaten Unternehmungen nicht von den Erwägungen der Erzielung von Mehreinnahmen leiten läßt, sondern von wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen bestimmt wird, so gelangt man zu der Feststellung, daß die staatliche Wirtschaftstätigkeit in denjenigen Wirtschaftsbereichen liegen muß, in denen keine großen Gewinne erwartet werden können. Dies wiederum schließt die Möglichkeiten einer Ausdehnung der Einnahmebeschaffung aus Dividenden aus.

Im Zusammenhang mit der Einnahmebeschaffung aus Schuldentrückzahlungen steht auch das Volumen der Staatskredite an private Unternehmungen und Haushalte. Die Grenzen der Kreditausweitung durch den Staat liegen einmal in der Bereitschaft der Banken, dem Staat Kredite zur Verfügung zu stellen und in den Möglichkeiten des Staates, die Finanzierung von Krediten durch Steuern und andere Staatseinnahmen zu ermöglichen. Die Grenzen einer Politik des "billigen" Geldes sind somit gesteckt durch die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Entwicklung von Konsumausgaben, Export und Import und somit durch die allgemeine Preisentwicklung und die Zahlungsbilanz, sowie durch die technischen und strukturellen Schwierigkeiten bei der Einnahmebeschaffung durch Steuern und andere Einnahmen.

Ausschlaggebend für die Einnahmebeschaffung aus Mieten ist der Bau von Wohnungen und anderen gewerblich nutzbaren Bauten. Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung der Mieteinnahmen in den letzten zehn Jahren, so können wir feststellen, daß trotz einer kräftigen Steigerung der Mietpreise und der Zahl der neuerstellten Bauten, die Mieteinnahmen kaum gestiegen sind (z. B. von 0,2 Mill. £ im Jahr 1955 auf 0,3 Mill. £ im Jahr 1965).

Das bedeutet, daß die wohlfahrtstaatlichen Tendenzen und damit die Bindung der Mietpreise die Steigerung der Mieteinnahmen verhindert haben. Unter diesen Bedingungen ist eine Erhöhung der Mieteinnahmen kaum zu erwarten.

Was die Möglichkeiten einer Erhöhung der staatlichen Einnahmen aus Grundsteu-

ern, Landprämien und "royalties" betrifft, so können wir hier auf die unklaren Eigentumsverhältnisse an Land und Boden hinweisen. Gerade Klarheit in diesen Eigentumsverhältnissen aber wäre die wichtigste Voraussetzung für eine Besteuerung der agrarwirtschaftlichen Grundstücke. Auch die hieraus resultierenden nachteiligen Auswirkungen auf die "incentives" bei der Bergbau-, Plantagen- und Forstproduktion sowie auf das Fehlen von geeigneten Steuerbemessungs- und Bewertungsgrundlagen macht sich, wie wir oben schon ganz allgemein gezeigt haben, in bezug auf die staatlichen Einnahmen negativ bemerkbar.

Abgesehen davon, daß sich ein größerer Teil des Bodens in öffentlichem Besitz befindet, und daß dieser von der Besteuerung befreit wird, bleibt die Grundbesteuerung auf städtischen Grundbesitz beschränkt. Eine Grunderwerbsteuer wird nicht erhoben, weil die Grundstücke außerhalb der städtischen Bereiche laut Gesetz unverkäuflich sind.

5. Steuerliche Förderung der privaten Ersparnisbildung

a. Förderung der Ersparnisbildung privater Haushalte im Rahmen der Einkommensteuer

In erster Linie dienen die verschiedenen Steuern der staatlichen Einnahmebeschaffung, ¹⁾ um den Anteil des Staates am Volkseinkommen zu erhöhen. ²⁾ Im vergangenen Abschnitt wurde bewußt die Frage nicht gestellt, inwieweit die Änderung der Zusammensetzung der Steuern die Staatseinnahmen erhöhen würde. Ebenso wurden die Wirkungen der einzelnen Steuern auf die Ersparnisbildung der privaten Haushalte und Unternehmungen nicht untersucht.

Angesichts des relativ kleinen Anteils des öffentlichen Sektors am Volkseinkommen (20 % bis 25 %) in Tanzania im Gegensatz zu dem hohen staatlichen Anteil (30 % bis 44 %) an der Gesamtinvestition, (vgl. Tab. 3 S. 38), ist es klar, daß die eigene Ersparnis des Staates zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen nicht

1) Wir beschränken uns auf die wichtigsten Steuern. Eine allgemeine Vermögenssteuer sowie eine "Expenditure Tax" werden in Tanzania nicht erhoben.

2) Die Steigerung der privaten Ersparnisse ist insofern ein Nebenziel der Besteuerung. Die private Ersparnis und deren Zusammensetzung läßt sich dennoch durch das Steuersystem, die Steuerbemessungsgrundlagen und die Gestaltung der Steuertarife bewußt und/oder unbewußt beeinflussen.

ausreicht und so ist der Staat weitgehend auf den Finanzierungsüberschuß des privaten Sektors bei fehlenden Kapitalimporten angewiesen. Insofern ist eine steuerliche Förderung der privaten Ersparnisbildung erforderlich. Es gibt grundsätzlich zwei Formen der steuerlichen Förderung der Ersparnisbildung der privaten Haushalte:

- a) Vollständige oder teilweise Steuerbefreiung der ersparten Einkommensteile, z. B.: Steuerbefreiung von Lebensversicherungsbeiträgen.
- b) Steuerliche Begünstigung von Einzahlungen in bestimmte Vermögensfonds, Steuervorauszahlungsbeträge, Zinsen auf Staatsanleihen, Zinszahlungen für Investitionskredite, Ausgaben für die Ausbildung der Kinder.

Im allgemeinen handelt es sich um die steuerliche Begünstigung der Sparbeträge nach der Art der Verwendung oder nach Spar- und Anlageformen. Durch diese Einschränkung der steuerlichen Begünstigungen auf die Art der Verwendung wird gewährleistet, daß die gebildeten Ersparnisse nicht konsumtiv verwendet oder nach kurzer Zeit wieder aufgelöst oder andersartig angelegt werden.

Abgesehen von den administrativen Schwierigkeiten bei solchen Sparförderungsmaßnahmen ist jedoch auch fraglich, ob die durch die Sondervergünstigungen erhöhten Nettorenditen einzelner Anlagealternativen, neben der Verlagerung der investierbaren Fonds von "traditional activities" zugunsten der begünstigten Anlageformen, auch noch das Sparvolumen der privaten Haushalte steigern, "sofern die Einkommensverteilung durch alternierende Steuersysteme (einzelne Steuern) nicht außerordentlich verändert wird." ¹⁾

Es ist technisch unmöglich, die fiskalischen Begünstigungen so differenziert auszugestalten, "daß sie vom Standpunkt aller potentieller Sparer für sämtliche Sparformen (annähernd) die gleiche Bedeutung besäßen" ^{2) 3)}. Die Sondervergünstigungen

1) LITTMANN, Konrad, Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln - Opladen 1957, S. 84.

2) Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung, in: ALBRECHT, G. und ARNDT, H., Kapitalbildung und Kapitalverwendung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 5, Berlin 1953, S. 63.

3) Die Form der individuellen Sparfunktion ist nicht immer derart, daß jeder Steuervorteil eine Erhöhung der Ersparnis ermöglicht. Den individuellen Sparfunktionen stehen verschiedene Einflußfaktoren wie z. B. Sparziel, Sicherheit, Zinshöhe und andere Sparmotive gegenüber.

gen kommen vor allem den Beziehern mittlerer und hoher Einkommen zugute, die in erster Linie von den steuerlichen Vergünstigungen profitieren, und die auch ohne besondere Begünstigung der privaten Ersparnisbildung hätten sparen können. Ein großer Teil der potentiellen privaten Sparer beziehen so niedrige Einkommen, daß aus ihnen keine nennenswerten Ersparnisse gemacht werden können.

Angesichts der allgemein niedrigen Steuerbelastung für alle Steuerpflichtigen fallen die durch steuerliche Begünstigungen erzielten Steuervorteile nicht ins Gewicht.¹⁾ Es besteht daher eine geringe Aussicht, daß die private Ersparnisbildung um die Höhe der Steuerersparnis zunehmen würde. Ein großer Teil der Einkünfte der Haushalte, z. B. Einkommen aus Vermögen und landwirtschaftlicher Produktion, wird, wie gezeigt, von der Einkommensteuer nicht erfaßt.²⁾

Die Sparförderungsmaßnahmen sind im allgemeinen unter der Bevölkerung wenig bekannt. Hinzu kommt die Unvertrautheit der meisten potentiellen Sparer mit den geförderten Spar- und Anlageformen.³⁾

Berücksichtigt man auch den gespaltenen (organisierten und nichtorganisierten) Geld- und Kapitalmarkt, die Tatsache, daß die Einkommen der Kreditgeber auf dem nichtorganisierten Kreditmarkt nicht besteuert werden und die effektive Verzinsung auf dem nichtorganisierten Geld-, Kredit- und Kapitalmarkt weit über der Verzinsung von z. B. Sparkonten und Staatsanleihen liegt, so bestehen nur geringe Aussichten auf eine steuerliche Beeinflussung der Sparbildung und Anlageformen.⁴⁾

Die Chancen für die Steigerung der Ersparnisbildung der Haushalte durch steuerliche Vergünstigungen der Steuerpflichtigen sind gering, wenn die Steuerersparnisse konsumiert und die früher gebildeten Ersparnisse in die begünstigten Anlagen nur umgelegt werden, um die erhöhte Nettorendite dieser Anlagen auszunutzen.⁵⁾

1) Die Verbreitung von "local rates" mit "basic rate", die üblicherweise nach Einkommenshöhe der einzelnen Regionen gestaffelt werden, erlauben keine differenzierte Ausgestaltung der Einkommensteuer zwecks Sparförderung.

2) SCHELLE, H., a.a.O. S. 134.

3) Derselbe, a.a.O., S. 134.

4) Derselbe, a.a.O., S. 134.

5) Derselbe, a.a.O., S. 133, siehe auch OBERHAUSER, Alois, Finanzpolitik und private Vermögensbildung, Köln und Opladen 1963, S. 116.

Je weniger die Nettoerrenditen der einzelnen Anlagealternativen im In- und Ausland voneinander abweichen, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Ersparnisse der Ausländer, die ja auch einen großen Anteil der potentiellen Sparer bilden, ins Ausland verlagert werden.¹⁾

Besonders bevorzugt von Ausländern und ausländischen Unternehmungen in Tanzania sind Steuervorauszahlungen, wofür je nach Dauer und Höhe des Betrages eine Steuerermäßigung von 25 % gewährt wird.

b. Förderung der privaten Ersparnisbildung im Rahmen der allgemeinen Umsatz- und speziellen Verbrauchsteuern

Es liegt die Vermutung nahe, daß indirekte Steuern mehr als die Einkommensteuer die private Ersparnisbildung fördern. Diese Ansicht wird vertreten, weil die indirekten Steuern einen größeren Teil der Bevölkerung erfassen²⁾ und damit eine breitere Wirkung als die direkten Steuern haben; die Einkommensteuern werden daher oft im Gegensatz zu den indirekten Steuern als "ersparnisbildungsfeindlich" angesehen.

Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Beeinflussung der privaten Ersparnisbildung durch indirekte Steuern werden unter dem Aspekt der Einkommenseffekte, der Substitutionswirkungen (Steuersubstitution), der Existenz von Geldillusion, der Interdependenz der Konsumentenpräferenzen, der Veränderung der personellen Einkommensverteilung unter Berücksichtigung der Durchschnitts- und Grenzneigungen und unterschiedlichen Einkommensschichten diskutiert.³⁾

Die Ergebnisse sind je nach den Annahmen, die gemacht werden, verschieden. So ist es z. B. nicht gleichgültig, ob man von einem teilweisen oder vollständigen Ersatz (Steuersubstitution) der Einkommensteuer durch allgemeine Umsatz- und spezielle Verbrauchssteuern, der Konstanz der Steuererträge, der unveränderten

1) Das Instrument der Abzugsfähigkeit von Lebensversicherungsbeiträgen, das auch in Tanzania angewandt wird, hat geringere Auswirkungen auf die Sparbildung der Ausländer im Inland.

2) Das gilt nur, wenn man die direkten Steuern einschließlich der Importsteuern betrachtet; denn die Umsatz- und Verbrauchsteuern in Tanzania beschränken sich nur auf wenige Inlandsgüter, (vgl. Tab. 70). Von einer breiteren Wirkung der allgemeinen Verbrauchssteuern kann hier keine Rede sein.

3) Hierzu vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 182 ff.

Höhe und Verteilung der Einkommen vor Steuerabzug, usw. ausgeht. ¹⁾

Wählt man eine steuerliche Mehrbelastung der niedrigen Einkommensbezieher durch Verbrauchsbesteuerung und eine steuerliche Entlastung der hohen Einkommensbezieher durch Wegfall der Einkommensteuer oder durch eine entsprechende Milderung der Einkommensteuerprogression und betrachtet nur die Einkommensauswirkungen, so ist eine Erhöhung der gesamten Ersparnis der Haushalte nur dann zu erwarten, wenn den mit dem Einkommen steigenden schichtspezifischen, durchschnittlichen Sparquoten auch entsprechende steigende marginale Quoten zugeordnet werden können. ²⁾

Obwohl aus empirischen Untersuchungen bekannt ist, daß die Sparquote einer Einkommensschicht mit der Höhe des schichtspezifischen Einkommens steigt, variieren die marginalen Quoten jedoch weniger als die durchschnittlichen Sparquoten mit dem schichtspezifischen Einkommen.

So erfordert eine Erhöhung der Ersparnis, eine, wie MUSGRAVE ³⁾ und HARBERGER ⁴⁾ feststellten, drastischere Veränderung der Einkommensverteilung als sie durch die Einführung bzw. Verschärfung der Massenverbrauchsbesteuerung bewirkt wird. ⁵⁾

"Gleiches gilt, wenn spezielle Verbrauchssteuern und 'allgemeine' Umsatzsteuern eingeführt oder erhöht werden, um eine Steuersenkung bei der Körperschaftssteuer zu kompensieren und die Kapitalgesellschaften bisher schon ihre Steuerbelastung zum Teil oder vollständig auf die Konsumenten überwälzen konnten." ⁶⁾

Im Gefolge der Veränderungen der Verbrauchsbesteuerung zwecks Ersparnisbildung muß man die Interdependenz der Verbraucherpräferenzen berücksichtigen.

1) Vgl. hierzu SCHELLE, H., a.a.O., S. 182 - 185.

2) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 183; NEUMARK, F., Möglichkeiten etc., a.a.O., S. 60.

3) Vgl. MUSGRAVE, Richard, A., (Ed.) Effects of Tax Policy on Private Capital Formation, in Commission on Money and Credit. Fiscal and Debt Management Policies Englewood Cliffs 1963, p. 67 ff.

4) Vgl. HARBERGER, Arnold, C., Taxation, Resource Allocation and Welfare, in: National Bureau of Economic Research (Ed.), The Role of Direct and Indirect Taxes in the Federal Revenue System, Princeton 1964, p. 65 f.

5) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 183; NEUMARK, Fritz, Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung etc., a.a.O., S. 60.

6) SCHELLE, H., a.a.O., S. 184

Sind die Konsumentenverhalten so geartet, daß das Verhalten der einzelnen Konsumenten von dem anderer Verbraucher abhängig ist, kann ein positiver Effekt auf die Ersparnisbildung nur dann erzielt werden, wenn es in der betreffenden Wirtschaft eine überwiegende Anzahl von Verbrauchern gibt, die bemüht sind, ihren Konsum dem Konsumstandard der übergeordneten Einkommensschichten anzupassen. ¹⁾

Die Erhöhung der privaten Ersparnisbildung hängt vom Charakter der steuerbelasteten Gegenstände - unentbehrliche und/oder entbehrliche Konsumgüter - ab. Beschränkt man die Verbrauchsbesteuerung auf die unentbehrlichen Konsumgüter, kann ein größerer positiver Effekt auf die Ersparnisbildung erwartet werden, als das bei einer allgemeinen Steuerlastverteilung durch Einkommensteuer möglich wäre. ²⁾ Eine Steigerung der privaten Ersparnisbildung durch Verbrauchsbesteuerung der entbehrlichen Konsumgüter ist nur dann zu erwarten, "wenn die Steuererhöhung als nur vorübergehend angesehen oder/und mit künftigen Preissteigerungen für die belasteten Objekte gerechnet wird. ³⁾

Bezieht man in die Analyse neben den Einkommenswirkungen auch die Substitutionseffekte der Verbrauchsbesteuerung ein, so lassen sich keine eindeutigen Aussagen über die private Ersparnisbildung machen, selbst wenn man eine Umschichtung der Steuerlast von Einkommenbezieheren mit hohen durchschnittlichen Sparquoten auf diejenigen mit niedrigeren annimmt. Die Aussicht auf eine Erhöhung der privaten Ersparnisbildung würde gering bleiben, solange keine positive Korrelation zwischen durchschnittlicher und marginaler Sparquote besteht und eine radikale Änderung der personellen Einkommensverteilung nicht eintritt. ⁴⁾

Das gleiche gilt, wenn ein elastisches Arbeitsangebot vorausgesetzt wird. ⁵⁾

1) Vgl. SCHELLE, H., a.a.O., S. 184.

2) Vgl. NEUMARK, F., Möglichkeiten etc., a.a.O., S. 61.

3) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 62.

4) Vgl. SCHELLE, H. a.a.O., S. 185 und S. 137 - 139.

5) Vgl. derselbe, a.a.O., S. 185.

SECHSTER TEIL

DEISEN

1. Überblick über die Außenwirtschaftsbeziehungen Tanzanias

Zweck dieses Abschnitts ist die Darstellung der Struktur der außenwirtschaftlichen Beziehungen Tanzanias und ihrer Besonderheiten. Damit soll festgestellt werden, welchen Einfluß die Struktur der Außenwirtschaft auf die inländische Kapitalbildung hat.

Die Abhängigkeit Tanzanias vom Außenhandel drückt sich darin aus, daß der Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt 53 % (1967) beträgt. Die Importe beanspruchen 24 % (1967) und die Exporte machen 29 % des Bruttoinlandsproduktes (1967) aus.

Der Anteil des Außenhandels, des Gesamtexportes und des Gesamtimportes am monetären Bruttoinlandsprodukt (ohne Subsistenzproduktion) beträgt 65 %, 36 % und 29 % (1965).

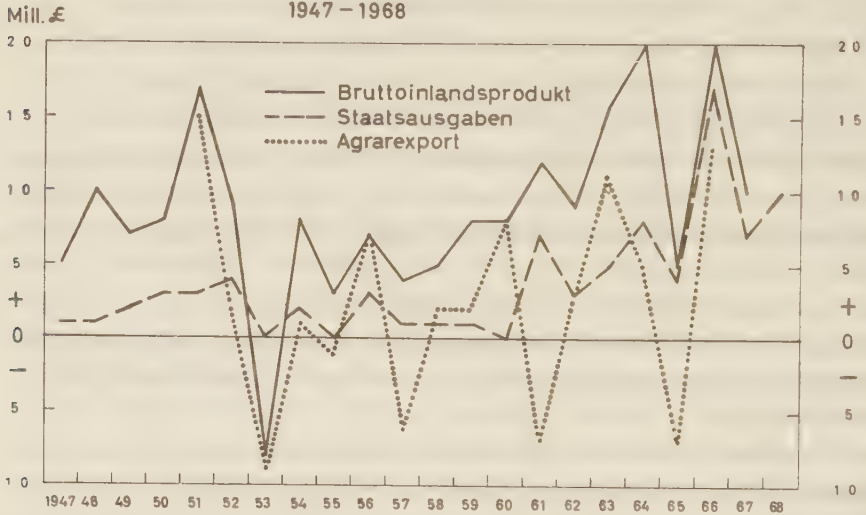
Dies zeigt, daß Tanzania zu den "export economies" (Exportvolkswirtschaften) gehört, in denen die Größe und das Wachstum des Volkseinkommens weitgehend vom Export abhängig ist (siehe Abb. 6 und 7). Aus der Exportwirtschaft bezieht die Bevölkerung ihr Einkommen und der Staat einen wesentlichen Teil seiner Einnahmen durch indirekte Besteuerung des Imports und Exports und durch direkte Besteuerung der aus Exportproduktion resultierenden privaten Einkommen.

Sieht man von der Auslandshilfe ab, hängt die Importkapazität vom Export ab. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch die privaten Kapitalimporte und die öffentliche Auslandshilfe, obwohl in geringerem Ausmaß, eine Funktion vom Export und Import sind.

Die Außenwirtschaft Tanzanias teilt sich in a) Außenwirtschaft mit Ländern außerhalb Ostafrikas und b) Außenwirtschaft mit ostafrikanischen Ländern (Kenia und Uganda) (vgl. Tab. 72). Die beiden Teilbereiche haben sich unabhängig voneinander unterschiedlich entwickelt. Der Umfang, die Zusammensetzung und Entwicklung der Exporte nach und der Import von Kenia und Uganda lassen einen Rückschluß auf die voneinander abhängigen Determinanten der Exporte nach und der Importe von Ostafrika und außerhalb Ostafrikas zu. Während das Wachstum der Exporte außerhalb Ostafrikas in erster Linie von den Marktverhältnissen auf dem Weltmarkt bestimmt wird, hängt die Entwicklung der Exporte auf dem ostafrikanischen Markt hauptsächlich von der politischen und wirtschaftlichen Zusammenar-

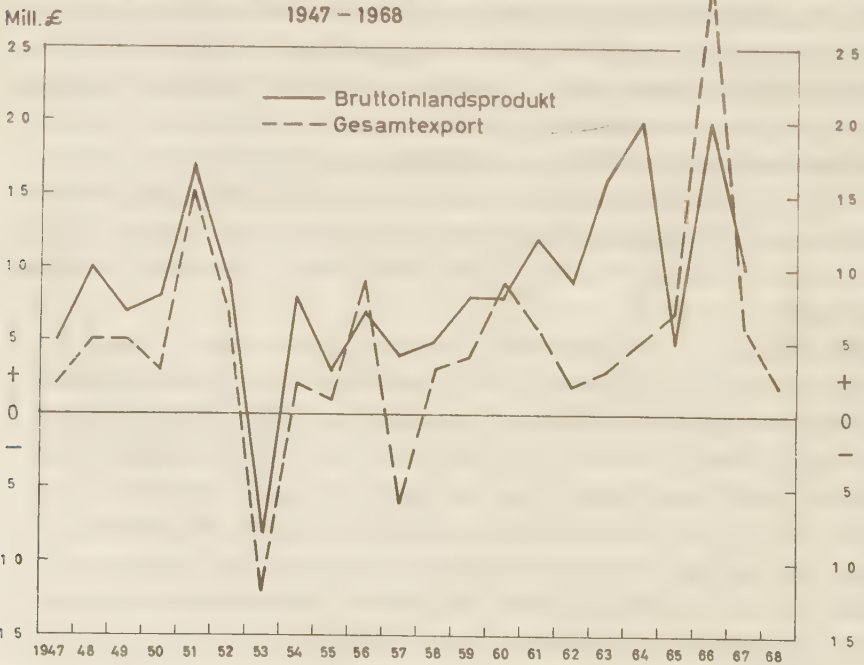
Die Veränderungen des monetären Bruttoinlandsproduktes und des Exportes der Agrarprodukte sowie der Staatsausgaben gegenüber dem Vorjahr

Abb. 6



Die Veränderungen des monetären Bruttoinlandsproduktes und des Exportes gegenüber dem Vorjahr

Abb. 7



Quellenangabe: Siehe nächste Seite

beit ¹⁾ ab. Die Entwicklung des Reexports wird durch den Ausbau von Hafenanlagen, Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zwischen Tanzania und den Binnenländern, Ausbau von Lagermöglichkeiten und durch politische Entwicklungen in den ohne Seeverbindungen gelegenen Binnenländern bestimmt.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des interterritorialen Handels ist die Koordination der Investitions-, sowie Zoll-, Steuer-, Finanz- und Handelspolitik innerhalb des "Ostafrikanischen Gemeinsamen Marktes".

2. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Tanzanias mit Kenia und Uganda als Sonderproblem in der Außenwirtschaft: Die Nachteile der Ostafrikanischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft

Seit 1947 unterhält Tanzania enge wirtschaftliche Beziehungen mit den anderen ostafrikanischen Ländern Kenia und Uganda. Seit dem Jahr 1964 besteht ein Gemeinsamer Markt (East African Common Market) und eine Wirtschaftsgemeinschaft (East African Economic Community) zwischen den drei Ländern mit Hauptsitz in Arusha (Tanzania). Es bestehen gemeinsame öffentliche Einrichtungen u. a. für das Post-, Fernmelde-, Eisenbahn-, Flug- und Zollwesen; es gibt ein gemeinsames Währungs- und Steuersystem und eine unbeschränkte Freizügigkeit der Arbeitskräfte und des Kapitals.

Trotz der wirtschaftlichen Vorteile dieses gemeinsamen Binnen-Marktes und des gemeinsamen Betriebs einer Reihe von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen, entwickelten sich räumliche Ungleichgewichte zum Nachteil von Tanzania. Ohne jedoch auf die speziellen politischen, geographischen, demographischen und historischen Ursachen dieser Entwicklung einzugehen, ist festzustellen, daß sich eine besondere Konzentration der (industriellen) Investitionen, der Dienstleistungswirtschaft und der öffentlichen Verwaltung auf Kenia (Nairobi) entwickelt hat. Es entwickelten sich damit auch außenwirtschaftliche Nachteile für Tanzania.

1) So ist auch vertretbar, daß eine reichlichere Devisenversorgung zum verstärkten Import außerhalb Ostafrikas führt und ein Devisenmangel zur verstärkten Nachfrage nach Importen aus Kenia zur Folge hat. Handelt es sich um Konsumgüter, die man auch aus Kenia oder Uganda beziehen kann, dann sind die Unterschiede im Preis und in Transportkosten maßgebend. Selbst wenn der Einfluß von Preisveränderungen und die Höhe der Transportkosten eliminiert werden kann, ist die Produktionsstruktur bedeutsam für den internationalen Handel.

Tab. 72

Zusammenfassender Überblick über Tanzanias
Handel mit Kenia, Uganda und der übrigen Welt
1958 bis 1968
(in Mill. £)

Jahr	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1967	1968
A. Handel ausserhalb Ostafrikas										
1. Export	41,7	45,3	54,8	48,7	51,2	63,6	70,1	62,8	82,3	79,3
2. Re-export	2,1	1,9	1,7	2,0	2,3	1,6	1,3	1,3	1,6	2,0
3. Import	33,6	34,5	37,8	39,7	39,8	40,4	44,0	50,0	67,3	76,6
4. Gesamt ^{a)}	77,4	81,7	94,3	80,4	93,3	105,6	115,4	114,1	151,2	158,0
5. Saldo	+8,1	+10,8	+17,0	+9,0	+11,4	+23,2	+26,1	+12,8	+15,0	+ 2,7
B. Handel innerhalb Ostafrikas^{b)}										
6. Export	2,6	2,6	2,3	2,2	2,4	3,4	5,1	5,9	4,2	4,6
7. Import	7,3	8,1	9,2	10,6	11,7	12,4	15,7	16,7	14,0	15,1
8. Gesamt ^{c)}	9,9	10,7	11,5	12,8	14,1	15,8	20,8	12,6	18,2	19,7
9. Saldo	-4,7	-5,5	-6,9	-8,4	-8,3	-9,0	-10,6	-10,8	-9,8	-10,5
10. Gesamt- export	44,3	47,9	57,1	50,9	53,6	67,0	75,2	68,7	86,5	83,9
11. Gesamt- import	40,9	42,6	47,0	50,3	51,5	52,8	59,7	66,7	81,3	91,7
12. Gesamt ^{d)}	87,3	92,4	105,8	93,2	107,4	121,4	136,2	126,7	165,4	177,7
13. Handels- saldo	+3,4	+5,3	+10,1	+0,6	+2,1	+4,2	+15,5	+2,0	+5,2	+12,2

Erläuterungen:

a) Handelsvolumen mit nicht-ostafrikanischen Ländern

b) Kenia und Uganda

c) Handelsvolumen mit Kenia und Uganda

d) Handelsvolumen mit allen Ländern der Welt

Quelle: Tanganyika/Tanzania, Statistical Abstracts; a. a. O. verschiedener Jahre.

Eine Betrachtung der ökonomischen Nachteile des Gemeinsamen Marktes Ostafrikas für Tanzania bedarf einer lückenlosen, quantitativen Erfassung sämtlicher Transaktionen zwischen den drei Staaten. Dies würde aber eine Aufstellung einer Zahlungsbilanz voraussetzen, um die interterritorialen Geld- und Gütertransaktionen vollständig zu erfassen. Zahlungsbilanzen mehrerer Jahre würden freilich die Analyse der Veränderungen in den ökonomischen Beziehungen zwischen den drei Ländern erleichtern. ¹⁾

Im übrigen gehen wir davon aus, daß eine Verminderung bzw. eine Beseitigung der schon bestehenden ökonomischen Nachteile nur langfristig möglich ist, und daß jede Bestrebung nach gleichmäßiger Umverteilung der wirtschaftlichen Vorteile oder sogar ein Austritt aus dem Gemeinsamen Markt mit kurz- und langfristigen ökonomischen Rückschlägen verbunden ist.

Auf dem Handelssektor stehen die ständig wachsenden großen Handelsüberschüsse Tanzanias mit nicht-ostafrikanischen Ländern starken Handelsdefiziten im inner-ostafrikanischen Warenhandel gegenüber, so daß der positive Handelssaldo kleiner wird.

Die Ursache für diese Situation liegt in der Struktur der interterritorialen Aus- und Einfuhren. Tanzania bezieht den größten Teil der erforderlichen Fertigzeugnisse, Rohstoffe und Nahrungsmittel aus Uganda und insbesondere aus Kenia. Dagegen bestehen Tanzanias Ausfuhren im Gegensatz zu den Einfuhren aus den beiden Ländern hauptsächlich aus Agrarerzeugnissen.

Es zeigt sich, daß die Richtung des Handels nicht so sehr mit dem Umfang des Sozialproduktes als mit einer anderen Größe korreliert ist, nämlich mit der Größe und Expansion der Industrieproduktion. ²⁾ Die Länder mit höherem Prokopfeinkommen importieren weniger und exportieren mehr, als Länder niedrigerer Prokopfeinkommen.

Auf dem Finanzsektor herrscht eine ähnliche Situation wie auf dem Handelssektor. Von insgesamt £ 22.7 Mill. Neuinvestitionen der CDC in Ostafrika in der Zeit von 1959 bis 1969 bekam Kenia £ 13.5 Mill., Tanzania £ 6.2 Mill., Uganda

1) Bisher gibt es keine separate Zahlungsbilanz für die Handels-, Dienstleistungs- und Kapitaltransaktionen zwischen Tanzania, Kenia und Uganda.

2) Kenias Prokopfeinkommen betrug 103 US im Jahr 1966 gegenüber 75 US und 63 US von Uganda und Tanzania. UN/ECA, African Economic Indicators 1968 a. a. O. Diagram I.

Tab. 73 Tanzanias Handel mit Kenia und Uganda
1959 - 1968
(in Mill. £)

Jahr	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
<u>Kenia</u>								
1. Gesamtexport	45,6	49,0	51,3	55,2	63,6	73,0	76,6	84,0
2. Export nach Tansania u. Uganda	12,3	13,8	15,9	17,3	19,8	25,9	29,4	28,9
3. (2) als % von (1)	7,7	8,9	10,3	11,6	14,3	16,9	17,3	17,5
<u>Tansania^{a)}</u>								
1. Gesamtexport	47,9	57,1	50,9	53,6	67,1	75,2	68,7	83,8
2. Export nach Kenia u. Uganda	2,6	2,3	2,2	2,3	3,4	5,1	5,9	4,6
3. (2) als % von (1)	5,4	4,1	4,4	4,5	5,1	6,8	8,6	5,6
<u>Uganda</u>								
1. Gesamtexport	47,3	48,3	46,1	44,7	59,7	74,2	72,4	76,4
2. Export nach Tansania u. Kenia	5,2	6,7	6,9	7,1	8,2	9,8	9,7	10,4
3. (2) als % von (1)	11,0	13,9	14,9	15,8	13,8	13,2	13,4	13,7
<u>Handelssaldo:</u>								
Kenia mit Tansa- nia u. Uganda	+6,8	+6,8	+9,0	+10,0	+10,6	+14,4	+17,7	+17,8
Uganda mit Tan- sania u. Kenia	-1,3	b)	-0,6	-0,7	-1,7	-3,8	-7,0	-6,0
Tansania mit Kenia u. Uganda	-5,5	-6,9	-8,4	-9,3	-8,9	-10,6	-10,8	-11,8

a) Tanzania ohne Sansibar

b) + 81

Quelle: Tanganyika/Tanzania, Statistical Abstracts; a. a. O. verschiedener Jahre.

Tab. 74 Zusammensetzung der Importe und Exporte Tanzanias
von und nach Kenia und Uganda nach Güterkategorien
und Produkten - 1965 (in 1000 £)

Produkt	Import von		Export nach	
	Kenia	Uganda	Kenia	Uganda
1. Ackerbau, Forst- und Fischprod.	2679	529	2061	688
%	19,0	20,4	45,1	51,1
2. Fertigggüter	8945	1625	1643	436
%	63,5	62,7	36,0	32,4
Bier	690	25	1	-
Zigaretten	375	50	75	1
Papier u. Papier- waren	525	2	31	2
Petroleum-Prod.	2752	-	2	-
Chemikalien	873	124	44	1
Zement	880	-	-	-
Glaswaren	69	-	-	-
Decken	250	1140	429	98
Kleidung	1020	17	108	80
Schuhe	695	30	259	1
Eisen, Stahl Aluminium usw.	41	158	600	229
Fabrizierte Me- tallprodukte	775	79	96	23
3. Verschiedenes	2463	438	863	222
%	17,5	16,9	18,9	16,9
Gesamt	14087	2592	4569	1346

Tab. 75

Die Belastung der Exporte und Importe im innerostafrikani-
schen Handel durch Zollabgaben nach dem prozentualen An-
teil des Gesamtexports bzw. -imports - 1962

Zollsätze ²⁾ in %	Export ¹⁾			Import ¹⁾		
	Kenia	Uganda	Tanzania	Kenia	Uganda	Tanzania
zollfrei	13,6	20,0	46,4	30,9	20,7	13,3
1 - 10	5,2	0,2	0,0	0,1	2,8	5,0
11 - 20	13,7	2,9	4,5	3,0	10,6	13,7
21 - 30	30,5	31,7	25,8	32,8	34,9	23,2
31 - 40	20,3	20,9	15,1	16,4	19,3	22,1
50 - 60	4,5	8,8	2,8	4,4	2,0	8,2
75	0,9	0,0	0,0	0,0	0,1	0,7
200-230	11,2	15,4	5,3	12,3	8,7	13,0
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Export bzw. Import jeden Landes als Prozent des Gesamtexports bzw. -imports.

2) ad valorem.

Quelle: Ghai, D., a.a.O., p. 36 und 39.

Die vorstehende Tabelle zeigt die Belastung der Exporte und Importe Tanzanias, Kenias und Ugandas durch Export- und Importabgaben. Es ist klar, daß die Importe Kenias und Ugandas in Tanzania weniger besteuert sind, als die geringen Exporte Tanzanias in Kenia und Uganda. Die Nachteile Tanzanias ergeben sich daraus, daß Tanzania mehr aus Kenia und Uganda importiert als Kenia und Uganda aus Tanzania. Dadurch verliert Tanzania Einnahmen, die es sonst hätte erzielen können, wenn es sich seine Importe außerhalb Ostafrikas bezogen hätte. Die Vorteile erzielen diejenigen Länder, deren Importe relativ klein und deren Exporte relativ groß sind.

£2.5 Mill., und Mauritius £0.5 Mill., Das bedeutet, daß 59.5 % der gesamten Neuinvestitionen nach Kenia gingen, 27.3 % nach Tanzania, 9.1 % nach Uganda und 4.5 % nach Mauritius. ¹⁾ Die von EAC festgestellte geographische Verteilung des Kapitalzuflusses in ostafrikanischen Ländern im Jahr 1964 zeigt einen Kapitalzufluß von £102 Mill. nach Kenia, £32.2 Mill. nach Tansania und £25.7 Mill. nach Uganda. ²⁾

Das zeigt, daß bei gegebener politischer und wirtschaftlicher Stabilität und Kapitalfreizügigkeit innerhalb des Gemeinsamen Marktes mehr Kapital nach Kenia als nach Tanzania und Uganda fließen würde, ³⁾ weil Kenia am weitesten industrialisiert ist, eine große Anzahl von Nicht-Afrikanern und eine bessere ausgebaute Infrastruktur hat.

Sehr einschneidend sind die ökonomischen Nachteile Tanzanias auf dem Dienstleistungssektor. Diese betreffen den See- und Luftverkehr und das damit verbundene Touristen-, Bank- und Versicherungsgeschäft. Nach Hoyle gingen im Jahr 1963 70 % des gesamten Exports und 74 % des Imports Ostafrikas durch Mombasa, den größten Seehafen von Kenia. Zwischen 1949 und 1964 und in der Zeit von 1965 und 1968 betrug der Anteil Mobasas am gesamten Seeverkehr 74.3 % bzw. 72.4 %.

Der Vorteil Kenias auf dem Sektor des Luftverkehrs ergibt sich aus der Konzentration der Reiseagenturen in Kenia. Von insgesamt 109 Reisebüros befinden sich 63 oder 58 % in Kenia, 24 oder 22 % in Tanzania und 22 oder 20 % in Uganda.

Nach den von O'Connor zitierten offiziellen Angaben bekam Kenia im Jahr 1963

£7.3 Mill. oder 64 %, Tanzania und Uganda jeweils £2.7 und £1.2 Mill. oder 24 % und 12 % der gesamten Deviseneinnahmen aus dem Tourismus, ungeachtet der Tatsache, daß die meisten Touristenorte in Tanzania und Uganda liegen.

Die Vorteile Kenias am Devisenmarkt zeigen sich darin, daß in der Zeit von 1960

1) Commonwealth Development Corporation, Annual Reports and Statement of Accounts 1959 - 1969

2) MARLIN von, Peter, a. a. O., p. 36 und 37.

3) Sehr oft werden bei der Betrachtung der ökonomischen Nachteile, die aufgrund der Geld- und Kapitalverschiebungen durch die Wirtschaftssubjekte innerhalb Ostafrikas in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Instabilität in einem der drei Länder entstehen, vernachlässigt. Diese Möglichkeiten sind gegeben, weil die Währungen konvertierbar sind und die Geld- und Kapitalbewegung innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft frei ist.

und 1965 die EACB und die Handelsbanken in Kenia Devisen im Wert von 50.2 Mill., in Tanzania und Uganda jeweils nur £9.3 und £7.3 Mill. kaufen konnten.

3. Der Waren- und Dienstleistungsverkehr

a. Warenexport

In der Zeit von 1954 - 1967 wuchsen die Exporte um 5 % und in der Zeit von 1956 - 1965 um 4 % bis 5 % jährlich.

Das Hauptmerkmal des Exports in den letzten Jahren liegt darin, daß Tanzania keine neuen Exportgüter entwickelt hat, die die Zusammensetzung seines Exports entscheidend beeinflussen hätten (vgl. Tab. 76).

Die größte Schwierigkeit bei der Änderung der Zusammensetzung der Exporte, die noch zum größten Teil aus Agrarerzeugnissen bestehen, bereiten neben den beschränkten Absatzmöglichkeiten und ungünstigen Produktionsbedingungen, sowie dem Mangel an anderen Produktionsalternativen, das Sicherheitsstreben der Bauern und Plantagenbesitzer, die nicht bereit sind, solange es sich um Exportgüter handelt, ihre Geldeinkommen durch Übergang zu neuen und ihnen unbekannten Exportkulturen, die gleiche Absatzschwierigkeiten in anderen Ländern zeigen, auf das Spiel zu setzen. ¹⁾

Neben dem in Tanzania vorherrschenden Mangel an fachlich qualifizierten Arbeitskräften und der Ungewißheit über die Entwicklung der Ausfuhrerinnahmen aus neuen Exportprodukten, fehlt es auch an der staatlichen Initiative, neue Exportkulturen einzuführen.

Die fast gleichbleibende Zusammensetzung der Exportgüter deutet auch auf eine geringe Änderung in Inlandsproduktion und Auslandsnachfrage hin. ²⁾

Die Beschränkung auf landwirtschaftlichen und mineralischen Export ³⁾ erklärt die Schwankungen der Exportmenge ⁴⁾, Exporterlöse und überdies auch die Schwierigkeiten.

1) Oft mangelt es an Erfahrungen der landwirtschaftlichen Erzeuger mit der Produktion und dem Absatz anderer Exportgüter.

2) Die abnehmende Bedeutung des Sisalexports beruht allein auf der Verschlechterung der Exportpreise (siehe Tab. 83). Es ist schwierig zu entscheiden, wie weit die gleichbleibende Zusammensetzung der Güterausfuhr eine Folge der Exportpreise oder des geringen Inlandmarktes bzw. Industrialisierungsfortschritts ist.

3) Die Ausfuhr von Fertigwaren - von verarbeiteten Rohstoffen abzusehen - ist bisher unbedeutend. Der Export von Industrieproduktion beträgt gegenwärtig etwa 0.1 % des Gesamtexportwertes.

4) Dauernd wechselnde Witterungsverhältnisse bestimmen das Angebot an Agrarexportprodukten.

Tab. 76

Zusammensetzung der Hauptausfuhren von Tanzania

1954 - 1965

(in % vom Gesamtausfuhrwert)

Produkte	1954	1956	1958	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1959-67 ^{d)}
Sisal	30,1	24,1	24,8	28,1	28,8	30,7	35,7	31,2	22,7	11,1
Kaffee	27,6	20,6	18,2	13,3	13,9	12,8	10,8	15,8	13,7	15,5
Baumwolle	9,3	16,7	17,4	16,1	13,9	14,4	16,9	14,1	19,5	16,5
Tee	1,4	1,2	1,5	2,1	2,7	3,1	2,4	2,2	2,4	2,7
Häute u. Felle	4,2	2,7	2,9	3,3	3,6	2,9	2,6	1,8	2,4	
Erndnüsse	0,5	2,3	1,9	1,9	0,5	0,8	1,2	1,1	1,0	
Cashewnüsse	1,5	1,9	2,6	3,9	3,7	4,5	3,2	4,7	6,6	6,0
Rizinussaat	1,1	1,6	1,9	1,6	1,1	1,2	1,8	0,8	0,6	2,7
Sesamsaat	0,6	1,5	1,4	1,2	1,6	1,1	1,0	0,7	1,1	
andere Ölsaaten ^{a)}	1,5	1,9	1,5	1,2	0,6	0,2	0,9	0,7	0,8	
Holz u. Bauholz ^{b)}	1,1	1,0	1,2	1,2	1,0	0,5	0,5	0,8	1,0	
Diamanten	8,6	6,4	10,6	8,5	11,0	10,6	7,8	9,7	11,3	11,1
Gold	2,5	1,7	1,7	2,2	2,6	2,5	2,0	1,7	1,8	
Bleierz ^{c)}	1,0	3,0	2,1	2,0	-	-	-	-	-	
Verschiedenes	9,0	13,4	10,3	13,4	7,0	7,0	7,4	8,7	8,3	15,4
Fleischwaren	-	-	-	-	4,2	4,5	3,1	3,1	3,1	2,8
Futter	-	-	-	-	1,4	1,7	1,8	1,8	2,5	
Sonnenblumensaat	-	-	-	-	0,7	0,7	0,3	0,4	0,5	
Gerbstoff	-	-	-	-	0,8	0,8	0,6	0,7	0,7	
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	

a) einschließlich anderer Nüsse und Kerne

b) bearbeitetes Bauholz, einschließlich Kork

c) einschließlich aufbereitetes Erz

d) durchschnittliche Zuwachsrate in Prozenten

Quelle: Tanganyika, Statistical Abstract a.a.O., p. 48.

Tanzania, Statistical Abstract 1966, a.a.O., p. 49.

rigkeiten der Erlös- und Einkommensstabilisierung im Exportsektor und der langfristigen Planung der Importe von Kapitalgütern und Kapital. ¹⁾

Möglich ist auch, daß die Ursachen für die Schwankungen der Exporterlöse in der Konzentration der Exporte auf wenige Agrarprodukte und des Absatzes auf nur eine geringe Anzahl von Ländern liegen. Allerdings ist der Export von Agrarprodukten Tansanias differenzierter als in den meisten afrikanischen, asiatischen und latein-amerikanischen Ländern; der Anteil der drei wichtigsten Exportprodukte - Sisal, Baumwolle und Kaffee - beträgt etwa 56 % des Gesamtexportwertes im Jahre 1966.

Mißt man die Stärke der "commodity concentration" durch den Anteil der drei wichtigsten Exportprodukte am Gesamtexportwert eines Landes, so zeigt sich für das ganze Afrika im Jahr 1966 eine "commodity concentration" von 44 % bis 99 %. In 24 afrikanischen Ländern betrug sie mehr als 75 %, mehr als 90 % in 11 Ländern und mehr als 50 % in 19 Ländern. ²⁾ In vier Ländern betrug der Anteil eines Produktes mehr als 90 %. ³⁾

Dazu kommt eine gebietsmäßige Absatzkonzentration des gesamten Exports und der einzelnen Produkte auf wenige Abnehmer. Von 1961 - 1967 gingen etwa 57 % des Gesamtexports von Tansania an das Pfund-Währungsgebiet, 30 % an Großbritannien, 19 % auf EWG-Länder, 7 % an Kenia und Uganda. Tansanias enge Handelsbeziehungen mit dem Commonwealth zeigt, daß im Jahr 1966 und 1967 Waren im Wert von 62 % bzw. 58 % der gesamten Exporte abgesetzt wurden. ⁴⁾

Die nachstehende Tab. 77 zeigt die gebietsmäßige Absatzkonzentration einzelner Produkte. Der Anteil der zwei wichtigsten Abnehmer liegt zwischen 40 % und 100 % des gesamten Exportwertes des betreffenden Produktes.

1) Der Grundgedanke ist der, daß die privaten Kapitalimporte u. a. eine Funktion des Exporterfolges sind und die staatlichen Einnahmen vom Exportsektor abhängig sind.

2) UN/ECA, African Economic Indicators, Addis Abeba. 1968 Diagram IX und pp. 31 - 35.

3) derselbe a. a. O., p. 31.

4) Auffallend ist der geringe Exporthandel Tansanias mit anderen afrikanischen Ländern, mit nahöstlichen Ländern, mit Zentral- und Südamerika. Im Jahr 1967 betrug der Exporthandel Tansanias mit den übrigen afrikanischen und nahöstlichen Ländern 7,3 Mill. £ bzw. 2,4 Mill. £ oder 9 % bzw. 3 % des Gesamtexportwertes. Es zeigt sich eine Verlagerung des Absatzgebietes von Europa auf Asien und innerhalb Europas vom West- auf den Ostblock.

Tab. 77 Der prozentuale Anteil der beiden wichtigsten Abnehmerländer am gesamten Exportwert nach einzelnen Exportprodukten - 1965

Produkte	Land u. % Anteil ¹⁾	Gesamt % Anteil ¹⁾
Sisal	GB 27, A 12	39
Baumwolle	N 41, D 12	50
Kaffee	N 25, D 17	42
Diamanten	GB 100	100
Cashewnüsse	Indien 99	99
Fleischwaren	GB 92	92
Tee	GB 76, N 7	83
Häute	GB 29, I 26	55
Gold	GB 100	100
Futter	GB 63, A 9	72
Castorseed	GB 51, I 17	68
Sesamsaat	Indien 2	2
Erdnüsse	GB 44	44
Sonnenblumen	US 56, N 25	81
andere Saaten	N 22, D 7	29
Wattlebark	N 44, I 4	48
Wood lumber cork	GB 24, D 12	36
Andere	GB 21, US 20	41

Erläuterung:

GB = Großbritannien, D = Bundesrepublik Deutschland, N = Niederlande, A = Australien, I = Italien, US = Vereinigte Staaten von Amerika

1) am gesamten Exportwert

Quelle: Tanzania, Central Statistical Bureau, Statistical Abstract 1966, a.a.O., p. 50 - 51.

Das Problem der gebietsmäßigen Handelskonzentration muß man vor allem im Zusammenhang mit den Bestrebungen vieler Länder der westlichen und östlichen Hemisphäre, politische und wirtschaftliche Blöcke zu bilden, sehen, insbesondere dann, wenn die wichtigsten Abnehmerländer gemeinsame (politische und wirtschaftliche) Außenpolitik betreiben können. Die Konzentration des Exports einzelner Produkte auf wenige Abnehmerländer - sei es aufgrund von bilateralen Handelsverträgen oder anderen Gegebenheiten z. B. multilaterale Handelsabmachungen¹⁾ - begrenzt die Ausnutzung von Marktchancen. Bei Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Handelspartnerländern sind große ökonomische Probleme der Umorientierung der Handelsrichtung zu erwarten.

Die Exportmöglichkeiten, die Entwicklung der Exportpreise und Importsubstitution sind zwar wichtigste Determinanten der Wachstumsrate der Exporte und Exporterzeugung, jedoch ist ihr Einfluß auf die Exportentwicklung, kurzfristig gesehen, bescheiden, weil die Ausfuhrerzeugung der Agrarprodukte von Witterungsverhältnissen abhängig ist. Den großen Einfluß der Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland und der Exportpreise auf Exporterzeugung und Export läßt sich jedoch für einzelne Exportprodukte feststellen.

Agrarreformen haben bisher noch keinen großen Einfluß auf die Agrarproduktion und -exporte.

b. Warenimport

Eine hohe Importquote²⁾ dokumentiert die Versorgungsabhängigkeit Tanzanias vom Ausland für Konsum- und Kapitalgüter, sowie Zwischenprodukte. Es ist nicht so sehr die Höhe der Importquote, die nicht wesentlich höher als diejenige der Industrieländer ist, als vielmehr die Höhe der Importe von Kapitalgütern und Zwischen-

1) Hierzu gehört der "International Coffee Agreement", der den Export von Tanzania Kaffee gegenwärtig auf 300000 Tonnen jährlich beschränkt.

2) Der Anteil von Import am Bruttoinlandsprodukt betrug für das ganze Afrika (ohne Südafrikanische Republik) im Jahr 1961 26 %, für Asien 14 %, Europa 23 % und Amerika 6 %, Großbritannien 26 % und Tanzania im Jahr 1961 47 % und 28 % im Jahr 1965. UN/EVA, Balance of Payments etc. a. a. O., p. 7, siehe auch Tab.

produkten, welche die Abhängigkeit vom Ausland anzeigt. Es erweist sich, daß die interne Agrar- und Industrieproduktion von Importen abhängig ist. Das bedeutet auch, daß die Erhöhung der Importkapazität bei gegebenen privaten Kapitalimporten und öffentlichen Auslandshilfen durch die Steigerung der Exportproduktion und somit der Exporte möglich ist. Somit spielen sowohl das Verhältnis zwischen Import und Export ¹⁾ als auch die Zuwachsrates des Imports und Exports eine große Rolle für das Wachstum der Wirtschaft.

In vielen Ländern Afrikas einschließlich Tanzanias übersteigt die durchschnittliche Zuwachsrate der Importe diejenige der Exporte ²⁾ und des Bruttoinlandsproduktes. ³⁾ Importe nahmen um 6.4 % jährlich (1960 - 1967) um 7.8 % jährlich (1965 - 1967) ⁴⁾ und um 9.7 % (1963 - 1968) (vgl. Tab. 78) zu.

Die schnelle Entwicklung der Importe ist eine Funktion von Inlandsproduktion und -einkommen, Einkommensverteilung, Importgehalt der Investitionen, Bevölkerungswachstum und zunehmendem Verstärkerungsprozeß.

Die Steigerung des (Pro-Kopf)-Einkommens erzeugt eine große Nachfrage nach Gütern, die bei gegebener Struktur der Produktion importiert werden müssen, weil die nachgefragten Güter meist im Inland nicht produziert werden (können). Von großer Bedeutung für die Entwicklung ist die zunehmende monetäre Produktion und über diese die steigende Verstärkerung. ⁵⁾ Die Einkommenskonzentration in Händen der städtischen Bevölkerung einschließlich der asiatischen und europäischen Minderheiten, wobei letztere immerhin für etwa 40 % der gesamten Konsumnachfrage verantwortlich sind, ⁶⁾ bewirkt den Import von Massenkonsumgütern und hochwertigen (Luxus-)Gütern.

1) Die Exporte in Prozenten von Importen im Jahr 1964 betrugen für Mauretanien 291.7 %, für Tunesien 242.5 %, Rhodesien und Nyasaland 129.1 %, Angola 124.5 %, Elfenbeinküste 123.3 %, Kongo-Kinshasha 121.6 %, Algerien 109.9 %, Kamerun 105.1 %, Sierra Leone 95.6 %, Ghana 85.8 %, Nigeria 84.8 %, Sudan 73 %, Togo 72.4 %, Senegal 71.3 %, Mosambique 67.9 %, Madagaskar 67.7 %, Ägypten 56.6 %, Libyen 52.0 %, Tunesien 52.0 %, Mauritius 41.6 % und Tanzania 155.8 %.
UN/ECA, Balance of Payments etc. a. a. O., pp. 9 und 10.

2) Vgl. S.

3) Vgl. FAALAND, J. and Dahl, H. -E., a. a. O., p. 193.

4) YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 27.

5) Die durch die zunehmende Zahl der Stadtbevölkerung bewirkte Importnachfrage beruht darauf, daß sich mit dem Rückgang der Landbevölkerung die Produktivität in der Landwirtschaft bzw. die Produktivität in der Industrie nicht gleichzeitig erhöht, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung zu garantieren.

6) Vgl. KAINZBAUER, W., a. a. O., S. 16.

Tab. 80 Die Einfuhren ¹⁾ von Tanzania nach Güterkategorien
und Bezugsländern - 1956 - 1968 (in Mill. £)

Importgüter/ Bezugsgebiet/Jahr	1956	1958	1960	1962	1964	1965	2) 1967/68	2) 1963-1968
1. <u>Kapitalgüter:</u> von innerhalb Ostafrika	3)	3)	3)	3)	0.1	0.2		
von ausserh. Ostafrikas	7.0	5.8	6.6	5.7	8.1	11.1		
Zischensumme	7.0	5.9	6.7	5.8	8.2	11.3	+ 33.7	+ 18.6
2. <u>Produzenten-</u> <u>Importgüter:</u> von innerhalb Ostafrikas	0.9	1.8	2.6	3.4	6.4	6.7		
von ausserh. Ostafrikas	15.0	13.7	14.8	16.1	17.8	20.7		
Zwischensumme	15.9	15.5	17.4	19.5	24.2	27.4	- 5.6	+ 12.0
3. <u>Dauerhafte</u> <u>Gebrauchsgü-</u> <u>ter:</u> von innerhalb Ostafrikas	0.1	0.2	0.3	0.4	0.6	0.6		
von ausserh. Ostafrikas	2.7	2.3	3.3	2.8	3.8	3.6		
Zwischensumme	2.8	2.5	3.6	3.2	4.4	4.2	+ 13.6	+ 17.1
4. <u>Konsumgüter:</u> von innerhalb Ostafrikas	3.8	5.2	6.2	7.8	8.6	9.2		
von ausserh. Ostafrikas	11.2	11.8	13.0	15.1	14.3	14.6		
Zwischensumme	15.0	17.0	19.3	22.9	22.9	23.8	+ 4.7	+ 1.0
Summe	40.7	40.8	47.0	51.5	50.7	66.7	⁴⁾ + 15.3	⁴⁾ + 9.7

1) C. i. f.

2) durchschnittliche Zusatzraten in Prozenten

3) (in 1000): 1956: 21; 1958: 80; 1960: 40, 1962: 68

4) einschl. die Posten "Miscellaneous" (Verschiedenes)

Quelle: Just Faaland and Hans-Erik Dahl, The Economy of Tanzania a. a. O. , p. 221
und Tanzania, The Annual Economic Survey 1968 a. a. O. , p. 19

Andererseits ist die Entwicklung der Importe eine Funktion der Industrieproduktion (Importsubstitution). Das ergibt sich daraus, daß eine Importsubstitution nicht zur Reduktion des Imports führt, wenn der Importgehalt der für die Importsubstitution notwendigen Investition hoch ist.¹⁾ Ist der Importgehalt der Investition groß, dann führen die Investitionen zu neuem Import, insbesondere von Kapitalgütern, Roh- und Hilfsstoffen.

Von großer Bedeutung für die Höhe und Struktur des Imports²⁾ sind neben der Größe, Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Aufteilung in Stadt- und Landbevölkerung, die Art und Struktur der Investitionen sowie die Einkommensverteilung zwischen Stadt und Land bzw. zwischen verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen. Die durch die Einkommenssteigerung bewirkte Importnachfrage kann auch trotz befriedigender Inlandsproduktion bestehen, wenn die Qualität der angebotenen Inlandsgüter den Qualitätswünschen der meisten Wirtschaftssubjekte nicht entspricht. Da eine solche Produktionspolitik, die die Konsumwünsche und -gewohnheiten aller Volksgruppen Tanzanias berücksichtigt, wegen der Unterschiede in Einkommen, Kultur und Lebensweise und somit der heterogenen Bedarfsstruktur nicht möglich ist, ist für Tanzania das Problem der Anpassung der inländischen Produktionssortimente und Warenqualität an die durch unterschiedliche Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten der verschiedenen Mitglieder ethnischer, rassischer und religiöser Minderheiten vielfältig differenzierte Bedarfsstruktur für die Entwicklung und Zusammensetzung von Importen von großer Bedeutung.

Vom Standpunkt der Kapitalakkumulation her bedeutet eine hohe Importquote geringe Ersparnisbildung und Nachfrage nach inländischen Gütern. Sie bedeutet auch eine große Belastung des Devisenhaushalts.

Angesichts der hohen Importquote erklärt sich die geringe inländische Kaufkraft (Innenmarkt) und das niedrige Niveau der am inländischen Absatz orientierten in- und aus-

1) "Wenn der Importanteil bei der Investition gleich dem Importanteil bei den Konsumgütern wäre, würde keine Schwierigkeit auftreten, wenn man eine Mehrersparnis aus einem bestimmten Einkommen zum Kauf von ausländischen Kapitalgütern verwenden würde." HESSE, H., Der Außenhandel in den unterentwickelten Ländern unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Tübingen 1961, S. 72

2) Vgl. Tab. 79. Es zeigt sich eine Erhöhung des relativen Anteils von Kapitalgütern am Gesamtimport und ein Rückgang von Konsumgüterimporten. Dies ist eines der wichtigsten Ziele der Importpolitik in Entwicklungsländern.

3) Vgl. KAINZBAUER, W., a. a. O., S. 15 - 16.

ländischen privaten Direktinvestitionen in der Industrie.

Tab. 79 Der prozentuale Anteil der jeweils zwei wichtigsten Lieferländer am Gesamtimportwert nach SITC - 1965

SITC	Land und % Anteil am Import	Anteil am Gesamtimport
1	N 29, US 17	46
2	GB 38, F 18	56
3	I 21, GB 8	29
4	Iran 55, US 14	69
5	US 61	61
6	GB 54, D 17	71
7	GB 20, I 18	38
8	GB 51, D 14	65
9	GB 33, D 8	41
10	GB 55, US 22	77

F = Frankreich, GB = Großbritannien, I = Japan, D = Bundesrepublik Deutschland, US = Vereinigte Staaten von Amerika, N = Niederlande

Quelle: Tanzania, Central Statistical Bureau, Statistical Abstract 1966, a. a. O., p. 54

Im Hinblick auf die Entwicklung der Importe spielt auch die Konzentration des Importhandels auf wenige Länder eine Rolle. Im Jahr 1968 importierte Tanzania etwa 23 % des Gesamtimportwertes aus Großbritannien, 20 % aus EWG-Ländern, 17 % aus Ostafrika, 8 % aus anderen Ländern des Pfund-Währungsgebietes, 7 % aus sozialistischen Ländern und 25 % aus verschiedenen Ländern.

Die vorstehende Tabelle zeigt den jeweiligen Anteil der wichtigsten Lieferländer am Import. Es zeigt sich eine Konzentration des Importhandels auf wenige Lieferländer.

Die Beschränkung des Importhandels auf wenige Lieferländer erklärt zum Teil den Einfluß der inflationären Entwicklungen in den wichtigsten Lieferländern auf die Schwankungen im Importwert.

Soweit es sich um Import von Kapitalgütern z. B. Maschinen und Ersatzteile handelt, ist eine kurzfristige Umorientierung des Importhandels nicht möglich.

4. Die "Terms of Trade" und ihre kapitalbildungspolitische Bedeutung

Geht man davon aus, daß über 40 % des monetären Volkseinkommens aus dem Export stammt, und daß die Agrarprodukte über 70 % dieser Gesamtausfuhr ausmachen, so läßt sich die Bedeutung der Export-Preisentwicklung der Agrarausfuhrprodukte für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erkennen. Denn in Ermangelung anderer Deviseneinnahmequellen sind die Importe, die öffentlichen und privaten Einkommen und die Ersparnisbildung weitgehend von der Produktion und Ausfuhr dieser Produkte abhängig.¹⁾

Der Bericht der Weltbank deutet auf die Verschlechterung der Exportpreise Tanzanias um 60 % zwischen 1951 und 1960 hin. Dagegen hat sich das Exportvolumen in dem gleichen Zeitraum verdoppelt.²⁾

Kyesimira stellte eine Zunahme des Exportvolumens Tanzanias um 152 % im Jahr 1962/63 gegenüber 1949/50 oder eine jährliche Zunahme von 6.9 % fest.³⁾

Im Vergleich mit den anderen 16 afrikanischen Ländern stellt Bedford im Zeitraum von 1951 bis 1965 für Tanzania eine negative Entwicklung der "terms of trade" um 19 Punkte gegenüber 3 Punkten in allen anderen afrikanischen Ländern fest.⁴⁾ (Siehe Tabelle)

Obwohl es unmöglich ist, aufgrund der bisherigen Tendenzen genauere Aussagen über die mittel- und langfristige Entwicklung der "terms of trade" Tanzanias zu machen, sind die Exportpreise größeren Schwankungen als die Importpreise unterworfen und eine kurzfristige Verschlechterung der "terms of trade" für Tanzania kann, wie Schaubild Nr. 8 zeigt, festgestellt werden.

Abgesehen von den definitorischen, theoretischen und statistischen Problemen bei der Messung und Berechnung der "terms of trade", sind die Ursachen der Veränderungen der "terms of trade" verschieden. So war festzustellen, daß die Verschlechterung des Gesamtindex von Tanzania in der Zeit von 1954 bis 1965 auf dem negativen Einfluß

1) Mit einem Anteil von durchschnittlich 44 % der Ausfuhr am Bruttoinlandsprodukt zeigt Tanzania eine größere Exportabhängigkeit als Kenia, Uganda mit einem Anteil von 20 % und 40 % oder der Durchschnitt von 21 % für alle afrikanischen Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum (1954 - 1965) vgl. BEDFORD, Horst: Die Terms of Trade der Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung der ostafrikanischen Staaten Kenia, Tanganyika und Uganda, Dissertation, Hamburg 1969, S. 59.

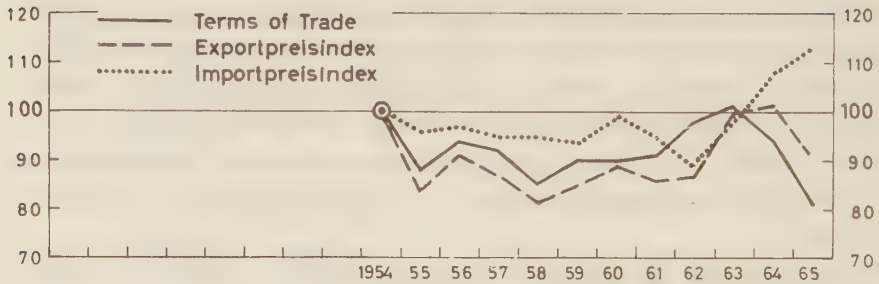
2) IBRD, The Economic Development of Tanganyika etc. a. a. O., p. 6.

3) Kyesimira, Yoeri, a. a. O., p. 29.

4) Vgl. BEDFORD, H., a. a. O., p. 46.

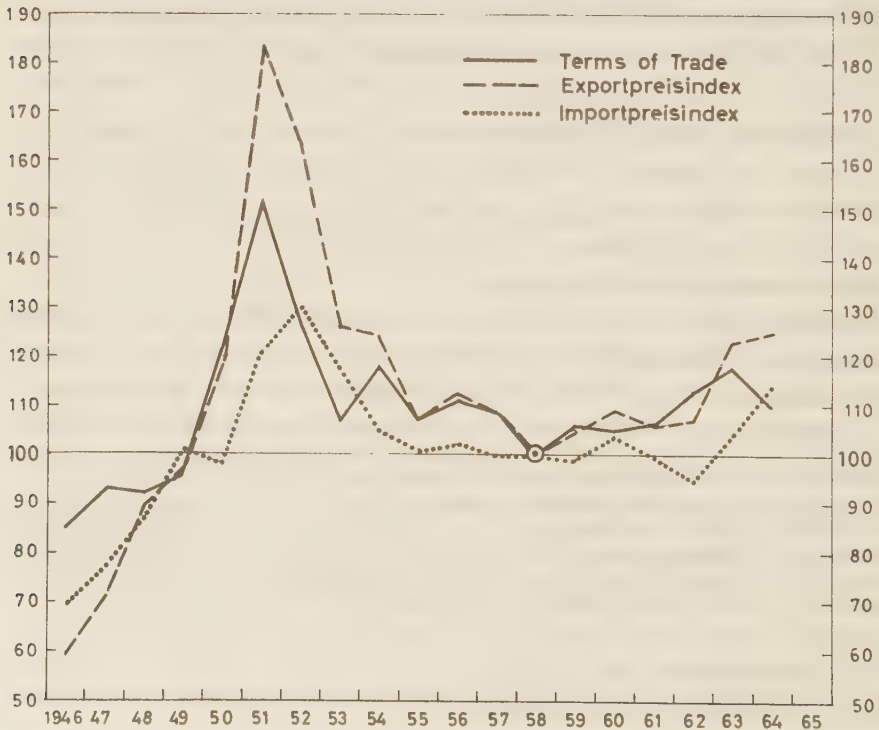
Entwicklung der Terms of Trade, Export - und Importpreisindices
von Tanzania 1954 - 1965

Abb. 8



Entwicklung der Terms of Trade, Export - und Importpreisindices
von Tanzania 1946 - 1964

Abb. 9



Quelle: Horst Bedford, Die Terms of Trade der Entwicklungsländer S.89 und S.95
a.a.O. etc.

des Einzelindices für Rohkaffee beruhte. Dagegen kann die Verbesserung in der Zeit von 1954 bis 1965 und die Verschlechterung zwischen 1965 und 1969 dem positiven bzw. negativen Einfluß des Sisalindices zugeschrieben werden.¹⁾

Für die kurz- und mittelfristige Wirtschaftsplanung haben die monatlichen und jährlichen Veränderungen der Exportpreise besondere Bedeutung.²⁾

Wie die Tabelle zeigt, liegt die Preisveränderung zwischen 1 % bis 48 % jährlich. Damit ist eine genauere Schätzung der durch Exporte zu erwartenden und zu realisierenden Deviseneinnahmen und die daraus resultierenden Rückwirkungen auf die private und öffentliche Ersparnis und Investition sehr erschwert. Legt man bei der Wirtschaftsplanung die Weltmarktpreise zugrunde²⁾, so besteht im Fall von großen Veränderungen der Exportpreise die Gefahr,³⁾ daß die in Erwartung höherer Deviseneinnahmen und damit größerer Importe begonnenen Projekte nicht zu Ende geführt werden können.

Orientieren sich die privaten Kapitalimporte an der Entwicklung der Deviseneinnahmen aus dem Export auf der Grundlage der "terms of trade", so ist mit einem Rückgang der privaten Kapitalimporte bei Verschlechterung der "terms of trade" zu rechnen.

Die Veränderung der Ausfuhrpreise kann nicht nur einen Rückgang der Exportmenge und -erlöse, sondern auch der Gütererzeugung für Export bewirken.

Diese Wirkung ist mit Gewißheit dann zu erwarten, wenn es sich um Plantagenproduktion für Export handelt. Beispielsweise hat die immerwährende Verschlechterung der Sisal-Exportpreise seit 1950 zum Rückgang der Sisalerzeugung und des -exports geführt.⁴⁾

Bäuerliche, landwirtschaftliche Produktion ist weniger als die Plantagenproduktion von Exportpreisveränderungen abhängig. Z. B. ist die anhaltende Ausweitung der Kaffeeproduktion trotz der Verschlechterung der Ausfuhrpreise dadurch zu erklären, daß Kaffee in Tanzania zur Hälfte von Kleinbauern und Plantagenbesitzern erzeugt wird. Dabei spielen der ständige Bedarf an Geldeinkommen der Bauern und die niedrigen Produktionskosten in der bäuerlichen Erzeugung eine große Rolle.

1) Vgl. BEDFORD, a. a. O., S. 108 - 109.

2) siehe Tab. 2

3) Der unterschiedliche Verlauf der Preise der eigenen Exporte kann durch die Qualitätsunterschiede, Konkurrenzfähigkeit, aber auch durch die gebietsmäßige und traditionelle Absatzkonzentration einzelner Produkte und die damit verbundene Starrheit der Preise nach oben erklärt werden.

4) Während in den 50er Jahren der Anteil des Sisals am Gesamtexport 50 % betrug, ist er heute auf weniger als 30 % zurückgegangen.

Tab. 80 Außenhandelsindizes und Exportpreisindizes einiger wichtiger Primärgüter 1962 - 1968 (1960 = 100)

Außenhandelsindex ¹⁾							Exportpreisindizes einzelner Produkte ³⁾										
Jahr	Terms of trade ²	Mengen- index		Wertindex		Preisindex											
		Ex- port	Im- port	Ex- port	Im- port	Ex- port	Im- port										
1962	108	96	117	93	105	98	91	100	88	97	68	114	95	94	115		
1963	112	103	108	116	107	112	100		99	90	143	81	107	112	91	106	
1964	104	113	108	128	116	113	109		98	115	142	101	97	112	94	104	
1965	90	111	107	114	132	103	114		97	105	91	112	98	96	86	115	
1966	88	143	142	144	170	99	113		91	103	81	121	99	102	85	141	
1967	82	145	140	142	172	95	117		93	91	67	114	99	108	98	155	
1968									101	93	56	112	94	125	115	127	

1) nur Tanganika

2) Export-Import-Preis-Verhältnis

3) Diese Produkte machten 71 % der Gesamtausfuhr (1965) aus.

Quelle: Background to the Budget 1968 - 1969 a. a. O., p. 18
Background to the Budget 1968/69 a. a. O., p. 16

Tab. 81 Durchschnittliche prozentuale Veränderungen der Exportmenge (Q), der Ausführpreise (P) und des Ausführwertes (W) verschiedener Agrarexportprodukte 1949/50 - 1963

Produkt	1949/50 - 1954			1954 - 1958			1958 - 1962/63			1949/50 - 1962/63		
	Q	P	W	Q	P	W	Q	P	W	Q	P	W
Sisal	+33	-30	-5	+19	-20	-5	+9	+72	+85	74	-4	+67
Baumwolle	+33	+40	+92	+164	-19	+116	+26	0	+25	+344	+14	+417
Kaffee	+89	+168	+397	+9	-28	-22	+27	+2	-23	+163	+282	+49
Arabica	+25	+126	+178	-17	-22	-39	+1	-34	-33	+5	+8	+13
Robusta	+290	+227	+28	+92	+1	+96	+62	+101	+27	+918	+64	+1427
Cashewnüsse	n.a.	n.a.	n.a.	+396	-15	+328	-27	+2	-25	+1767	+11	+2048
Erdnüsse	n.a.	n.a.	n.a.	+35	-7	+25	+51	+55	+133	+721	+135	+1878
Tee ^{a)}	+13	-14	0	+61	-3	+55	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Pyrethrum	n.a.	n.a.	n.a.	-4	+15	+10	+109	+16	+165	+433	+226	+4176
Fleisch ^{a)}	+32	+18	+53	+24	+3	-22	58	-14	+35	-48	+10	+58
Leder u. Häute	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	-91,5	+32	-37,5	n.a.	n.a.	n.a.
Meis												

a) Große prozentuale Veränderungen wegen niedriger Startzahl sind von der Tabelle ausgeschlossen.

Quelle: Kyesimira Yoei, Agricultural Export Development, East African Studies No. 34, Makerere Institut of Social Research, Nairobi 1969, p. 52 Tab. 111, 10

Tab. 82 Veränderungen der Ausfuhrpreise gegenüber dem Vorjahr
bei den wichtigsten Agrarprodukten ¹⁾ 1951 - 1965 (in v. H.)

	Veränderungen der Export- preise tansanischer Prod.				Veränderungen des Weltmarktpreises	
	Sisal	Baum- wolle	Kaffee Arabica	Kaffee Robusta	Sisal	Baum- wolle
1951	(14,85)(14,85)(14,29) (8,92)					
1952	-16	+27	+4	+23	-12	+27
1953	-47	-22	+30	+40	-45	-22
1954	-13	-15	+34	+17	-14	-15
1955	-13	-2	-25	-35	-11	- 2
1956	+ 2	- 1	+14	-3	+ 1	- 1
1957	+12	-10	- 8	+ 7	-11	-10
1958	-	- 7	-19	- 3	- 1	- 7
1959	+22	- 4	-14	-22	+25	-4
1960	+18	+ 5	- 1	-27	+22	+ 5
1961	- 6	+ 1	- 8	-10	-10	+ 1
1962	+ 3	- 1	-1	+ 8	+ 1	- 1
1963	+48	-1	+ 1	+36	n.a	n.a
1964	- 4	- 2	+22	+23	n.a	n.a
1965	-33	+ 1	- 2	-14	n.a	n.a

Erläuterungen:

(+) bezeichnet eine für das betreffende Land günstige Preisentwicklung

(-) bezeichnet eine für das betreffende Land ungünstige Preisentwicklung

Zahlen in Klammern sind Preis pro 100 Pfund (Gewicht) in

1) Diese 3 Produkte machten 63, 4 % und 56 % der Gesamtausfuhr in den Jahren 1963 und 1965 aus.

Quelle: BEDFORD, H., a. a. O., S. 110 - 116.

5. Der Import von Kapital

Im folgenden werden zunächst die Hauptzüge - Ausmaß, Struktur, Kredit- und Anleihebedingungen - des privaten Kapitalimports und der öffentlichen Auslandshilfe dargestellt:

Nimmt man die OECD-Statistiken über Kapitalzufluß nach Afrika in den Jahren 1960 bis 1965 zur Grundlage einer Analyse des Umfangs und der Zusammensetzung der Auslandshilfe, so betrug die gesamte Auslandshilfe 9949 Mill. US \$, d. h. einen jährlichen Durchschnitt von 1990 Mill. US \$. An erster Stelle stehen bilaterale Kapitalhilfe und Kredite mit 9009 Mill. \$ oder 91 % der gesamten Auslandshilfe in Afrika. Multilaterale Auslandshilfe machten insgesamt 940 Mill. \$ aus oder 9 % der gesamten Auslandshilfe. Kreditäre Auslandshilfe bildete mit 1915 Mill. \$ oder 18 % der gesamten Auslandshilfe den kleinsten Teil der gesamten bilateralen Auslandshilfe, so daß der größte Teil der bilateralen Auslandshilfe aus unentgeltlichen Zuschüssen oder zuschußähnlichen Hilfeleistungen bestand.

Statistiken über private Kapitalimporte sind mangelhaft; der UNO-Bericht stellt jedoch fest, daß sie großen Schwankungen unterliegen. Beispielsweise betrug der private Kapitalimport von Industrieländern in die Entwicklungsländer 50 % des gesamten eingeführten Kapitals in den Jahren 1956 und 1957, und 25 % im Jahr 1962 und 1963, 33 % im Jahr 1965 und 25 % im Jahr 1966.

Ebenso mangelhaft sind Statistiken über Auslandshilfe aus den sozialistischen Ländern (Ostblock).

Allgemeine Aussagen über Kreditbedingungen sind nur begrenzt möglich. Generell ist die Laufzeit länger geworden und die Zahl der tilgungsfreien Jahre erhöht worden.¹⁾

Während 1959 - 1960 der Anteil der Kredite mit einer Laufzeit von 10 Jahren und mehr durchschnittlich 10 bis 15 % der gesamten gewährten Kredite ausmachte, war diese Proportion in den Jahren 1961 - 1963 auf 80 % der staatlich gewährten Kredite gestiegen. Die Zinssätze zeigen keinen eindeutigen Trend.

Mit der Stagnation bzw. dem Rückgang des Umfangs der langfristigen, direkten privaten Investitionen und der Dominanz der öffentlichen Kredite und Zuschüsse stehen politische und Handelsinteressen bei der Gewährung der Auslandshilfe im Vorder-

1) siehe hierzu, SCHNITTGER, L., Entwicklung und Entwicklungspolitik etc. a. a. O., S. 144 - 5

grund.¹⁾ Die Großmächte gewähren Entwicklungshilfe an politische bzw. militärisch-strategisch bedeutende Länder.

Multilaterale Kredite, die üblicherweise zu günstigeren Bedingungen gewährt werden, sind an Handelsinteressen nicht gebunden; solche Kredite sind aber umfangmäßig beschränkt. Die technische Auslandshilfe für die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte und für die Verbesserung von Organisation und Verwaltung in der Wirtschaft ist ebenfalls sehr gering.

Hinsichtlich der strukturellen Verteilung der privaten Kapitalimporte und der öffentlichen Auslandshilfe auf die verschiedenen Wirtschaftszweige ergibt sich ein folgendes Bild: Multilaterale Kredite werden besonders für die Finanzierung von Importen zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur gewährt. Bilaterale staatliche und kirchliche²⁾ Auslandshilfen dienen in der Hauptsache der Finanzierung von Importen zum Ausbau entweder der allgemeinen sozialen und ökonomischen Infrastruktur oder der Agrar-³⁾ und Industrieproduktion. Eng verbunden mit der bi- und multilateralen Auslandshilfe ist die sog. personelle, technische Hilfe (technical aid). In vielen Fällen sind die ausländischen Kredithilfen projektgebunden.

1) Im allgemeinen bestimmen die Zugehörigkeit Tanzanias zum Commonwealth, Tanzanias Bekenntnis zur Politik der blockfreien Staaten, zum sog. Afrikanischen Sozialismus, seine Zugehörigkeit zur Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und zu den Vereinten Nationen und damit zu verschiedenen untergeordneten Organen dieser Organisation, den Zufluß öffentlicher Entwicklungshilfe.

2) Nach SCHNITTGER verteilte sich die deutsche kirchliche Entwicklungshilfe an Tanzania folgendermaßen (in Mill. DM): Ausbildung 3, 2; Gesundheitswesen 1, 9; Sozialeinrichtungen 0, 6 und Verschiedenes 0, 04.

Die finanzielle Hilfe von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter verteilt sich (1962 - 1967) folgendermaßen: "Freedom from Hunger Campaign": Agrarausbildung 274342, Agrarproduktion 17000, ländliche Wasserversorgung 300000; die Entwicklungshilfe der Nullfield und Rockefeller Foundations konzentrierten sich auf Ausbildung und Forschung; der Oxform's Hilfe beschränkte sich auf Kauf oder Erzeugung von Nahrungsmitteln. Verschiedene Hilfen werden auch von privaten Organisationen für Familienplanung und -beratung, Katastrophen und handwerkliche Berufsausbildung gestellt. Vgl. SCHNITTGER, L., Entwicklung und Entwicklungspolitik etc. a. a. O., S. 111 ff.

3) Die Konzentration der öffentlichen Auslandshilfe auf den Ausbau der Infrastruktur und Landwirtschaft beruht zum Teil auf der Tatsache, daß die Entwicklungshilfe der Regierung gewährt wird, deren Bemühungen sich die Verbesserung der Infrastruktur konzentriert und deren Ziel es ist, die Landwirtschaft als Mittel der Entwicklungspolitik zu benutzen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die funktionelle Verteilung der privaten Auslandsinvestitionen in Tanzania.

Tab. 83 Struktur der direkten Investitionen des Auslands in Tanzania nach Wirtschaftszweigen - 1964 (in Mill. £)

Industriezweig	Kredit und Anleihe			Beteiligungskapital		
	Gesamt	von		Gesamt	von	
		Aus-land	Ost-afrika		Aus-land	Ost-afrika
Bergbau und Stein	7576	7476	100	2642	2235	407
Baugewerbe	3000	3000	-	3489	3	3486
Gross- u. Einzelhandel	2876	1840	1036	2550	1673	877
Landwirtschaft	2380	2207	173	9110	5097	4013
Getränkeindustrie	2275	2275	-	2148	1808	340
Andere Industrien	1201	995	206	783	333	450
Chemische Industrie	700	700	-	813	615	198
Nahrungsmittelindustrie	370	194	176	1183	336	847
Grundbesitz	69	11	58	-	-	-
Transport	36	30	6	278	109	169
Landwirtsch. Dienstleistg.	2	2	-	164	20	144
Baugenossenschaft	-	-	-	60	-	60
Versch. personelle Dienstleistungen	-	-	-	5	-	5
Gesamt	20485	18730	1755	23225	12229	10996

Quelle: EASCO, East African Statistical Department von Marlin, Peter, The Impact of External Economic Relations on the Economic Development of East Africa (Mimeo). IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München, 1966, pp. 36 und 37, Tab. 14 bzw. 15.

Die allgemeine Tendenz ist die Bevorzugung der Primärproduktion für Export, der Anlagen im Handel und Bausektor. Es läßt sich ein großer Einfluß der direkten Auslandsinvestitionen auf die inländischen privaten Anlagepräferenzen ermitteln.

Im industriellen Bereich zeigt sich eine Konzentration der privaten ausländischen Investitionen im Rohstoffverarbeitungsgewerbe und in der Konsumgüterindustrie.

Geht man davon aus, daß die Entwicklungsländer großes Interesse daran haben, den Umfang, die Form und die Kreditbedingungen der Auslandshilfe so beeinflussen zu können, wie es mit ihren langfristigen Wünschen vereinbar ist, entsprechen die hier dargestellten Tatsachen nicht ihren Absichten.¹⁾ Denn Umfang und Form der Auslandshilfe, sowie die Kreditbedingungen werden nicht mit Rücksicht auf die gewünschte Struktur der internen Investition und Produktion im Hinblick auf die Entwicklung der Exporteinnahmen und der Zahlungsbilanz gewährt. Die Anpassung der Auslandshilfe an den Devisenbedarf für Import, Schuldentrückzahlungen und Zinsen auf Auslandsschulden und damit an die Entwicklung der Zahlungsbilanz erweist sich somit als unmöglich.²⁾ Projektgebundene Auslandshilfen schränken die Entscheidungsfreiheit der Kreditnehmer ein und können zu Mißallokation von Investitionsmitteln führen.

Privater Kapitalimport und öffentliche Auslandshilfe können zusätzliche finanzielle Nachteile erzeugen, wenn die ausländischen Investoren durch Verzicht auf Reinvestierung von Gewinnen³⁾ und weiteren Kapitalimport oder durch Transferierung von Gewinnen und Kapital ins Ausland die Zahlungsbilanz belasten oder durch unvorhergesehene Verluste, den Staat dazu zwingen, solche Unternehmen zu subventionieren.

Ähnliche finanzielle Nachteile können sich für den Fiskus ergeben, wenn die privaten Kapitalimporte an die Gewährung von finanziellen Vorteilen (z. B. Steuernachlässe, -ermäßigungen, beschleunigte Abschreibungen, Investitionsprämien, Gewinntrans-

1) Einige der Absichten sind die Umstrukturierung der Investitionen und der Produktion, die Förderung der Industrieproduktion, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, die Produktion industrieller und landwirtschaftlicher Güter für heimischen Konsum, die Minderung der Importabhängigkeit, sowie die Umverteilung des Volkseinkommens.

2) In der Tat führen eine negative Entwicklung der Zahlungsbilanz oder eine Abnahme der Devisenreserven oder ein Rückgang der Exporteinnahmen zur Einschränkung der Auslandshilfe. Eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz kann auch eine verstärkte Rücktransferierung von Gewinnen und Kapitalflucht auslösen.

3) Bisher liegen keine empirischen Ergebnisse über Reinvestitionen von Gewinnen durch ausländische Unternehmungen in Tanzania vor. Alle Anzeichen, wie die stagnierenden Betriebskapazitäten und die langsame Verbreitung der Geldwirtschaft, deuten darauf hin, daß kaum oder nur geringe Reinvestitionen der Gewinne stattfinden.

ferierung ins Ausland usw.) gebunden werden.¹⁾

Für die Beurteilung des Zahlungsbilanzeffektes der Auslandshilfe muß man den Importbedarf und die Produktivität der durch importiertes Kapital finanzierten Investitionen berücksichtigen. Tatsächliche Schwierigkeiten des Rücktransfers ergeben sich, wenn die privaten Kapitalimporte und öffentlichen Auslandshilfen zur Finanzierung von unproduktiven Investitionen und Infrastrukturvorhaben verwendet werden. In zahlreichen Fällen, in denen die Auslandshilfe nicht zur Produktion von Exportgütern und Importsubstituten verwendet werden, wird das Einkommens- und Ersparniswachstum und damit die Rückzahlungsfähigkeit in Frage gestellt.

Das geringe Interesse der Auslandsinvestoren an der Ausbildung heimischer Facharbeiterkräfte und an die Verbreitung bzw. Übertragung unternehmerischer Kenntnisse und Wissen beruht auf der Tatsache, daß die privaten Auslandsinvestoren selbst Vorliebe für Investitionen im Grundbesitz, im Handel und in anderen Spekulationsgeschäften zeigen, in denen eine formale Ausbildung weder notwendig noch erforderlich ist.²⁾ Mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Ausländer im Binnen- und Außenhandel wird auch der Übergang der Einheimischen zum Unternehmer erschwert, da sich Unternehmerpersönlichkeiten oft aus der Masse der Händler rekrutieren.

Mit Sicherheit läßt sich aber auch feststellen, daß der geringe Umfang der Auslandshilfe, die gekennzeichneten Anlagepräferenzen der ausländischen Investoren und die Art der Gewinnverwendung die Einführung und die Durchsetzung von neuen Verfahrensweisen und Produktionsmethoden bisher nicht sonderlich gefördert hat.³⁾

6. Die Bilanz der laufenden Posten

a. Überblick

Tabelle 84 gibt eine Übersicht über die laufende Zahlungsbilanz, die nach Waren- und

1) Je mehr der Staat von den steuerlichen Vergünstigungen gegenüber Auslandsinvestoren Gebrauch macht, desto mehr wird die staatliche Ersparnis gefährdet.

2) Die Gründe liegen auch vor allem in der Herkunft und Erziehung der ausländischen Investoren, die auch, wenn sie selbst die notwendigen unternehmerischen Fähigkeiten besitzen, eine starke Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Einheimischen auf unternehmerischer Ebene weitgehend zeigen.

3) Vgl. hierzu MYINT, Hla, The "Classical Theory" of International Trade and the Underdeveloped Countries, in Economic Journal Vol. 68 (1958) pp. 316 ff.

Goldverkehr, Dienstleistungsverkehr und unentgeltlichen Übertragungen aufgeliebert ist.

Der Dienstleistungsverkehr gliedert sich nach Fracht- und Reiseverkehr, andere Transportleistungen, Kapitalerträge, andere Regierungstransaktionen und andere Dienste. Die unentgeltlichen Übertragungen sind nach privaten und öffentlichen Übertragungen aufgeschlüsselt. Die Kapitalbilanz (Bestandsveränderungen) des privaten und des öffentlichen Sektors und der Geld- und Währungsinstitute sind in Tab. 87 aufzeichnet.

Während der Saldo des Warenverkehrs im allgemeinen (mit Ausnahme von 1968) positiv war, ist der Saldo des Dienstleistungsverkehrs meist defizitär.¹⁾ Aus diesem Grund zeigt die Güter- und Dienstleistungsbilanz kein permanentes Defizit - im wesentlichen ist sie aber wegen der oft defizitären Dienstleistungsbilanz negativ. Der Saldo der Übertragungen ist im allgemeinen positiv.²⁾ Wegen undeutlicher Entwicklung in den einzelnen Sub-Salden der Zahlungsbilanz, zeigt auch die Zahlungsbilanz als solche keinen eindeutigen Trend.

Innerhalb der verschiedenen Dienstleistungsarten und Positionen gibt es unterschiedliche Entwicklungen in den Einnahmen und Ausgaben und damit in den Salden einzelner Positionen. Von den Dienstleistungsarten sind die Ausgaben und Einnahmen im Fracht- und Reiseverkehr und Transport mehr oder weniger ausgeglichen. Große Diskrepanzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ergeben sich in den Positionen "andere Transportleistungen", "andere Staatstransaktionen" und "andere Dienstleistungen", wo die Ausgaben die Einnahmen oft bei weitem übersteigen. Die Bedeutung der einzelnen Positionen auch innerhalb der Zahlungsbilanz und Dienstleistungen ist verschieden.

Die Zahlungsbilanz spiegelt die Abhängigkeit der Wirtschaft Tanzanias wieder. So bestimmt z. B. der Mangel an Arbeitskräften die Entwicklung und den Saldo der Dienstleistungsbilanz; die Güterimporte sind maßgebend für die Nettozahlungen an das Ausland für Fracht und Versicherung von Einfuhren, die Kapitalimporte, für Zinszahlungen (einschließlich Gewinntransfers ausländischer Unternehmer) und Schuldentrückzahlung.

1) Ausnahme macht das Jahr 1968.

2) Ausnahmen machen die Jahre 1966 und 1968.

Tab. 84

Tanzanias laufende Zahlungsbilanz 1961 - 1968 (in Mill. £)

	Jahr							
	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967 ^{a)}	1968 ^{a)}
Güter u. Gold								
Export	54,3	54,2	66,4	76,1	71,0	93,1	87,9	85,0
Import	-52,7	-54,6	-56,1	-62,6	-69,3	-90,6	-85,6	-94,4
<u>Saldo der Güter- und Goldbilanz</u>	1,6	0,4	10,3	13,5	1,7	2,5	2,3	-10,6
Dienstleistungen								
Schiffs- und Frachtverkehr	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	1,9	3,8	6,1
	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-1,3	n.a	n.a
Andere Transportleistungen	1,3	1,7	2,1	2,6	3,0*	3,9	5,7	6,4
	-2,0	-2,0	-2,6	-2,5	-2,5*	-3,1	-4,3	-3,8
Reiseverkehr	1,6	2,0	2,3	2,4	2,7	3,5	2,7 ^{b)}	3,3 ^{b)}
	-2,4	-2,5	-2,2	-2,0	-2,1	-1,5	-4,2	-4,4
Kapitalerträge	1,5	1,6	1,6	2,0	2,0*	2,7	1,2	1,5
	-4,1	-4,6	-7,1	-5,8	-5,7*	-9,6	-8,0	-5,7
Andere Staats-transaktionen	1,9	1,1	1,6	1,7	1,9	2,1	2,0	2,6
	-0,3	-0,5	-0,7	-0,8	-1,1	-1,9	-2,4	-1,1
Andere Dienstleistungen	0,4	0,5	0,6	0,6	0,8*	0,6	1,9	2,2
	-1,5	-1,8	-1,8	-1,8	-2,0*	-2,6	-1,3	-3,5
Insgesamt	6,9	7,2	8,6	9,8	11,0*	14,7	17,3	22,1
Insgesamt	-10,5	-11,6	-14,6	-13,1	-13,6*	-20,0	-20,2	-18,5
<u>Saldo der Dienstleistungsbilanz</u>	-3,6	-4,4	-4,0	-3,3	-2,6	-5,3	-2,9	5,6
<u>Saldo der Güter- und Dienstleistungsbilanz</u>	-2,0	-4,8	+4,3	+10,2	-0,9	-2,8	-0,6	-5,0
Übertragungen:								
Private/Inland	2,4	2,4	2,9	3,1	2,7	n.a.	3,7	3,4
Private/Ausland	-2,8	-3,3	-2,8	-2,9	-2,2*	n.a	-2,3	-2,2
Öffentl./Inland	4,5	7,0	5,5	4,6	5,5	n.a	4,7	2,0
Öffentl./Ausland	-2,1	-3,0	-3,4	-3,7	-4,0*	n.a	-3,6	-2,3
Insgesamt	6,9	9,4	8,4	7,7	8,2	6,3	8,4	5,4
Insgesamt	-4,9	-6,3	-6,2	-6,6	-6,2	-6,8	-5,9	-4,5
<u>Saldo der Übertragungen:</u>	2,0	3,1	3,2	1,1	2,0	-0,5	2,5	-0,9
<u>Laufender Zahlungsbilanzsaldo:</u>	-	-1,7	+6,5	+11,3	+1,1	-3,3	+1,9	-5,9

Zu Tab. 85

Erläuterung:

(-) bedeutet Ausgaben

(+) bedeutet Einnahmen

* Schätzungen

a) revidierte Zahlen

b) einschließlich Shs. 2, 3 Mill. für Studenten

Quellen:

Tanzania, Background to the Budget 1966/67 a. a. O. , p. 45

dasselbe, Background to the Budget 1968/69 a. a. O. , p. 29

dasselbe, Background to the Budget 1969/70 a. a. O. , p. 24

b. Güterbilanz

Die Entwicklung der Handelsbilanz wird durch den Trend der Einnahmen aus Güterexporten und Ausgaben für Güterimporte bestimmt. Im letzten Abschnitt haben wir die Einflüsse auf die Entwicklung von Ex- und Import dargestellt. Wir stellten fest, daß Tanzania im allgemeinen, abgesehen von strukturellen Disquilibrien (wie z. B. die Dependenz von nur wenigen Agrarprodukten, die den Einflüssen der Weltagrarmärkte ausgesetzt sind) eine günstigere Exportwirtschaft als die meisten afrikanischen Länder hat. ¹⁾ Das Hauptproblem liegt jedoch in den "Terms of Trade". Der Verschlechterung der Exportpreise steht ein aufwärtiger Trend des Importvolumens und der Importpreise entgegen.

Von großer Bedeutung sind die zeitlichen Fluktuationen der Exporterlöse als Folge von Schwankungen in der Nachfrage der Industrieländer ²⁾ nach Agrarprodukten oder der Überproduktion seitens der Entwicklungsländer. ³⁾ Ob diese zeitlichen Schwan-

1) Hierzu siehe UN/ECA, Balance of Payments Problems of African Countries, Addis Abeba, 1966. Doc. E/CN 14/WP. 2/3. E/CN. 14/AMA/10 vom 16. Dezember 1965.

2) Grund dafür könnten die Produktion für Importsubstitution, antiinflationäre Maßnahmen oder Änderungen in der Bedarfsstruktur in Industrieländern sein.

3) Witterungsverhältnisse könnten zu geringer Produktion von Exportprodukten und/oder Nahrungsmitteln führen und somit zu geringen Exporteinnahmen und Steigerungen der Importe von Nahrungsmitteln.

kungen in den Exporterlösen reale (dauerhafte) oder nur nominelle (temporäre) Zahlungsbilanzprobleme darstellen, ändert nichts an der Bedeutung solcher Fluktuationen.

Andererseits übersteigt die absolute, durchschnittliche Zuwachsrate des Imports diejenige des Exports. Während die Exporte eine Zuwachsrate von 12.2 % jährlich zwischen 1961 und 1964 und eine Zuwachsrate von 3.3 % jährlich zwischen 1964 und 1967 zeigten, ergab sich eine solche für Importe 4.4 % von 1961 bis 1964 und 8.9 % von 1964 - 1967.¹⁾

Die den Import anhebenden Kräfte lassen sich zurückführen auf die Industrialisierung, die Modernisierung der Agrarproduktion durch Mechanisierung, die Steigerung des Einkommens und der Bevölkerung, die Urbanisierung²⁾ und die Umverteilung von Lohneinkommen zugunsten niedriger Einkommensklassen. Die Ausweitung der Investitionstätigkeit insbesondere im Bereich der Infrastruktur bewirkt, daß die marginale Importquote bei Kapitalgütern auf eine Vergrößerung hin tendiert; die Importeffekte von Investitionen hängen vom Importgehalt der Investitionen ab, aber auch von den durch Investitionen erzeugten Einkommen.

Solange die den Import senkenden Faktoren, wie z. B. die importsubstituierende industrielle Produktion von Konsum- und Kapitalgütern keinen Fuß gefaßt haben, wird die schnelle Entwicklung des Imports ein Problem der Zahlungsbilanz bleiben.

c. Dienstleistungsbilanz

Die Dienstleistungsbilanz bildet die schwächste Stelle in der Zahlungsbilanz. Die Ausgaben für ausländische Dienstleistungen machen 23 % (1967) und die Einnahmen aus Dienstleistungen 20 % (1967) der gesamten Ausfuhren bzw. der Einfuhren aus.³⁾ Der

1) YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 29.

2) Hierbei spielen die zunehmende Verstädterung sowie die Zusammensetzung der Bevölkerung aus verschiedenen ethnischen Volksgruppen mit unterschiedlichen Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten eine Rolle. Die ethnischen Minderheiten Tansanias dürften zusammen mehr als über 40 % der gesamten Konsumnachfrage und über etwa 55 % des gesamten Konsumgüterimports verfügen. Vgl. KAINZBAUER, H., a. a. O., S. 15 - 16, hier S. 16.

3) Sie betrugen Shs. 32.7 Mill. (1961), Shs. 34.0 Mill. (1962); Shs. 32.3 Mill. (1963); Shs. 36.9 Mill. (1964) und Shs. 33.7 Mill. (1965); Yaffey, M. J. H., a. a. O., p. 191. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für ausländische Dienstleistungen am Gesamtexport bzw. -import im Jahr 1963 betrug für Äthiopien 38 % bzw. 47 %, Ghana 12 % bzw. 34 %, Marokko 26 % bzw. 25 %, Nigeria 12 % bzw. 22 %, Rhodesien und Nyasaland 10 % bzw. 81 %, Sudan 14 % bzw. 25 % und Tunesien 65 % bzw. 41 %. Für die Gesamtheit der Länder ergab sich ein Anteil von 18 % bzw. 37 %. - IMF, Balance of Payments Yearbook, zitiert nach UN/ECA, Balance of Payments etc. a. a. O. Appendix Tables 3 und 4.

Dienstleistungssaldo ist durchaus defizitär und wächst relativ schnell. Das bedeutet, daß ein immer größerer Anteil der Exporterlöse für die Finanzierung von Dienstleistungen verwendet werden muß.

Die Einnahmen Tanzanias aus dem Dienstleistungsverkehr sind bescheiden und setzen sich zusammen aus:

- a) Einnahmen aus Schiffsverkehr in den Häfen Dar-es-Salaam, Zanzibar, Tanga, Mtwara und Mikindani. Diese Einnahmen sind wegen der starken Konkurrenz mit Mombasa unbedeutend.
- b) Einnahmen aus Durchfuhren in den Kongo, nach Zambia, Burundi und Rwanda.
- c) Einnahmen aus Tourismus.
- d) Einnahmen aus Flug-(transit-)verkehr am internationalen Flughafen Dar-es-Salaam.
- e) Kapitalerträge für den sog. "Government Sinking Fund" ¹⁾ in London.
- f) Kapitalerträge aus Tanzanias Beteiligung am EACB.

Sowohl der Tourismus als auch der Seehafen- und Flugverkehr leiden unter der Konkurrenz von Kenia. Wegen der Abhängigkeit der Einnahmen aus den Transport- und Touristen-Dienstleistungen von hohen Investitionen in Hafen- und Flughafenanlagen, sowie von dem Ausbau der Touristenzentren, sind sie in absehbarer Zeit nicht in großem Umfang realisierbar. ²⁾ Während andere Länder, wie Liberia und Norwegen beträchtliche Deviseneinnahmen durch den Überseetransport haben, gibt es solche für Tanzania nicht, weil "virtually all sea trade is carried in foreign-owned ships". ³⁾

Tanzanias Deviseneinnahmen aus der internationalen Versicherungswirtschaft sind minimal, da sich das Land aus Kapitalmangel in diesen Wirtschaftszweig nicht wie die Schweiz eingeschaltet hat. Ebenso hat Tanzania keine Filmindustrie wie Nordamerika.

Die Einnahmen der Regierung, der Zentralbank und der Geschäftsbanken aus Kapitalerträgen hängen von Anlagemöglichkeiten im Ausland ab. Wegen der Zahlungsbilanzschwierigkeiten der wirtschaftlich bedeutenden Länder, wie z. B. der Vereinigten

1) Staatliche Anlagen in britischen Staatswertpapieren.

2) Es muß damit gerechnet werden, daß die Einnahmen entfallen können, sobald die umliegenden Länder auch eigene Verkehrsverbindungen entwickeln.

3) YAFFEY, M. J. M., a. a. O., p. 29.

Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sind die Anlagemöglichkeiten heute mehr als während der Kolonialzeit ¹⁾ eingeschränkt worden. Die Anlagemöglichkeiten beruhen in vielen Fällen auf dem besonderen Verhältnis zwischen den kolonialen Mutterländern und ihren früheren Kolonien oder auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zum Währungsgebiet bzw. Wirtschaftsblock.

In der Regel beschränken sich die Auslandsinvestitionen Tanzanias auf den Kauf von britischen Staatspapieren. Damit bestimmen neben der Höhe der Anlage auch die Kapitalmarkt- und Währungspolitik der britischen Regierung die Kapitalerträge aus dem sog. "Government Sinking Fund". Der Kauf von privaten Wertpapieren wird aufgrund möglicher Verluste vermieden.

Private Deviseneinnahmen aus Vermögensanlagen im Ausland sind unbedeutend. Die Handelsbanken beziehen jedoch Zinsen für ihre bei ausländischen Banken befindlichen Geld- und Devisenbeträge. ²⁾

Auf der Ausgabenseite stehen Zinsen, Dividenden, Beträge für Schuldenrückzahlungen, Patente, Maklergebühren, Versicherung, Transportleistungen und Gewinntransferierungen.

Die Ausgaben für ausländisches Kapital sind eine Funktion der Höhe der privaten Kapitalimporte und öffentlichen Auslandshilfe, sowie der Anleihe- und Kreditbedingungen bezüglich der Kreditlaufzeit und Höhe der Zinsen und der zu entrichtenden Verwaltungskosten und Vermittlungsgebühren.

Ein Grund für die steigenden Schuldendienstleistungen ans Ausland ist die relativ zunehmende Bedeutung von mittel- und kurzfristigen Krediten und Anleihen in internationalen Kapitaltransaktionen.

1) Während der Kolonialzeit gab es keine Restriktionen der Kapitaltransfer innerhalb des Pfund-Währungsgebietes. Tanzania konnte wie alle anderen Kolonien Großbritanniens, Anleihen auf dem Londoner Kapitalmarkt auflegen. Dadurch erwarb Tanzania £ 1.8 Mill. jeweils in den Jahren 1951 und 1953, £ 3.7 Mill. 1954 und £ 3.0 Mill. (1957). Mit der Erlangung der Unabhängigkeit ist diese Möglichkeit abgebaut worden.

2) Vgl. YAFFEY, M. J. H., a. a. O. pp. 29 - 30.

Diese betrugen Shs. 3.6 Mill. (1961), Shs. 4.0 Mill. (1962), Shs. 5.8 Mill. (1963), Shs. 9.3 Mill. (1964) und Shs. 10.5 Mill. (1965); YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 191.

3) Dies ist auch die Ansicht der IBRD. Die OECD macht die hohen Zinssätze verantwortlich für die steigenden Ausgaben. IBRD, Economic Growth and External Debt - A Statistical Presentation, E/CONF. 46/40 p. 15; OECD, The Flow of Financial Resources to Developing Countries in 1961, Tab. 6, zitiert nach UN/ECA, Balance of Payments etc. a. a. O., p. 23. SCHNITTGER errechnete für die Gesamtheit der seit 1959 bis Mitte 1965 zugesagten Kredite an Tanzania einen durchschnittlichen Zinssatz von 2.18 % und eine durchschnittliche Laufzeit von 25.4 Jahren. SCHNITTGER, L. Entwicklung und Entwicklungspolitik etc. a. a. O., S. 145.

Tanzanias ausstehende Staatsschuld ist von £ 16 Mill. (1958) auf £ 71 Mill. (1969) gestiegen¹⁾; auch die Zinssätze sind gestiegen. Die öffentlichen Schuldendienstleistungen sind von £ 0,7 Mill. (1956) und £ 1,6 Mill. (1960) auf £ 7,4 Mill. (1967) gestiegen.

Im Gegensatz zu den Kreditbedingungen für öffentliche Kredite sind diejenigen für private Kredite unbekannt. Die Zinssätze für private Kredite dürften höher liegen als die Zinssätze für öffentliche Kredite und Anleihen.

Der Umfang der privaten Ausgaben im Ausland für Miete, Zinsen, Dividenden und Gewinnrückzahlungen bestimmt sich nach den Kreditbedingungen und dem Anteil des ausländischen Kapitals im Unternehmungssektor; zu letzterem läßt sich feststellen, daß der Ausfluß von Gewinnen ins Ausland eine Funktion der erzielten Profite²⁾, der Abschreibungen, der Unternehmensbesteuerung, der Dividenden- und Gewinnverwendungspolitik³⁾ sowie der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Lande ist.

Yaffey berechnete für die Zeiträume von 1959 bis 1961 und 1962 bis 1966 einen Gewinntransfer von 85 % bzw. 123 % der Gesamtheit des zwischen 1959 und 1961 bzw. 1962 und 1966 importierten privaten Kapitals⁴⁾. Daraus ergab sich ein Gewinntransfer von etwa 2 - 3 % des Bruttosozialproduktes oder 15 - 20 % der Bruttoanlageinvestitionen.⁵⁾

1) Schuldstand am 30. Juni 1958 bzw. 1969.

2) Aus der Untersuchung der IBRD ergibt sich, daß die branchenmäßigen Nettogewinne swe Unternehmungen hoch sind. Es wurden folgende Zahlen ermittelt (jeweils die Gewinne in v. H. des investierten Kapitals bzw. in v. H. des Umsatzerlöses): Textilindustrie 20,5 und 15,0; Fleischindustrie 55,0 und 16,5; Brauereien: 16,6 und 31,0; Zementindustrie 3,5 und 5,5; Montage (Autos, Radios) 10,0 und 6,0; Tabakindustrie 26,6 und 13,7; Zuckerindustrie 1,4 und 4,2; Bergbau (Diamanten) 17,0 und 35,0 und Aluminiumindustrie: Verluste. IBRD/IDA Prospects of Economic Development in East Africa (Tanzania) Vol. III: Industry, Nairobi 1967.

3) Das Verhältnis von unverteiltten Gewinnen zu verteilen und ins Ausland transferierten Gewinnen war 96,6 zu 2,4 Mill. Shs (1961), 102,8 zu 9,7 Mill. Shs (1962), 116,1 zu 46,7 Mill. Shs (1963), 117,8 zu 21,5 Mill. Shs (1964) und 110,6 zu 22,6 Mill. Shs (1965), EASD, zitiert nach YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 207.

4) Vgl. YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 185.

5) Vgl. derselbe, a. a. O., p. 187.

Durch die Gewährung von hohen Abschreibungen¹⁾, Investitionsprämien und "tax holidays" an ausländischen Investoren im Rahmen der Investitionsförderung wird der Gewinntransfer erleichtert.

Außerdem dürfen die ausländischen Unternehmungen 30 % bis 50 % der erzielten Gewinne nach Abzug von Steuern ins Ausland transferieren.

Ob die Gewinntransferierung mit steigenden oder sinkenden Gewinnen zu- oder abnimmt, kann nicht festgestellt werden, weil es an empirischen Ergebnissen fehlt.

Von großer Bedeutung sind auch die Ausgaben für Transportleistungen, Versicherung, und den Unterhalt von diplomatischen Vertretungen im Ausland. Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen ist unelastisch. Die Einflußnahme der Entwicklungsländer auf die Preisbildung im Bereich des internationalen Schiffs- und Luftverkehrs und Versicherungsgeschäftes ist sehr beschränkt. Oft werden die Preise international festgelegt.

Wegen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften werden auch die eigenen Transportmittel, wie z. B. Flugzeuge und Schiffe, durch hoch honoriertes ausländisches Personal bedient. Schließlich sind aufgrund der langen Wartezeit in den See- und Flughäfen beträchtliche Gebühren an ausländische Schiffs- und Flugunternehmen zu entrichten.²⁾

Von großer Bedeutung sind die Ausgaben für Reise (Urlaub) und Transport der im privaten und öffentlichen Sektor tätigen ausländischen Arbeitskräfte.

d. Unentgeltliche Übertragungen (Transferzahlungen)

Bei den unentgeltlichen Übertragungen wird zwischen privaten und öffentlichen Ein-

1) 10 % der Investitionskosten für industrielle Bauten im ersten Jahr und 4 % (oder mehr auf Antrag) jährlich in den darauffolgenden Jahren, 10 % der Investitionskosten und jährlich 12,5 % für industrielle Maschinen, 25 % des Buchwertes jährlich für allgemeine Fahrzeuge und 37,5 % für schwere Nutzfahrzeuge; 40 % der Investitionsausgaben im ersten Jahr und 20 % jährlich in den darauffolgenden 6 Jahren für Maschinen und maschinelle Ausrüstungen der Erd- und Steinindustrie; 20 % der Investitionskosten im ersten Jahr und jährlich in den darauffolgenden 4 Jahren für die landwirtschaftlichen Produktionsanlagen; 20 % des Buchwertes jährlich für 5 Jahre auf wissenschaftliche Forschungseinrichtungen und 40 % der Investitionsausgaben auf Beförderungsanlagen (z. B. Schiffe). UN/ECA, Investment Laws and Regulations in Africa, Addis Abeba 1965 (Sales Nr. 65, 11, K, 3).

2) Die Position "andere Transportleistungen" enthält derartige Ausgaben.

nahmen und Ausgaben (vgl. Tab. 85) unterschieden. Die privaten Übertragungen werden in 6 Gruppen eingeteilt:

1. Missionen und Kirchen; 2. Studenten und Stipendien; 3. Familien und Persönliches; 4. Überweisungen von Migranten; 5. Lotto und Lotterie und 6. Kompensationen. Die öffentlichen unentgeltlichen Übertragungen bestehen aus zwei Gruppen: 1. Kompensationen, Pensionen und "gratuities" und 2. Beiträge und Zuschüsse.

Die Missionen und Kirchen führen beträchtliche Beträge ein. Ihre Übertragungen ins Ausland sind unbedeutend. Die Einnahmen der Missionen und Kirchen machen etwa 74 % der privaten und 30 % der Gesamtheit der unentgeltlichen Übertragungen (1965) aus.

Angaben über Ausgaben für Stipendien an Studenten im Ausland fehlen völlig.¹⁾ Die Ausgaben für Studenten dürften aber eine große Rolle spielen, da nach offiziellen Angaben über 1858 Studenten im Ausland im Jahr 1965²⁾ studierten und weil der größte Teil der Kinder der reichen ethnischen Minderheiten im Ausland, insbesondere in Großbritannien, Indien und Nordamerika ihre Studien absolvieren.³⁾

Auf der Einnahmeseite stehen ausländische private und öffentliche Stipendien an die Regierung von Tanzania für Studenten.⁴⁾

Von großer Bedeutung sind die Familien- und Emigrantenüberweisungen ins Ausland. Zusammen machen sie 71 % der privaten und 28 % der Gesamtheit der unentgeltlichen Übertragungen ins Ausland aus (1965). Diese großen Übertragungen von Einkommen ins Ausland stehen im Zusammenhang mit der beträchtlichen Anzahl von ausländischen Arbeitskräften und Flüchtlingen, von denen z. B. die Europäer und Asiaten zu den Beziehern höherer Einkommen gehören.

Der Umfang der Transferzahlungen der Ausländer ans Ausland ist eine Funktion der ungleichen Einkommensverteilung zwischen In- und Ausländern und der Vorliebe der

1) Die Beträge sind in der Position "Foreign Travel" enthalten. Hierzu vgl. YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 197.

2) Tanzania, Statistical Abstract 1966, a. a. O., p. 175.

3) Eine von YAFFEY zitierte Untersuchung zeigt einen Transfer von Shs. 9 Mill. für Studenten im Jahr 1966. YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 198.

4) Stipendien privater Institutionen waren im Jahr 1961, 1962, 1963, 1964 und 1965 Shs. 2.0 Mill., Shs. 3.0 Mill., Shs. 4.0 Mill., Shs. 5.0 Mill. und Shs. 5.5 Mill. und Stipendien von öffentlicher Hand waren jeweils Shs. 5.0 Mill., Shs. 5.4 Mill., Shs. 6.0 Mill., Shs. 6.2 Mill. und Shs. 6.5 Mill.. Ministry of Education, zitiert nach YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 197.

Tab. 85 Private und öffentliche unentgeltliche Übertragungen
1961 - 1966 (in Mill. Shs.)

Jahr/Posten	1961	1962	1963	1964	1965	1966
A. Private Übertragungen:						
1. Missionen und Kirchen: vom Ausland	33	31	36	36	37	n.a.
nach Ausland	-	-	-	-	-	-
2. Studenten und Stipendien: vom Ausland	7	8	10	11	12	n.a.
nach Ausland	-	-	-	-	-	-
3. Familie und Persönliches: 1) vom Ausland	1	1	2	2	1	n.a.
nach Ausland	21	20	21	25	27	n.a.
4. Migranten: 2) vom Ausland	6	6	4	3	3	6
nach Ausland	11	16	11	12	10	n.a.
5. Toto und Lotterien: 3) vom Ausland	-	-	-	-	-	-
nach Ausland	1	2	2	2	n.a.	n.a.
6. Kompensationen: vom Ausland	-	-	-	-	-	-
nach Ausland	22	25	22	18	15	10
B. Öffentliche Übertragungen:						
7. Entschädigungen, Pensionen u. "gratuities" vom Ausland	49	59	49	44	44	42
nach Ausland	41	59	69	75	80	86
8. Beiträge und Zuschüsse: vom Ausland 4)	47	85	61	52	69	n.a.
nach Ausland	-	-	-	-	-	-
Summe vom Ausland	145	187	160	148	166	126
nach Ausland	96	124	124	133	134	135
Saldo	49	62	36	15	33	9

1) Family and personal remittances

2) Migrants' transfers

3) Football pools and Lotteries

4) Aid donations

Quelle: YAFFEY, M. I. H., a. a. O., p. 202.

Tab. 86 Anzahl von Expatriates, ihre Einkommen, Geld- und Devisenübertragungen ins Ausland in einigen afrikanischen Ländern (in US-Dollar)

Land	Jahr	Zahl	Pro-Kopf- einkommen eines Expatriates	Pro-Kopf-E. überweisung von Geld- und Devisen ins Ausland	(5) als % von (4)	BSP Mill. in Mill. US-\$
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Sudan	1956	16558	800 a)	156	10.7	874
UAR	1960	84468	1000	256	25.6	4150
Libyen	1962	40000	1000	399	39.9	251
Ghana	1960	15680	2224	786	35.3	1337 a)
Nigeria	1960	27000	2475	726	29.3	3078 b)
Kongo (K)	1958	110690	2420 c)	451 b)	18.6	1447 b)
Kongo (B)	1958	10665	2613	440	16.8	87 b)
Gabun	1960	5220	4910	2328	47.4	91 b)
Kamerun	1960	16900	2225	713 d)	32.0	387 b)
CAR	1961	7312	3630	1328	36.6	96
Tschad	1958	5000	3092	571	18.5	160 b)
Rwande	1958	3579	2034 a)	571 a)	25.4	171 b)
Burundi	1958	3850	2034 a)	517 a)	25.4	166 b)
Äthiopien	1962/63	46513	1028	193	18.8	1050 b)

Erläuterungen:

+ 1962: Kamerun 17.500; Rwanda 3981; Burundi 4283;

a) 1962; b) 1961; c) 1960; d) 1959

Quelle: Balance Payments Problems African Countries, UN/ECA/Conference Governors African Central Banks, Addis Abeba 15 - 22. Febr. 1966 Nr. E/CN.14/W.2/3 vom 16. Dezember 1965 p. 10, Appendix, Tab. 9.

letzteren, ihre Ersparnisse im Ausland anzulegen, wobei auch soziale, politische und ökonomische Faktoren eine große Rolle spielen.

Dieses Problem beschränkt sich nicht nur auf Tanzania, sondern erstreckt sich auf andere Länder Afrikas mit einer relativ großen Bevölkerung von Nicht-Afrikanern und ausländischen Arbeitskräften.

Die Tab. 87 zeigt die Überweisungen von Einkommen ins Ausland durch nicht-afrikanische Arbeitskräfte in 12 afrikanischen Ländern.

Hinsichtlich dieses Problems schreibt die ECA:

"Expatriate remittances are not always fully covered by the Balance of Payments item 'Private Transfers'. Due to certain circumstances, expatriates may transmit part of their income without necessarily going through the proper channels. For instance, when exchange controls are strict, expatriates may be tempted to transfer money abroad through devious routes, avoiding exchange control authorities. ¹⁾ In general, expatriates appear to have been remitting sizable portions of their incomes, amounting at times to cover 40 per cent and generally not less than 10 per cent of total income. In Gabon, for example, the 5. 220 expatriates who accounted in 1960 for about 29 per cent of the country's GDP, transferred abroad about 47 per cent of their income. Accounting for fully one-third of the country's GDP, some 10 700 expatriates in Congo (Brazzaville) remitted about 17 per cent of their income. Similarly, about 10 per cent of the GDP of Central African Republik and about 7 per cent of Libya's GDP have leaked out in expatriate remittances These remittances are not only a drain of foreign exchange earnings, but also a substantial leakage out of the domestic savings." ²⁾

Wegen Ermangelung sowohl der Zahl von Emigranten als auch ihres Einkommens und ihrer Ersparnisse kann der Anteil der Migrantenüberweisungen an den Einkommen ³⁾ und Ersparnissen nicht ermittelt werden.

1) Solange es zahl reiche "Schlupflöcher" in den Bestimmungen für Devisenkontrolle gibt, dürfte es für die Behörde schwierig sein, die Transferzahlungen von Einkommen ins Ausland durch ausländische Staatsangehörige zu kontrollieren.

2) UN/ECA, Balance of Payments Problems, etc. a. a. O., p. 34-5.

3) Yaffey errechnete einen Transfer von Shs. 1600 pro Emigrant 1961-65. YAFFEY, M. I. H. a. a. O., p. 198.

Während die Ausgaben für Toto und Lotto wegen Verbots zurückgehen, steigen die Transfers für Rente und Entschädigungen, Pensionen und "gratuities" an Beamten der Regierung und der EAC, die ihren Dienst vor Altersgrenze frühzeitig beenden müssen oder die die Altersgrenze ordnungsgemäß erreicht haben. Diese Ausgaben machten im Jahr 1965 etwa 71 % der Gesamtheit der unentgeltlichen Übertragungen aus.

e. Kapitalbilanz

Statistiken über den Zu- und Abfluß des lang- und kurzfristigen privaten und öffentlichen Kapitals sind unvollständig und undetailliert (vgl. Tab. 87).

Der Zufluß von langfristigem Kapital steht einem starken Ausfluß gegenüber, der in manchen Jahren den Zufluß übersteigt (vgl. Tab. 88). Yaffey stellt große private Desinvestitionen im Jahr 1962, 1963 und 1964 fest, deren Ursprung in unstabilen politischen Verhältnissen liegt.¹⁾

Einiges deutet darauf hin, daß es sich bei einem beträchtlichen Teil des privaten Kapitalzuflusses um Gelder handelt, die von den privaten Banken und Unternehmen exportiert worden waren und später wieder eingeführt werden.²⁾

Kann die Kapitalflucht mit Hilfe von unstabilen politischen und ökonomischen Situationen und fehlenden Anlagemöglichkeiten im Inland erklärt werden, so bleibt doch ein Problem ungelöst. Es läßt sich nämlich die Frage stellen, ob nicht unabhängig von diesen Faktoren andere Gründe bestehen, wie z. B. der Zusammenbruch des Kolonialsystems und wachsender Nationalismus und "the complex socio-economic problems of the plural society"³⁾, die den Export von Kapital durch die ethnischen Minderheiten begünstigen.

Die Entwicklung des privaten Kapitalimports und -exports weist große Schwankungen auf. Kurzfristige Lieferantenkredite sind zum Teil dafür verantwortlich, daß die Kreditnehmer in kurzer Zeit hohe Beträge an die ausländischen Kreditgeber zahlen müssen.

1) Vgl. YAFFEY, M. J. H., a. a. O., p. 205

2) Der Hauptgrund ist der, daß die ausländischen Banken und Unternehmungen Kapitalreserven bei den Muttergesellschaften im Ausland unterhalten müssen, aus denen sie sich gelegentlich finanzieren können. Das erklärt auch die Tatsache, daß die ausländischen Unternehmungen im Inland, soweit sie nicht gesetzlich dazu verpflichtet sind, geringere Kapitalfonds unterhalten.

3) MYINT, Hla, The Economics of the Developing Countries, etc. a. a. O., p. 63-4

Tab. 87

Kapitalbilanz (Bestandsveränderungen) 1961 - 1966 in Mill. £

Gegenstand der Nachweisung/ Jahr	1961	1962	1963	1964	1965	1966 ¹⁾
Privates langfristiges Kapital: Zufluß ins Inland Ausfluß ins Ausland Saldo	1.2 3.7 -2.5	2.1 4.3 -2.2	4.3 5.4 -1.1	6.1 8.9 -2.8	4.4 5.9 -1.5	5.0 7.5 -2.5
Öffentliches langfristiges Kapital: netto	4.8	3.0	3.2.	5.2	7.1	5.2
Öffentliches kurzfristiges Kapital: netto	1.5	0.3	-1.8	-	-	5.2
Veränderungen der Devisenbestände (Abnahme-)	-2.7	-1.3	-2.9	4.5	-5.1	-6.7
Gesamt-Nettokapitalbewegung	1.1	-0.2	-2.6	6.9	0.5	-4.0
Ungeklärte Beträge	-1.1	1.5	-3.9	-18.2	-1.6	5.0

1) Schätzungen

Quelle: Tanzania, Budget Survey 1965/66 und 1966/67 und 1967/68; IBRD/IDA, Prospects for Economic Development etc. Vol. III Part one Tab. 24

Ebenso schwierig ist die Feststellung der Wirkung der Entwicklung von Produktion, Export, Einkommen, internen Preisen, quantitativen Import- und Devisenrestriktionen, Steuern und finanziellen Anreizen auf die privaten Kapitalimporte und -exporte. Eine Interdependenz zwischen privatem Kapitalimport und durchschnittlicher und marginaler Sparrate kann nicht nachgewiesen werden. A priori läßt sich über die Auswirkungen der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen auf die privaten Kapitalimporte keine Aussage machen.

Ein starker Zustrom von privaten Direktinvestitionen kann vor allem in fortgeschrittenen ¹⁾ Ländern Afrikas bezüglich der industriellen Produktion ²⁾ und höheren Pro-Kopf-Einkommen ³⁾ nachgewiesen werden. Diese Länder haben im allgemeinen eine große Zahl von Nicht-Afrikanern ⁴⁾ und über diese eine ausgebaute soziale und wirtschaftliche Infrastruktur und eine Exportproduktion von am Weltmarkt stark nachgefragten Rohstoffen wie Öl, (Libyen, Ägypten, Algerien, Nigeria), Kupfer (Zambia, Kongo-Kinshasha), Eisen (Mauretanien, Liberia), Phosphate (Marokko), Diamanten (Zentralafrikanische Republik), Bauxite (Guinea) ⁵⁾.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe ist die öffentliche Hand in den letzten Jahren nach der Unabhängigkeit zu einem der wichtigsten direkten Abnehmer von ausländischen Krediten geworden, was einmal zu einer erheblichen Verschuldung und Belastung des staatlichen Haushalts und zum anderen zu einer Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit und Produktion, teilweise auf Kosten der Privatwirtschaft, führt. In der Mehrzahl erstreckt sich der öffentliche Kapitalimport auf zweckgebundene staatliche Kredite, die von den Regierungen der Industrieländer bzw. internationalen Finanzierungsinstituten zur Verfügung gestellt werden.

Der öffentliche Kapitalimport hängt vorwiegend von den Handelsbeziehungen mit den Industrieländern, von der Mitgliedschaft Tanzanias in den internationalen Organisa-

1) Vgl. KONRAD, A., a. a. O., S. 54

2) Beispiel dafür Südafrikanische Republik, Rhodesien, Ägypten, Mauritius, Elfenbeinküste, Kongo-Kinshasha, Senegal, Kenia

3) Vgl. KONRAD, A., a. a. O., S. 54

4) Vgl. hierzu, UN, Department of Economic and Social Affairs, Economic Survey of Africa since 1950, New York 1959 p. 191. Beispiele dafür sind Kenia, Rhodesien, Republik Südafrika, Zambia, Algerien, Tunesien, Marokko, Angola.

5) Vgl. derselbe, a. a. O., p. 191, ferner KONRAD, A., a. a. O., S. 54

tionen¹⁾ und von den politischen²⁾ und kulturellen³⁾ Beziehungen zu afrikanischen und außerafrikanischen Ländern ab.

Zweckdienlich für den Erhalt von öffentlichen Auslandshilfen ist der Zusammenschluß mehrerer Entwicklungsländer in einer Zoll- bzw. Wirtschaftsunion⁴⁾, die die Investitions- und Handelsmöglichkeiten erweitern und die tatsächlichen Machtverhältnisse in einem Gebiet verändern, das Festhalten an die politische und ideologische Blockfreiheit und die sorgfältige Projektauswahl und Vorbereitung von Investitionsobjekten⁵⁾ im Rahmen der Entwicklungsplanung erleichtern.

Auf der Ausgabenseite stehen Beträge für Zinsen und Rückzahlungen der bilateralen und internationalen Kredite. Bei der Beurteilung der öffentlichen Auslandshilfe ist der Anteil der Zinsen- und Rückzahlungsbeträge, die in Devisen geleistet werden müssen maßgebend.

Der hohen langfristigen Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand steht eine geringe kurzfristige Verschuldung gegenüber. Bei schleppendem Exportverkauf gegenüber der Importexpansion und hohem Importgehalt der durch langfristige Auslandskredite finanzierten Investitionen kann es zu unüberwindbaren Zahlungsschwierigkeiten kommen, wenn die Fehlbeträge nicht durch kurzfristige Auslandsverschuldung oder durch konditionelle Kredithilfe der IMF gedeckt werden können.

Es bleibt noch das Problem der Devisenbindung der Liquiditäts- und Anlagepolitik zu behandeln.

Die Aufgabe der Devisenbestände besteht letzten Endes nicht nur in der Bereitstellung der Devisen, welche für den Fall eines Rückgangs der Exporterlöse und steigender Auslandsverpflichtungen erforderlich sind, um die Versorgung mit Importgütern zu sichern und die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Kapitalgebern im Ausland zu

1) Hierunter fallen alle multilateralen Hilfen der Organisationen der Vereinten Nationen, der Europäischen Organisationen für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften (EWG) und der Organisationen der afrikanischen Einheit.

2) Dazu zählen die bilaterale militärische Hilfe.

3) Hierzu kommen die Bildungs- und Erziehungshilfe.

4) Das ergibt sich auch daraus, daß die internationalen Organisationen überregionale Infrastrukturinvestitionen bevorzugen.

5) KONRAD, A., a. a. O., S. 44. Das erklärt sich daraus, daß die Mehrzahl der Auslandshilfe projektorientiert bzw. -gebunden ist.

erfüllen, sondern auch in der Festigung des Vertrauens der Auslandsinvestoren¹⁾ und in der Unterbindung der spekulativen Investitionen im Inland in Form von "over-import" und Lagerhaltung.²⁾

Insofern erscheint die Haltung von hohen Devisenreserven vom Standpunkt kurzfristiger Importfinanzierung und der Förderung inlandsbezogener privater Kapitalimporte gerechtfertigt zu sein.

Andererseits bringen die im Ausland angelegten Devisenreserven weitere "verdiente" Deviseneinnahmen ein.

Trifft also die Behauptung des starken Einflusses der Veränderungen der Devisenreserven auf die privaten Kapitalimporte und -exporte zu, so kann doch vermutet werden, daß durch die Akkumulation und Haltung von allzu hohen Devisenbeständen die maximale Ausnutzung der gesamten vorhandenen Devisen verhindert, vor allem dann, wenn diese Reserven für Finanzierungszwecke nicht kurzfristig mobilisiert werden können.

Von der nachstehenden Tabelle ist zu ersehen, daß ein großer Teil der Devisenbestände langfristig angelegt und somit nicht kurzfristig mobilisierbar ist.

Abgesehen von den Nachteilen der geographischen Konzentration³⁾ der Devisenanlagen, können sich Devisenverluste beim Verkauf von Wertpapieren oder durch Barhaltung der Devisenbestände ergeben. Durch kurzfristiges Anlegen der Devisenbestände können dagegen erhebliche Gewinne erzielt werden. Dafür bedarf man eines guten Managements und umfassenden Informationen über die Entwicklung der ausländischen Geldmärkte. Gerade das fehlt wegen des wenig ausgebauten Kommunikationswesens und des Mangels an qualifizierten Fachkräften.

f. Ungeklärte Beträge (Omissions and Errors)

Die Position "ungeklärte Beträge" umfaßt sowohl die Fehlbeträge im Güterbereich als auch im Dienstleistungs-, Transferzahlungs- und Kapitalbereich der Zahlungsbilanz. Unzulänglichkeiten bei der Erfassung, Bewertung und Berechnung der Güter-

1) z. B. in Erwartung späterer Einschränkungen von Gewinntransferierungen als Folge der schwindenden Devisenreserven

2) z. B. in Erwartung späterer Importrestriktionen und steigender Preise der eingeführten Güter

3) Allein durch diese geographische Konzentration der Anlagen in Großbritannien verlor Tanzania bei der Abwertung des Pfund-Sterling im Dezember 1968 etwa Shs. 35.8 Mill. .

Tab. 88 Die Anlagen der EACB a) in Wertpapierennach Fristigkeit und Gebiet 1963 und 1968 (in Mill. Pfund-Sterling)

Jahr	1963				1968					
Fristigkeit der Anlagen 1) / Gebiet	in c) GB	%	in Ost- afrika	%	Summe	in c) GB	%	in Ost- afrika	%	Summe
Bargeld und kurzfristige Schatzwechsel	33.60	52.1	3.21	29.7	36.81	48.9	3.28	24.2	0.05	100.0
5 Jahre und weniger	22.29	34.6	1.41	13.1	23.70	31.5	10.06	74.2	-	-
5 bis 10 Jahre	8.42	13.1	1.66	15.4	10.08	13.4	0.08	0.6	-	-
10 Jahre und länger	0.13	0.2	4.51	41.8	4.64	6.2	0.14	1.0	-	-
Summe	64.44	100.0	10.79	100.0	75.23	100.0	13.56	100.0	0.05	100.0
v H der Summe	85.7		14.3		100.0		99.6		0.04	100.0

- 307 -

Erläuterung:

a) ohne die Anlagen der Handelsbanken

b) in Schatzwechseln

c) Großbritannien

Quelle: East African Currency Board, Report for the Year ended 30th June 1963 S. 30 bzw. 1968 S. 38.

aus- und eingänge bzw. Zahlungsaus- und -eingänge sind verantwortlich für die Größe der ungeklärten Beträge. Hier spielen die "time-lags" eine große Rolle.

In der Regel soll der Umfang der ungeklärten Beträge sich in engen Grenzen bewegen. Wird aber der Umfang der ungeklärten Beträge in einem Jahr oder in mehreren Jahren allzu groß, so wird es nicht genügen, diese Veränderungen allein mit "errors and omissions" zu erklären. Der Grund für allzu große negative Diskrepanzen könnte wohl im illegalen Export von Geld und Kapital vermutet werden. ¹⁾

Diese hohen ungeklärten Beträge zeigen nicht nur die Mängel in der statistischen Erfassung, sondern komplizieren auch die Zahlungsbilanzprobleme und ihre Lösung durch Handels-, Finanz-, Geld- und Devisenpolitik. ²⁾

1) In der Zeit von 1958 bis 1963 ergab sich eine negative Differenz zwischen den niedrigsten und höchsten ungeklärten Beträgen (in Mill. US \$) in Ghana 8.1 %, in Ägypten 18.3, Nigeria 36.6, Zambia, Rhodesien und Malawi 42.0, Tunesien 66.9, Marokko 88.1 und Ostafrika (Tanzania, Kenia und Uganda) 116.5. Damit zeigt Ostafrika den größten Betrag. UN/ECA, Balance of Payments, a. a. O., p. 60.

2) Eine Diskussion der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Lösung von Zahlungsbilanzproblemen übersteigt den Rahmen dieser Arbeit.

SIEBTER TEIL

LÖSUNGSVERSUCHE DER FINANZIERUNGSPROBLEME DER ENTWICKLUNGSLÄNDER DURCH METHODEN DER LÜCKENBERECHNUNGEN

A. Lückenberechnung von Faaland und Dahl für Tanzania

Die nachstehende Tabelle zeigt zusammenfassend die Ergebnisse der Lückenberechnungen von Faaland und Dahl.¹⁾ Die Projektion beruht auf den Vergangenheitswerten der letzten zehn Jahre (1956 - 1965) von Exporten, Importen, Investitionen und Ersparnissen, von Importelastizitäten, marginalen und durchschnittlichen Sparraten und Kapitalkoeffizienten. Das Volkseinkommen tritt auf als der direkte und indirekte Hauptdeterminant von Export, Import Investition und Ersparnis.

Bestimmend für die Höhe und Entwicklung der Importe von Kapitalgütern, dauerhaften Konsumgütern, Konsumgütern und Rohstoffen sind jeweils das Investitionsvolumen, das Pro-Kopf-Einkommen und das Bruttoinlandsprodukt.

Während der Export von Fertigsgütern durch inländische Industrieproduktion bestimmt wird, hängt der Export von Agrarprodukten sowohl von Produktionsverhältnissen, Exportmöglichkeiten und Preisentwicklungen auf dem Weltagrarmarkt ab. Die Höhe und Entwicklung der Re-Exporte wird aber geschätzt.

Die Dienstleistungsbilanz läßt sich in 4 Hauptkategorien zerlegen: Fracht- und Transportverkehr, Reiseverkehr, Kapitalverkehr und sonstige Dienstleistungen. Geschätzt werden die Ausgaben für Auslandsreisen sowie der Zufluß von Auslandskapital, Einnahmen und Ausgaben für sonstige Dienstleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt bestimmt die Ausgaben für die Einnahmen aus Fracht- und Transportverkehr, sowie den Ausfluß von Kapitalerträgen. Die Einnahmen aus dem Reiseverkehr werden an Hand der Zahl der Touristen in Tanzania berechnet.

Die Bruttoinlandersparnis ist definiert als die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Gesamtkonsum. Die Differenz zwischen Staatseinnahmen und Staatskonsum stellt die gesamte staatliche Ersparnis dar, und die private Ersparnis ist definiert als die Differenz zwischen gesamter Bruttoinlandersparnis und staatlicher Erspar-

1) Faaland, Just, and Dahl, Hans-Erik, The Economy of Tanzania an economic study of structural relationships 1956 - 1965 with projections of trade and resource gaps for 1970 and 1975, in, UN/UNCTAD, Trade Prospects, etc. a. a. O., pp. 187 - 230

Tanzania
(Mill. £)

Jahr/Bezeichnung jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes	Historisch		Projektion	
	1963	1965	1970	1975
1. Bruttoinlandsprodukt	24	400	442	427
2. Bruttoinlandsver- brauch	..	..	30	6
3. Netto-Außenin- vestitionen	44	..	41	53
4. Import	-9	-4	-3	-11
Kapitalimporte	5	6	79	100
Kreditimporte	7	11	1	19
Devisenimporte Konsum- güter	4	4	5	5
Investitions- güter	2	44	30	37
Investitions- güter	20	27	31	39
5. Export	69	70	94	104
Perfekte Güter	1	16	21	20
Asienprodukte	55	57	70	80
Re-export	2	1	3	3
6. Dienstleistungsbilanz (Netto)	7	1	1	-2
7. Kapitalbilanz (Netto)	3	2	3	11
Zahlungsbilanz	-9	-4	-14	-2
				-10

a) Minimum (low); b) Maximum (high)

Quelle: Faaland J. and Dahl H.-E., The Economy of Tanzania, etc. p. 214

nis.

Für die Projektion für das Jahr 1970 bis 1975 benutzen Faaland und Dahl eine autonom festgesetzte jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 5 bzw. 7 %, eine Importelastizität von 0.78 bzw. 0.86, eine marginale Importneigung von 0.19 bzw. 0.21, eine durchschnittliche bzw. marginale Sparrate von 0.15 bzw. 0.15 und einen marginalen Kapitalkoeffizienten von 2.5.¹⁾ Die Wertangaben sind zu den Preisen von 1960 bewertet.

Das Ergebnis zeigt eine Kapitallücke von 27.0 bzw. 13 Mill. £ und eine Devisenlücke von 23 bzw. 20 Mill. £ im Jahr 1970 bzw. 1975.

B. Kritische Bemerkungen zu den Methoden der Lückenberechnungen²⁾

Obwohl die Lückenberechnung durchaus zu begrüßen ist, weil auch dadurch, wie bei der Aufstellung von Entwicklungsplänen und der detaillierten Vorbereitung von Investitionsprojekten, das Angebot an Auslandshilfe beeinflußt werden kann, muß vor gewissen Mängeln und ungelösten Problemen gewarnt werden.³⁾

In den dargestellten Lückenberechnungen ist der Kapitalbedarf bei gegebenen Volkseinkommen und Kapitalkoeffizienten eine Funktion der exogen festgelegten Wachstumsrate des Sozialproduktes. Aus der Tatsache, daß die Ermittlung des gesamtwirtschaftlichen bzw. sektoralen Kapitalkoeffizienten unüberwindbare Schwierigkeiten bereitet, ergeben sich Probleme bei der Quantifizierung der Investitionen; selbst in Industrieländern mit ausgebauten Statistiken stellt die Ermittlung des (marginalen bzw. durchschnittlichen) Kapitalkoeffizienten ein großes Problem dar.

Bicanic⁴⁾ zeigt in einer Studie, wie stark selbst der durchschnittliche Kapitalkoeffizient schwanken kann und wie leicht eine geringfügige Änderung des Kapitalkoeffizienten das Ergebnis der Lückenberechnungen beeinflussen kann. Wenn der Kapitalkoeffi-

1) Die historischen Koeffizienten (1956 - 1965) in laufenden und konstanten Preisen (1960) waren: Bruttoinlandsprodukt 3.1 bzw. 5.9, Güterimport 3.6 bzw. 5.2, Güterexport 4.5 bzw. 5.9, durchschnittliche Sparrate 0.15 bzw. 0.15, marginale Sparrate 0.02 bzw. 0.06, marginaler Kapitalkoeffizient 4.4 bzw. 2.5, Importelastizität 1.16 bzw. 0.88 und marginale Importneigung 0.31 bzw. 0.26.

2) Zur Kritik und Problematik der Lückenberechnungsmethoden, siehe insbesondere, DÜRR, Ernst, Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungsbedarfs, in Ordo, Jahrbuch (1967) S. 207 - 250.

3) Vgl. KONRAD, A., a.a.O., S. 44.

4) Vgl. BICANIC, R., The Threshold of Economic Growth, in Kyklos, Vol. XV (1962) pp. 7 ff.

zient höher angesetzt wird als er tatsächlich ist, so kann sich daraus ein hoher Entwicklungshilfebedarf ergeben.

Dazu kommt das Problem der Höhe und Veränderungen der Preise, auf dem die Lückenberechnungen aufbauen. Das Preisniveau im Basisjahr kann von demjenigen in der Programmperiode verschieden sein ¹⁾ ... "Selbst wenn der Einfluß von Preisänderungen und technischen Fortschritten auf die Input-Output-Relationen einmal mit genügender Sicherheit quantifiziert werden kann, ist die Prognose dieser unabhängigen Variablen entweder schwierig oder logisch unmöglich." ²⁾

Die Berechnung der inländischen Ersparnisse aufgrund der aus der Vergangenheit übernommenen Daten bedeutet unter anderem, daß die funktionelle und personelle Einkommensverteilung, die durchschnittliche und marginale Sparneigung der verschiedenen einzelnen sozio-ökonomischen Gruppen und alle anderen sparbestimmenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren als konstant angenommen werden. Dies entspricht sicherlich nicht der Realität. Das Problem liegt also eher darin, ob sich in der Programmperiode keiner der sparbestimmenden Faktoren ändert, der die durchschnittlichen und marginalen Sparneigungen entscheidend beeinflußt.

Zusätzliche Kräfte könnten wirksam werden, die in der Vergangenheit entweder unbekannt oder weniger wichtig waren, die aber die marginalen und durchschnittlichen Sparneigungen der Wirtschaftssubjekte bestimmen können.

Von besonderer Bedeutung für die Berechnung der Exporterlöse sind die Zusammensetzung der Exportgüter und die Exportgüterpreise. Die Schätzung der künftigen Exporterlöse aufgrund der Nachfrage nach dem bestehenden Exportgütersortiment und in Abhängigkeit von der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt agrarischer und mineralischer Produkte beinhaltet die Annahme einer konstanten Exportneigung, eine Vernachlässigung der Möglichkeit über Industrialisierungsprogramm (Importsubstitution), Wirtschaftspolitik und unternehmerische Initiative, die Größe und Zusammensetzung des Exportgütersortiments entscheidend zu ändern. Es ist unmöglich, konkrete Aussagen über die Exportmöglichkeiten, den Verlauf der Exportpreise und der komparativen Kostenvorteile zu machen.

Die Berechnung der Importe in Abhängigkeit von der Entwicklung des Sozialproduktes vernachlässigt den Einfluß der Art, Höhe und zeitlichen Verteilung der privaten Kapi-

1) Vgl. TINBERGEN, J., a. a. O., S. 93.

2) DÜRR, E., a. a. O., S. 225

talimporte und öffentlichen Auslandshilfe und die Wirkung der Außenhandelspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Höhe und Zusammensetzung der Importe.

Die Annahmen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie über die wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumente und Maßnahmen bei den Lückenberechnungen sind wenig zuverlässig. Diese Feststellung wird dadurch bekräftigt, daß die Wahl der verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen die Entwicklung der durchschnittlichen und marginalen Größe der Parameter und damit das Ergebnis ändert.

Aus der Tatsache, daß es in den meisten Ländern angeeigneten, nach den Bedürfnissen derartiger Lückenberechnungen gegliederten Außenwirtschafts-, Investitions-, Spar- und Produktionsstatistiken fehlt, ergibt sich bei der Berechnung eine starke Tendenz zu hohem Aggrationsgrad¹⁾, der den Spielraum für Anwendung und Instrumente einengt.

Die Ergebnisse der Lückenberechnungen sind in ungleichem Maße von den Annahmen abhängig, auf denen sie basieren. Die mit Hilfe von Durchschnittsrechnungen, Korrelationen und Regressionsanalysen aus oft lückenhaften, statistischen Angaben vergangener Perioden gewonnenen Ergebnisse sind in der Tat "reine Projektionen der Vergangenheitsentwicklung in der Zukunft, die nur dann richtig sind, wenn alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren, die für die Vergangenheitswerte relevant waren, aber noch weitgehend unbekannt sind, sich in der Prognosenperiode nicht verändern. Das ist jedoch bei der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung unwahrscheinlich." ²⁾

1) Vgl. FAALAND, J. and DAHL, H.-E., a. a. O., pp. 194 ff.

2) DÜRR, E., a. a. O., S. 232.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Den Ausgang unserer Analyse der Probleme der Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungsländern bildet die Feststellung des Mangels an Finanzierungsmitteln in Form von Inlandsparsnis und Devisen als allgemeines Zentralproblem der Kapitalbildung in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern. Dabei hat sich auch im Fall Tanzania gezeigt, daß im Verhältnis zur Investition weniger die Verfügbarkeit an Devisen als der Mangel an Inlandsparsnis den primären Engpaß darstellt. Dies ist dann oft der Fall, wenn die Strategie der Entwicklungspolitik¹⁾ den Auf- und Ausbau der Infrastruktur und der Landwirtschaft als vorrangig betrachtet. Dagegen stellt die Verfügbarkeit an Devisen den primären Engpaß dar, wenn das Land im Aufbau (importkonkurrierender) Industrien die wichtigste Aufgabe der Entwicklungspolitik erblickt. Denn im Infrastruktur- und Agrarbereich dürften nur relativ weniger Devisen für Investitionen benötigt werden als im Industriebereich. Da oft die Errichtung importkonkurrierender Industrien den Ausbau sowohl der Infrastruktur als auch der Landwirtschaft zur Folge hat, scheint doch die Kapitallücke der primäre Engpaß zu sein.

Die verschiedenen Erklärungsversuche für den Kapitalmangel in Entwicklungsländern zeigen im allgemeinen, daß die entscheidenden Hindernisse für die Kapitalbildung nicht im Mangel an Boden, Bodenschätzen oder in der Größe, Zusammensetzung, Distribution der Bevölkerung und in den klimatischen Bedingungen zu sehen sind, sondern in der internen und externen ökonomischen und sozialen Struktur. Diese bestimmt zusammen die Höhe der Ersparnisse, sowie deren Verwendung, verursacht das Fehlen investitionsbereiter Unternehmer und verhindert die optimale Ausnutzung natürlicher Ressourcen und des technischen und organisatorischen Wissens, sowie die Anpassungsfähigkeit der internen Produktionsstruktur an die externen Gegebenheiten.

Die theoretische Analyse hat gezeigt, daß eine Erhöhung der Inlandsparsnis und des Angebots an Devisen durch Exportausdehnung, Importsubstitution, Kapitalimport und Auslandshilfe nur durch große Anstrengungen möglich ist.

Eine Erhöhung der Inlandsparsnis durch Exportausdehnung und Importsubstitution (über die dadurch bewirkte Einkommenssteigerung) kann nur dann erzielt werden,

1) Das erklärt auch das Ergebnis Faalands und Dahls, bei denen die Devisenlücke der primäre Engpaß zu sein scheint. (Vgl. Tab. 89.)

wenn schon wirksame Anreize zur Ersparnisbildung im Inland vorhanden sind. Da es dem breiteren Teil der Bevölkerung an privater Sparsbereitschaft fehlt, ist eine Erhöhung der Inlandersparnis durch Exportausdehnung und/oder Importsubstitution nur über Besteuerung möglich.

Insofern ist die niedrige Belastung des arbeitsintensiven Dienstleistungs- und Agrarbereichs durch Einkommens- und Körperschaftssteuern für die geringe staatliche und private Ersparnis verantwortlich. Die Chance, durch Exportzölle die Staatseinkünfte zu erhöhen, sind wegen der oft hohen Elastizität der Auslandsnachfrage nach den im Inland erzeugten Agrar- und Industrieprodukten gering. Wenn nämlich die Exportzölle nicht auf das Ausland überwälzt werden können, besteht die Gefahr, daß sie zur Einschränkung der Ausfuhrproduktion und somit zum Realeinkommensrückgang führen. Die Abhängigkeit der Importsubstitution vom Kapitalgüterimport, von der Größe des Inlandsmarktes und die geringen Ausfuhrmöglichkeiten der industriellen Fertigwaren begrenzen die Chancen für die Herstellung importkonkurrierender Güter. Eine nennenswerte Erhöhung der Inlandersparnis durch Importsubstitution ist allerdings bei gegebener niedriger durchschnittlicher und marginaler Sparneigung nur über "allgemeine" Umsatz- und spezielle Verbrauchsbesteuerung möglich. Mit diesen indirekten Steuern werden die Konsumente aber bisher nicht ausreichend zum Konsumverzicht gezwungen, da es aus sozial-politischen und administrativen Schwierigkeiten unmöglich ist, die kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe und die Bezieher landwirtschaftlicher Einkommen effektiv zu besteuern.

Auch mit Hilfe von Schutzzöllen läßt sich die Inlandersparnis nicht nennenswert erhöhen, da eine direkte Besteuerung der produzierenden Unternehmen nur dann möglich ist, wenn überhaupt erst Gewinne erzielt werden, was wegen der allgemeinen niedrigen Produktivität in Tanzania unsicher ist und eine Reduzierung von Importen durch Importabgaben überhaupt nur bei elastischem Auslandsangebot und einer elastischen Inlandsnachfrage Aussicht auf Erfolg hat.

Soweit es im Inland an privaten wirksamen Anreizen zum Sparen fehlt, erscheint die staatliche Auslandshilfe als Instrument zur Ergänzung der Inlandersparnis geeigneter als der private Kapitalimport. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Inlandersparnis durch Kapitalimporte (über die Investitions- und Einkommenssteigerung) nennenswert erhöht wird, solange die privaten Auslandsinvestitionen im Inland in die traditionellen Anlagebereiche fließen, die öffentliche Auslandshilfe dem Infrastrukturbereich zufließt und die Rücktransfers in Form von Gehältern, Zinsen und Rückzahlungen hoch sind. Die Darstellung der inneren Wirtschaftsstruktur in bezug

auf Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, klimatische Verhältnisse, Bevölkerungsstruktur, Gesundheit, Ausbildung, Produktion und Einkommensverteilung hat gezeigt, daß eine Erhöhung der Inlandsersparnis durch Exportproduktion, Importsubstitution und Kapitalimport nicht leicht erzielt werden kann. Für die geringen Erfolgchancen ist u. a. die einseitige Einkommensverteilung zugunsten der Ausländer und rassischer Marginalschichten, die größtenteils ihre Ersparnisse im Ausland anlegen oder zumeist für Investitionen verwenden, die bisher zur Erhöhung des Sozialproduktes wenig beigetragen haben, verantwortlich. Ein nicht unbeachtlicher Teil der Ersparnisse fließt in Anlagen wie städtischen Grundbesitz, Schmuck, Vieh und persönliche Investitionen, wie Ausbildung der Kinder oder aber wird als Bargeld gehortet.

Im organisierten Kredit- und Kapitalmarkt widmen sich die Finanzinstitutionen und Banken vorwiegend der traditionellen Finanzierung kurzfristiger Geschäfte. Nicht selten werden die Geldmittel aus dem unorganisierten Kredit- und Kapitalmarkt für unproduktive Zwecke (familiäre Ereignisse und Notlagen) verwendet.

Auch die Chancen, durch Besteuerung der Einkommen die privaten Anlagepräferenzen zugunsten der produktiven Anlagen zu ändern und somit die Kapitalbildung zu erhöhen, sind gering, solange die Steuerbelastung generell niedrig ist und es nicht gelingt, die Einkommen der oft kleinen Unternehmer aus den Dienstleistungen, dem Handel, Gewerbe, der Landwirtschaft und dem Vermögen vollständig zu erfassen.

In vielen Entwicklungsländern stellen die geringen Exportmöglichkeiten und die ungünstigen "terms of trade" das Haupthemmnis zur Erhöhung des Devisenangebots durch Exportausdehnung dar. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Starrheit der Exportproduktion der Entwicklungsländer, welche die kurzfristige Ausnutzung günstiger Absatzmöglichkeiten im Exportgeschäft verhindert.

Auch die Möglichkeit, durch Importsubstitution das Angebot an Devisen zu erhöhen, ist gering, weil die Importsubstitution selbst auf den Import von Konsum- und Kapitalgütern und Rohstoffen angewiesen ist. Eine günstigere Möglichkeit bietet der private Kapitalimport und öffentliche Auslandshilfe, die Verfügbarkeit von Devisen zu verbessern. Diese Hilfe ist aber nicht leicht erhältlich.

Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Verfügbarkeit an Devisen ohne weiteres komplementäre Inlandsersparnis findet und erzeugt. So besteht nun das Problem der Investitionsfinanzierung in Entwicklungsländern, darin wie der Mangel an Inlandsersparnis und Devisen im Rahmen der verschiedenen Ziele der Entwicklungspolitik in Einklang zu bringen ist. Dieses Problem ist auch durch den "gap approach" nicht einfach zu lösen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abbai, Lighardt, G. J. Economic Development in Africa: Aims and Possibilities in Robinson, Austin (Ed.). Problems of Economic Development for Africa South of the Sahara, London etc. 1964 pp. 3 - 42
- Abdelmalek, Ben Amor Planning in Africa, in: Journal of Modern African Studies. 3. Jg. H. 4 (1965) S. 473 - 497
and Clairmonte, Frederick
- Arkadie van, B. , and The East African Economies, Kenya, Uganda and Tanzania, in: P. Robson and D. A. Lury, The African Economies, London 1969 pp. 316 - 383
D. Ghai
- Adhemar, Byl The Evolution of the Labour Market in French-speaking West Africa, in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 97 (1966 II) S. 163 - 212
- Balassa, B. The Capital Needs of Developing Countries in Kyklos Vol. 17 (1964) pp. 197
- Bedford, Horst Die Terms of Trade der Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung der ostafrikanischen Staaten Kenia, Tanganyika und Uganda, Diss. Hamburg 1969
- Behrendt, R. F. Die Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt 1965
- Bezy, Fernand Problems of Economic Development of Congo, in E. A. G. Robinson (Ed.) a. a. O.
- Bharat, A. Political Pressures and Reactions in Asian Minorities in East Africa, The Programm of Modern African Studies, Syracuse, occasional Paper Nr. 2, New York 1961
- Bohn, Peter Konsumenten- und Sparverhalten, ihre Bedeutung für Finanz- und Konjunkturpolitik, Stuttgart 1969
- Dürr, Ernst Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfs in, Ordo Jahrbuch (1967) S. 207 - 250

- Chenery, H. B. , and
Strout, A. M. Foreign Assistance and Economic Development in,
The AER Vol. LVI (1966) pp. 679 ff.
- Cherniavsky, Mark Development Prospects in East Africa: Kenya, Tanzania
and Uganda. A Draft Report, Bergen 1965, Bergen 1965
(mimeo)
- Duesenberry, J. S. Income, Saving and the Theory of Cambridge (Mass)
1949
- Statistisches Bundesamt Allgemeine Statistik des Auslandes: Tanzania, Stutt-
(Ddt.) Wiesbaden gart und Mainz 1965
- Dorrance, G. S. The Effect on Economic Development, "IMF Staff
Papers" Vol. 8 (1963)
- Dorrance, G. S. Inflation and Growth: The Statistical Evidence, IMF
Staff Papers Vol. XIII (1966)
- EAST African Currency Annual Report, Nairobi, jährlich
Board
- Ehrlicher, Werner Finanzierung des Wachstums in den Entwicklungslän-
dern in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik,
Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und So-
zialwissenschaften Heft 21, hrsg. v. Eugen H. Sieber,
Berlin 1963
- Eleish, Gamal, E. The Input-Output Model in Developing Economy: Egypt
in: Structural Interdependence and Economic Develop-
ment, Proceedings of an Inter-national Conference on
Input Techniques. (ed) Tibor Barna, London - New York
1963 S. 199 ff.
- Enke, Stephen Creating Incentives for Economic Development in Ro-
binson, E. A. G. (Ed.) Problems of Economic etc. a. a. /.
pp. 361 - 381
- Firth, Raymond and Capital, Saving and Credit in Peasant Societies, Lon-
don 1964

- Gerschenkron, A. Social Attitudes, Entrepreneurship and Economic Development, in *Explorations in Entrepreneurial History*, 1953
- Ghai, D. P. Taxation for Development A. Case Study of Uganda
East African Studies Nr. 23, Nairobi 1966
- Ghai, D. P. An Economic Survey Asians in East Africa London
1965
- Ghai, D. P., and
Ghai, Y. P. Asians in East Africa: Problems and Prospects, in
Journal of Modern African Studies March 1965 pp. 35 -
52
- Ghai, Y. P. The Asian Dilemma in East Africa, in *East African
Journal* March 1965
- Harberger, Arnold, C. Taxation Resource Allocation and Welfare, in *Natio-
nal Bureau of Economic Research (Ed.) The Rolle of
Direct and Indirect Taxes in the Federal Revenue
System*, Princeton 1964 pp. 65 ff.
- Hance, William, H. African Economic Development, New York etc. 1967
- Hayes, jr., Samuel, P. Personality and Culture Problems of Point IV in
Hoselitz F. Bert (Ed.) *The Progress of Underdeve-
loped Areas*, Chicago 1951 pp. 203 - 229
- Helleiner, G. K. Agricultural Export Pricing Strategy in Tanzania in,
East African Journal of Rural Development, Vol. I
(1968) pp. 1-77
- Helleiner, G. K. The Fiscal Rolle of the Marketing Boards in Nigerian
Economic Development 1947 - 61, in *Economic Jour-
nal*, Vol. 74, 1964 pp. 582 - 620
- Hellmeir, Rudolf Südrhodesien als Wirtschaftspartner. Bundesstelle
für Außenhandelsinformation (Argb), Köln 1967
- Hesse, Helmut Der Außenhandel in den unterentwickelten Ländern
unter besonderer Berücksichtigung Latein-Amerikas,
Tübingen 1961

- Higgins, Benjamin, J. Economic Development, Problems and Policies, New York 1959
- Hirshman, Albert, O. The Strategy of Economic Development, New Haven 1958
- Hoffmann, Walter, G. Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer, Bruno Fritsch (Hrsg.) Neue Wissenschaftliche Bibliothek Bd. 24 Wirtschafts-Wissenschaften Köln - Berlin 1968
- Hoselitz, Bert, F. The Development of African Entrepreneurs in, Jackson E. F. (Ed.), Economic Development in Africa, Papers presented to the Nyasaland Economic Symposium held in Blantyre 18 - 28 July 1962, Oxford 1965
- Houghton, Hobart, D. The Problems of Labour in African Development in A. E. G. Robinson (Ed.) The Economic Problems etc. a. a. O., pp. 312 - 335
- Hübner, Günter Das private Sparen in Ostafrika unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Uganda, IFO-Institute für Wirtschaftsforschung München 1970
- Hyde, Clarc, E. M. Some Aspects of Industrial Relations in East Africa in Progress, London Vol. 47 Nr. 266 (1960) pp. 280 ff.
- IBRD The Economic Development of Tanganyika Baltimore, John Hopkins, 1961
- IBRD/IDA Development and Prospects for Economic Development in East Africa: Tanzania (in seven volumes), Africa Department, New York 1967
- IBRD/IDA Development in East Africa: Tanzania (in seven volumes), Africa Department, New York 1970
- International Labour Office Labour Statistical Yearbook, 1969 und 1970 Geneva, 1969 und 1970

- Jaffey, M. J. H. Balance of Payments Problems of a Developing Country: Tanzania, Afrika-Studien IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München 1970
- Jochimsen, R. Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung in Fritsch B. (Hrsgb.), Entwicklungsländer, Köln - Berlin 1968 S. 65 - 79
- Kainzbauer, H. Der Handel in Tanzania, Afrika-Studien IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München B 18 1965
- Kapp, William, K. Wirtschaftliche Entwicklung, nationale Planung und öffentliche Verwaltung in Fritsch, B. (Hrsgb.), Entwicklungsländer a. a. O. , S. 197 - 223
- Katona, George Private Pensions and Individual Saving, Ann Arbor 1965
- Kennedy, T. A. , Ordo, H. W. , On the calculation and Interpretation of national accounting material in East Africa, in: African Studies in Income and Wealth, hrsg. von L. H. Samuels, Intern. Association for Research, London 1963
- Walker, David accounting material in East Africa, in: African Studies in Income and Wealth, hrsg. von L. H. Samuels, Intern. Association for Research, London 1963
- Kenya, Government of Development Plan for Kenya 1966-70, Nairobi 1966
- Kindleberger, Charles, P. Economic Development, New York 1965
- Kitamura, Hiroshi Trade and Capital Needs of Developing countries and Foreign Assistance in, Weltwirtschaftliches Archiv (1966) pp. 303 - 324
- Konrad, Anton Finanzierungsproblem: Der Zusammenhang von Entwicklungsplänen, Budget und Zahlungsbilanz in, Guth W. (Hrsgb.) Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Berlin 1967 S. 38 - 57
- Kroc, R. Wirtschaftsboom im Kongo-Kinshasha, in, Afrika heute, Heft 6 (1970) S. 85 - 87
- Kuznets, Simon General Factors in Economic Growth in the United States Proportion of Capital Formation to National Product, in: American Economic Review Vol. XLII, Nr. 2 März 1952, S. 507 - 557

- Kyesimira, Yoeri Agricultural Export Development, East African Studies No. 34, Nairobi 1969
- Lee, Eugene Local Taxation in Tanzania, Dar-es-Salaam 1965
- Lewis, W. A. Theorie des wirtschaftlichen Wachstums
Tübingen 1956
- Linton, Ralph Cultural and Personality Factors affecting Economic Growth, in Hoselitz, B. F. (Ed.) The Progress etc.
a. a. O. pp. 73 - 88
- Littmann, Konrad Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln - Opladen 1957
- Lovasy, G. Inflation and Exports of Primary Producing Countries
IMF - Staff Papers Vol. IX (1962) p. 37 ff.
- McClelland, D. Die Leistungsgesellschaft, Stuttgart etc. 1966
- McClelland, D. Motivation und Kultur, Bern - Stuttgart 1967
- McWilliam, M. D. A Savings Experiment in Kenya in, East African
Economic Review Vol. 8 Nr. 2 1961
- Marlin von, P. The Impact of External Economic Relations on the
Economic Development of East Africa (als Manuskript
vervielfältigt), Africa-Studien des IFO-Institutes für
Wirtschaftsforschung, München 1965
- Muddathir, Ahmed Die Industrialisierung der wirtschaftlich unterentwickelten afrikanischen Länder und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, Berlin 1957
- Musgrave, Richard, A. Effects of Tax Policy on Private Capital Formation in
Commission on Money and Credit (Ed.) Fiscal and
Debt Management Policies, Englewood Cliffs 1963
pp. 67 ff.
- Myint, Hla The "Classical Theory" of International Trade and the
underdeveloped Countries in Economic Journal Vol. 68
(1958) pp. 316 - 337

- Parker, Mary Race Relations and Political Development in Kenya, in, African Affairs, Bd. 50 Nr. 198, London, Jan. 1951
- Paulus, Margarete Das Genossenschaftswesen in Tanganyika und Uganda - Möglichkeiten und Aufgaben. Afrika-Studien des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, Bd. 15, Berlin - Heidelberg - New York 1967
- Rao, Vittal Probleme der Kapitalbildung in Indien, Diss. Münster 1960
- Roe, Alan, R. The Future of the Company in Tanzanian Development, in: Journal of Modern African Studies Vol. 7 Nr. 1 April 1969 S. 47 ff.
- Rosenstein-Rodan, P. N. Bedarfsbestimmung und Verwendungsplanung von Auslandsmitteln in Entwicklungsländern in, Konjunkturpolitik (1964) S. 163 - 179
- Rothermund, Indira Die politische und wirtschaftliche Rolle der asiatischen Minderheit in Ostafrika, Afrika-Studien, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Bd. 6 Berlin - Heidelberg - New York 1965
- Rothschild, D. African Nationalis and Racial Minorities, in East African Journal, December 1965
- Ruthenberg, Hans Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung. Die wirtschaftlichen Leistungsreserven der Landwirtschaft in Entwicklungsländern und Ansätze ihrer Nutzbarmachung für die Kapitalbildung. Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Sonderheft Nr. 2 Frankfurt O. J.
- Ruthenberg, Hans Landwirtschaftliche Entwicklungspolitik in Tanganyika, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München (als Manuskript vervielfältigt) 1964
- Rutman, W. The Economy of Tanganyika, John Hopkins, Baltimore 1968

- Shaaan, A.S. The Impact of Inflation of the Consumption of private Domestic Investment, IMF Staff Papers, Vol. IX (1962) p. 255 ff.
- Schädler, Karl Crafts, Small-Scale Industries and Industrial Education in Tanzania. Afrika-Studien, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung Nr. 34 Berlin - Göttingen - Heidelberg - New York 1968
- Schelle, Hans Steuerpolitik und Kapitalakkumulation aus heimischen Quellen in Entwicklungsländern Diss. München 1968
- Schnittiger, Lübbe Entwicklung und Entwicklungspolitik in Ostafrika: Tanzania. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München 1965 (als Manuskript vervielfältigt)
- Schnittiger, Lübbe Besteuerung und wirtschaftliche Entwicklung in Ostafrika, Afrika-Studien IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1966
- Seidel, Werner Die Verbreitung der Inder in Ost- und Südafrika. Diss. Rostock 1937
- Stoces, Ferdinand Notes on Current Plans for Development of Agriculture in East Africa, in: Agricultural Economics Bulletin for Africa, UNO/Economic Commission for Africa/FAO, Nr. 10 (July 1968) S. 1 ff.
- Tanganyika Public Finance in Tanganyika, An Analysis, Dar-es-Salaam 1959
- Tanganyika/Tanzania Central Statistical Bureau, Statistical Abstracts Dar-es-Salaam 1959 jährlich
- Tanganyika/Tanzania Central Statistical Bureau, Employment and Earnings Dar-es-Salaam 1963 - 1967 jährlich
- Tanganyika/Tanzania Background to the Budget. An Economic Survey, Dar-es-Salaam, jährlich

- Tanganyika and Zanzibar United Republic of, Tanganyika Five-Year-Plan for Economic and Social Development 1964 - 1969 Volume I and II, Dar-es-Salaam 1964
- Tanzania, United Republik of Second Five-Year-Development-Plan 1969/70 - 1973/74 Volume I and II
- Tanzania Report of the Presidential Special Committee of Enquiry into Co-operative Movement and Marketing Boards
- Tanzi, V. , and Aschheim, J. Savings, Investment and Taxation in Underdeveloped Countries, in Kyklos Vol. XVIII (1965) pp. 257
- Taylor, W. L. Problems of Economic Development of the Federation of Rhodesia and Nyasaland in , E. A. G. Robinson (Ed.), a. a. O.
- Tinbergen, Jan Spardefizit und Handelsdefizit, in Weltwirtschaftliches Archiv (1965) S. 89 - 99
- Turnman, D. The employment Problem in Less Developed Countries , a Review of Evidence, OECD-Development centre, Paris 1970, Development centre, Paris 1970 (Mimeo)
- Oloya, J. J. Some Aspects of Economic Development with Reference to East Africa, Nairobi etc. 1968
- UN Economic Survey of Africa since 1950, New York 1969 (Sales Nr. 59 II, K. I)
- UN World Economic Survey 1966 Part I, Implementation of Development Plans: Problems and Experience, New York 1967
- UN World Economic Survey, 1965 Part One, New York 1966
- UN/ECA Balance of Pazments of African Countries, Addis Ababa 1966 (Mimeo)
- UN/ECA Economic Conditions in Africa in Recent Years, Addis Ababa 1966

- UN/ECA African Economic Indicators, Addis Ababa 1968
- UN/UNCTAD Trade Prospects and Capital Needs of Underdeveloped Countries New York 1968
- Weigt, Ernst Natur- und anthropogeographische Probleme der Entwicklungsländer in: Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. H. 21 hrsg. von Eugen H. Sieber, Berlin 1963 S. 179 ff.
- Wolf, Charles, Jr. Institutions and Economic Development in, AER. XLV pp. 867 - 887
- Wolf, C. Jr. and Sufrin, C., Sidney Capital Formation and Foreign Investment in Underdeveloped Areas, Syracuse 1955
- Zimmermann, Gerd Sozialer Wandel und ökonomische Entwicklung, Stuttgart 1969

Lebenslauf

- Am 17.12.1937 in Sumve bei Mwanza, Tanzania, geboren als Sohn des Beamten Sebastian Kadawi Massota und seine Ehefrau Modesta Yikangila
- 1946 bis 1952 Besuch der Volksschule, Sumve Primary School
- 1953 bis 1956 Besuch der Mittleren Schule, Nsumba Secondary School
- 1957 bis 1960 Besuch der Höheren Schule, St. Francis' College Pugu, Dar-es-Salaam
- 1961 Deutschsprachkurs in Köln
- 1961 bis 1967 Studium der Volkswirtschaft an der Universität München. Während des Studiums Praktikum bei einer Bank und bei einem Versicherungsunternehmen in Deutschland und bei einer Export-Import-Handelsfirma in Denmark
- 1967 bis 1968 Post Graduate Studium an der Universität Bern, Schweiz
- 1968 bis 1969 Forschungsassistent am Economic Research Bureau der Universität Dar-es-Salaam und Mitarbeit am Ministerium für Wirtschaft und Entwicklung, Tanzania
- 1970 bis 1971 Promotion an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München. Während der Promotion arbeitete ich als Werkstudent bei einer deutschen Bank und als freier Mitarbeiter eines deutschen Wirtschaftsforschungs-Instituts.

